

**Landeskommission
Berlin
gegen Gewalt**

**Berliner Forum
Gewaltprävention**

**Dokumentation des 4. Berliner
Präventionstages am 13.11. 2003**

Themen:

Prävention und Wirtschaft, Gewalt in der Erziehung, Opfer
von Rechtsextremismus und vorurteilsmotivierter Gewalt,
Streitschlichtung im Stadtteil, Jugendrechtshaus, PIT -
Prävention im Team, Ressourcen und Gewaltprävention

Nr.16

Impressum:	Einladung zum 4. Berliner Präventionstag	4
Berliner Forum Gewaltprävention	Ekkehard Band	
Das BFG erscheint unregelmäßig.	Grußwort	10
Es wendet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Institutionen, Verwaltungen, Verbänden und an die interessierte Öffentlichkeit als Forum zur Diskussion und Information über Prävention.	Harald Wolf	
Herausgeber:	Grußwort zum 4. Berliner Präventionstag	13
Landeskommission Berlin gegen Gewalt	Thomas Härtel	
c/o Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport	Eröffnung	15
Beuthstr.6 - 8, 10117 Berlin-Mitte	Christel Riemann - Hanewinckel	
Telefon: (030) 9026 - 5253	Rede anlässlich des 4. Berliner Präventionstages am 13. November 2003	19
Telefax:(030) 9026 - 5003	Karin Schubert	
E-Mail: Manuela.Bohlemann@SenBJS.Verwaltung-Berlin.de	Berliner Präventionspreis 2003	
Internet: www.berlin-gegen-gewalt.de	Rede zur Preisverleihung	27
Redaktion: Hilstrun Hütsch - Seide, Ute Violet Stephan Voß	<i>Forum 1: Prävention und Wirtschaft</i>	
	Hans W. Jablonski	
	Prävention als Wettbewerbsvorteil – Integration durch Diversity bei Ford	37
	<i>Forum 2: Gewalt in der Erziehung</i>	
	Gertrud Möller - Frommann	
	Gewalt in der Erziehung	40
	<i>Forum 3: Gewaltprävention: Steigende Erwartungen, sinkende Ressourcen – Wie geht es weiter?</i>	
	Siegfried Arnz	44
	Heiner Brandt	47
	Hartmut Brocke	51
	Sanem Kleff	61
	Andrea Kuner	64
	<i>Forum 4: Opfer von Rechtsextremismus und vorurteilsmotivierter Gewalt</i>	
	Michael Kohlstruck	
	„Hate Crimes“ - Anmerkungen zu einer aktuellen Diskussion	67
	Jens Dobler	
	Antischwule Gewalt	72
	Narcisse Mesmin Dovenon	
	„Ich hatte nun meine Würde vor diesen Weißen verloren, die mir keine Chance zu überleben lassen wollten“	74
	Sabine Hartwig	
	„Opfer von Rechtsextremismus und vorurteilsmotivierter Gewalt“	77
	Astrid Maria Höflich	
	Prävention gegen Gewalt - Eine von mehreren direkten Strategien für die Opfer - Selbsthilfe	80

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wider.

Nachdrucke sind nur mit Quellenangabe gestattet und bedürfen der Zustimmung der Autorin oder des Autors.

ISSN 1617 - 0253

V.i.S.d.P.:
Stephan Voß

Nr. 16, 2004, 5. Jahrgang
Druckauflage: 1000 Exemplare

Druck des Umschlags: Oktoberdruck

Druck der Innenseiten: JVA Tegel

GEWALT
BERLIN GEGEN
GEWALT

Christian Linde „Obdachlose“ als Opfer struktureller, direkter und vierter Gewalt	81
Dr. Manfred Schmidt Gewalt gegen Behinderte	85
Sabine Seyb Die Opfer unterstützen und beraten	87
<i>Forum 5: Streitschlichtung im Stadtteil - Möglichkeiten, Hemmnisse und Perspektiven</i> Diskussion im Fishbowl	
Heidemarie Jehne Protokoll	92
<i>Forum 6: Gewaltpräventives Handeln durch die gezielte Zusammenarbeit von Schule, Polizei und anderen Einrichtungen</i>	
Inka Bruhn PIT - ein Erfolgsprojekt in der Präventionsarbeit	94
Gunter Kase PIT - Prävention im Team: Persönlichkeitsentwicklung und Samfund PIT - Das Original aus Schleswig-Holstein	95
Udo Koslowski Durchführung des Konzeptes „Prävention im Team“ durch die Polizeistation Heikendorf und Bearbeitung von Jugendsachen	102
Ruth Negendank Prävention im Team - PIT in der Grundschule (PIT 2)	106
<i>Forum 7: Rollenspiel statt Gerichtsshow - ein Jugendrechtshaus für Berlin?</i>	
Sigrun von Hasseln Rollenspiele statt Gerichtsshow Jugendrechtshäuser und Rechtspädagogik	111
Dr. Detlef Horn - Wagner Nachlese	119
Berliner Präventionspreis 2003 Die Preisträger	123
Autorenverzeichnis	124
Bestellcoupon	128

GEWALT
BERLIN GEGEN
GEWALT

**Landeskommission
Berlin gegen Gewalt**



4. Berliner Präventionstag

*Verantwortung →
Vorbild →
Prävention*

**am 13. November 2003, 9.00 Uhr
im Rathaus Schöneberg**

Der 4. Berliner Präventionstag wird unterstützt und gefördert durch:



**Technisches
Hilfswerk**



Bahn Berlin
Deutsche Bahn Gruppe

Bezirksamt Tempelhof - Schöneberg

Grußwort

des Regierenden Bürgermeisters von Berlin,
Klaus Wowereit



Zum 4. Mal begehen wir den Berliner Präventionstag und das spricht für eine gute Tradition.

Viel wichtiger als dieser einzelne Tag ist aber das große gesellschaftliche Engagement all jener, die sich – sozusagen seit Jahr und Tag – der Kriminalitäts- und Gewaltprävention verschrieben haben.

Mit dem Dank an alle verbinde ich zugleich meine herzlichsten Glückwünsche an die diesjährigen Gewinner des Berliner Präventionspreises, die sich diese Auszeichnung redlich verdient haben und doch pars pro toto für alle stehen.

Ich bin sicher, dass dieser Tag unter dem Motto „Verantwortung - Vorbild - Prävention“ nicht nur Erreichtes bilanziert, sondern vor allem die Erfahrungen der Vergangenheit bündelt, um auch künftig mit neuem Elan und neuen Initiativen weitere Fortschritte in der Präventionsarbeit zu erreichen. Dies ist ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen. Kriminalitäts- und Gewaltprävention bedeutet, dass persönliches Leid, Verluste für den Einzelnen wie für alle verhindert werden, dass das Leben sicherer und schöner wird, dass auch manche unnötige Aufwendung, die anderswo besser angelegt wäre, entfallen könnte.

Deshalb halte ich es für besonders wichtig, auch mit dem 4. Berliner Präventionstag all jenen den Rücken zu stärken, die sich schon heute dieser so wichtigen Aufgabe unterziehen. Ich hoffe, Ihr Beispiel macht Schule, denn die besten Ergebnisse werden wir zweifelsohne dann erreichen, wenn es uns gelingt, die Prävention in allen Bereichen zum festen Bestandteil der Arbeit und des gesellschaftlichen Miteinanders werden zu lassen.

In diesem Sinne wünsche ich dem 4. Berliner Präventionstag einen erfolgreichen Verlauf und viel Erfolg.

A handwritten signature in black ink, which appears to read "Klaus Wowereit". The signature is written in a cursive style.

Programm

- 08.30 Uhr **Stehkaffee mit musikalischer Begrüßung** Combo des Polizeiorchesters Berlin - Ltg.:
Ralf Armbruster
- 09.00 Uhr **Grußworte**
Ekkehard Band – Bezirksbürgermeister von Tempelhof - Schöneberg
Harald Wolf – Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen
- Eröffnung**
Thomas Härtel – Vorsitzender der Landeskommission Berlin gegen Gewalt
- 09.30 Uhr **„Verantwortung → Vorbild → Prävention“**
Renate Schmidt – Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- 10.15 Uhr **Kaffee-/Teepause** – Combo des Polizeiorchesters Berlin
- 10.45 Uhr **Verleihung des Berliner Präventionspreises 2003**
Karin Schubert – Senatorin für Justiz
Musikalische Umrahmung: Blechbläserensemble des Polizeiorchesters Berlin
- 11.45 Uhr **Die Preisträger präsentieren ihre Projekte in der Brandenburghalle**
Ausstellung und Dialog
- 12.00 Uhr **Mittagspause**
- 13.00 Uhr **Arbeit in sieben parallelen Foren**
- 15.15 Uhr **Kaffee-/Teepause**
- 15.30 Uhr **Tageszusammenfassung und Perspektiven**
Dr. Detlef Horn - Wagner
- 16.00 Uhr **Unterhaltsamer Ausklang**

Moderation
Dr. Detlef Horn - Wagner

Foren

Forum 1: Prävention und Wirtschaft

Gewaltprävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch Unternehmen der Wirtschaft übernehmen Verantwortung. Im Rahmen des Forums werden Beispiele für best practise dargestellt und diskutiert.

- Prävention bei der Volkswagen AG
Traudel Klitzke, Volkswagen AG, Wolfsburg
- Prävention als Wettbewerbsvorteil - Integration durch Diversity bei Ford
Hans W. Jablonski, Diversity Manager Ford Werke AG, Köln

Moderation: Nils Busch - Petersen, Gesamtverband des Einzelhandels Land Berlin e.V.

Forum 2: Gewalt in der Erziehung

3 Jahre nach Verabschiedung des Gesetzes zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung gewinnt die Frage nach den Möglichkeiten zur Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern immer mehr an Bedeutung. Elternkurse und -trainings unterstützen Eltern auf dem Weg zu einer gewaltfreien Erziehung. Im Forum wird das Konzept des Elternkurses des Deutschen Kinderschutzbundes erläutert und für die TeilnehmerInnen praktisch erfahrbar gemacht.

Starke Eltern – Starke Kinder®
Elternkurse des Deutschen Kinderschutzbundes

- Renate Hilla-zur-Horst, Kursleiterin für den Deutschen Kinderschutzbund
- Dörte Kraus, SHIA Selbsthilfe Initiative Alleinerziehender Landesverband Berlin

Forum 3: Gewaltprävention: Steigende Erwartungen, sinkende Ressourcen – Wie geht es weiter?

Für die Präventionsarbeit stehen immer weniger Mittel zur Verfügung, obwohl gewaltförmiges Verhalten weiterhin auf hohem Niveau das gesellschaftliche Zusammenleben belastet. Jugendhilfe, Schule und Sport müssen sich nicht nur den veränderten Rahmenbedingungen stellen, sondern sich gleichzeitig auch mit einem steigenden Erwartungsdruck im Hinblick auf ihre Arbeit im Bereich der Gewaltprävention auseinandersetzen.

Mangelt es tatsächlich nur an Geld, brauchen wir nur mehr an Kooperation, Qualität, Evaluation, Kreativität, Wahrhaftigkeit und zivilgesellschaftlichem Engagement? Oder wird nicht gerade in Zeiten knapper Kassen der Bedarf an grundlegend neuen Konzepten deutlich, weil sich zeigt, dass die gängigen Instrumente zur Abfederung der Folgen gesellschaftlicher Desintegrationsprozesse nicht nur nicht mehr finanzierbar, sondern in vielen Fällen auch nicht wirksam sind? Wie könnten solche Konzepte aussehen, welche Veränderungen sind nötig?

- Hartmut Brocke, Sozialpädagogisches Institut Berlin
- Andrea Kuner, Familie e.V.
- Siegfried Arnz, Werner - Stephan - Oberschule
- Heiner Brandi, Landessportbund Berlin
- Sanem Kleff, GEW - Bundesausschuss Multikulturelle Angelegenheiten

Moderation: Andreas Klose, Fachhochschule Potsdam

Forum 4: Opfer von Rechtsextremismus und vorurteilsmotivierter Gewalt

Opfer von rechtsextremistischer bzw. vorurteilsmotivierter Gewalt werden unter anderem Menschen, die z.B. auf Grund ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung, einer Behinderung oder auf Grund von Obdachlosigkeit einer gesellschaftlichen Minderheit angehören. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion werden Vorschläge und Strategien diskutiert, die darauf zielen, Gewalt gegen Minderheiten abzubauen.

- Sabine Seyb, Reach Out
- N.N., Arbeitsgemeinschaft Leben mit Obdachlosen
- Dr. Manfred Schmidt, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für behinderte Menschen Berlin e.V., Vorsitzender des Allgemeinen Blinden- und Sehbehindertenvereins Berlin gegründet 1874 e.V.
- Sabine Hartwig, Landesbeauftragte des Weissen Ringes für Berlin
- Astrid Maria Höflich, Mitglied des Fachbeirats Medizin/Psychologie des Weissen Ringes
- Jens Dobler, Wissenschaftsjournalist
- Christian Linde, Chefredakteur des Straßenmagazins motz
- Kenan Kolat, Türkischer Bund

Moderation: Christian Petry, Freudenberg Stiftung

Forum 5: Streitschlichtung im Stadtteil – Möglichkeiten, Hemmnisse und Perspektiven

ExpertInnen aus unterschiedlichen Bereichen – Jugendclub Heckerdamm, Präventionsrat Schöneberger Norden, Soldiner Quartier, Polizei, Vereinigung der Schiedsmänner und -frauen, Mediationsbüro Mitte, GEWO BAG – tragen ihre Erfahrungen bei der Bewältigung von Konflikten im kommunalen Umfeld zusammen und diskutieren Handlungsperspektiven.

Moderation: Szabine Adamek, Bündnis „Demokratie jetzt!“

Forum 6: Gewaltpräventives Handeln durch die gezielte Zusammenarbeit von Schule, Polizei und anderen Einrichtungen

Vorgestellt und diskutiert wird „PIT - Prävention im Team“, ein Programm zum sozialen Lernen, das in Schleswig - Holstein unter Beteiligung von Schule, Polizei, Schulpsychologie, Suchtvorbeugung und dem Fortbildungsinstitut für Lehrkräfte entwickelt und mit Erfolg an Schulen in Schleswig - Holstein und inzwischen auch in anderen Bundesländern durchgeführt wird.

- Regina Müller-Kronbügel, Rat für Kriminalitätsverhütung / Schleswig-Holstein
- Ruth Negendank, Lehrerin in Lübeck und Fortbildnerin
- Inka Bruhn, Landeskriminalamt Kiel
- Christel Simmich, Studienrätin in Heikendorf
- Udo Koslowski, Polizei Heikendorf

Moderation: Dr. Rainer Maikowski, Referent am Berliner Landesinstitut für Schule und Medien

Forum 7: Rollenspiel statt Gerichtsshow – ein Jugendrechtshaus für Berlin?

Vermittlung von Rechtsbewusstsein durch Justiz und Polizei an Berliner Schulen – Informationen über das „Berliner Rechtskundepaket“ als Baustein eines Jugendrechtshauses

- Christoph Flügge, Staatssekretär für Justiz
- Sigrun von Hasseln, Vors. Richterin am Landgericht Cottbus, Initiatorin von Jugendrechtshäusern in Deutschland

Moderation: Oliver Bauer, Schatzmeister des Bundesverbandes der Jugendrechtshäuser Deutschland e.V.

Ihre **Anmeldung** erbitten wir bis zum **17.10.03** auf anhängendem Vordruck. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Die Teilnahme am Präventionstag ist kostenfrei.

Die Anerkennung des Präventionstages als Fortbildungsveranstaltung nach dem Berliner Bildungsurlaubsgesetz ist beantragt.

Veranstaltungsort:

Rathaus Schöneberg
Willy-Brandt-Saal
John-F.-Kennedy- Platz
10825 Berlin

Verkehrsverbindungen:

Buslinien 104,146, 185 (Haltestelle Rathaus Schöneberg)
U 4 Rathaus Schöneberg
S-Bahn: Innsbrucker Platz

Veranstalter:

Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt besteht aus den Staatssekretären für Bildung, Jugend und Sport (Vorsitz), für Justiz, für Inneres, den Staatssekretärinnen für Soziales, für Arbeit und Frauen, der Ausländerbeauftragten des Senats von Berlin sowie einem Beirat.

Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt c/o Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport

Beuthstr. 6-8

10117 Berlin

Tel.: 9026-5253

Fax: 9026-5003

e-mail: Manuela.Bohlemann

@SenBJS.Verwalt-Berlin.de

Internet: www.berlin-gegen-gewalt.de

Ekkehard Band

Grußwort

Herr Horn - Wagner, sehr geehrter Herr Senator und Bürgermeister Harald Wolf, Herr Staatssekretär Thomas Härtel, Frau Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen, Herr Polizeipräsident Dieter Glietsch, Herr Saberschinsky, Herr Piening, meine sehr geehrte Damen und Herren,

zum diesjährigen 4. Berliner Präventionstag heiße ich Sie recht herzlich im Rathaus Schöneberg willkommen.

Wie schon in der Vergangenheit, so freue ich mich auch heute, eine so wichtige Veranstaltung in unserem Hause begrüßen zu dürfen und selbstverständlich stellen wir unsere Räumlichkeiten sehr gerne wieder in den „Dienst der guten Sache“.

„Verantwortung ? Vorbild ? Prävention“ lautet das Motto dieses Präventionstages. Ich verstehe das Motto als einen Appell an uns alle, an alle gesellschaftlichen Akteure und Gruppen, an jeden Einzelnen, Verantwortung zu übernehmen und eine Vorbildfunktion anzustreben, wo auch immer wir gerade unseren Platz in der Gesellschaft einnehmen.

Verantwortung und Vorbildfunktion als Basis erfolgreicher Prävention – ich bin sicher, viele unter Ihnen können hierzu anschauliche Beispiele aus Ihrer alltäglichen praktischen Präventionsarbeit beisteuern. Erfahrungen, die in den sieben Foren des heutigen Tages zweifellos die Debatten bereichern werden.

Erlauben Sie mir, einen kurzen Blick auf die Entwicklung der Präventionsarbeit des Bezirkes Tempelhof - Schöneberg seit 2002 zu werfen:

Mit Beginn des Jahres 2003 haben wir in unserer bezirklichen Gewaltprävention einen weiteren Schwerpunkt gesetzt: in der Bekämpfung von häuslicher Gewalt. Auch hier bemühen wir uns, der Leitlinie von „Verantwortung ? Vorbild ? Prävention“ gerecht zu werden.

Verantwortung übernehmen wir in unserem Bezirk insofern, als wir erkannt haben, dass häusliche Gewalt keinesfalls ein rein privates Problem ist.

Häusliche Gewalt kann in vielen Facetten auftreten, auch in verbaler Form. Sie zerstört familiäre Strukturen und schädigt Kinder und Jugendliche nachhaltig in ihrer sozialen Entwicklung.

Die Folgen beobachten wir in einer zunehmenden Verrohung des Miteinanders in Kindergärten, Schulen und in der Freizeitgestaltung, z.B. durch die zunehmende Unfähigkeit, Konflikte gewaltfrei zu lösen. Auch die Folgen, die häusliche Gewalt bei den Erwachsenen hervorruft, wirken sich oftmals weitreichend – d.h. über die kleine Einheit „Familie“ hinweg – aus.

Häusliche Gewalt ist also immer auch ein gesamtgesellschaftliches Problem, das entsprechend auf dieser Ebene unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen gelöst werden muss.

Gesamtgesellschaftliche Verantwortung muss also auch in diesem – scheinbar so privaten Bereich – der familiären Gewaltprävention übernommen werden. Im Sinne des englischen „responsibility“ – fähig zu sein, Antworten zu finden – suchen wir nach Antworten und Strategien für das Problem der häuslichen Gewalt.

Aus diesem Bestreben heraus haben wir in Tempelhof - Schöneberg beispielsweise bereits 2002 eine Fortbildung zur Information und Sensibilisierung von Mitarbeiterinnen in meinem Ressort, speziell im Bereich Bürgerdienste, mit einer Expertin von BIG e.V. – dem Berliner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt – organisiert.

Mit Jahresbeginn 2003, nach einem entsprechenden Beschluss der BVV, erklärte sich das Bezirksamt bereit, gemeinsam mit allen lokalen Akteuren, einen bezirklichen Aktionsplan zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt zu erarbeiten.

Die Schwerpunkte der Erarbeitung dieses Aktionsplanes liegen in den Bereichen Prävention, Opferschutz, Täterarbeit, Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit und der Fachleute sowie in der engeren Kooperation zwischen Institutionen und Einzelprojekten mit dem Ziel der Vernetzung von Hilfsangeboten.

Auf dieser Grundlage wurde seitens des Büros der Frauenbeauftragten ein Runder Tisch gegen häusliche Gewalt ins Leben gerufen. Die konstituierende Sitzung dieses neuen regionalen Netzwerkes bildete die in unserem Bezirk über viele Jahre gewachsene Beratungs- und Unterstützungsstruktur für gewaltbetroffene Frauen auf eindrucksvolle Weise ab.

Ich denke, es spricht für Tempelhof - Schöneberg, dass es hier drei Einrichtungen gibt, die gewaltbetroffenen Frauen professionelle Hilfe, Schutz und Unterstützung bieten; ZUFF e.V. und TARA und ein freier Träger, nämlich Frauenzimmer e.V., davon haben zwei auch eine deutlich interkulturelle Ausrichtung.

Der Runde Tisch wurde ins Leben gerufen, um auf bezirklicher Ebene koordiniert, effektiv und nachhaltig gegen häusliche Gewalt vorzugehen. Nur durch eine breite Vernetzung aller lokalen Akteure können praxisnahe Konzepte des Umgangs und der Prävention entwickelt werden. Entsprechend arbeiten in diesem kommunalen Gremium die bereits erwähnten Projekte ebenso mit wie die Frauenbeauftragte, der Behindertenbeauftragte, Mitarbeiter/innen der Abteilungen Jugend, Gesundheit und Soziales des Bezirksamtes, die Polizeidirektion vier mit ihrer Koordinatorin für häusliche Gewalt sowie die Ansprechpartnerin für Gewaltschutzsachen beim Familiengericht Tempelhof-Kreuzberg und die "Beratungsstelle für Männer gegen Gewalt".

Sie sehen, meine Damen und Herren, die breite Kooperation aller Akteure und der Schulterchluss, die hier im Rahmen des Berliner Präventionstages regelmäßig eine so große Rolle spielen, werden auch auf bezirklicher Ebene aktiv praktiziert nach dem Grundsatz: Prävention braucht Partner.

Erste Gespräche, Berichte und Erfahrungen im Rahmen des Runden Tisches zeigen, dass die Beratungs- und Unterstützungsstruktur für Opfer häuslicher Gewalt unbedingt aufrecht erhalten werden muss, denn der Bedarf für solche Einrichtungen ist nach dem Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes vom Dezember 2001 eher noch gestiegen.

So wird das Thema häusliche Gewalt zunehmend enttabuisiert und die Dunkelziffer dieses Bereiches geht zurück. Immer mehr Frauen, Kinder und Jugendliche trauen sich, Misshandlungen zur Anzeige zu bringen und öffentlich zu machen – entsprechend hat sich die Zahl der registrierten Fälle von häuslicher Gewalt in Berlin von 2001 zum aktuellen Stand 2003 bereits mehr als verdoppelt (von 4.166 Fällen in 2001 auf 8.500 in 2003).

Die Polizei hat aufgrund der gesetzlichen Neuerungen eine verbesserte Handhabung in Fällen häuslicher Gewalt. Allein seit Februar 2003 wurden in Berlin 700 so genannte Wegweisungen ausgesprochen, in deren Folge Gewalttäter die gemeinsame Wohnung umgehend und für mindestens 14 Tage verlassen müssen. Zweifellos ist dieser verbesserte Schutz ein Grund dafür, dass inzwischen mehr Fälle zur Anzeige gebracht werden.

Für besonders begrüßenswert halte ich auch den spürbaren Bewusstseinswandel in den Reihen der Berliner Polizei, die Prävention zunehmend in den Fokus ihrer Arbeit rückt und Berlin weit Präventionsbeauftragte etablieren wird.

In Tempelhof - Schöneberg verfügt der Abschnitt 41 bereits seit längerem über vorbildliche Kenntnisse und Strukturen in der Prävention von Gewalt – gerade auch von Prävention im interkulturellen Bereich. Mit einem speziellen Einsatzteam ist es dem Abschnitt gelungen, im

Schöneberger Norden, einem sehr problembelasteten Kiez mit hoher Gewaltbereitschaft, spürbare Erfolge zu erzielen.

Meine Damen und Herren, das Problem der häuslichen Gewalt und seine gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen wurden erkannt, es wird nicht länger verharmlost und für "privat" erklärt. Alle gesellschaftlichen Akteure tragen nunmehr die Verantwortung, das in sie gesetzte Vertrauen der Opfer zu rechtfertigen.

Als Bezirksbürgermeister von Tempelhof - Schöneberg werde ich auch weiterhin im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten die Präventionsarbeit im Bezirk aktiv unterstützen. Der Bezirk wird insbesondere nach außen weithin sichtbare Zeichen zur Ächtung von Gewalt zu setzen. So werden wir beispielsweise am 24. November anlässlich des Internationalen Tages „Nein zu Gewalt an Frauen!“ vor dem Rathaus Schöneberg eine Fahne von *terre des femmes* hissen auf der die Worte stehen: „Frei leben – ohne Gewalt!“

Ich wünsche nun allen Aktiven des 4. Berliner Präventionstages einen intensiven und konstruktiven Austausch und viele neue Kontakte und Netzwerke, welche dazu beitragen, die Präventionsarbeit in unserer Stadt weiter voranzubringen und praxisnah zu gestalten. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen einen inspirierenden Tag im Schöneberger Rathaus.
Vielen Dank!

GEWALT
BERLIN GEGEN
GEWALT

Harald Wolf

Grußwort zum 4. Berliner Präventionstag

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Tatsache, dass diese Veranstaltung auch in ihrem vierten Jahr so gut besucht ist, zeigt mir, wie groß der Bedarf nach Austausch und Information in diesem Themenfeld ist. Denn Gewaltprävention ist eine echte Querschnittsaufgabe, das heißt, sie kann nicht auf „die Zuständigen“ abgeschoben werden. Polizei, Schule, Justiz und soziale Einrichtungen merken es zwar sicherlich zuerst, wenn Prävention *nicht* gelungen ist und sich Aggression und Zerstörungswut entladen haben. Aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Einrichtungen sind überfordert, wenn sie mit der Aufgabe allein gelassen werden.

Gewaltprävention erfordert deshalb themen- und berufsfeldübergreifendes Handeln und Vernetzung. Dazu kann und wird der heutige Tag beitragen. Aber auch das beste Präventions - Netzwerk wird scheitern, wenn das Thema nicht als gesamtgesellschaftliche Aufgabe erkannt und angenommen wird.

Ich freue mich deshalb, dass auf dem diesjährigen Präventionstag auch ein Zusammenhang betrachtet wird, der bislang kaum Aufmerksamkeit gefunden hat, nämlich die Rolle der Wirtschaft bei der Prävention von Kriminalität und Gewalt.

Es gibt hier viele Berührungspunkte. Zum einen sind nicht nur einzelne Bürgerinnen und Bürger Opfer von Aggression und Zerstörungswut, sondern auch Unternehmen. Häufig betroffen ist zum Beispiel der Einzelhandel durch Ladendiebstahl, eingeworfene Fensterscheiben, Pöbeleien gegen Beschäftigte. Auch der Vandalismus im Nahverkehr oder in Telefonzellen schädigt Unternehmen wie die S - Bahn oder die Telekom jährlich in Millionenhöhe (1). Im Beirat der Landeskommision Berlin gegen Gewalt sind deshalb mit dem Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbands des Einzelhandels in Berlin und mit dem Generalsekretär der Türkisch - Deutschen Unternehmervereinigung zwei Unternehmer vertreten, die aus eigener Anschauung die Erfahrungen der Berliner Wirtschaft mit Gewalt und den Strategien zu ihrer Vermeidung einbringen können.

Auf der anderen Seite sind die Unternehmen aber nicht länger passive Opfer von Gewalttaten. Viele haben sich zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bekannt und unterstützen soziale Projekte und Initiativen der Gewaltprävention. Auch unser heutiges Treffen wird so hilfreich durch eine Kooperation mit der Wirtschaft unterstützt.

Neben diesen nach außen gerichteten Aktivitäten von Unternehmen wird bislang zu wenig diskutiert, dass Unternehmen auch innerhalb ihrer eigenen Organisationen aktiv zur Gewaltprävention beitragen können. Ausländerfeindlichkeit, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und Mobbing können für den einzelnen den Arbeitstag zur Qual werden lassen und schädigen dauerhaft auch den Erfolg der Firmen. Es ist deshalb für alle von Interesse, dass solche Verhaltensweisen auch von Unternehmensseite aktiv bekämpft werden.

Einen dritten Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Gewaltprävention möchte ich noch besonders hervorheben: Neben den konkreten Projekten zur Gewaltprävention einzelner Firmen, auf die heute ein besonderes Augenmerk gerichtet wird, darf nicht übersehen werden, dass die Berliner Unternehmen im letzten Jahr die Verantwortung für die Qualifizierung von fast 60.000 Jugendlichen im Rahmen der betrieblichen Ausbildung übernommen haben. Durch diese Ausbildungsleistung tragen sie nicht nur zur Entwicklung der Fachkompetenz und beruflichen Ent-

wicklungschancen der Auszubildenden bei, sondern auch zur Persönlichkeitsentfaltung und sozialen Stabilisierung. Viele Gewalttaten unter Jugendlichen entstehen erst durch die gefährliche Mischung aus Frustration und Langeweile, die mit Arbeits- und Perspektivlosigkeit einhergeht. Ich möchte deshalb die Gelegenheit nutzen, all den Betrieben, die sich entschlossen haben, auch dieses Jahr ihre Ausbildungsleistungen zu erhalten oder zu steigern, ausdrücklich zu danken und an diejenigen appellieren, die bislang zurückhaltend waren:

Jeder einzelne Ausbildungsplatz trägt bei zur aktiven Gewaltprävention.

Ich wünsche der heutigen Veranstaltung viel Erfolg.

Anmerkungen

(1) Aufwand der S - Bahn Berlin zur Beseitigung von Vandalismus-Schäden: 4,5 Mio. € jährlich (lt. Presseerklärung). Die S - Bahn Berlin zählt zu den Sponsoren des Präventionstages.



Thomas Härtel

Eröffnung

Meine Damen und Herren,

ich darf Sie recht herzlich begrüßen zu diesem 4. Präventionstag, die Ehrengäste in der ersten Reihe und diejenigen, die auch Grußworte gehalten haben und hier auch noch Beiträge halten werden, sind begrüßt worden. Ich möchte eine weitere Begrüßung vornehmen. Ich habe die Freude, dass eine kleine Delegation aus Moskau heute unter uns zu Gast ist, nämlich Vertreter des Jugendkomitees unserer Partnerstadt Moskau: Herr Pilschikow und Herr Panin. Herzlich willkommen bei uns. Seit Jahren besteht eine Verbindung zwischen meiner Abteilung und dem Moskauer Jugendkomitee und bei dem letzten Besuch in Moskau im vergangenen Jahr haben wir vereinbart, das wir auch gemeinsam die entsprechenden Präventionsanstrengungen beachten wollen. Wir haben in Moskau mittlerweile sehr gute Erfahrungen sammeln können und auch bei der Entwicklung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes für die Stadt Moskau behilflich sein können. Wir haben gespürt, mit welchem Interesse und mit welcher Freude diese Partnerschaft entgegengenommen wurde und wir haben selbst viel in Moskau gelernt. Vielleicht gibt es die Gelegenheit, hier das ein oder andere Gespräch vertiefend zu führen, um Erfahrungen miteinander auszutauschen.

Ich freue mich sehr, dass ich als Vorsitzender der Landeskommission Berlin gegen Gewalt den 4. Berliner Präventionstag eröffnen darf. Ich heiße Sie ganz herzlich willkommen. Im Jahr 2000 haben wir den 1. Berliner Präventionstag ausgerichtet, in dessen Rahmen erstmalig auch der Berliner Präventionspreis verliehen wurde. Inzwischen ist diese Veranstaltung schon fast zu einer „Institution“ geworden. Eine solche Entwicklung hat zwei Seiten: Sie alle wissen, dass Institutionen oft Gefahr laufen, zu erstarren. Auf der anderen Seite ist es ein ermutigendes Zeichen, wenn es gelingt, alljährlich eine große Anzahl von Präventionsakteurinnen und -akteuren zur Information über und zur gemeinsamen Diskussion von Entwicklungen im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention sowie zur Verleihung des Berliner Präventionspreises zu versammeln. Für uns ist dies Herausforderung und Verpflichtung zugleich: Herausforderung, weil immer wieder ein attraktives Programm und Ambiente für die Präventionstage gestaltet werden muss, Verpflichtung, weil es unsere Aufgabe ist, die Gewalt- und Kriminalitätsprävention in Berlin weiterzuentwickeln.

Ob wir uns dieser Herausforderung erfolgreich haben stellen können, meine Damen und Herren, werden Sie am Ende des Tages beurteilen. Im Hinblick auf die Aufgaben der Landeskommission Berlin gegen Gewalt lässt sich zu diesem Zeitpunkt zumindest Folgendes sagen:

Die Berliner Präventionstage zeichnen sich gegenüber vielen anderen Veranstaltungen auch dadurch aus, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den verschiedensten Bereichen – Schule, Jugendhilfe, Polizei, Justiz, Wissenschaft, Verwaltung und in diesem Jahr auch aus dem Bereich der Wirtschaft – zusammenkommen, um gemeinsam an einem Thema zu arbeiten, beziehungsweise geleistete Arbeit zu würdigen. Dies ist nicht selbstverständlich, entspricht jedoch einem unserer wichtigsten Anliegen, nämlich die Voraussetzungen dafür weiter zu verbessern, Prävention institutionenübergreifend und in Kooperation miteinander umzusetzen.

Bevor ich auf einige Aspekte der Entwicklung der Präventionsarbeit in Berlin näher eingehe, möchte ich mich bei all denen bedanken, die an der heutigen Veranstaltung mitwirken. Mir liegt es dabei besonders am Herzen, zunächst allen Referentinnen und Moderatorinnen, die heute die Foren gestalten, meine Anerkennung aussprechen, denn sie tun dies ausnahmslos unentgeltlich.

Hier wird entsprechend dem Motto des heutigen Präventionstages Verantwortung übernommen, vorbildlich gehandelt und ein wertvoller Beitrag für die Präventionsarbeit in Berlin geleistet.

Ich danke dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, für die Übernahme der Schirmherrschaft über den 4. Berliner Präventionstag und für sein Grußwort, welches in der Einladung zur heutigen Veranstaltung abgedruckt ist. Ich danke Ihnen, Herr Band, dafür, dass wir zum 4. Mal im Rathaus Schöneberg tagen dürfen und Sie und das BA Tempelhof - Schöneberg dies ermöglicht haben. Ich freue mich ganz besonders, Frau Riemann - Hanewinckel, dass Sie es übernommen haben, heute zu uns zu sprechen. Vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind wichtige Impulse für die Präventionsarbeit ausgegangen, z.B. durch das Programm Civitas und die Kampagne „Mehr Respekt vor Kindern“. Nicht zuletzt gilt mein Dank natürlich allen Sponsoren, die den 4. Berliner Präventionstag und den Berliner Präventionspreis 2003 unterstützen und so das Motto des diesjährigen Präventionstages ebenfalls mit Leben erfüllen.

Meine Damen und Herren, im Rahmen der Eröffnungen der Präventionstage 2001 und 2002 habe ich jeweils einige aus meiner Sicht wesentliche Aspekte der Gewalt- und Kriminalitätsprävention kurz beleuchtet und ich möchte daran trotz aller mit einer weiteren Institutionalisierung zusammenhängenden Risiken anknüpfen.

Im Bereich der Kinderdelinquenz insgesamt registrieren wir im Jahr 2002 laut Polizeilicher Kriminalstatistik eine geringere Belastung als im Jahr 1984 und sie fällt mit einer Ausnahme kontinuierlich seit 1997. Besonders erfreulich ist, dass erstmals seit 10 Jahren die Tatverdächtigenbelastungszahlen für Rohheitsdelikte bei Kindern gefallen sind, ebenso die für Körperverletzungsdelikte. Bei der Delinquenz von Jugendlichen und Heranwachsenden können wir ein solch eher freundliches Bild nicht zeichnen, weil gerade im Bereich der Rohheitsdelikte die Tatverdächtigenbelastungszahlen gestiegen sind, zwar nicht dramatisch, aber doch merklich. Dramatisch zunehmende Gewalt von Mädchen lässt sich jedoch an Hand der PKS nicht seriös nachweisen. Bezüglich der Jugendgruppengewalt kam es seit 1999 erstmals zu einem erheblichen Anstieg beim Gebrauch von Waffen, allerdings ging die Anzahl der eingegangenen Vorgänge gegenüber dem Vorjahr zurück.

Fazit: Wir müssen die Entwicklung der Rohheitsdelikte männlicher Jugendlicher ernst nehmen. Dies bedeutet jedoch nicht, vermehrt nach Mitteln der Repression Ausschau zu halten – z.B. nach Fußfesseln für sogenannte kriminelle Schulschwänzer – sondern es geht darum, die für manche jungen Menschen wirklich schwierigen Lebensbedingungen und -perspektiven entscheidend zu verbessern. Dies gilt insbesondere für junge Menschen nichtdeutscher Herkunftssprache. Hier steht die Politik in der Verantwortung. Aber gerade im Hinblick auf diese jungen Menschen, die im Bereich der Gewaltdelikte seit Jahren in einem hohen Maße überproportional auffällig werden, müssen auch deren Eltern sowie die Organisationen, die die Interessen der Bürgerinnen und Bürger nichtdeutscher Herkunft in Berlin vertreten, viel entschiedener Anstrengungen als bisher unternehmen, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Grundregeln eines auf gegenseitiger Achtung aufbauenden Zusammenlebens befolgt werden. Gelingt dies nicht und bestimmen solche Fälle, wie z.B. der von Sawis, die öffentliche Debatte, dann werden wir in zunehmendem Maße öffentliche Auseinandersetzungen bekommen, die den Interessen junger Menschen nicht dienlich sind. Im Gegenteil: Es werden neue Vorurteile entstehen und das Zusammenleben der Kulturen in Berlin belasten. Deshalb muss das Motto des diesjährigen Präventionstages Richtschnur gemeinsamen Handelns sein. Was im Übrigen die Intensivtäter angeht, wurden die Verfahrensabläufe zwischen Polizei und Justiz bereits erheblich verbessert und wir werden in Kürze ein abgestimmtes Konzept zur Rolle der Jugendhilfe hinsichtlich des Umgangs mit Intensivtätern vorlegen.

Dass die Zahlen der PKS im Bereich der Häuslichen Gewalt steigen, ist nicht beunruhigend, weil dies als Verschiebung der Anteile von Dunkel- und Hellfeld zu verstehen ist. Die in diesem Bereich entwickelten Projekte und Maßnahmen haben sich aus meiner Sicht bewährt. Eine von uns durchgeführte Recherche zum Thema „Häusliche Gewalt - Präventive Ansätze auf bezirklicher Ebene“ zeigt – ohne dass ich jetzt alle ihre Ergebnisse referieren kann –, dass auch in den

Bezirken eine entsprechende gewaltpräventive Arbeit – vor allem in den Zuständigkeitsbereichen der bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten – gut etabliert ist und alle Bezirke – wenn auch in unterschiedlichem Maße – verschiedene Maßnahmen, wie z.B. die Einführung der Notfallkarte, umgesetzt haben. Bezüglich der in diesem Feld notwendigen innerbezirklichen Kooperation können wir feststellen, dass in allen Bezirken mehr oder weniger gefestigte Kooperationszusammenhänge existieren. Diese könnten allerdings durch ein verbindliches und übergreifendes Gremium in einigen Bezirken noch effektiver gestaltet werden. Die Kooperation zwischen den Abteilungen Jugend und Familie und den Frauen- bzw. Gleichstellungsbeauftragten sollte darüber hinaus auch zum Wohl von von häuslicher Gewalt betroffenen Kindern intensiviert werden. Im Bereich der Abteilungen Jugend und Familie könnte das Thema Häusliche Gewalt eine noch stärkere Beachtung erfahren und im Hinblick auf den Informationsstand, was beispielsweise das neue Gewaltschutzgesetz sowie den Berliner Aktionsplan gegen häusliche Gewalt betrifft, könnten dort noch manche Lücken geschlossen werden. Meine Damen und Herren, wir sind im Hinblick auf dieses Thema auf einem guten, aber noch sehr langen und schwierigen Weg, geht es doch neben der Unterstützung der Opfer Häuslicher Gewalt auch darum, mit geeigneten Mitteln vor allem männliches Gewaltverhalten zu reduzieren. Hier ist verantwortliches und vorbildliches Handeln insbesondere von Männern gefragt.

Im Hinblick auf die Entwicklungen im Bereich des Rechtsextremismus ist vor allem eine wesentlich intensivere Auseinandersetzung mit den Alltagskulturen in unserer Stadt notwendig. Eine genaue Analyse rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher, rassistischer und antisemitischer Verhaltens- und Denkmuster vor Ort ist von entscheidender Bedeutung, um wirksame Präventionsmaßnahmen zu entwickeln. Mit der Erstellung von Lokalen Aktionsplänen für Toleranz und Demokratie haben wir gemeinsam mit den Bezirken Lichtenberg und Pankow diesbezüglich ein Zeichen gesetzt. Die jüngsten Äußerungen eines Bundestagsabgeordneten und die Anerkennung, die diese seitens eines Brigadegenerals der Bundeswehr erhalten haben, zeigen, dass antisemitische Einstellungen bis in die Spitzen unserer Gesellschaft verbreitet sind. Die Behauptung des Brigadegenerals allerdings, dass diese Äußerungen von vielen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes geteilt würden, muss man auch sehr ernst nehmen. Denn sollte sie richtig sein, und man darf unterstellen, dass der General viele Stimmen aus dem Volk hört, dann wäre der Hinweis, es handele sich nur um Äußerungen eines Einzelnen, nicht nur nicht falsch, sondern geradezu kontraproduktiv. Seine Entlassung aus dem Amt ist zwar ein unverzichtbarer Akt der politischen Hygiene, jedoch dürfen wir unsere Augen nicht davor verschließen, dass antisemitische und andere Ressentiments, die im Übrigen keine nationalen, religiösen und kulturellen Grenzen kennen, weit verbreitet sind. Letztes Jahr habe ich an dieser Stelle aus einer Untersuchung von Wilhelm Heitmeyer berichtet, der zur Folge 55% der Bundesbürgerinnen und -bürger meinten, dass es zu viele Ausländer in Deutschland gebe und ein Drittel von diesen störe, dass wieder mehr Juden in Deutschland lebten. Die Aktualität dieser Zahlen ist ungebrochen und wir alle sind aufgefordert, unsere Anstrengungen hinsichtlich des Zurückdrängens rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Einstellungen zu vervielfachen. Die Entwicklung bzw. Umsetzung entsprechender Konzepte muss hohe Priorität erhalten, denn sollten sich im alltäglichen Zusammenleben solche Einstellungen tatsächlich weiter verfestigen, werden künftig die „Hohmanns und Nitzsches“ an Einfluss gewinnen. Wir müssen unsere Präventionsmaßnahmen evaluieren und gemeinsam verhindern, dass für die Umsetzung wirksamer Konzepte zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu wenig Mittel zur Verfügung stehen.

Damit bin ich beim Thema „Kommunale Prävention“. Einerlei, ob es um Häusliche Gewalt, Antisemitismus oder um Anderes geht, wir brauchen in den Bezirken arbeitsfähige und institutionenübergreifende Strukturen kommunaler Prävention. Ich möchte den Bezirken Steglitz - Zehlendorf, Reinickendorf, Mitte und Tempelhof - Schöneberg ausdrücklich meine Anerkennung dafür aussprechen, dass sie sich trotz knapper Ressourcen einer solchen kommunalen Präventionsarbeit verschrieben und Präventionsräte gegründet haben, deren Leistungen sich sehen lassen können. Ich wünsche mir, andere würden diesem Beispiel folgen. In diesem Zusammenhang möchte ich meiner Freude darüber Ausdruck verleihen, dass Sie, Herr Polizeipräsident, ein

neues Präventionskonzept der Berliner Polizei auf den Weg gebracht haben, das nicht nur die Bedeutung, die die Polizei ihrer Präventionsarbeit zumisst, wesentlich steigert, sondern unter anderem auch die Kooperationsmöglichkeiten vor Ort insgesamt erheblich verbessern kann. Präventionsbeauftragte auf jedem Berliner Polizeiabschnitt und in jeder Direktion können aus meiner Sicht zu wichtigen Drehpunktpersonen kommunaler Prävention werden. Zusammen mit den vor einigen Monaten in jedem Bezirk eingesetzten Schulpsychologinnen und Schulpsychologen zur Gewaltprävention und den ebenfalls dort tätigen Standpunktpädagoginnen und -pädagogen könnten sie Netzwerke zur Weiterentwicklung kommunaler Prävention in bilden, in die schnellstmöglich die Jugendhilfe einzubeziehen wäre.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zum Begriff der Prävention sagen. Herr Prof. Weschke hat in einem Aufsatz für das Berliner Forum Gewaltprävention darauf hingewiesen, dass das Wort Prävention von dem lateinischen prävenire kommt, welches zuvorkommen bedeutet. Ist es nicht so, dass dies uns längst aus dem Blick geraten ist und dass das, was wir heute als Prävention bezeichnen, eigentlich Intervention ist? Beeinflussen wir wirklich die Ursachen der von uns bekämpften Symptome? Ich habe Zweifel. Diejenigen von Ihnen, die heute Nachmittag das Forum 3 besuchen, werden sich sicher auch mit diesen Fragen befassen. Im Forum 2 werden Sie sich mit dem Thema Gewalt in der Erziehung auseinandersetzen und Gelegenheit haben, das Training „Starke Eltern – starke Kinder“ des Deutschen Kinderschutzbundes kennen zu lernen. Die Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Allerdings wissen wir, dass es nicht so ohne weiteres gelingt, gerade die Eltern zu erreichen, die wir ansprechen müssten. Die Gründe dafür sind zu analysieren und es liegt auf der Hand, dass ein solches Vorhaben nicht voraussetzungslos anzupacken ist. Aus meiner Sicht werden in Zukunft Schulen und Kitas gerade in diesem Zusammenhang mehr Verantwortung übernehmen müssen, allerdings nicht, ohne dass Eltern für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder viel mehr als bisher in die Pflicht genommen werden. Für mich erschließt es sich z.B. nicht ohne weiteres, dass sich die Kommunikation zwischen Eltern und Lehrkräften meist auf sehr förmliche Elternabende und das ein oder andere 10-minütige Gespräch anlässlich der Zeugnisausgabe beschränkt. Hier gilt es, langfristig eine Eltern einbeziehende, fordernde und gleichzeitig ihre Ressourcen nutzende Kultur zu entwickeln und auch zu prüfen, ob unsere Hilfesysteme und andere Angebote nicht vielmehr als bisher um Schule und Kita herum zentriert werden sollten, so wie dies zum Teil in den skandinavischen Ländern der Fall ist. Dies ist – wenn überhaupt – Zukunftsmusik. Jede Musik muss jedoch, abgesehen von der im Hier und Jetzt Improvisierten, erst mal in der Gegenwart komponiert werden, damit sie später zu Gehör gebracht werden kann. Auch in diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen einen interessanten und ertragreichen 4. Berliner Präventionstag.

Christel Riemann - Hanewinkel

Rede anlässlich des 4. Berliner Präventionstages am 13. November 2003

Begrüßung und Einleitung

Meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich zum 4. Berliner Präventionstag und bedanke mich für die freundliche Einladung. Ich überbringe Ihnen die besten Wünsche von Bundesministerin Renate Schmidt. Frau Ministerin wäre gerne heute zu Ihnen gekommen. Sie ist aber leider verhindert und hat mich gebeten, zu Ihnen zu kommen. Ich bin dieser Bitte gern gefolgt.

Das Thema der Tagung „Verantwortung, Vorbild, Prävention“ beschreibt nicht ein statisches Ziel, das wir alle anstreben. Es zeigt vielmehr den Weg.

Durch die Besinnung auf demokratische Grundwerte, die für das Zusammenleben von Menschen unverzichtbar sind und durch das Praktizieren dieser Werte im täglichen Leben.

Außerdem ist es auch die Aufforderung an jeden und jede Einzelne, an alle in der Gesellschaft Verantwortlichen durch wertorientiertes eigenes Handeln Vorbild zu sein und damit zum Wohl der Allgemeinheit beizutragen.

Ein vorbildhaftes Verhalten, entsprechende gesellschaftliche Vereinbarungen, die auch in Strukturen deutlich werden müssen, sind die beste Prävention gegen Ungerechtigkeit, Diskriminierung, Intoleranz und Ignoranz. Sie führen letztlich zu mehr Mitmenschlichkeit, Respekt und Toleranz gegenüber dem Anderen, zu mehr Solidarität und mehr sozialer Gerechtigkeit in der Gesellschaft.

Familien- und Jugendpolitik und Prävention

Meine Damen und Herren, als Kinder- und Jugendpolitikerin stelle ich als erstes fest: Straftaten gehören nicht zum Alltag junger Menschen. Die allermeisten Kinder und Jugendlichen geraten nicht mit dem Gesetz in Konflikt.

Und wenn, handelt es sich dabei auch meistens um Delikte wie Ladendiebstahl oder „Schwarzfahren“.

Insgesamt geht die Kinder- und Jugendkriminalität seit 1999 zurück. Dennoch: Handlungsbedarf bleibt.

Große Sorge machen uns die so genannten Intensiv- und Mehrfachtäter. Sie machen nur einen verschwindend geringen Teil der jugendlichen Straftäter aus, aber sie schockieren die Öffentlichkeit immer wieder, da sie oft schwere Straftaten verüben.

Viele dieser ‚Intensivtäter‘ stammen aus Familien, in denen eine hohe Gewaltbereitschaft besteht. Das bedeutet: Sie haben selbst erfahren, was Gewalt mit ihnen macht.

Polizei, Gerichte und Jugendhilfe müssen dann rasch entscheiden und gemeinsam mit der Jugendhilfe handeln.

Grundsätzlich müssen wir aber versuchen, es nicht soweit kommen zu lassen, damit wir Karrieren als Straftäter verhindern.

Prävention sollte immer Vorrang vor Strafverfolgung und Repression haben. Wir wissen, Kinder- und Jugendkriminalität und -gewalt hat nicht eine oder einige wenige isolierbare Ursachen, sondern sie hat viele Faktoren und Bedingungen.

In den vergangenen Jahrzehnten sind manche gesellschaftlichen Bindekräfte schwächer geworden, die früher zur Vorbeugung beigetragen haben. Gewalt zur Lösung von Konflikten ist „hofähig“ geworden.

Die Verantwortung für den Abbau von Kinder- und Jugendkriminalität und -gewalt haben viele.

In der Bundesrepublik besteht weithin Konsens darüber, dass Kriminalprävention eine gesellschaftliche Aufgabe ist. Dahinter steht die Überzeugung, dass das Strafrecht allein Kriminalität nicht erfolgreich bekämpfen kann und dass auch Polizei und Justiz Kriminalität nicht verhindern können.

Der Vielfalt möglicher Ursachen der Kinder- und Jugendkriminalität und -gewalt ist grundsätzlich mit einem ganzen Maßnahmenbündel zu begegnen. Prävention ist angesagt:

So brauchen wir eine bessere und wirkungsvollere Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe, Polizei und Justiz und weiteren Institutionen vor Ort.

Auch kommt es entscheidend darauf an, dass Familie, Freundeskreis, Schule und das weitere soziale Umfeld – einschließlich der zuständigen Institutionen – angemessen und verantwortungsvoll reagieren.

Wichtig war in der Entwicklung der Kinder- und Jugendkriminalprävention in Deutschland die Einrichtung der Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention beim Deutschen Jugendinstitut, die seit 1998 Konzepte, Handlungsstrategien und Arbeitsformen der Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention entwickelt und veröffentlicht.

Prävention ist eine Querschnittsaufgabe, die die Gesellschaft insgesamt fordert. Das gilt in besonderem Maße für die Familien- und Jugendpolitik.

Eine verantwortungsvolle Politik hat für Familien und Kinder günstige Rahmenbedingungen zu schaffen. Und sie hat vorausschauend auf die Verhinderung und Vermeidung gesellschaftlicher Fehlentwicklungen hinzuwirken, als deren Ergebnis und Folgen auch Gewalt und Kriminalität entstehen können. Diese Bundesregierung hat die Familienpolitik zum zentralen Thema der gegenwärtigen Gesellschaftspolitik gemacht.

Familie als stabilisierender Faktor

In einer ständig sich wandelnden Welt ist und bleibt die Familie das wichtigste soziale Netzwerk für die Menschen. Sie gibt ihnen Geborgenheit, Halt und Glück.

Gerade in der jungen Generation ist die Wertschätzung der Familie eindrucksvoll gewachsen: 75 Prozent der jungen West- und 76 Prozent der jungen Ostdeutschen, so belegen es die Jugendstudien, erklären heute die Familie zu ihrem wichtigsten Rückhalt. Die Gründung einer Familie wird als eine Bereicherung des Lebens, als Orientierung und Halt betrachtet.

Die Familie bleibt von den raschen gesellschaftlichen Veränderungen unserer Zeit nicht unberührt. Wir wissen von höheren Scheidungszahlen, von einer wachsenden Zahl an Elternteilen, die ihre Kinder alleine großziehen und von sogenannten Patchworkfamilien.

Bei aller Vielfalt von Familienformen stellen wir aber fest:

Familie ist erfreulich stabil, 78 Prozent aller Kinder wachsen nach wie vor mit ihren beiden leiblichen Eltern und mit Geschwistern auf, und sie bietet für die allermeisten Menschen die wichtigste Orientierung im Leben. Sie stabilisiert die Familienmitglieder, darunter vor allem die Kinder.

Kinder finden in den Familien den Raum, in dem Vertrauen, Selbstbewusstsein und Bindung entstehen. Eine bessere Prävention gegen Jugendgewalt und Kriminalität als eine halt- und orientierungsgebende Familie kann es kaum geben.

An Familien werden hohe Erwartungen gestellt: Sie sollen Kinder erziehen, deren schulische und berufliche Entwicklung fördern, das Alltagsleben bewältigen, den Familienmitgliedern emotionale Sicherheit und einen Ort der Regeneration bieten.

Das zu erfüllen, verlangt ein hohes Maß an Kompetenzen, Einsatz und Solidarität der Familienmitglieder.

Nachhaltige Familienpolitik muss daher Männern und Frauen ermöglichen, ihre Lebensvorstellungen umzusetzen.

Sie wollen Familie, Kinder, Erwerbstätigkeit vereinbaren können. Dazu sind Rahmenbedingungen nötig, die die Gesellschaft stellen muss.

Allgemeine Maßnahmen zur Förderung der Familien

Die Politik hat ihren Teil dazu zu tun. Einige Punkte möchte ich benennen:

1. Bekämpfung von Kinderarmut

Mit der Einführung eines Kinderzuschlages wird ein erster wichtiger Schritt für eine gezielte Bekämpfung von Kinderarmut getan.

Es soll verhindert werden, dass Familien allein wegen ihrer Kinder auf Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe angewiesen sind.

Rund 150.000 Kinder und deren Familien werden damit ab 1. Juli 2004 aus dem Bezug von Arbeitslosengeld II herausgeholt.

Eltern werden unterstützt, ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit selbst zu verdienen.

Erreicht haben wir für die tatsächlich Alleinerziehenden eine auf Dauer geltende steuerliche Regelung. Ein neuer Steuerfreibetrag in Höhe von 1.300 Euro pro Jahr soll haushaltsbedingte Mehrbelastungen dauerhaft berücksichtigen, die tatsächlich Alleinerziehende gegenüber Paarfamilien haben. Damit wird der vorgesehene Wegfall des Haushaltsfreibetrags, der von den Familienverbänden ja stark kritisiert wurde, im Jahr 2004 für diese Gruppe kompensiert.

2. Neben der finanziellen Absicherung von Familien ist es notwendig, Eltern die Balance der Familien und Arbeitswelt zu ermöglichen.

Kurz: Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen.

3. Der Bund hat daher eine belastbare Zusage zu guter Kinderbetreuung gegeben. Unser Ziel ist es, für Kinder aller Altersgruppen bis zum Jahr 2010 eine bedarfsgerechte Angebotsstruktur zu schaffen.

Ganztagschulen bieten bessere Bedingungen für eine individuelle Förderung, jedoch spielen sie bislang in Deutschland im Vergleich zum europäischen Ausland nur eine nachgeordnete Rolle. Mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ wird deshalb der Aufbau von zusätzlichen Ganztagschulen unterstützt und der Anstoß für ein bedarfsgerechtes Angebot in allen Regionen gegeben.

Der Bund wird vier Milliarden Euro für Ganztagschulen und 1,5 Milliarden Euro für den Betreuungsausbau für die Unter-Dreijährigen ausgeben. Der Einstieg in eine verstärkte und nachhaltige Kooperation von schulischen und außerschulischen Einrichtungen wird die Angebote an guter Betreuung für Schulkinder verbessern helfen.

Ganztagsangebote an allen Schulformen und in zumutbarer Entfernung vom Elternhaus für alle Kinder können erheblich zur notwendigen Verbesserungen der schulischen Bildung, zur Vermeidung von Benachteiligungen und zur Förderung aller Begabungen beitragen. In Ganztagschulen können wir Bildungsbarrieren abbauen und soziale Ausgrenzung verhindern.

Zur Verbesserung der Balance von Familie und Arbeitswelt müssen aber auch die Wirtschaftsunternehmen ihren Beitrag leisten; etwa durch flexiblere Arbeitszeiten und betriebliche Kinderbetreuungseinrichtungen.

Wir setzen auf eine partnerschaftliche Kooperation zwischen Wirtschaft und Politik und eine Allianz für Familie.

Bundesministerin Renate Schmidt hat darüber mit den Spitzen der Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften gesprochen. Und die Resonanz ist erfreulich. Mehr und mehr Unternehmen haben erkannt, welchen Gewinn es für sie bedeutet, durch eine familienfreundliche Arbeitswelt zufriedene und motivierte, qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an sich zu binden.

4. Life – Work - Balance ist ein neuer Begriff für neue Konzepte.

Ministerin Renate Schmidt hat gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelstag, dem Zentralverband des Deutschen Handwerks, dem DGB, der BAG, der Freien Wohlfahrtspflege, dem Deutschen Familienverband und vielen namhaften Persönlichkeiten die Initiative „Lokale Bündnisse für Familien“ gestartet, deren Anliegen es ist, mehr Familienfreundlichkeit im Alltag, in den Kommunen und in den Betrieben zu schaffen.

Damit sollen die Kommunen bei der Weiterentwicklung ihrer familienpolitischen Maßnahmen unterstützt werden. Bereits heute gibt es in vielen Kommunen familienfreundliche Maßnahmen in unterschiedlichsten Formen.

Ein lokales Bündnis für Familie entsteht, wenn bestehende Initiativen gebündelt und weiterentwickelt werden. Dazu werden viele Partner gebraucht: Politik und Verwaltung, freie Träger, Vereine und Verbände, Kirchen, Gewerkschaften und Unternehmen.

Zur Unterstützung der Kommunen richtet das Bundesfamilienministerium eine Anlauf- und Beratungsstelle ein. Die Geschäftsstelle organisiert den Austausch von Informationen, regt lokale Bündnisse für Familie vor Ort an und wirbt bei bundesweiten Partnern und in der Öffentlichkeit für die Initiative.

Das Forum „Prävention und Wirtschaft“ Ihrer heutigen Tagung wird sich mit dieser Thematik sicher intensiv befassen.

Meine Damen und Herren,

Familie ist für Kinder und Jugendliche der entscheidende stabilisierende Faktor und wohl die beste Prävention gegenüber der Gefahr des Abgleitens in Kriminalität und Gewalt.

In der Familie erfahren Kinder als erstes die Regeln des Zusammenlebens. Sie lernen, was Verantwortung und was Vertrauen bedeutet und erfahren, wie mit Konflikten umgegangen wird.

Wenn sie nicht lernen, dass es verschiedene Wege zu Problemlösungen gibt, sie nur erfahren, dass der Stärkere „siegte“, Gewalt kaputtmachend und kränkend ist, werden sie später als Erwachsene eher dazu neigen, Konflikte mit Gewalt zu lösen. Die Zahlen vieler Untersuchungen belegen das.

Gewaltfreie Erziehung ist deshalb eine wichtige Grundlage für eine gewaltfreie Gesellschaft.

Wir wissen, dass leider immer noch in vielen Familien Gewalt zum Erziehungsalltag gehört.

Wir haben deshalb das neue Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung durchgesetzt, das im November 2000 in Kraft getreten ist.

Es gibt erstmals in der Geschichte Kindern ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Und es sieht ein striktes Verbot jeglicher Gewalt in der Erziehung vor.

Dagegen setzen wir ein Erziehungsverständnis, ein Leitbild von Erziehung, das auf den gegenseitigen Respekt von Kindern und Eltern gründet.

Wir unterstützen Eltern, in dem wir ihnen über Familienbildungs- und -beratungseinrichtungen Wege aufzeigen, wie Konflikte im Erziehungsalltag gewaltfrei gelöst werden können.

Die Förderung einer gewaltfreien Erziehung stand im Zentrum der Kampagne „Mehr Respekt vor Kindern“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die vom September 2000 bis zum Dezember 2001 für dieses Bild von Erziehung warb.

Hunderte öffentliche und private Einrichtungen, Organisationen und Verbände beteiligten sich daran. Sie entwickelten eine beeindruckende Fülle von Ideen und Angeboten, die das Anliegen des Gesetzes direkt in die (Erziehungs-) Realität der Städte und Gemeinden überführten.

Die vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen zeigten und zeigen Wirkung, wie die von uns in Auftrag gegebenen Evaluationsstudien von Prof. Bussmann zu den Auswirkungen der Gesetzesänderung und der Kampagne zeigen.

Die Ergebnisse dieser Studie werden in Kürze veröffentlicht.

Der Abschluss der bundesweiten Kampagne „Mehr Respekt vor Kindern“ ist kein Abschluss-Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen und Institutionen vor Ort.

Das Forum dieser Tagung, das sich mit der Thematik „Gewaltfreie Erziehung“ befasst, wird vielleicht auch weitere Aktionen und Schritte erarbeiten.

Projekt Starke Eltern - starke Kinder

Sicher wird sich dieses Forum dabei auch mit einem wichtigen Erziehungskonzept gegen Gewalt befassen, dem Kursmodell des Deutschen Kinderschutzbundes „Starke Eltern - starke Kinder“. Dieses Modell wurde vom Bundesfamilienministerium im Rahmen der Kampagne „Mehr Respekt vor Kindern“ in Konzeptentwicklung und Multiplikatoren Ausbildung finanziert.

Dieses Kursmodell trifft genau Ihr heutiges Tagungs-Motto, denn es setzt an der Vorbildfunktion und an der beispielgebenden Haltung der Eltern an und führt - wie die wissenschaftliche Evaluation der Fachhochschule Köln ergab - zu „signifikanten Verbesserungen der Erziehungskompetenz der Eltern“.

Es ist inzwischen erfreulicherweise von zahlreichen Trägern der Familienbildung im gesamten Bundesgebiet in der Praxis übernommen worden und wird vom Deutschen Kinderschutzbund nun auch für Migrantenfamilien überarbeitet.

Strukturkonzept Familienbildung

Natürlich ist das Projekt Starke Eltern - starke Kinder nicht die einzige, sondern eine von zahlreichen Maßnahmen, die wir zur Stärkung der Erziehungsverantwortung der Eltern gefördert haben.

Hinweisen möchte ich auch auf das Projekt von Professor Lösel zur „Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz und Entwicklung sozialer Fähigkeiten in der Familie“. Es handelt sich dabei um ein in Deutschland in dieser Form erstmals praktiziertes Präventionsmodell, dessen Instrumente (Eltern- und Kinderbetreuung) nach strengen internationalen Qualitätsstandards evaluiert wurden. Die Wirksamkeit des Präventionsmodells konnte auf diese Weise bewiesen werden. Die Projektergebnisse werden in Kürze von Frau Ministerin Renate Schmidt der Öffentlichkeit vorgestellt.

Weitere Maßnahmen reichen von der Herausgabe von Elternbriefen zur Gewaltthematik bis hin zu einem Online-Internet-Handbuch zu Erziehungsfragen von Professor Fthenakis. Wir haben auch Konzepte für Multiplikatoren entwickeln lassen.

Erwähnen möchte ich beispielhaft das Projekt „Mediation im Stadtteil“ hier in Berlin – mit dem Sie sich ja heute auch befassen werden – und die Entwicklung von „Standards für Konflikt-schlichtung an Schulen und Jugendeinrichtungen“, die wir zügig vorantreiben. Ziel ist es dabei, dass Kinder auch außerhalb der Familie darin unterstützt werden, Streitkultur und gewaltfreie Konfliktlösung zu erlernen und einzuüben.

Die Familienbildung wird bei der Vermittlung des Leitbildes einer gewaltfreien Erziehung weiterhin eine Schlüsselfunktion inne haben.

Damit bestimmte Zielgruppen, so genannte Risikogruppen, von der Familienbildung besser als bisher erreicht werden, fördern wir zurzeit in Bremen das Modellprojekt „Strukturkonzept Familienbildung in Bremen“.

Das Projekt hat das Ziel, einen niederschweligen Zugang zu den Angeboten der Familienbildung zu eröffnen und eine Vernetzung aller vor Ort befindlichen, erziehungsrelevanten Einrichtungen zu entwickeln.

Medien und Gewalt

Wir alle wissen, dass es neben den Familien, den Eltern und den Schulen die so genannten „heimlichen Erzieher“ gibt. In erster Linie meine ich damit die Medien. Die Bundesregierung nimmt die Gefährdungen von jungen Menschen durch problematische Medieninhalte sehr ernst. Mit unserem neuen Jugendschutzgesetz, das am 1. April 2003 gemeinsam mit dem Jugendmedienschutz - Staatsvertrag der Länder in Kraft getreten ist, haben wir deshalb einen Schutzrahmen geschaffen, der unsere Kinder und Jugendlichen besser vor Gewalt in den Medien schützen soll.

Gemeinsam mit den Ländern ist es uns gelungen, dem Jugendschutz eine einheitliche Rechtsgrundlage mit einheitlichen Jugendschutzstandards zu geben und den aktuellen Erfordernissen anzupassen.

Uns war es z.B. wichtig, die Altersfreigabe- und Kennzeichnungspflicht für Kinofilme und Videos auch auf Computerspiele und Bildschirmspielgeräte auszuweiten, wenn sie Kinder und Jugendlichen zugänglich gemacht werden sollen.

Denn da diese Medien die gleichen beeinträchtigenden Wirkungen auf die Entwicklung oder Erziehung von Kindern und Jugendlichen haben können, sehe ich keinen Grund, sie anders als Filme und Videos zu behandeln.

Die Bundesregierung geht grundsätzlich davon aus, dass es nicht ohne Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche bleiben kann, wenn ihnen in den Medien Gewalt ständig als normales und gesellschaftlich akzeptiertes Konfliktlösungsmuster vorgeführt wird.

Heute zweifelt kaum jemand daran, dass staatlicher Jugendschutz notwendig ist. Er allein reicht aber nicht aus. Unsere Gesellschaft steht insgesamt in der Verantwortung, Kinder und Jugendliche vor schädlichen Einflüssen zu schützen.

An erster Stelle lernen Kinder in den Familien, was gut und richtig für sie ist. Aber auch Schulen und Jugendeinrichtungen, Medien und Wirtschaft sind gefordert.

Leider ist es häufig so, dass viele Erwachsene - Eltern, aber auch Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher - die Inhalte vor allem der elektronischen Medien nicht kennen, mit denen sich ihre Kinder beschäftigen.

Vermittlung und Stärkung von Medienkompetenz wird deshalb auch in Zukunft einen Schwerpunkt der Arbeit der Bundesregierung bilden. Diese Maßnahmen richten sich sowohl an Erziehende als auch an Kinder und Jugendliche.

Unser Ziel ist es, junge Menschen zu befähigen, eigenverantwortlich mit den Medien umzugehen und zu problematischen Inhalten kritische Distanz zu wahren.

Eltern wollen wir darüber hinaus in ihrer Medienerziehungskompetenz unterstützen, damit sie in der Lage sind, ihre Kinder zu bewusstem Medienkonsum anzuleiten.

Die Kampagne „Schau hin! Was Deine Kinder machen“ wird vom Ministerium gemeinsam mit der Zeitschrift HÖRZU, der ARD, dem ZDF, Intel sowie ARCOR durchführt.

Es geht uns dabei insbesondere um die jüngeren Kinder, die drei- bis 11-Jährigen. Erwachsene sind gefordert, hier Verantwortung zu übernehmen und sich intensiver mit der Mediennutzung der Kinder auseinander zu setzen. Kinder müssen den Umgang mit den Medien erst lernen. Kinder brauchen dazu in erster Linie ihre Eltern. Deshalb wollen wir Tipps zum Umgang mit Medien für Kinder liefern.

Gewalt gegen Frauen

Meine Damen und Herren,

Gewalt darf für niemanden in der Gesellschaft Schicksal sein. Das gilt für Kinder. Das gilt aber auch für Frauen.

Wirksam gegen Gewalt an Frauen zu intervenieren, die Täter zur Verantwortung zu ziehen und den Opfern der Gewalt Schutz und Unterstützung zu bieten – das sind zentrale gesellschaftliche und staatliche Aufgaben, die wir gemeinsam mit den Nichtregierungsorganisationen und Unterstützungseinrichtungen aus dem Anti-Gewalt-Bereich weiter angehen werden.

Besondere Beachtung erfährt das zwischenzeitlich abgeschlossene Modellprojekt „BIG“, das hier in Berlin neue Kooperationsformen und Interventionen bei Partnergewalt gegen Frauen schuf. Ergebnis des Projekts ist ein effektiverer Schutz der Frauen und ihrer Kinder durch konsequente Interventionen von Polizei und Justiz und durch strafrechtliche Verfolgung der Täter mit gerichtlich auferlegten Verhaltenstrainingsprogrammen. Das Projekt fand bald einen Nachahmer: das sog. KIK Schleswig-Holstein. Ich freue mich, dass inzwischen vielerorts ähnliche Interventions- und Kooperationsprojekte entstanden sind. Einige dieser Projekte werden derzeit wissenschaftlich begleitet, um die Ergebnisse dann für alle Interessierten nutzbar zu machen.

Eine einzigartige institutionalisierte Zusammenarbeit von Regierungsstellen mit den Nichtregierungsorganisationen aus dem Anti-Gewalt-Bereich findet in der von meinem Hause geleiteten Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Häusliche Gewalt“ statt. Zu den bisherigen Ergebnissen zählen: Empfehlungen zu den Schnittstellen von Gewaltschutzgesetz und Kindschaftsrecht; Initiierung eines Beschlusses der Jugendministerkonferenz zur Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes aus Sicht der Kinder- und Jugendhilfe, Empfehlungen für die Standards zum begleiteten Umgang.

Das am 1.1.2002 in Kraft getretene Gewaltschutzgesetz und die entsprechenden Polizeigesetze der Bundesländer zeigen Wirkung. Nicht mehr die Opfer häuslicher Gewalt – ganz überwiegend Frauen und ihre Kinder – müssen ihre vertraute Umgebung verlassen, um der Gewalt zu entkommen. Stattdessen werden die Täter aus der gemeinsamen Wohnung verwiesen, ihnen wird der Schlüssel abgenommen und es wird ihnen gerichtlich bei Androhung einer empfindlichen Strafe verboten, zurückzukehren.

Allein in Nordrhein - Westfalen sind im 1. Halbjahr 2002 fast 2.200 Gewalttäter von der Polizei aus den Wohnungen verwiesen worden.

Damit die gesundheitliche Versorgung von Frauen und Kindern, die Opfer von Gewalt geworden sind, verbessert wird, wollen wir auf alle Akteure im Gesundheitswesen einwirken. Wir wissen, dass Ärztinnen, Ärzte, Pflegende noch zu wenig geschult sind, um Misshandlungen zu erkennen.

Die Bund - Länder - Arbeitsgruppe „Häusliche Gewalt“ als auch die von meinem Ministerium geförderte „Bundeskoordination Frauengesundheit“ haben die Versorgung der von Gewalt betroffenen Frauen und ihrer Kinder zu einem Schwerpunktthema erklärt. Ein solches vernetztes Vorgehen ist wichtig, damit wir das Thema auch in alle zuständigen Bereiche transportieren und die verschiedenen Akteure sensibilisieren können.

Bis zum Ende diesen Jahres läuft das EU - Daphne - Programm zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen. Dieses Programm wird bis 2007 weitergeführt. Der Rat hat es vor 4 Wochen beschlossen. Ziel ist die Unterstützung für Präventionsmaßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen sowie die Förderung transnationaler Kooperation. Mein Ministerium hat die Kofinanzierung für verschiedene deutsche Projekte übernommen.

Ein bitteres Kapitel ist die sexuelle Gewalt gegen Kinder.

Die wirksame Bekämpfung von sexueller Gewalt gegen Kinder hat hohe Priorität. Die Bundesregierung hat am 29. Januar 2003 einen Aktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung verabschiedet. Dieser Aktionsplan bündelt die einzelnen Maßnahmen der Bundesregierung zum Schutz von Kindern in ein Gesamtkonzept. Die einzelnen Maßnahmen dienen der gezielten Hilfe, Intervention und Prävention.

Ein Schwerpunkt des Aktionsplans ist die Verstärkung der Prävention und Aufklärung. Wir werden daher Ende Januar 2004 eine bundesweite Präventionskampagne starten. Ziel der Kampagne ist es, das Engagement aller zu aktivieren und Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten aufzuzeigen: Denn sexuelle Gewalt gegen Kinder geht uns alle an und jeder kann und sollte etwas dagegen tun.

Prävention und Zivilgesellschaft

Meine Damen und Herren,

Voraussetzung für eine Gesellschaft, die keine Gewalt zulässt, ist mehr Zivilcourage. Wir brauchen in Deutschland mehr Menschen, die bei Unrecht, Ausgrenzung und Gewalt nicht einfach wegschauen, sondern sich einmischen. Kaum je hört man, dass sich jemand eingemischt habe.

Der Bund hat deshalb ein Aktionsprogramm gefördert „Jugend für Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.“ Dieses Programm soll Anstoß für mehr Zivilcourage geben.

Das allein reicht aber nicht aus. Wir brauchen das breite Engagement, den Mut und die Hilfsbereitschaft vieler Menschen. Etwa in der Form, wie sie sich seinerzeit in den Lichterketten Tausender gegen Fremdenhass zeigten.

Wir brauchen ein Netzwerk von Couragierten, die bereit sind, sich für die Werte, Freiheit, Menschenwürde und Demokratie einzusetzen und für deren Verteidigung verantwortungsvoll einzutreten.

Wenn sich immer mehr Menschen in diesem Sinne verantwortungsvoll engagieren, dann entsteht ein Klima, das einerseits Gewalt und Extremismus abschreckt und andererseits Vertrauen in die Hilfsbereitschaft und Solidarität der Bürger und Bürgerinnen schafft.

Vertrauen, ein Fundus an gemeinsamen Werten und die Bereitschaft, für diese Werte einzustehen, das sind die Grundlagen für den Zusammenhalt einer Gesellschaft.

Zivilgesellschaftliche Initiativen kann es überall geben: In organisierten Bürgerinitiativen, in losen nachbarschaftlichen Gruppen oder auch in Vereinen. Sie machen Vertrauen und Zusammenhalt erlebbar und leiten zur Übernahme von Verantwortung an. Sie geben Menschen das Gefühl, gebraucht zu werden und Erfolg zu haben. Diejenigen, die sich hier engagieren, sind für Jugendliche oft die ersten Vorbilder außerhalb von Familie und Schule. Die soziale Integration und Anerkennung, die hier in privater Initiative stattfindet, bedeutet für die Prävention mindestens ebenso viel wie staatliche Programme, die sich ausdrücklich dieser Zielsetzung widmen.

Natürlich können zivilgesellschaftliche Initiativen die Arbeit von Polizei, Justiz, Schule und auch Politik nicht ersetzen, aber sie können für die Gewaltlosigkeit der Gesellschaft einen entscheidenden Beitrag leisten.

In diesem Sinne wünsche ich mir, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger sich couragiert für eine starke Zivilgesellschaft engagieren und damit auch der nachwachsenden Generation ein Vorbild in gelebter Demokratie geben.

Karin Schubert

Berliner Präventionspreis 2003 Rede zur Preisverleihung

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Härtel, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Thiemen, sehr geehrter Herr Polizeipräsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,

dass ich heute den Berliner Präventionspreis 2003 verleihen darf, ist mir eine große Ehre. Inzwischen ist es das vierte Mal, dass dieser Preis verliehen wird. Der große Zuspruch, den die Berliner Präventionstage und die Preisverleihung erfahren, zeigt, dass die Initiative der Landeskommission Berlin gegen Gewalt, vorbildliche Arbeit im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention öffentlich anzuerkennen, auf einen sehr fruchtbaren Boden gefallen ist.

Dass Projekte, in denen Vorbildliches geleistet wird, im Rahmen der Verleihung des Berliner Präventionspreises eine Würdigung erfahren und unterschiedliche Berufsgruppen auch die Leistungen der jeweils anderen wahrnehmen und anerkennen, halte ich für ein wichtiges Zeichen. Es macht deutlich: Verantwortung wird von Vielen übernommen, Vorbildliches von Vielen geleistet und die Prävention von Vielen auch in Kooperation miteinander weiter entwickelt.

Es ist jedoch nicht nur von den ausgezeichneten Projekten Verantwortung übernommen worden, sondern auch von der unabhängigen und ehrenamtlich tätigen Jury, die über die Vergabe des Berliner Präventionspreises 2003 entschieden hat. Mein Dank und der der Landeskommission Berlin gegen Gewalt gilt Frau Prof. Dr. Meinhold, Frau Willkomm, Herrn Prof. Weschke und Herrn Mehls.

Bedanken möchte ich mich darüber hinaus bei der Unfallkasse Berlin, bei der Initiative Schutz vor Kriminalität e.V. und bei der SECURITAS Sicherheitsdienste GmbH & Co.KG, die nunmehr zum zweiten Mal mit jeweils 1000 € dotierte Sonderpreise gestiftet haben. Dieses Engagement zeigt, dass das Motto des diesjährigen Präventionstages „Vorbild, Verantwortung, Prävention“ weit über die eigentlichen Präventionsakteure hinaus ernst genommen wird.

Die Jury hat aus 44 eingegangenen Anträgen die preiswürdigen Projekte ausgewählt. Sie hat entschieden, dass – abgesehen von den drei Sonderpreisen – drei Preise verliehen werden, zwei erste Preise, dotiert mit je 5.000 € und ein dritter Preis, dotiert mit 2.500 €. Die Jury hat mich darum gebeten, dass neben den mit einem Preis ausgezeichneten Projekten, vier weitere Projekte heute besonders erwähnt werden sollen.

Ich komme dieser Bitte gerne nach und nenne zunächst das Projekt „Schwules Überfalltelefon Berlin“ des Vereins Mann - O - Meter. Dieses Projekt wurde als erstes seiner Art in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1990 gegründet und war wegweisend für die Entwicklung ähnlicher Projekte in anderen Bundesländern. Im Rahmen des Projektes werden schwule und bisexuelle männliche Menschen, die Opfer von Gewalttaten oder schwulenfeindlicher Diskriminierung geworden sind, beraten und unterstützt.

Ich nenne des Weiteren das Projekt „Fußballkids im 1. FC Pappelhof“ des Vereins KIDS & CO. Mit der Gründung des 1. FC Pappelhof im Jahr 2000, dem 30 Mädchen und Jungen angehören und dessen Betreuung inzwischen auf ehrenamtlicher Basis erfolgt, ist es gelungen, für und mit jungen Menschen ein attraktives und für die Gewaltprävention bedeutsames Freizeitangebot in Marzahn zu gestalten.

Das Projekt „Gewaltprävention durch mehr Soziales Lernen in der Schule“ hat das Ziel, im Rahmen spezieller Unterrichtsstunden zum Sozialen Lernen, die Selbst- und Sozialkompetenz von Schülerinnen und Schülern zu verbessern. Begonnen 1998 am Friedrich – Engels – Gymnasium in Reinickendorf, bieten dort heute 13 Schulen in verschiedenen Klassenstufen Stunden zum Sozialen Lernen an. Soziales Lernen in der Schule in dieser Form zu gestalten, heißt, den Erziehungsauftrag der Schulen ernst zu nehmen und stellt einen bedeutenden Beitrag zur Gewaltprävention in unserer Stadt dar.

Als letztes Projekt möchte ich das Berliner Zentrum für Gewaltprävention erwähnen. Es widmet sich insbesondere der Arbeit mit gewalttätigen Männern. Diesen wird die Möglichkeit geboten, ihre Wahrnehmung für das eigene Gewaltverhalten zu schärfen und ein verantwortliches, partnerschaftliches Alternativverhalten in Konfliktsituationen zu erlernen. Das Angebot richtet sich sowohl an Selbstmelder als auch an solche Männer, die über eine gerichtliche Weisung zur Teilnahme gehalten sind. Die Arbeit mit den Tätern ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, die vor allem im Bereich Häuslicher Gewalt einer Weiterentwicklung – allerdings nicht zu Lasten der Opfer – bedarf.

Über die Erwähnung dieser Projekte hinaus hat mich die Jury gebeten, das besondere Engagement und die Vielfalt der Projekte der Berliner Polizei im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention hervorzuheben, von denen einige in den vergangenen Jahren bereits mit dem Berliner Präventionspreis ausgezeichnet wurden. Sie hat mir darüber hinaus ans Herz gelegt, denjenigen Berliner Polizeibeamtinnen und –beamten eine Anerkennung auszusprechen, die sich über das im dienstlichen Bereich zu erwartende Maß hinaus oder aber auch jenseits ihrer dienstlichen Aufgaben ehrenamtlich im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention engagieren. Ich tue das hiermit und ich tue es gern, denn auch hier gilt das Motto des heutigen Tages: „Verantwortung, Vorbild, Prävention“.

Nicht zuletzt ist es mir vor dem Hintergrund der Bewerbungen für den Berliner Präventionspreis 2003 aufgetragen, den vielen Berliner Schulen bzw. deren Kollegien zu danken, die mit ihrem Engagement unter anderem dafür Sorge getragen haben, dass inzwischen an ca. 200 Berliner Schulen Schülerinnen und Schüler als Streitschlichter arbeiten und so einen wichtigen Beitrag zur Gewaltprävention in Berlin leisten.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu der Verleihung des Berliner Präventionspreises 2003 und möchte Ihnen zunächst von einer Gruppe 15 bis 19-jähriger Mädchen berichten – in der Freizeiteinrichtung die Küken genannt –, die nicht recht wussten, was sie mit sich anfangen sollten. Jegliches Interesse an der Mitarbeit in der Einrichtung fehlte ebenso wie Kreativität, Elan, Eigenständigkeit und Lebensfreude. In dieser Situation stieß der Vorschlag einer Theaterpädagogin, sich gemeinsam mit dem Buch „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo – Das Schicksal der Christiane F.“ zu beschäftigen, auf positive Resonanz. Es wurde mit den Mädchen gelesen, ausgewertet und eigene Erfahrungen – auch mit körperlicher und seelischer Gewalt – wurden diskutiert. Die Gruppe merkte zunehmend, dass die Geschichte der Christiane F. auch etwas mit ihnen und ihren Erfahrungen zu tun hat. Erste Funken entzündeten die Gruppe. Keiner ahnte jedoch im Voraus, welche Emotionen durch die Beschäftigung mit dem Buch und später auch mit dem gleichnamigen Film entfacht wurden.

Anderthalb Jahre lang wurden mit 30 Mädchen an Hand der Geschichte der Christiane F. an den Themen gearbeitet, die für deren Schicksal von Bedeutung waren: Drogen, Gewalt, Anerkennung, Elternhaus, Liebe, Schule, die Wirkung von Vorbildern, Achtung des Andersseins und andere mehr. Künstlerisch wurden die Ergebnisse dieses Prozesses mit den Mitteln des modernen Ausdruckstanzes, der Musik und des Schauspiels dargestellt. Im Jahr 2002 erfolgten die ersten Präsentationen des Tanztheaters „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“ vor insgesamt 1200 Besucherinnen und Besuchern – Kindern, Jugendlichen, Eltern und anderen Interessierten – sowie auf dem Weißenseer Blumenfest vor 750 Zuschauern. Es folgten nicht nur viele weitere Aufführungen im Jahr 2003 – vor allem an Berliner Oberschulen und in verschiedenen Jugend-

freizeiteinrichtungen –, sondern das Projekt wurde auch inhaltlich weiter entwickelt, indem der Lebenslauf jeder einzelnen Tänzerin zum Gegenstand intensiver Beschäftigung wurde.

„Ich darf sein, was ich bin, denn ich habe Stärken und Schwächen.“ Diesem Motto und dem Leitbild „Der Fantasie keine Grenzen“ verscrieb sich die Tanzwerkstatt NO LIMIT e.V., eine offene Kinder- und Jugendeinrichtung in Pankow, vor 16 Jahren. Mittlerweile verleben 400 Kinder und Jugendliche, überwiegend Mädchen im Alter von 3 bis 27 Jahren, dort tagtäglich ihre Freizeit. Mit den Mitteln des Tanzes, der Musik, des Theaters, der Lyrik, der Kunst, des Films, des Internets werden sie auf kreative Weise angeregt, in ihrem Leben Alternativen zur Konsumsucht, zum Drogengebrauch und zur Alltagsgewalt zu entwickeln. Sie erarbeiten gemeinsam mit einer Tanz- und zwei Sozialpädagoginnen ihre Projekte, vertanzen und gestalten mit den verschiedensten Techniken ihre Gefühle, Empfindungen und Erfahrungen und reflektieren ihre Lernprozesse.

Stärkung von Selbst- und Sozialkompetenz der Mädchen, so könnte man es kurz zusammenfassen, sind eines der zentralen Ergebnisse dieses Projektes. Das andere ist seine durch die Präsentationen nach außen erzielte Wirkung, die vielen jungen Menschen – aber auch manchem Erwachsenen – Gelegenheit gegeben hat, sich mit sich selbst und mit den vielfältigen Formen von Gewalt an Hand der Geschichte der Christiane F. auseinander zu setzen.

Das Tanztheaterprojekt „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“ der Tanzwerkstatt No Limit e.V. wird auf Grund seines kreativen und integrativen Ansatzes und wegen seiner Breitenwirkung im Rahmen des Berliner Präventionspreises 2003 mit einem 1. Preis ausgezeichnet. Herzlichen Glückwunsch an alle, die an diesem Projekt mitwirken.

Dank des Projektes No Limit

Hallo, ich bin Anna, ich bin eine Tänzerin der Tanzwerkstatt No Limit und vertrete heute die eigentlichen Preisträger des Projekts „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“. Die sind gerade bei einer Aufführung vor 5 Schulklassen und konnten leider nicht hier sein. Ich soll in ihrem Namen ihre Dankesworte vorlesen:

„Diese Auszeichnung ist für uns eine große Ehrung. Das in 2 Jahren harter Arbeit entstandene Projekt, was uns sehr am Herzen liegt, bekommt dadurch eine weitere große Anerkennung in der Öffentlichkeit und das macht uns sehr stolz. Wir haben durch unser Projekt viel über uns und andere Menschen in der Auseinandersetzung über Gewalt und Drogenkriminalität erfahren. In vielen Aufführungen vor ganz verschiedenem Publikum konnten wir unsere Probleme wie Null-Bock, Desinteresse, keine eigene Meinung, Wut und Hass zur Drogenproblematik hinausschreien. Viel zu oft schon haben wir Ignoranz in unserer Umgebung zu spüren bekommen, deshalb freuen wir uns, dass die Berliner Landeskommision gegen Gewalt und der Berliner Präventionstag mit seinen Unterstützern und Sponsoren uns darin bestärkt, mit unserem Projekt viele Menschen zu erreichen und die Idee weiterzutragen. Dankeschön“.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie nun bitten, sich vorzustellen, sie läsen folgende Meldungen in Ihrer Zeitung:

„Björn Streblov zum ehrenamtlichen Mitarbeiter des Abenteuerspielplatzes Waslala ernannt! Folgende Aufgaben und Pflichten wurden vereinbart: Platzkontrollgänge außerhalb der Öffnungszeiten, Werkzeugausgabe und andere Hilfen, Mitverantwortung für die Versorgung der Tiere.“

„Verbrannt! Durch Brandstiftung sind die Schafe Mokka, Luna und Lotta, die beiden Minischweine Quiki und Mathilda, die Kaninchen Rapunzel, Paula und Leonie, die Meerschweinchen Max, Flitzer und Pünktchen und der Chinchilla Luis ums Leben gekommen. Überlebt haben diese Katastrophe die Katze Socke und das Meerschweinchen Tammi.“

Die erste Meldung würde wohl in der Wirklichkeit keine Chance auf Veröffentlichung haben, obwohl auch sie es verdient hätte, die zweite Meldung allerdings fand den Weg in die Medien. Denn tatsächlich wurde in der Nacht vom 27. zum 28. August des Jahres 2001 ein Brandanschlag auf den in Treptow – Köpenick im Ortsteil Altglienicke gelegenen Abenteuerspielplatz Waslala verübt.

Als Björn im Schuljahr 2002/2003 Schüler des berufsbefähigenden Lehrgangs im 10. Schuljahr am Oberstufenzentrum Holztechnik wurde, berichtete er von seiner ehrenamtlichen Tätigkeit und dem Brand auf dem Abenteuerspielplatz Waslala. Die anderen Schüler entwickelten Interesse an dem Geschehenen und nach einer Besichtigung des Abenteuerspielplatzes entschlossen sie sich, mit ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten bei dessen Wiederaufbau zu helfen.

Von den Verantwortlichen des Abenteuerspielplatzes wurde Folgendes berichtet, ich zitiere: „Nachdem 2001 unser Tierbereich...zerstört worden war und wir uns für einen Wiederaufbau entschieden hatten, gelang uns dies nur mit einer breiten Unterstützung durch Ehrenamtliche, Vereine und Initiativen. In dieser Situation entstand auch die Zusammenarbeit mit dem Oberstufenzentrum Holzbearbeitung. Vor allem durch das Engagement eines unserer jugendlichen Ehrenamtlichen, der sofort nach Eintritt ins OSZ für ‚unsere Sache‘ warb und seine Mitschüler und Lehrer für die Idee erwärmte, kam eine rege, sehr konstruktive Unterstützung unserer Arbeit durch die Schüler und ihre Lehrer zustande. Auch Ihnen haben wir es zu verdanken, dass heute wieder fast 30 Tiere auf dem Abenteuerspielplatz ein zu Hause haben und täglich ihre zweibeinigen Kolleginnen und Kollegen bei der Arbeit mit den Kindern unterstützen.“

Die Schüler des Oberstufenzentrums haben inzwischen eine Feuerstelle, eine Stalltür und einen Pavillon für die Werkzeugausgabe gebaut. Sie haben an der Scheune die Planken für den Dachboden gelegt, deren Lehmboden begradigt und anderes mehr. Dazu schreibt der Leiter des Abenteuerspielplatzes:

Ich zitiere: „Wir wollen die begonnene Zusammenarbeit stärken, begrüßen den Vorschlag, unserer Kooperation einen offiziellen Rahmen zu geben und freuen uns, wenn Ihr – die BB 21 – eine Patenschaft mit dem Abenteuerspielplatz Waslala eingeht.“ Vorgeschlagen, Vorschlag angenommen und das gemeinsame Projekt „Patenschaft mit dem Abenteuerspielplatz Waslala“ ist geboren. Aus der anfänglich eher spontan organisierten Zusammenarbeit ist eine Kooperation mit längerfristiger Perspektive für die weitere Gestaltung des Abenteuerspielplatzes geworden.

Die Klasse BB 21 besteht aus 11 Schülern zwischen 15 und 18 Jahren, drei von ihnen haben zuvor die 7. Klasse einer Gesamtschule besucht, acht Schüler haben den Abschluss der Sonderschule. Inzwischen arbeiten außer Björn zwei weitere Schüler ehrenamtlich auf dem Abenteuerspielplatz und auch andere Schüler des OSZ arbeiten bei Bedarf auf dem Platz.

Die Wirkung der Patenschaft des OSZ mit dem Abenteuerspielplatz Waslala auf sich selbst beschreiben die Schüler so: „Wir leisten etwas Sinnvolles. Es ist nützlich für unsern späteren Beruf. Wir übernehmen Verantwortung. Es bringt mehr Selbstbewusstsein und Erfahrung.“

Auf die Frage, was ihnen an dem Projekt am meisten gefallen hat, antworten sie: „Dass wir helfen konnten und positive Erfahrungen in der Holzverarbeitung sammeln konnten. Wir konnten auch draußen arbeiten. Dass es Einfluss auf Kinder hat.“

Das Umfeld des Abenteuerspielplatzes gilt als sozialer Brennpunkt. Auf dem Abenteuerspielplatz werden Kompetenzen der Kinder gestärkt, die für ihre gesamte Entwicklung äußerst wichtig sind, in ihrem sonstigen Alltag jedoch oft wenig gefördert werden. Beim Hangeln, Klettern, Toben, Reiten, Hämmern, Sägen, Buddeln und Schubkarren voll Mist und Holz fahren wird ihre Motorik geschult. Beim Bau an der gemeinsamen Hütte, beim Führen eines anderen Kindes auf dem Pony, bei der Pflege der Tiere, in Kinderversammlungen und bei gemeinsam geplanten und durchgeführten Aktionen wird ihr Sozialverhalten positiv gestärkt, sie lernen Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.

Meine Damen und Herren, „Verantwortung, Vorbild, Prävention“ – das Motto des diesjährigen Präventionstages wird von dem Projekt „Patenschaft mit dem Abenteuerspielplatz Waslala“ des Oberstufenzentrums Holztechnik und des Vereins FIPP e.V. auf eine sehr engagierte Weise mit Leben gefüllt. Es wird deshalb ebenfalls mit einem 1. Preis im Rahmen des Berliner Präventionspreises 2003 ausgezeichnet.

Herzlichen Glückwunsch an alle, die sich im Rahmen dieses Projektes engagieren. Ganz herzlich danke ich auch Björn Streblov, dessen Initiative für das Projekt von herausragender Bedeutung war.

Dank von Waslala und Oberstufenzentrum Holztechnik

Hallo, mein Name ist Jan Zielske. Ich bin so `was von aufgeregt, oh mein Gott. So, sehr viele Leute haben mir eigentlich gesagt, was ich an diesem Tag machen soll: Ich soll mir meinen Lehrer in Strapsen vorstellen oder alle nackt, aber ich hoffe, dass muss nicht sein. Im Namen des Projektes Waslala und der Kinder, die sich hier beschäftigen, möchte ich mich für den Preis bedanken. Leider gibt es viel zu wenig solcher Projekte in Berlin und es wäre gut, wenn Politik und Wirtschaft Jugendinitiativen wie diese mehr unterstützen würden. Die Jugend von heute sind die Bürger von morgen. Aber ein besonderer Dank gilt dem OSZ Holztechnik, ohne das es nicht möglich gewesen wäre. Recht herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen nun zwei kurze Geschichten aus dem Wedding erzählen:

Fototermin an der Panke

Ein Ponton wird zu Wasser gelassen und darauf steigen eine Frau aus Marokko, zwei Männer aus Deutschland und einer aus Mosambik. Weil eine Frau aus Ghana erkrankt war, ist der Mann aus Mosambik eingesprungen. Es ist ein wunderschöner Sonntag und befriedigt tragen wir eine Vielzahl gelungener Aufnahmen für ein neues Plakat unserer Image - Kampagne nach Hause. Die ersten Abzüge jedoch holen uns nach Rücksprache mit der Teilnehmerin und den Teilnehmern des Fototermins auf den Boden multinationaler Realität zurück: Eine Muslimin allein mit drei Männern auf einem Ponton – undenkbar. Der Ruf und die Ehre der Frau, der ganzen Familie droht Schaden zu nehmen, sollte eines der Fotos für das Plakat verwendet werden. Gemeinsam suchen wir einen Weg, das persönliche Engagement aller Beteiligten mit der gebotenen Achtung vor persönlichen Bindungen an Religion und Kultur zu verbinden: Nun stakt ein junges Mädchen statt einer der Männer im Fluss.

Die zweite Geschichte trägt den Titel: Nachbarschaft

Kinder haben eine Fensterscheibe zerschossen. „Es muss doch noch andere Wege geben, als zur Polizei zu gehen“, denkt sich eine Hausbewohnerin. Beim Erstgespräch und Ortstermin der Mediatoren regen sich Nachbarn übereinander auf, schimpfen aufeinander, zeigen Unverständnis. Wir hören zu, fragen nach Wünschen und Visionen. Die Glasscheibe scheint unwichtig. Es geht der Geschädigten um nachbarschaftliches Miteinander. Ein Anknüpfungspunkt für Veränderung könnte der Hauswart sein, stellt sich im Gespräch heraus. Wir sprechen mit ihm, hören ihm zu, fragen nach. Monate vergingen. Plötzlich erleben wir eine Veränderung: Ehrenamtlich legt der Hauswart einen Vorgarten an. Nachbarinnen, zuvor zerstritten, laden sich gegenseitig zum Kaffee ein, weitere Vorgärten entstehen in Eigenleistung im Hinterhof. Wo einst Angst Schweigen diktierte, entstand Kommunikation und Freundschaft über die Grenzen unterschiedlicher Kulturen hinweg.

Diese Geschichten aus dem Soldiner Kiez zeigen: Hier haben sich Menschen auf den Weg gemacht, etwas für ihren Kiez zu tun. Die Mitglieder des im Juni 2002 gegründeten Vereins Soldiner Kiez möchten mit Ihrem Projekt „Der Kiez in Deiner Hand“ die Entwicklung einer integ-

rationsfördernden Kiezidentität ebenso unterstützen wie die stabiler und verbindlicher Werte- und Verantwortungssysteme in ihrer Umgebung. Bürgerinnen und Bürger wollen kulturelle und ethnische Grenzen nicht einfach hinnehmen, sondern die Vielfalt der Kulturen für ihren Kiez fruchtbar werden lassen, sie wünschen sich ein friedliches Miteinander in der Nachbarschaft und im öffentlichen Raum, gegen dessen Verwahrlosung sie sich engagieren. Sie haben sich zu Nachbarschaftsmediatoren ausbilden lassen, sie suchen und pflegen Kontakte zu Moscheen, Kulturvereinen und den verschiedensten Interessengruppen im Kiez, erarbeiten sich „interkulturelles Kiezwissen“. Sie haben eine Imagekampagne für den Soldiner Kiez entwickelt, einen Kiez- und Gewerbeführer erarbeitet und die erste Stadtführung durch den Soldiner Kiez initiiert. An vielen anderen Aktivitäten im Kiez sind sie beteiligt oder unterstützen diese. Sie sind gemeinsam mit dem Quartiersmanagement Träger der Open Space Veranstaltung „Der Kiez in Deiner Hand – Forum für Initiative und Aktivität im Soldiner Quartier“. Das eigenverantwortliche Engagement der Kiezbewohner im Soldiner Kiez zu stärken, hat sich der Verein zum Ziel gesetzt.

Das Projekt „Der Kiez in Deiner Hand“ des Vereins Soldiner Kiez wird auf Grund des mit ihm verbundenen ehrenamtlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements mit dem 3. Preis im Rahmen des Berliner Präventionspreises 2003 ausgezeichnet.

Meinen Herzlichen Glückwunsch an die Initiatorinnen und Initiatoren sowie an alle Beteiligten.

Dank des Vereins Soldiner Kiez

Ganz herzlich möchte ich mich bei Berlin gegen Gewalt für diese Auszeichnung im Namen des Soldiner Kiez Vereins bedanken. Sie stiften mit dieser Auszeichnung – und ich glaube auch mit allen Auszeichnungen, die heute vergeben worden sind – Identität für „Ehrenamtler“, aber auch für Leute, die sich von diesem Ehrenamt mit auf den Weg nehmen lassen und bewegen lassen. Dafür möchte ich noch mal herzlich danken.

Meine Damen und Herren, oft hören wir von schwierigen Jugendlichen, seltener hören wir, wie es gelingt, dass sie sich fangen und neue Perspektiven für ihr Leben entwickeln. Deshalb möchte ich ihnen jetzt von Zico, einem jungen Bosnier, berichten.

Als Zico zum ersten Mal zum Breakdance - Training kam, wirkte der 12-jährige sensibel, interessiert, aber haltlos, gereizt und gewalttätig. Er schoss Papierkörbe durch den Raum, legte sich mit Anderen an und flog raus. Mit seinen Freunden bekam er überall Ärger. Dennoch, der Cliquen - Chef kam wieder zum Training. Als er den Ernst der Sache begriff und in der Rolle als „Streetkid einer Clique“ auftrat, klickte es bei ihm. Er war stolz, mit den anderen erfolgreich aufgetreten zu sein. Mit den Kids der Breakdance - AG freundete er sich an. Zico trainierte weiter für neue Auftritte. Er hatte Feuer gefangen. Heute wirkt der mittlerweile 17-jährige locker, offener und will weiter tanzen. Der Schulabbrecher Zico holt seinen Schulabschluss aus eigener Motivation nach und arbeitet jetzt als Trainer einer Gruppe. Er sagt über sich, ihm sei es egal, welchen Pass er habe. Seine Heimat sei bei denen, die tanzen. Längst ist er für die Jüngeren in den Breakdance - AGs ein Vorbild. Zico hat einen neuen Teamgeist schätzen gelernt – einen ohne Gewalt.

Seit 7 Jahren arbeitet das interkulturelle Schulzirkustheaterprojekt „Zirkus Internationale“ mit Mädchen und Jungen unterschiedlicher Nationalitäten im Alter von sechs bis 15 Jahren. Bei seinen Angeboten handelt es sich um innerschulische Freizeitangebote – Breakdance, Theater, Zirkus, Musik/Rap, Bühnenbau und Video –, die in Arbeitsgemeinschaften, unterrichtsbegleitenden Veranstaltungen an Projekttagen und in Projektwochen umgesetzt werden. Mit seiner Arbeit erfüllt der Zirkus Internationale eine integrative Aufgabe im Hinblick auf behinderte Kinder, Schulverweigerer und solche wie Zico. Das Angebot kommt auch Kindern zu Gute, die unter Bewegungsmangel, Aufmerksamkeitsstörungen, oder Hyperaktivität leiden und es verbindet über alle kulturellen Grenzen hinweg.

Eine Lehrerin schreibt zur Arbeit des Zirkus Internationale Folgendes. Ich zitiere: „Eine Vielzahl von Schüler/innen beteiligte sich regelmäßig am Training, darunter auch Integrationskinder...24 hielten bis zum Aufführungstermin durch...Sie zeigten Verantwortungsbewusstsein und bewiesen Ausdauer. Die Akteure aus acht verschiedenen Herkunftsländern kommunizierten mühelos miteinander. Ansatzpunkt war das gemeinsame Vorhaben. Eltern, die zuvor schwer erreichbar waren, fanden über die Aufführung leicht Kontakt zur Schule...Dieser Kontakt besteht weiter. Auch konnte eine deutliche Leistungsverbesserung der aktiven Schüler/innen verzeichnet werden. Diese ist sicher auf das durch den Aufführungserfolg gewonnene Selbstbewusstsein und den Zuwachs an Konzentrationsvermögen zurückzuführen.“

Meine Damen und Herren, das Projekt „Internationale Schulzirkustheaterprojekt Zirkus Internationale“ wird wegen seines integrativen und für die Gewaltprävention bedeutsamen Charakters im Rahmen des Berliner Präventionspreises 2003 mit dem von der Unfallkasse gestifteten Sonderpreis ausgezeichnet.

Herzlichen Glückwunsch.

Dank des Zirkus Internationale

Ich möchte mich im Namen der Zirkuskinder für den Preis und an den Zirkusleuten danken. Dankeschön.

Ja ich bin Nöck Gail vom Zirkus Internationale und jetzt stehe ich hier und bin auch aufgeregt, obwohl ich eigentlich so oft irgendwo stehe vor Gruppen und Menschen. Also ich möchte erst mal der Unfallkasse Berlin danken für die finanzielle Förderung dieses Preises. Ich möchte der Landeskommision Berlin gegen Gewalt danken für diesen Preis und ich möchte auch allen Kooperationspartnern danken, ohne die wir soweit nie gekommen wären. Und ich denke, dass dieser Preis auch Symbolcharakter hat für Projekte, die im interkulturellen Bereich Kinder- und Jugendkulturarbeit machen, und ich hoffe, dass davon Signale ausgehen, die auch weiter solche Projekte fördern und diese integrative Arbeit voranbringen und ich hoffe auch, dass wir in 2004 finanzielle Förderung finden werden, um die Arbeit fortzusetzen. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, ich zitiere im Folgenden aus einer Meldung der Berliner Zeitung vom 17. Juli 2002. Dort ist unter der Überschrift: „Kreuzberg – Kampf der Geschlechter – Ein Schild ‚Mädchenballplatz‘ sorgt für Ärger“ unter anderem Folgendes zu lesen:

„Auf dem eingezäunten Sportplatz auf dem Lausitzer Platz hängt seit dem 1. Juli ein Schild: ‚Mädchenballplatz‘...durch das Schild fühlen sich die Jungs um ihren angestammten Platz betrogen. Fast täglich kommt es zum Kampf der Geschlechter. Auch an diesem Nachmittag verlassen die Jungs nur widerwillig den Platz, als die Mädchengruppe auftaucht. Die Jungs setzen sich mit grimmigen Gesichtern an den Rand des Ballfangzaunes – Präsenz zeigen. Ein Junge wirft einen Ball auf das verhasste Schild...Dass er jetzt nicht mehr Fußball spielen kann, scheint das kleinere Problem. Aber dass er für ein paar Mädchen...einen Sportplatz verlassen muss, hat sein Weltbild aus den Fugen gebracht. Die... Mädchen haben inzwischen Mannschaften gebildet...Dann passen die Mädchen einen Moment nicht auf. Alle Spielerinnen sind in einer Hälfte des Platzes. Darauf haben die Jungen gewartet. Der 17 – jährige Fanuk und seine jüngeren Freunde stürmen die leere Hälfte des Spielfeldes. Ein strammer Schuss ins Dreieck und die alten Machtverhältnisse sind wieder hergestellt...“ Ein Mitglied der „Anwohner/innengruppe Lausitzer Platz“ schreibt im Zusammenhang mit der Einrichtung des Mädchenballplatzes, ich zitiere: „Aus Sicht der Anwohner/innengruppe Lausitzer Platz hat die Initiative für den Mädchenballplatz die Möglichkeit für Mädchen, auf dem Ballplatz zu spielen, verbessert...Ein voller Erfolg war das Projekt bezogen auf die Thematisierung der Notwendigkeit, dass die sogenannten ‚Bolzplätze‘ nicht mehr als „Nur - Jungen - Plätze“ akzeptiert werden können und sich daraus politische Folgerungen bei der Planung neuer bzw. der Erneuerung vorhandener Bolzplätze

ergeben. In den Vor – Ort – Konflikten um den Mädchenballplatz wurde auch deutlich, dass das Thema ‚Gewalt‘ als Subtext während der ganzen Monate spürbar blieb.“

Meine Damen und Herren, der erste öffentliche Mädchenballplatz Berlins entstand in Kreuzberg, als im Zuge der Neugestaltung des Spielplatzes am Lausitzer Platz die Anwohnerinnen und Anwohner zu dessen Mitgestaltung aufgerufen wurden. Mädchen des nahegelegenen Mädchenprojekts Rabia engagierten sich für die Einrichtung eines solchen Platzes. Viele Diskussionen führten schließlich dazu, dass die Idee eines Mädchenballplatzes ein breites Spektrum von Unterstützern fand und der Platz im Juli 1999 eröffnet werden konnte. In der Folge allerdings kam es zu gewalttätigen Übergriffen von Jungen auf die Mädchen. Es herrschte eine aggressive Stimmung zwischen Jungen, die ihr Terrain verteidigen und Mädchen, die für ihre Rechte kämpfen wollten. Inzwischen konnte die Stimmung auf dem Platz entscheidend verbessert werden. Wenn die Mädchen zweimal in der Woche in der Saison auf dem Platz sind, sind meist auch männliche Pädagogen vor Ort, die sich parallel mit den Jungen beschäftigen. Der Ansatz, die ‚Platzhalter‘ nicht nur zu verdrängen, sondern ihnen positive Alternativen zu bieten, trägt entscheidend dazu bei, dass die Konflikte zwischen Jungen und Mädchen nachgelassen haben. Es wurden auf dem Platz darüber hinaus Feste und Turniere für Jungen, für Mädchen und gemischte Gruppen veranstaltet. Ein tolerantes Miteinander der verschiedenen Nutzer und Nutzerinnen des Platzes wurde nicht zuletzt durch das Zusammenwirken vieler Kooperationspartner, die ständige Weiterentwicklung des Konzeptes und das beharrliche und die unterschiedlichen Platznutzer und -nutzerinnen berücksichtigende Engagement des Vereins Rabia erreicht. Ein Junge, der dem Projekt anfangs „den Kampf angesagt“ hatte, sagte nach einem Fußballturnier: „Ich bin so stolz, dass Rabia – Mädchen haben gewonnen.“

Der Verein Rabia e.V. hat mit seiner Initiative für Mädchenballspielplätze Pionierarbeit geleistet und das Bewusstsein für die Bedeutung geschlechtsspezifischer Jugendarbeit – auch im Bereich des Sports – geschärft. Mädchen, Jungen, aber auch andere Nutzer und Nutzerinnen des öffentlichen Raumes profitieren davon. Vor diesem Hintergrund ist es besonders erfreulich, dass dieses Konzept bald auch im Wrangelkiez in vollem Umfang umgesetzt werden kann.

Das Projekt „Mädchenballspielplatz auf öffentlichem Raum“ wird im Rahmen des Berliner Präventionspreises 2003 auf Grund seiner vorbildlichen, engagierten und couragierten Arbeit im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention mit dem von der SECURITAS Sicherheitsdienste GmbH & Co. KG gestifteten Sonderpreis ausgezeichnet. Herzlichen Glückwunsch an alle Beteiligten.

Dank von Rabia

Ja, die Rede hat ja eigentlich schon alles gesagt, was ich jetzt auch noch sagen wollte, aber erwähnen möchte ich schon, dass uns von Anfang an viele unterstützt haben, da ist die Regenbogenfabrik, da ist die Anwohnerinitiative, da ist die Zille Grundschule, da sind auch Nachbarinnen und Nachbarn, die sich hinstellen, wenn es Probleme gibt, und uns unterstützen mittlerweile auch. Da ist der Zirkus Zack und der Frauen- und Lesbensportverein Seitenwechsel. Ohne diese Unterstützung hätten wir es nicht so weit geschafft, heute hier zu stehen. Deswegen möchten wir auch noch mal allen Leuten danken, die uns unterstützt haben und vor allen Dingen den Mädchen, die nicht nachgelassen haben, die immer wieder präsent sind, die immer weiter für ihren Platz gekämpft haben und die denke ich auch nächstes Jahr, wenn wir den zweiten öffentlichen Mädchenballplatz im Wrangelkiez eröffnen, wieder dabei sein werden. Und vielen Dank auch an die SECURITAS, die uns hier heute diesen Preis verliehen hat. Danke.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen berichten, was ein Schulleiter uns geschrieben hat:

„Ich gehe gern in diese Schule!“ – Diese Aussage war eine von 41 Statements, die allen Kindern der ...Schule...im Sommer 2002 in einer Befragung zur Wahrnehmung von Gewalt und deren Bekämpfung an dieser Schule in Form eines anonymen Fragebogens vorgelegt wurde. Nur knapp sechs Prozent der Kinder verneinten, diese Schule gern zu besuchen. 93 Prozent aller

Kinder betonten in der Beantwortung einer anderen Frage ausdrücklich, dass sie zufrieden seien, dass und wie ihnen an dieser Schule geholfen wird, wenn sie mit Gewalt konfrontiert werden. Und was Gewalt ist, wissen die Schüler dieser Schule sehr genau, und zwar nicht nur, weil die Schulumgebung an einem sozialen Brennpunkt dafür die Anschauung...täglich bereit hält, sondern vor allem auch, weil innerhalb der Schule sehr intensiv...daran gearbeitet wurde und wird, den Kindern das Phänomen physischer und psychischer Gewalt zu erklären und gemeinsam mit ihnen individuelle und kollektive Strategien dagegen zu entwickeln und zu verankern.“

Was sind das für Strategien? Es handelt sich unter anderem um

- die Gestaltung einer bewussten Werteerziehung auf der Basis gemeinsam erarbeiteter Leitziele,
- die Entwicklung der Schulfamilie als Vertrauensgemeinschaft, z. B. durch die Qualifizierung von Lehrkräften und Erzieherinnen und Erziehern zu „Anti-Gewalt-Vertrauens-Erwachsenen“, durch die Einführung eines Patenklassensystems, innerhalb dessen ältere Schüler und Schülerinnen Verantwortung für jüngere übernehmen sowie durch das Einbeziehen der Eltern in die vielfältigen Ansätze zur Gewaltprävention,
- die kontinuierliche Ausbildung von Konfliktlotsen und die Durchführung von Schulmediation,
- die Durchführung von Partnerprojekten zur Persönlichkeitsentwicklung, z.B. das Projekt „KiSS – Kids treffen Spitzensportler“, in dessen Rahmen Kinder in Begegnungen mit Spielern von ALBA – Berlin erfahren, dass nicht Gegeneinander sondern Miteinander zu Erfolgen führt und dass Fairness und positive Motivation die Basis für eine stabile und gute Zukunft sind,
- die regelmäßige Projektarbeit zu Themen der Gewaltprävention, wie z.B. die Projektwoche „Gegen Rassismus – für Toleranz und Menschenrechte“ sowie
- insgesamt um das Schaffen einer gewaltfreien Schulkultur.

Ausgangspunkt und Grundlage für die beschriebenen und viele weitere Aktivitäten im Zusammenhang mit der Umsetzung dieser Strategien war eine bereits vor Jahren geführte, sehr gründliche und gemeinsame Diskussion von Lehrkräften und Sozialpädagoginnen und -pädagogen zum Phänomen der Gewalt. Ergebnis dieser Diskussion war das gemeinsame klare Bekenntnis, neben dem Bildungsauftrag der Schule den erzieherischen Auftrag zu einer Basis- und Hauptaufgabe zu machen. Dies geschah in dem Wissen, dass Gewaltprävention eine genuin schulische Aufgabe ist, die Elternhaus und außerschulische Umgebung allein nicht bewältigen können. Diese Haltung der Lehrenden und Erziehenden an der Schule war die Voraussetzung dafür, dass die vielen einzelnen Aktivitäten in einen Grundkonsens über die Entwicklung einer gewaltarmen Schule eingebettet werden und erst dadurch auch tatsächlich ihre Wirksamkeit entfalten konnten.

Das Projekt „Gewaltarme Schule, gewaltarme Reinhardswald – Grundschule“ wird wegen seiner kontinuierlichen und erfolgreichen Bemühungen, ein gewaltfreies Schulklima zu entwickeln, im Rahmen des Berliner Präventionspreises 2003 mit dem von der Initiative Schutz vor Kriminalität e.V. gestifteten Sonderpreis ausgezeichnet. Herzlichen Glückwunsch und einen ausdrücklichen Dank auch an die Spieler von ALBA – Berlin, die durch ihr Engagement für viele Schülerinnen und Schüler zum Vorbild wurden.

Dank der Reinhardswald Grundschule

Ja wir bedanken uns sehr für die Anerkennung unserer Arbeit und ich bedanke mich auch bei der Initiative Schutz vor Kriminalität dafür, dass dieser Preis zur Verfügung gestellt werden konnte. So ein Erfolg hat natürlich viele Mütter und einige Väter und bei uns sind auch die Kinder die tragenden Säulen der gewaltpräventiven Arbeit geworden. Deshalb bedanke ich mich als Schulleiter an dieser Stelle gerade auch bei all den Kindern, die in den letzten Jahren dazu beigetragen haben.

Es ist erwähnt worden, dass uns Unterstützung von außen zugekommen ist, von ALBA Berlin und ich möchte auch einen Menschen noch erwähnen, der uns in die richtige Spur gebracht hat und uns auch unterstützt hat. Der dürfte hier den Anwesenden auch bekannt sein. Das ist Hans - Joachim Lazai.

Zum Dank für den Preis eine kleine Geschichte (Schülerin):

Alles muss klein beginnen und braucht Zeit zum Wachsen. An einem Laden steht: „Hier gibt es alles.“ Hinter dem Ladentisch steht ein Engel. Ein junger Mann stürzt herein und ruft hastig: „Ich hätte gern Arbeit für alle, für alle auf der Welt zu essen und das Ende aller Gewalt.“ Da unterbricht ihn der Engel: „Entschuldigen Sie, Sie haben `was falsch verstanden. Wir verkaufen hier keine Früchte, wir verkaufen nur den Samen.“

Ja, meine Damen und Herren, mit dem Preisverleihen sind wir jetzt am Ende, aber ich möchte eigentlich in meiner Eigenschaft als Justizsenatorin auch noch mal all denjenigen danken, die hier Initiativen ergriffen haben, Engagement gezeigt haben und ehrenamtlich tätig geworden sind und ich kann es nur und nicht besser als mit den letzten Worten dieser Schülerin sagen. Wir brauchen den Samen, dann kommen die Früchte von ganz alleine. Wir haben die Früchtchen in unseren Haftanstalten zu betreuen und auch das ist Prävention, das machen sich nur wenige klar. Denn dort wird Präventionsarbeit tertiärer Art geleistet. Wir versuchen durch nachholende Schulbildung, durch Vermitteln von Ausbildung wieder gut zu machen, was vorher an Prävention versäumt worden ist. Und deswegen kann ich nur an alle, die Sie hier sind und die sich mit Präventionsarbeit im näheren und weiteren Sinne befassen, appellieren: Prävention ist der allerbeste Gewaltschutz für die Gesellschaft und wo Prävention frühzeitig anfängt – gleich gebe ich noch Gelegenheit zum Applaus – wo Prävention frühzeitig anfängt, werden Kinder zu hoffnungsvollen Mitgliedern der Gesellschaft und nicht zu Früchtchen in der Jugendanstalt. Und darum möchte ich Sie alle bitten, reihen Sie sich ein, machen Sie noch mehr als Sie jetzt getan haben. Versuchen Sie Ihre ganze Stärke, die Sie haben, dort einzusetzen, wo Menschen nicht stark genug sind, um ihre eigenen Kinder zu erziehen und wo Gesellschaft an den Rand gedrängt wird. Unsere Jugendlichen, unsere Kinder, das ist unsere Zukunft und wenn wir die nicht in Händen halten, wenn wir denen nicht aufzeigen, was die Gesellschaft von ihnen fordert, was sie ihnen aber auch bietet, nämlich einen sicheren Platz in ihrer Mitte, ich glaube dann haben wir schon verloren. Aber ich sehe hier nur hoffnungsvolle Gesichter, ich sehe hier nur Engagement, ich sehe nur Initiative. Bitte vergessen Sie nicht, 2004, 2005, 2006, es gibt noch so viele Jahre, wo wir alle tätig sein müssen. Wir haben erst das 4. Mal den Preis verliehen. Wenn wir ihn zum 40. Mal verleihen, dann haben wir vielleicht keine Jugendanstalt mehr nötig. Dankeschön.

Hans Jablonski



FordDiversity

Prävention als Wettbewerbsvorteil - Integration durch Diversity bei Ford -

Hintergrund und Strategie

Bei Ford arbeiten 350.000 Mitarbeiter/innen weltweit in 105 Werken und fertigen Produkte, die in über 200 Märkten verkauft werden. Diese Daten der Ford Motor Company machen die Dimensionen des globalen Unternehmens deutlich und damit die Bedeutung von Diversity. Ford sieht in der Vielfalt seiner Mitarbeiter/innen eine Stärke des Unternehmens und verfolgt Diversity als Strategie.

Diversity bedeutet für die Ford-Werke AG in Deutschland: Sensibilität im Umgang mit Menschen aus 57 Nationen und Wertschätzung und Respekt für die Unterschiede jeder Einzelnen und jedes Einzelnen im Unternehmen, seien diese Unterschiede nun durch religiöse Ansichten, Herkunft, Alter, Behinderung oder sexuelle Identität und Orientierung gekennzeichnet.

Wertschätzung von Menschen mit ihren Unterschiedlichkeiten kann nicht von oben verordnet werden. Diversity bei Ford bedeutet nicht Akzeptanz von Richtlinien. Diversity verlangt innere Überzeugung. Denn nur so entwickelt sich ein von Wertschätzung geprägtes Umfeld, in dem sich Persönlichkeiten entwickeln und Außergewöhnliches leisten. In diesem Bewusstsein fördert Ford seine Mitarbeiter/innen in ihren individuellen Fähigkeiten und schätzt ihre persönlichen Eigenschaften und Besonderheiten als wichtige Werte für das Unternehmen, für sich selbst und für die Gesellschaft, in der wir arbeiten.

Diversity bei Ford ist ausgerichtet an der Geschäftsstrategie, unterstützt die Ford-Markenstrategie und orientiert sich an gesellschaftlichen Veränderungen, die Herausforderungen an die Unternehmenskultur und das gemeinschaftliche Arbeiten stellen.

Worum geht es Ford bei Diversity?

Es geht darum ein Umfeld zu schaffen, das

- eine Kultur fördert, in der jeder zum Erfolg von Ford beitragen kann
- die Unterschiede und Fähigkeiten aller MitarbeiterInnen wertschätzt
- den Vorteil von vielfältig zusammengesetzten Arbeitsteams nutzt.

Der Begriff Diversity steht für den ganzheitlichen Ansatz, die Unterschiedlichkeiten der Mitarbeiter/innen als Chance und Potenzial für diese selbst, aber auch das Unternehmen zu verstehen. Sichtbarer Ausdruck hierfür sind viele Aktivitäten im Unternehmen, an denen sich eine große Anzahl von Mitarbeiter/innen aktiv beteiligen und ständig neue Ideen entwickeln, die langfristig eine Kulturveränderung im Sinne von Diversity bewirken werden.

Um die Ideen und Beiträge aller Mitarbeiter/innen sichtbar und nutzbar zu machen, gibt es sogenannte „Employee Resource Groups“. Das sind Netzwerke, in denen sich MitarbeiterInnen

mit gleichen Hintergründen, Interessen und Perspektiven zusammenfinden. Die jeweiligen Sichtweisen werden untereinander, wie auch mit dem Unternehmen geteilt. Als MitarbeiterInnengruppen sind in Deutschland aktiv:

- Turkish Resource Group (TRG)
- Women's Engineering Panel (WEP)
- Women's Marketing Panel (WMP)
- Women in HR (WiHR)
- Women in Leadership (IT WiL)
- Elternnetzwerk
- Gay, Lesbian Or Bisexual Employees (GLOBE)

Beispiele für Aktivitäten zu Diversity bei Ford

- Seit Anfang 2002 führt die Ford-Werke AG noch bis zum Jahr 2004 mit der Fachhochschule Köln (FH) das Projekt „Interkulturelle Kommunikation und Konfliktlösung am Arbeitsplatz“ durch. Gefördert wird diese Zusammenarbeit durch das Xenos - Programm der Bundesregierung und der EU, das als Modellprojekt gilt, wenn es darum geht, neue Wege und Methoden zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu entwickeln. Im Rahmen des Projektes nehmen Meister, Kolonnenführer und Manager sowie Mitarbeiter/innen der Personalabteilung, des Bereichs Aus- und Weiterbildung und des Betriebsrates bei Ford an dem Programm teil.
- Im Rahmen der Worklife Aktivitäten bei Ford steht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seit Februar 2001 mit „Ford Pänz“ ein Kindergarten im Bedarfsfall zur Verfügung. Ein Elternnetzwerk initiiert und unterstützt weitergehende Aktivitäten. Zur Vereinbarkeit zwischen Freizeit und Arbeitszeit werden verschiedene Teilzeit- und Telearbeitmodelle angeboten. Job Sharing ist, auch im Management, möglich. Einmal pro Jahr richtet Ford für alle Mitarbeiter/innen eine spezielle Worklife - Woche aus, um auf die Bedeutung des Themas anhand einer Vielzahl von Projekten (z.B. Stress- und Zeitmanagement, Umgang mit Gesundheitsrisiken, usw.) hinzuweisen. Ferner hält die betriebseigene Ford-Freizeitorganisation (FFO) ein umfangreiches Angebot aus Sport, Kultur und Unterhaltung bereit.
- Im März 2002 gründete sich die „Turkish Resource Group – TRG“ bei Ford. Die TRG versteht sich als Netzwerk für türkische, aber auch nicht - türkische Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und steht für Projekte und Aktivitäten zum Thema Integration zur Verfügung. Die Gruppe hat sich zum Ziel gesetzt, Ford als „Employer of Choice“ bei türkischen und deutschen Mitarbeitern zu positionieren. Darüber hinaus strebt die Gruppe an, Ford als „Brand of Choice“ bei Kunden mit Migrationhintergrund noch attraktiver zu machen.
- Als eines der ersten Großunternehmen in Deutschland bietet die Ford-Werke AG Hinterbliebenen von Mitarbeitern, die in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) registriert sind, seit Beginn des Jahres 2003 eine Betriebsrente. Damit sind eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften verheirateten Paaren bei Ford gleichgestellt.
- Geschäftsleitung und Gesamtbetriebsrat der Ford - Werke AG haben im Februar 2002 eine Betriebsvereinbarung geschlossen, die ein Arbeitsklima garantieren soll, das von partnerschaftlichem Verhalten geprägt ist. Gemeinsam fordern sie darin alle Beschäftigten auf, Wertschätzung und Toleranz gegenüber allen Mitarbeitern zu zeigen. Verstöße gegen diese Grundsätze gelten nach der Vereinbarung als ernsthafte Verletzung des Betriebsfriedens, die disziplinarische Maßnahmen nach sich ziehen können, bis hin zur Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

Weitere Informationen sind in deutscher und englischer Sprache auf folgender Seite im Internet abrufbar: www.ford.de/ie/ueber-ford/-/uford12/



Gertrud Möller - Frommann

Gewalt in der Erziehung

Elternkurse „Starke Eltern - Starke Kinder“® des Deutschen Kinderschutzbundes
Wege zur gewaltfreien Erziehung

Vorgeschichte

Im Jahr des Kindes 1979 forderte der Deutsche Kinderschutzbund, Eltern die Prügelstrafe gesetzlich zu verbieten. Über 20 Jahre dauerte es, bis im November 2000 im Bürgerlichen Gesetzbuch im § 1631 Abs. 2 verankert wurde: „Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Erziehungsmaßnahmen sind unzulässig.“ Gleichzeitig wurden die Jugendhilfeträger durch eine Ergänzung des § 16 im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) verpflichtet, dass sie „Eltern Wege aufzeigen sollen, wie Konfliktsituationen in Familien gewaltfrei gelöst werden können.“

Diese Gesetzesänderungen wurden durch die Öffentlichkeitskampagne des Bundesfamilienministeriums „Mehr Respekt vor Kindern“ der Bevölkerung bekannt gemacht. Im Rahmen dieser Kampagne erhielt der Deutsche Kinderschutzbund Fördermittel für die Verbreitung seines Elternkurses „Starke Eltern – Starke Kinder“®.

Die Konzeption wurde von zwei Pädagoginnen, Paula Honkanen - Schoberth und Lotte Jennes-Rosenthal auf Grundlage eines Programms der finnischen Mannerheim League for Child Welfare entwickelt.

Theoretische Grundlagen:

Die theoretischen Grundlagen des Elternkurses leiten sich aus Kommunikationspsychologie, Verhaltenstherapie, systemischer Familientherapie, Individualpsychologie und der UN - Kinderrechtskonvention ab.

Ziele des Elternkurses „Starke Eltern – Starke Kinder®“

Ziel des Elternkurses ist

- das Selbstvertrauen der Eltern als Erziehende zu stärken,
- die Kommunikation in der Familie zu verbessern,
- den Kinderrechten in der Familie Geltung zu verschaffen,
- insbesondere soll er präventiv physischer und psychischer Gewalt in der Familie begegnen.

Den Eltern wird ein anleitender Erziehungsstil vermittelt, der dem Kind klare Orientierung gibt und es bei der Übernahme von Eigenverantwortung und bei der Suche nach eigenen Problemlösungen altersentsprechend unterstützt.

Das Modell der anleitenden Erziehung unterstützt Eltern, gemeinsam Erziehungsverantwortung zu übernehmen.

Zielgruppen

Der Kurs ist geeignet für alle Eltern mit Kindern aller Altersgruppen. Die Theorievermittlung und die Auswahl der Methoden orientiert sich bei der Durchführung eines Elternkurses am Bildungsgrad und den sozialen Kompetenzen der teilnehmenden Eltern und am Alter der Kinder, so dass die Bearbeitung von Konfliktsituationen in der Familie an die Fähigkeiten und Erfah-

rungen der Teilnehmer anknüpfen. Das Ansprechen spezieller Zielgruppen, z.B. Eltern von Kindergartenkindern, Alleinerziehende, Eltern mit Kindern in der Pubertät, Eltern aus anderen Kulturkreisen ist sinnvoll.

Aufbau des Elternkurses:

Das anleitende Erziehungsmodell wird in fünf aufeinander aufbauenden Stufen mit entsprechend klar definierten Zielen vermittelt.

- Klare Werte werden anhand der Frage „Welche Erziehungsvorstellungen habe ich?“ herausgearbeitet.
- Eine klarere Identität als Erziehende bringt die Beantwortung der Frage „Kenne ich mich selbst?“
- Selbstvertrauen wird gestärkt durch Übungen zu „Wie kann ich meinem Kind helfen?“
- Klarheit in der Kommunikation braucht Aufrichtigkeit der Gefühlsäußerungen, konstruktive Kritik und auch ein bestimmtes „Nein“.
- Die Fähigkeit, Probleme zu erkennen und Lösungen zu ermöglichen, wird durch Einüben von Verhandlungskunst und Treffen von Abmachungen gestärkt.

Haltung und Vorbild der Kursleitung

Der Wert und die Wirkung des Kurses hängen wesentlich von der Haltung der Kursleitung ab. Sie ist geprägt von Respekt, Vertrauen und Anerkennung. Dabei lenkt sie ihre Aufmerksamkeit immer auf die vorhandenen Ressourcen sowohl der Eltern als auch der Kinder. Die Vorbildfunktion der Kursleitung wird darin deutlich, dass sie nicht sofortige Antworten auf alle Probleme parat hat, sondern Hilfestellungen zur Lösung bietet.

Der Elternkurs ist keine Therapiegruppe. Eltern werden von Beginn an ermutigt, sich bei weitergehendem Beratungsbedarf an eine Beratungsstelle zu wenden. Die Kursleitung bietet Einzelnen außerhalb des Kurses dafür Sondierungs- bzw. Überleitungsgespräche an.

Inhalte und Methoden

Der Kurs ist eine Kombination aus Theorievermittlung und Selbsterfahrung. Die angebotenen Übungen sollen dabei helfen, veränderte Verhaltensmuster in Alltagssituationen zu festigen. Jeder Kursabend hat ein Motto und ein Thema, das theoretisch eingeführt und mit unterschiedlichen Methoden praktisch erarbeitet wird. Dies sind z.B. Paar- und Kleingruppengespräche, gemeinsames Erarbeiten von Lösungsmöglichkeiten in der Gruppe, Anwendung systemischer Fragen bei der Bearbeitung von Problemen, Rollenspiele, Visualisieren auf Moderationskarten und Flipchart usw.

Der Erfahrungsaustausch, die Anregung zum Reflektieren des eigenen Erziehungsverhaltens und das Einüben neuer Verhaltensweisen stehen dabei im Vordergrund.

Im Einzelnen werden folgende Inhalte vermittelt:

- Werte in der Erziehung
- Erziehungsziele
- Bedürfnisse von Kindern
- Anerkennung und Ermutigung in der Erziehung
- Selbstkenntnis
- Kommunikationsregeln
- Aktives Zuhören und gemeinsame Suche nach Lösungsmöglichkeiten
- Rolle und Aufgabe als Erziehende

- Umgang mit Macht in der Erziehung
- Umgang mit Wut und Ärger gegenüber dem Kind
- Bedeutung von Disziplin und Grenzen setzen
- Stärkung der Problemlösungsfähigkeiten.

Das jeweilige Motto besteht aus einprägsamen Leitsätzen wie:

„Achte auf die positiven Seiten des Kindes!“

„Zum Wachsen braucht man Anerkennung, Liebe und Vertrauen!“

Zum Abschluss jedes Kursabends wird eine Wochenaufgabe verteilt, mit der die Eltern in der folgenden Woche die Inhalte des Kurses im Alltag anwenden bzw. sich vertiefende Gedanken zu einzelnen Fragestellungen machen sollen.

Rahmenbedingungen

Der Kurs besteht aus 8 - 12 Kurseinheiten von zwei bis drei Stunden. Die Größe der Gruppe sollte mindestens acht und maximal 16 Teilnehmern umfassen. Zeitlich findet der Elternkurs – angepasst an die Bedürfnisse der Teilnehmer – am Vor- oder Nachmittag mit Kinderbetreuungsangebot oder als Abendkurs im wöchentlichen Rhythmus statt. Eine Kombination von einem Wochenende mit vier bis sechs weiteren Einzelterminen ist ebenfalls schon erprobt worden. Die Teilnahme für die Eltern unterliegt dem Prinzip der Freiwilligkeit. Ein Kostenbeitrag für die Eltern ist empfehlenswert, sollte jedoch kein Ausschlusskriterium für Eltern mit niedrigem Einkommen sein.

Zugangswege und Inanspruchnahme

Die Eltern erfahren von dem Elternkurs über Berichte in Tages- und kostenlosen Werbezeitungen, Ankündigungen in Programmzeitungen wie „Kids Go“, Aushänge und Flyer bei Kinderärzten, Kitas, Infoabende bei Elternabenden in Schulen und Kitas, die Internetseite des Kinderschutzbundes usw.

Der Elternkurs wird vor allem von Eltern in Anspruch genommen, die sich in der Erziehung unsicher und überfordert fühlen. Im Alltag der Familie entstehen immer wiederkehrende Probleme mit den Kindern, die die Eltern oft nur gewaltsam lösen können. Die Motivation zur Teilnahme am Kurs ist die Sorge, seinem Kind zu schaden und der Wunsch, sich liebevoller und gewaltfrei im Umgang mit seinen Kindern zu verhalten. Bei vielen Teilnehmern spielt dabei die eigene Gewalterfahrung als Kind eine motivierende Rolle. Der Zugang zu Eltern, die sich nicht zu klassischen Familienbildungsangeboten anmelden, wird durch das zunehmend sozialraumorientierte Angebot erleichtert.

Kooperationen

In Berlin kooperiert der Kinderschutzbund mit Trägern der Jugendhilfe, Sozialraumprojekten, Kitas und Schulen, um den Elternkurs möglichst wohnortnah anzubieten und Eltern in ihren Lebenszusammenhängen anzutreffen. Konkret findet der Elternkurs bisher im Kinder- und Familienzentrum Schillerstr. des Pestalozzi-Fröbelhauses, das nach dem Konzept von PEN-GREEN, ein Modell der Early - Excellence - Center in England arbeitet, statt. Außerdem im Rahmen eines Sozialraumprojektes in einer Grundschule in Tegel - Süd. Im Rahmen des Quartiersmanagements Pankstr. führt der Kinderschutzbund im Herbst 2003 erstmals den Elternkurs für Mütter türkischer Herkunft in ihrer Muttersprache durch.

Der Kinderschutzbund hat in Berlin Elternkursleiter verschiedener Träger geschult, darunter Familienbildungsstätten, freie Träger der Jugendhilfe, Verband Alleinerziehender Mütter und Väter, SHIA, Erziehungsberatungsstellen usw.

Finanzierung

Die Finanzierung der Elternkurse als gewaltpräventives Angebot ist bisher schwierig. Im Kinderschutzbund wird eine 3/4 Stelle für gewaltpräventive Elternarbeit aus Zuwendungsmitteln des Senats für Jugend und Familie finanziert. Manche Träger finanzieren die Elternkurse über Mittel aus Stiftungen oder aus Sonderprogrammen der Bundesregierung bzw. Europäischen Union (z.B. Entimon bei der Durchführung in Schulen).

Die Finanzierung über den § 16, Kinder- und Jugendhilfegesetz ist in der aktuellen Berliner Haushaltssituation bisher bei keinem Träger gelungen. Die Kombination von Elternkursen mit Sozialpädagogischer Familienhilfe als Familiengruppenarbeit wird von manchen Trägern schon erprobt und wird als sinnvolle Ergänzung zur Einzelarbeit erlebt.

Evaluation

Der Elternkurs „Starke Eltern - Starke Kinder“® wurde von der FH Köln, Prof. Dr. Sigrid Tschöpe - Scheffler im Zeitraum von April 2001 - April 2002 evaluiert. Ziel war es, Veränderungen auf das Erziehungsverhalten der Eltern nach Besuch eines Elternkurses herauszufinden. Mittels Fragebogen (vor und nach Besuch des Kurses) wurden 200 Eltern, die einen Elternkurs besucht hatten, erfasst. Untersucht wurden Merkmale entwicklungshemmenden Erziehungsverhaltens (emotionale Kälte, Missachtung, Dirigismus, Beliebigkeit) und entwicklungsfördernden Verhaltens (emotionale Wärme, Achtung, Kooperation, Verbindlichkeit).

Ergebnisse:

Der größte Erfolg des Elternkurses liegt im Abbau entwicklungshemmenden Verhaltens. In allen Fallbeispielen ging die Tendenz zu missachtendem und dirigistischem Konfliktlösungsverhalten signifikant zurück. Der Aufbau entwicklungsfördernder Faktoren wird ebenfalls signifikant verbessert. Die Aussagen der Kinder waren: ihre Eltern haben nach Teilnahme am Kurs mehr Zeit und Geduld, würden vor allem viel seltener schreien und: ihre Eltern reden häufiger „vernünftig“ mit ihnen.

Im Anschluss an die Vorstellung des Elternkurses wurde in beiden zum Forum 2 angebotenen Workshops eine praktische Übung aus den Elternkursen durchgeführt. Nach kurzer Einzelarbeit zu den Fragen: „Welche Konflikte gibt es in meiner Familie?“ „Welche Bedürfnisse werden bei wem verletzt?“ tauschten die Teilnehmer in Kleingruppen aus, welche Wünsche sich daraus für die Einzelnen ableiten und wie diese Wünsche ausgedrückt werden können. Im Plenum wurden zum Abschluss die Erfahrungen mit dieser Übung ausgetauscht.

Literatur:

Prof. Sigrid Tschöpe - Scheffler: Elternkurse auf dem Prüfstand. Wie Erziehung wieder Freude macht. Opladen: Leske + Budrich, 2003

Honkanen - Schoberth, P. Starke Eltern brauchen starke Kinder. Der Elternkurs des Deutschen Kinderschutzbundes. Berlin: Urania - Verlag 2002.



Siegfried Arnz

Gewaltprävention: Steigende Erwartungen, sinkende Ressourcen – Wie geht es weiter?

Ausgangsthese:

Ja, es fehlen Ressourcen – die Folge eine gesamtgesellschaftlich und politisch falschen Prioritätensetzung sowohl hinsichtlich der Einnahmen als auch der Ausgaben des Staates.

Drei Beispiele in Verbindung mit dem Thema Gewaltprävention:

- Zustand vieler Schulen und Bildungseinrichtungen
- Massive Einschränkungen für (freie) Träger der Jugendarbeit und Jugendhilfe
- Lehrerarbeitszeit – wir brauchen mehr Lehrerzeit in den Schulen, ein anderes Arbeitszeitmodell / aber wir haben einen viel zu hohen unterrichtlichen Anteil an der Lehrerarbeitszeit, nicht erst seit der letzten Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung

Es gilt aber auch: Schule ist insgesamt zu wenig effektiv hinsichtlich Prävention, sie bewirkt häufig sogar das genaue Gegenteil, sowohl als Einzelschule als auch als System Schule!

Was ist möglich und zwingend nötig – auch ohne zusätzliche Kosten ?

These 1:

Veränderungen innerhalb konkreter Arbeit in den Schulen!

- Grundlegende Veränderung des Schulklimas, Lehrkräfte- Schüler/innen- Eltern als Partner mit gemeinsamer Verantwortung, besonders Stärkung der Verantwortung der Schüler/innen (d.h. ihnen Verantwortung ermöglichen und zugestehen!), Durchbrechen des Teufelskreises üblicher Lehrer - Schüler - Konfrontation, Schaffung eines Klimas von Akzeptanz und Toleranz, in dem sich Schüler/innen und Lehrkräfte wohlfühlen!
- Veränderung im Unterricht: abschaffen bzw. zurückdrängen gewalterzeugender Strukturen von Unterricht, z.B. Frontalunterricht, Unterricht an den Interessen und Fähigkeiten der Schülern/innen vorbei, über- oder unterfordernder Unterricht, langweiliger Unterricht, usw.
- Mehr Unterrichtsprojekte, auch fachübergreifend, in denen die Schüler/innen eine (eigen) verantwortliche Rolle spielen, z.B. Schülerfirmen, „Ernstfallpädagogik“
- Mehr Orte der Entspannung und Konfliktbewältigung in den Schulen, z.B. gut organisierte Schulstationen unabhängig von ABM oder ähnlichen Konstrukten, Nutzung von Möglichkeit z.B. des 40' Minuten-Modells, Streitschlichterprogramme, usw.

Das alles ist machbar, auch ohne zusätzliche Ressourcen, führt zu einer deutlich gesteigerten Zufriedenheit bei allen an Schule Beteiligten und wirkt allein dadurch in hohem Maße gewaltpräventiv!

These 2:

Veränderungen von Rahmenbedingungen

- Zensuren: nach wie vor gibt es kaum Bewegung in dieser Frage. Wissenschaftler und Reformpädagogen beweisen seit fast 100 Jahren, dass Zensuren ein untaugliches Mittel der Beurteilung von Schülerleistungen sind und ihren einzigen Zweck als Selektionsinstrument haben. Nur ein Beispiel: für ein Diktat mit 60 Fehlern erhält ein Schüler die Zensur 6. Vor dem nächsten Diktat hat er viel gelernt, verringert seine Fehlerquote auf die Hälfte macht nur noch 30 Fehler - welche Zensur erhält er – erneut eine 6! Die erfolgreichen Bildungssysteme skandinavische Länder z.B. kommen weitgehend ohne Zensuren aus und setzen stattdessen auf individuelles Lernen und Feedback!
- Sitzenbleiben: Dass der dreimalige Besuch einer 7.Klasse alles andere als gewaltpräventiv ist, liegt auf der Hand, abgesehen von allen anderen negativen Folgen (vgl. PISA).
- Eigenverantwortlichkeit statt Vorschriften: Allein der Motivationsschub, die Freude und Zufriedenheit aller Beteiligten, die ein hohes Maß an tatsächlicher Eigenverantwortlichkeit von Schulen insgesamt, von Lehrkräften bei ihrer Arbeit und von Schülern/innen beim Lernen bewirken, bedeutet umfassende Prävention ohne zusätzliche Kosten. Das neue Schulgesetz bringt hier tatsächlich entscheidende Fortschritte!
- Unser Schulsystem: Der Selektionscharakter unseres drei- bzw. viergliedrigen Schulsystems fördert strukturell die Gewaltbereitschaft insbesondere der Verlierer dieses Systems. Obwohl dies eigentlich unbestritten ist, gibt es in Deutschland eine große Koalition, die auch nach PISA sagt: „nur ja keine Strukturdebatte“!

These 3:

Kooperation

Notwendige und sinnvolle Kooperation mit unterschiedlichen außerschulischen Partnern muss verwirklicht werden, auch „erzwungen“, d.h., Kooperation darf nicht mehr in der Beliebigkeit liegen. Einige wichtige Bereiche für Kooperation:

- Abt. Jugend: Jugendämter, Einzelfallhilfe, EFB (Erziehungs- und Familienberatung): effektivere Nutzung von Ressourcen durch systematische, regelmäßige und selbstverständliche Kooperation „auf Augenhöhe“ – nicht: „Schule schaltet das Jugendamt ein“
- Nutzung der Möglichkeiten und Kompetenzen der Schulpsychologischen Beratungszentren, nicht nur oder nicht in erster Linie bei Einzelfallproblemen
- Kooperation mit freien Beratungsstellen, z.B. Mädchenläden, Ärzten (z.B. über die KV), usw.
- Kooperationsmöglichkeiten mit Partnern der gesellschaftlichen Wirklichkeit, besonders der Wirtschaft (Beispiel IHK - Projekt Schule - Wirtschaft)

These 4:

Nutzung zivilgesellschaftlichen Engagements

- Von Eltern, Schülern/innen und Lehrkräften – Lösung von „unlösbaren“ Problemen – z.B. Renovierung
- Einbeziehung von freiwilligen ehrenamtlichen Mitarbeitern/innen bei der Betreuung und Unterstützung, z.B. Seniorpartner in School (SiS), Lehrkräften im Ruhestand

Wir haben an der Schule, die ich seit knapp 10 Jahren leite, der Werner - Stephan - Oberschule in Tempelhof, an allen geschilderten Punkten große und erfolgreiche Anstrengungen gemacht – auch was eine flexible Nutzung der Rahmenbedingungen und Vorschriften angeht – und können große Erfolge auch und gerade im Bereich der Prävention nachweisen.

Fazit:

Mehr und bessere Prävention einerseits durch effektivere Arbeit und andererseits durch verstärkten Einsatz für die Bereitstellung von deutlich mehr Ressourcen für den Bildungs- und Jugendbereich!

Heiner Brandi

Gewaltprävention: Steigende Erwartungen, sinkende Ressourcen – Wie geht es weiter?

Zur Funktion von Sport in der Prävention von Jugendgewalt

Zum Begriff und Ziel von Gewaltprävention
Zum außerschulischen Lernort Sport
Gewaltprävention im Sport
Fazit

Zum Begriff und Ziel von Gewaltprävention

Die Beschäftigung mit dem Phänomen „Gewalt“ und ihren vielfältigen Erscheinungsformen sowie mit dem Gegenstand „Gewaltprävention“ führt fast zwangsläufig zu einer berühmten Abhandlung des Soziologen Norbert Elias.

Elias zeigt in seinen Analysen über den Prozess der Zivilisation, wie in der Entwicklung von einer sehr gewalttätigen und brutalen Gesellschaft in Frühzeit und Mittelalter zur zivilen bürgerlichen Gesellschaft der Gegenwart private Gewalt des Einzelnen oder von Interessengruppen zunehmend zugunsten ihrer Monopolisierung beim Staat aufgegeben wird.

Dennoch kennt jede Gesellschaft Gewalt. Für moderne Gesellschaften ist es jedoch typisch, dass private Gewalt zugunsten ihrer Monopolisierung beim Staat aufgegeben wird. Der Staat setzt das Monopol auf Gewalt durch und verdrängt mit Gesetzgebung, Justiz- und Ordnungsbehörden die Gewalt durch das Recht, das er zugleich garantiert.

Im Ergebnis ist der Einzelne normalerweise vor dem plötzlichen Überfall, vor dem unmittelbaren gewaltförmigen Zugriff anderer geschützt. Er ist dann aber auch gezwungen, seine eigenen Affekte der Selbstkontrolle zu unterwerfen. Diesen Vorgang hat Norbert Elias als „Prozess der Zivilisation“ beschrieben.

Zivilisation meint einen doppelten Effekt: einerseits die Errichtung eines staatlichen Gewaltmonopols und andererseits die Verlagerung der Affektkontrolle beim Einzelnen von außen nach innen. Das heißt, der Einzelne muss lernen, mit seinen Aggressionen und Affekten angemessen umzugehen, will er nicht Zwangsmaßnahmen des Staates auf sich ziehen.

„Wenn sich ein Gewaltmonopol bildet, entstehen befriedete Räume, gesellschaftliche Felder, die von Gewalttaten normalerweise frei sind. ... Hier ist der Einzelne vor dem plötzlichen Überfall, vor dem schockartigen Einbruch der körperlichen Gewalt in sein Leben weitgehend geschützt; aber er ist zugleich selbst gezwungen, den eigenen Leidenschaftsausbruch, die Wut, die ihn zum körperlichen Angriff eines Anderen treibt, zurückzudrängen. Und die anderen Formen des Zwanges, die nun in den befriedeten Räumen vorherrschen, modellieren Verhalten und Affektäußerungen des Einzelnen in die gleiche Richtung.“ (1)

Vor dem skizzierten Hintergrund kann unter Gewaltprävention ein Vorgang verstanden werden, in dem die Selbstkontrolle von Affekten und Aggressionen unterstützt wird und an dessen Ende die Verinnerlichung der Norm des Gewaltverzichts beim Einzelnen steht, bzw. Aktionen körperlicher Gewalt auf ein sozial verträgliches Maß reduziert sind.

Zum außerschulischen Lernort Sport

Sport und Sportverein sind Orte, an denen soziales Lernen stattfindet und informelle Bildungsprozesse initiiert werden. Neben Elternhaus, Kindertagesstätte und Schule ist der Sportverein eine Instanz, in der eine große Zahl von Kindern und Jugendlichen soziale Erfahrungen gewinnt, wo Einstellungen und Verhaltensweisen mit geprägt werden, wo sich soziales Verhalten ausbildet.

Zu den sozialen und pädagogischen Funktionen jenseits körperlicher und sportfachlicher Dimensionen zählen zum Beispiel

- die Vermittlung von Werten und Normen einer demokratischen Wettbewerbsgesellschaft. Über die soziale Gemeinschaft im Verein, über die Sportgruppe sowie über die Regeln des Sports und das Wettkampfsystem transportieren sich zugleich gesellschaftliche Normen und Werte, deren Internalisierung unterstützt wird. Dazu zählt zum Beispiel das Gebot des Fairplay, dessen Verletzung mit entsprechenden Sanktionen belegt ist.
- Der Sport übernimmt zudem eine Mittlerrolle für den Erwerb von Schlüsselqualifikationen sowie die Ausbildung von sozialen Kompetenzen. Damit sind Fähigkeiten bezeichnet, die über ein spezifisches fachliches Wissen und Können hinausgehen. Es sind generelle Qualifikationen angesprochen, die als Leitbilder, als Orientierung für das praktische Handeln dienen. Dazu gehören zum Beispiel Teamfähigkeit, Leistungsbereitschaft, Konfliktfähigkeit, Verantwortungsgefühl, Kooperationsbereitschaft etc. Sport trägt zur Entwicklung solcher Qualifikationen und Kompetenzen nicht unwesentlich bei.

Soziales Lernen meint in dem Zusammenhang einen ganzheitlichen und praxiswirksamen Prozess, der im Handlungsrahmen des Sports angelegt ist. Es ist ein ganzheitliches Lernen mit „Kopf, Herz und Hand“, das in der Sportpraxis seinen Ausgang nimmt, aber weit darüber hinausgeht.

In diesen Lernprozessen sind elementare Funktionen der Gewaltprävention enthalten. Sie entwickeln sich in der Ausübung einer Sportart und entfalten ihre Wirksamkeit im Zusammenspiel mit dem Regelwerk des Sports und der Moderation von Übungsleitern, Übungsleiterinnen, Trainerinnen und Trainern.

Gewaltprävention im Sport

Sport ermöglicht wie kaum ein anderes soziales Handlungsfeld das Ausleben von Emotionen und Affekten. Spannungsgeladener Wettstreit, Kampf um Sieg oder Niederlage setzen starke Gefühle und Erregungszustände frei. Das Spektrum reicht von intensiven Glücksmomenten bis zur Niedergeschlagenheit, von Euphorie bis hin zu Aggressionen und Gewaltausbrüchen. Leidenschaft, Wut, Aggressivität, körperliche Gewalt können sich Bahn brechen und müssen dennoch in Akten der Selbstkontrolle dem Regelwerk unterworfen und auf sozial akzeptierte Weise ausgelebt werden. Es gelten das Gebot des Fairplay und Regeln, die entsprechende Verstöße mit Sanktionen ahnden. Der Sport verlangt, dass Konflikte im Rahmen der Regeln ausgetragen und Affekte unterdrückt bzw. kanalisiert werden. Brutale Fouls und körperliche Attacken am sportlichen Gegner, wie sie insbesondere in manchen Spilsportarten immer wieder vorkommen, treten dabei keineswegs den Gegenbeweis an. Sie sind vielmehr Ausdruck von Normbrüchen, die auch in der Gesamtgesellschaft auftreten.

Der Sport ist an dieser Stelle keineswegs besser oder moralisch höherwertiger als die Gesellschaft, in der er stattfindet. Er ist vielmehr Spiegelbild der Gesellschaft - auch im Umgang mit Gewalt. Der Diskurs darüber, welches Maß an Körpereinsatz beziehungsweise körperlicher

Gewalt gerade noch toleriert werden kann und wo unmissverständliche Grenzen gezogen sind, läuft auch im Sportgeschehen.

Gegenüber der Gesamtgesellschaft hat der Sport in diesem Zusammenhang jedoch einen unschätzbaren Vorteil. Er muss den Diskurs nicht als abstrakte gesellschaftliche Debatte über Normen und Werte organisieren oder in einen theoretisierenden und moralisierenden Frontalunterricht in der Schule einbetten. In der Jugendarbeit des Sports ist er sozusagen als lebenspraktischer Erkenntnisprozess angelegt. Die Auseinandersetzung mit Normen der Gesellschaft, mit dem Gebot zum Fairplay oder mit der Auslegung von Spielregeln verläuft anschaulich und praxisrelevant auf der Grundlage des realen Geschehens. Der Sport liefert unzählige Anlässe und Beispiele für den alltäglichen Diskurs.

Er bietet Raum für affektgeladene Handlungen, fordert zugleich deren normverträgliche Kanalisierung und unterwirft diese Abläufe einem stetigen Reflexionsprozess.

Der Reflexionsprozess, in den das Sportgeschehen eingebunden ist, findet in der Regel unter pädagogischer Moderation und Anleitung von Übungsleiter/innen oder Trainer/innen statt. Sie gestalten und moderieren die skizzierten lebenspraktischen Lernprozesse und übernehmen zugleich eine verantwortungsvolle Vorbildfunktion. Übungsleiter/innen und Trainer/innen gehören nach den Eltern, Geschwistern und Freunden zu den wichtigsten Bezugs- und Vertrauenspersonen für Kinder und Jugendliche, weit vor Lehrer/innen und Sozialarbeiter/innen. Sie werden nicht nur als sportfachliche Expert/innen geschätzt, sondern auch als Ratgeber/innen bei vielen belastenden Alltags- und Lebensproblemen. (2)

Übungsleiter/innen und Trainer/innen besitzen - auch wenn es ihnen nicht bewusst ist - erhebliche Möglichkeiten zum pädagogischen Handeln über den Sport hinaus. Sie lehren nicht nur den Fallrückzieher, sondern bestimmen in hohem Maße das Klima des menschlichen Miteinanders. Gerade in diesem Zusammenhang kommt den Übungsleiter/innen in der Jugendarbeit des Sports eine Schlüsselposition zu. Er oder sie bestimmt das Klima, in dem Sport stattfindet, und entscheidet damit zugleich über die Attraktivität der Jugendarbeit sowie über die Qualität.

In der Regel existiert zwischen Übungsleiter/innen und ihnen anvertrauten Kindern und Jugendlichen eine konstruktive Beziehungsebene, die pädagogische Vermittlungsprozesse sowie die Internalisierung von normativen Verhaltenserwartungen erleichtert bzw. nachhaltig unterstützt.

Wenn also unter Prävention von Gewalt die erfolgreiche Verinnerlichung der Norm des Gewaltverzichts und die Akzeptanz entsprechender Verhaltensregeln verstanden werden kann, dann lösen sich die Prozesse in den Strukturen des Sports insbesondere in den Interaktionen mit den Übungsleiter/innen ein, oder sie schlagen dort fehl.

Es ist eine verantwortliche Position, die jenseits einer hoch professionalisierten Pädagogenrolle wahrgenommen wird. Übungsleiter/innen sind nicht nur Vermittler/innen des Sports, sondern in der Kommunikation mit Kindern und Jugendlichen auch bedeutsame Vermittler/innen des gesellschaftlichen Lebens und seiner Regeln.

Fazit

Das Thema des Forums lautet:

Gewaltprävention – Steigende Erwartungen, sinkende Ressourcen.

Wie geht es weiter?

Zunächst: Es soll hier nicht der Eindruck erweckt werden, als stünde der Sport als Allheilmittel für die vielfältigen Probleme der Jugendgewalt zur Verfügung.

Seine Möglichkeiten und sein Potenzial in der Gewaltprävention sind angedeutet worden. Das gilt insbesondere auch im Hinblick auf die Tatsache, dass in Sportvereinen fast drei Viertel aller Kinder und Jugendlichen erreicht werden.

Es sind aber eben nicht alle jungen Menschen angesprochen.

Gerade sozial benachteiligte oder für Gewalt anfällige Kinder und Jugendliche sowie junge Menschen in schwierigen Lebenssituationen oder aus sozial hoch belasteten Stadtquartieren sind in den Sportvereinen unterrepräsentiert. Auch Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, aus Zuwandererfamilien, sind noch nicht entsprechend ihres Bevölkerungsanteils in den Sportvereinen vertreten.

Oftmals sind es jedoch gerade Angehörige solcher Gruppen, bei denen die Bereitschaft zur Gewalt hoch ist und gewaltförmige Handlungen zum Lebensalltag gehören. Gerade für diese Jugendlichen könnte der Sport wichtige Unterstützungsleistungen in der Sozialisation übernehmen.

Die Sportjugend Berlin hat deshalb im Vorfeld von Sportvereinen spezifische Projekte der Gewaltprävention entwickelt. Mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport sind Präventionsprojekte entstanden, die sich ausdrücklich an benachteiligte beziehungsweise sozial randständige und gewaltbereite junge Menschen wenden. Es wird das Ziel verfolgt, die gesellschaftliche Eingliederung gefährdeter Kinder und Jugendlicher zu unterstützen. Die Attraktivität des Sports eröffnet den Zugang zu der angesprochenen Klientel und bringt sie in Reichweite von Prävention und Intervention. Es ist eine sportorientierte soziale Arbeit, die den jeweils lebensweltlich geprägten Interessen und Möglichkeiten der Heranwachsenden entgegenkommt und sie dort abholt, wo sie sind. Der Sport leistet in dem Zusammenhang einen Beitrag zur Vermittlung positiver Erfahrungen, zur Stärkung des Selbstwertgefühls, zur Verbesserung des Sozialverhaltens und damit zur Prävention von Gewalt und abweichendem Verhalten.

In der Kooperation mit Sportvereinen wird zudem das bürgerschaftliche Engagement der dortigen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einbezogen. Es ist die praktische Aktivierung zivilgesellschaftlicher Strukturen, die hier verfolgt wird. Das ist eine vielfach noch unterschätzte Ressource, die uns in der Prävention von Jugendgewalt zur Verfügung steht.

Anmerkungen

(1)Elias, Norbert: Über den Prozess der Zivilisation. 2 Bde., Frankfurt/M. 1987, II 320 ff

(2)vgl. Brinkhoff, Klaus - Peter: Sport und Gesundheit im Kindesalter, Der Sportverein im Bewegungsleben der Kinder, Weinheim und München 1999, S. 117 ff

Hartmut Brocke

Gewaltprävention: Steigende Erwartungen, sinkende Ressourcen – Wie geht es weiter?

Vorbemerkung

Der Geschäftsführer der Landeskommision Berlin gegen Gewalt, Stephan Voß, hat mir ernsthaft sieben Minuten für mein Statement gegeben und gleichzeitig acht Fragen formuliert, auf die man manierlich nur schwer in sieben Minuten antworten kann. Um dieses Dilemma einigermaßen zu lösen, werde ich Ihnen diese Fragen vortragen und zunächst „lapidare“ Antworten geben. Danach werde ich mich in wenigen Thesen (eher Leitsätze) zu einer „Neuen Kultur Sozialer Arbeit“ versuchen.

1. Frage:

Fehlt es im Zusammenhang mit den steigenden Erwartungen an die Gewaltprävention tatsächlich im Wesentlichen an finanziellen Ressourcen?

Antwort:

Es fehlt an einer neuen Kultur des Sozialen. Es fehlt an dem gezielten output-orientierten Einsatz von Ressourcen. Und es fehlt ein Verständnis, dass präventive Arbeit eine Zukunftsinvestition und kein konsumtiver Mittelverbrauch ist.

2. Frage:

Fehlt es an einer differenzierten Sicht auf bestimmte Bevölkerungsgruppen im Hinblick auf die Folgen der gegenwärtigen Veränderungsprozesse und an entsprechenden Steuerungsinstrumenten zur Verteilung der noch vorhandenen Mittel?

Antwort:

Es geht nicht um bestimmte Bevölkerungsgruppen, sondern es geht um eine neue Sichtweise. Die „Sozialprofis“ können nicht für andere denken und handeln. Ich verweise auf Aneignung, Partizipation und Beteiligung, Demokratisierung des Alltagslebens und Zivilgesellschaft. Zivilgesellschaft findet an konkreten Orten statt. Beteiligung erfordert Kompetenz und Netzwerke zur Feststellung von Bedarfen sowie der Vergabe der materiellen Ressourcen an öffentlich verantworteter Dienstleistung.

3. Frage:

Oder können die steigenden Erwartungen durch entsprechende Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung, durch Evaluation, durch verbesserte und intensivere Kooperation und durch ein Mehr an Kreativität, trotz gleichzeitig geringer werdender Ressourcen erfüllt werden?

Antwort:

Soziales und kulturelles Kapital sind in der Tat Ressourcen, die aber nicht mit Haushaltsmitteln gleichgesetzt werden können. Unsere kameralistische Tradition lebt von der Input-Steuerung. Hier muss ein Wechsel zu einer Output-Steuerung kommen. Output - Steuerung heißt Kosten-/Nutzenüberprüfung und Erfolgskontrolle.

4. Frage:

Können vorhandene Defizite an Ressourcen durch zivilgesellschaftliches Engagement aufgefangen werden?

Antwort:

Nein.

5. Frage:

Oder mangelt es im Wesentlichen gar nicht an Ressourcen für die bzw. an der Qualität der Arbeit, sondern daran, dass die Konzepte im Bereich der Gewaltprävention nicht wirklich greifen?

Antwort:

Diese Frage lässt sich beim besten Willen und Lust zur Provokation nicht beantworten.

6. Frage:

Wenn die aktuellen Strategien und Konzepte nicht ausreichend wirksam sind, welche Konzepte müssten dann entwickelt werden, worauf müssten sie zielen und welche Veränderung wären in den unterschiedlichen Bereichen nötig?

Antwort:

Die Beantwortung setzt eine genaue Kenntnis der Vielfalt der Projekte voraus und würde voraussetzen, dass diese Projekte tatsächlich evaluiert sind. Da sie dies nicht sind, kann man darüber nur spekulieren.

7. Frage:

Welche Maßnahmen müssten aus Ihrer Sicht von wem ergriffen werden, um die von Ihnen im Rahmen Ihres Inputs dargestellte Position zu den oben aufgeworfenen Fragen zu realisieren?

Antwort:

Lieb gewordene Gewohnheiten über Bord schmeißen.

8. Frage:

Welche Diskussion müsste gegebenenfalls so geführt werden, um diesen Prozess in Gang zu setzen?

Antwort:

Auf allen Ebenen, insbesondere aber im Sozialraum.

Thesen (Leitsätze)

Auch für die Gewaltprävention gelten die drei großen sozialpolitischen Zielsetzungen:

- Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung
- Erwerb von Zukunftskompetenzen (in den Bereichen Jugend, Bildung, Soziales, Gesundheit, Arbeit)
- Stärkung von Eigenverantwortung und sozialem Engagement durch Mobilisierung von Querschnittskompetenzen der Ämter, der Träger und des demokratischen Gemeinwesens.

Das verweist auf die Notwendigkeit einer Koproduktion in der Sozialen Arbeit, die an die Akteure, insbesondere der Kinder- und Jugendhilfe, besondere Anforderungen stellt:

Zum einen die Orientierung auf soziale Gestaltungs- und Partizipationsprozesse, die Erlangung von Zukunftskompetenzen für die Zielgruppe der Kinder- und Jugendhilfe verbunden mit einer Spezifizierung auf die Bildung (hier verstanden als Persönlichkeitsbildung) und einer grundsätzlichen Ausrichtung auf Modernisierungsgrundsätze öffentlichen Handelns sowie zum anderen

auf die dazu notwendige, aber revisionsbedürftige Netzwerk- und Programmarbeit im lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Zusammenhang.
(vgl. hierzu: Programmplattform E & C, www.eundc.de)

Chancengerechtigkeit ist Zugangsgerechtigkeit.

Diese fragt nach dreierlei:

- der Möglichkeit etwas für sich selber und den eigenen Lebenszusammenhang zu leisten
- dem Zugang zur Möglichkeit etwas für die Gesellschaft solidarisch mitgestalten zu können und
- dem Zugang zu Hilfestellungen für all die Fälle, wo die beiden ersten Möglichkeiten ausfallen.

Sie fragt insbesondere, was mit denen geschieht, die weder etwas leisten können, noch etwas für einen solidarischen Verbund einzubringen vermögen. Dies ist die Kernfrage einer dritten Form von Gerechtigkeit, nämlich einer vorleistungsfreien Gerechtigkeit, wie wir sie in der katholischen Soziallehre und dem dort verankerten Subsidiaritätsprinzip ausformuliert finden.

Die wirtschaftlichen, sozialen und soziokulturellen Umbrüche unserer Gesellschaft schlagen sich in unterschiedlichen Formen von Individualisierung, Pluralisierung und Enttraditionalisierung von Lebensverläufen/Lebenslagen nieder. Die Gestaltungs- und Wahlmöglichkeiten sind gleichzeitig auch ihre Risiken. Die zunehmende Ausdifferenzierung der Lebensbedingungen schafft Pluralisierung in Privilegierte und Benachteiligte (mit vielen Zwischentönen).

Lebenslagen und Lebensstile von Jugendlichen in diesem Spannungsfeld können als mobil, flexibel, pluralisiert als ent- und destrukturiert beschrieben werden. Sie haben ein größeres Risiko des Scheiterns und der Ohnmacht vor allem bei denen, die in der Erlebnisgesellschaft nicht mithalten können. Die Jugend ist individualisiert, an der Gegenwart orientiert, ist selbst Leitbild, sie verfügt über Kaufkraft und stellt ein Konsumpotential dar. Leistung und Konkurrenz sind die vorherrschenden Verhaltensanforderungen. Die Abkopplung bzw. das Abgekoppeltwerden von den Möglichkeiten und Zwängen dieser Leistungen und Konkurrenz stellen im Regelfall den Einstieg in Verarmungskarrieren dar bzw. verfestigen diese.

Die Leistungen des Einzelnen werden nicht daran gemessen, was jemand tatsächlich leisten kann, ob er das ihm Mögliche für sich selbst und die Gesellschaft leistet, sondern seine Leistung wird an der der Anderen gemessen: Der intellektuell Schwächere wird am geistig Stärkeren gemessen. Der gesundheitlich Beeinträchtigte am Gesunden. Der mit ungünstigeren Startchancen an dem, dem mit Begabung und/oder Sozialmilieu alle Steine aus dem Weg geräumt sind bzw. werden.

Insbesondere bei nicht wenigen jungen Menschen wächst der Frust aus ihrer Lebenssituation heraus keine Chance zu haben. Sie neiden Anderen, was diese bekommen. Sie verteufeln sozial noch Schwächere. Sie werden tötlich mit zum Teil tödlichem Ausgang.
(hierzu: Huster, Laudatio 75 Jahre C. W. Müller)

Aus der Zeitdiagnose der sich veränderten Gesellschaft lassen sich Kompetenzanforderungsprofile für die Bewältigung der Risiken bzw. Optionen formulieren:

Wissensgesellschaft = Lernfähigkeit
Risikogesellschaft = Identitätsfähigkeit
Arbeitsgesellschaft = Produktionsfähigkeit

Zivilgesellschaft = Beteiligungsfähigkeit
Einwanderungsgesellschaft = Interkulturelle Fähigkeit.

Die Vermittlung dieser Zukunftskompetenzen verlangt die Operationalisierung auf 3 Ebenen:

- Subjekt / Biografieentwicklung
- professionelles Handeln/neue professionelle Settings
- Institution sozialer Arbeit, Veränderung der Institutionen.
(hierzu: Bundesjugendkuratorium)

Das Ziel der Solidarität und eine Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn Politik, Institutionen, Organisationen und Netze sie unterstützen und fördern.

Solche Netze sind vor allem Vereine, soziale Initiativen, Projekte und Stiftungen. Die Wertschöpfung des Engagements kommt durch den Dialog, Kommunikation und soziales Verhalten zustande. Sozialkapital wird zwischen Personen lokalisiert und nicht an ihnen. Es kommt sozialräumlich vor und kann lokal gemessen werden. Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und Bürgerarbeit müssen durchlässiger werden. Der Wechsel zwischen den Tätigkeitsfeldern soll durch die Flexibilisierung des Zeitansatzes und eine Aufwertung der Tätigkeit außerhalb der Erwerbsarbeit erreicht werden.

Die zivilgesellschaftliche Debatte geht von der Prämisse aus, dass die ökonomische Leistung jedes Einzelnen andere Leistungen voraussetzt (Bildung, soziale Leistungen, neben- und nachberufliche Leistungen). Auch für Zuwanderer und Ausländer bietet die Form der sozialen Bürgerschaft bessere Möglichkeiten der Integration an, weil sie die Teilnahme an öffentlichen Aufgaben mit sich bringt. Das neue Paradigma sozialer Politik lautet Ergebnisorientierung. Diese Ergebnisorientierung setzt darauf, die Probleme zu lösen und nicht zu institutionalisieren, d. h. Städte und Systeme zivilgesellschaftlich zu stärken und nicht zu subventionieren.

Der Paradigmenwechsel manifestiert sich in neuen Handlungskonzepten und der Arbeit unter sozialräumlicher Ausrichtung, insbesondere:

- soziale und ethnische Integration
- öffentlicher Raum und Sicherheit
- Wohnen und Wohnumfeld
- soziale Infrastruktur
- Schule, Kinder, Jugendliche und Familienförderung
- Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung
- besondere Lebenslagen
- Gesundheitsförderung
- neue Steuerungsinstrumente und Ressourceneinsatz.

Im Mittelpunkt stehen folglich Dienstleistungen als ein Koproduktionsprozess, in dem nicht nur der Klient/Konsument aktiviert werden muss, sondern im gleichen Maße formelle und informelle Netzwerkstrukturen im Wohnumfeld, Stadtteil oder Quartier. Soziale Arbeit als Dienstleistung ist deswegen keineswegs ausschließlich einzelfallorientiert. Damit sind im Kern drei Einzelfallorientierungen sprengende Zielsetzungen verbunden:

- Soziale Hilfen und soziale Dienste müssen noch stärker präventiv und ursachenbezogen sein.

- Das Bedürfnisgefüge sozialer Problemlagen hat neben individuellen Aspekten immer auch die spezifischen Lebensbedingungen als Grundlage, die kommunal gesehen als Faktor des sozialen Raums beschrieben werden können und
- Soziale Hilfen sind als flexible, möglichst lebensweltnahe Angebot zu organisieren. (hierzu: www.eundc.de)

Die neuen Politikziele lauten:

- höhere Bürgerzufriedenheit mit lokalen Dienstleistungen und Planungsprojekten (Akzeptanz)
- stärkere Teilnahme der Bürger an der demokratischen Willensbildung und Revitalisierung der kommunalen Demokratie (Demokratisierung)
- Stärkung der Hilfsbereitschaft der Bürger untereinander (Solidarität)
- Entlastung der kommunalen Haushalte durch Bürgerbeteiligung (Effizienz)
- bessere Politikergebnisse im Sinne der politischen Zielsetzungen (Ergebnis- und Lösungsorientierung)
- Vernetzung und Planungskompetenz (Teamorientierung, Gemeinsinn).

Die neuen Handlungsstrategien versuchen einen Wechsel von der bisherigen Input - Steuerung über sogenannte Haushaltsansätze zu einer Output - Steuerung, das heißt, es kommt zunächst auf die richtige Reihenfolge der zu beratenden Fragestellungen an.

- Was wollen wir erreichen? (Ergebnisse und Wirkungen)
 - Was müssen wir tun? (Programme und Produkte)
 - Wie müssen wir es tun? (Prozesse und Strukturen)
 - Was müssen wir einsetzen? (Ressourcen)
- (aus Brocke, E & C Journal Nr. 11)

Anforderungen an Politik und Verwaltung

Politik und Verwaltung kommt die wichtige Aufgabe zu, Förderprogramme und Finanzierungsrichtlinien zu entwickeln, die dort wo eines der sonst konstituierenden Elemente (Erfolgskontrolle durch Vergleich, unternehmerische Orientierung, sozialstaatliche Zielsetzung sowie bürgerschaftliche Beteiligung) als unterentwickelt gelten kann, Anreiz zur Stärkung zu bieten. Förderprogramme und Finanzierungsrichtlinien sollten weiter die Kraft zur Innovation stärken, indem sie es z. B. durch Fonds ermöglichen, mit neuen experimentellen Praktiken Erfahrungen zu sammeln. Dabei sollten die neuen Steuerungsmodelle aus den letzten Jahren so weiter entwickelt werden, dass sie nicht länger zur Bürgerbeteiligung konkurrierende, sondern vielmehr als dazu komplementäre Elemente fungieren können. So kann die Beteiligung der Adressatinnen und Adressaten, der Nutzerinnen und Nutzer, der Bürgerinnen und Bürger nicht nur als Recht, sondern als Verpflichtung der sozialen Angebote formuliert werden.

Den Reform-/Modernisierungsprozess durch „Win - Win - Lösungen“ sichern.

Der 11. Kinder- und Jugendbericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland hat in beeindruckender Weise die Bedingungen des Aufwachsens in dieser Gesellschaft beschrieben und verlangt ein verändertes Ineinandergreifen von privater und öffentlicher Verantwortung. Er begründet seine Forderung nach einem neuen Verständnis von öffentlicher Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen wie folgt:

„Staat und Gesellschaft müssen Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen so gestalten, dass die Eltern und die jungen Menschen für sich selbst und füreinander Verantwortung tragen können. Im Hinblick auf die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen verlangt die Modernisierung des Sozialstaats einen Perspektivenwechsel von den Bemühungen um die Reform der Sozialversicherungssysteme hin zu einer politischen Gestaltung und Sicherung der sozialen Infrastruktur für Kinder und Jugendliche, ohne die Aufgabe der direkten Personen und einzelfallbezogenen Arbeit zu vernachlässigen.“

Der Bericht endet mit den Empfehlungen, die für den hier dargelegten Zusammenhang von besonderer fachlicher Bedeutung ist.

Unter den Überschriften „Teilhabe und Zugang“, „Anerkennung des Anderen“, „Neuer Generationenvertrag“, „Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie“, „Ganztagsangebote der Bildung und Betreuung für alle Kinder“, „Die Ausgaben folgen den Aufgaben“, „KJHG: Umsetzungsdefizite abbauen und Weiterentwicklung vorantreiben“, „Fachlich regulierter Wettbewerb“, „Leistungen bürgerfreundlich gestalten“, „Fachlichkeit und Fachkräfteangebot“ stellt die Kommission ihre Empfehlungen in den Zusammenhang einer Jugendpolitik, die sich als Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche versteht. Sie leitet aus den Ergebnissen, insbesondere aber auch aus den Empfehlungen einen Reform- und Modernisierungsanspruch ab, der auf die Traditionen und die Stellung der frei-gemeinnützigen Träger, die Stellung des kommunalen Jugendamtes und der Jugendhilfeausschüsse Bezug nimmt.

Die achte Empfehlung „Fachlich regulierter Wettbewerb“ trifft ein Kernproblem: „Die Aufgaben des Jugendamtes sollten auf Planung, Entscheidung, Evaluation und Controlling konzentriert werden. Das Jugendamt hat im Kontext seiner Gesamtverantwortung für die Kinder- und Jugendhilfe die Rahmenbedingungen für den „fachlich regulierten Qualitätswettbewerb“ der freien Träger zu gewährleisten und durch geeignete Steuerungsinstrumente sowie subsidiär durch eigene Leistungen die Standards der Leistungserbringung zu sichern.“

Die frei-gemeinnützigen Träger sind soziale Träger von öffentlich verantworteter Dienstleistung und einer Mehrzahl von Zielsetzungen verpflichtet. Ihr übergreifendes Merkmal ist ihr ausgewiesener Gemeinwohlbezug.

Die Forderung nach einer modernen Leistungsorganisation, die sich am tatsächlichen Bedarf und am Ergebnis orientiert, bedeutet für die Anbieter „frei - gemeinnütziger Träger“, dass sie Marktelemente, wie z. B. Ergebnisorientierung/Produktorientierung, Kosten - Nutzen - Darstellung, Evaluation und Qualitätskontrolle als Leistungsstandards einbringen, das heißt, sie werden zukünftig einen unternehmerischen Organisations- und Handlungsstil entwickeln müssen, der auf ein beträchtliches Maß an personal- und produktbezogener finanzieller Entscheidungsfreiheit angewiesen ist.

Die frei - gemeinnützigen Träger müssen im Rahmen der Beteiligungsverfahren bewusst die Nutzung und die Kultivierung von sozialem Kapital in ihr Handlungskonzept, in ihre Angebote integrieren.

Sie haben ihre Kompetenz zu den regionalspezifischen Teilkulturen und Communities nachzuweisen und die Akteure des lokalen Umfelds, die Adressatinnen und Adressaten in ihre Arbeits- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen (Netzwerkstruktur).

Diese Umsteuerung von der traditionell versäulten oder zielgruppenbezogenen Angebotsstruktur der frei-gemeinnützigen Trägerschaft in eine neue Form von öffentlich verantworteter Dienstleistung ist nur möglich, wenn parallel zu den neuen Politik- und Steuerungsinstrumenten faire Regeln für die Umverteilungsprozesse (Vorteile und Lasten), die jede Modernisierungs- oder Reformmaßnahme begleiten, entwickelt werden.

Es geht um die Entwicklung sog. „Win - Win - Lösungen“, die sich in den Förderprogrammen und Finanzierungsrichtlinien niederschlagen müssen. „Win - Win“ deshalb, weil der Nutzen für die Beteiligten Akteure (öffentliche Hand, Adressatinnen und Adressaten, Träger sozialer Dienstleistungsangebote) benannt und miteinander abgewogen werden müssen. Die Anpassung beziehungsweise Reform oder Modernisierung der eigenen verbandlichen oder Trägerstrukturen muss deshalb begleitet werden durch mehr Budgetautonomie, die Bereitstellung von Experimentierfonds, die Anerkennung der tatsächlichen Kosten für Dienstleistung (Verwaltung, Qualitätsmanagement, Personalentwicklung), die Bereitschaft, diese Kosten als förder- bzw. finanzierungsfähig anzuerkennen und nicht zuletzt die politische Klarheit, dass Einsparungen durch die neuen Dienstleistungsformen in den sozialen Zweck reinvestiert werden dürfen und nicht automatisch, als „Bestrafung für die Zukunft“, eingespart werden.

(aus Brocke, Soziale Arbeit als Koproduktion, www.stiftung-spi.de, E & C Journal Nr. 7, www.eundc.de)

Für Toleranz und Demokratie

Demokratie als Gemeinschaftsaufgabe

Rechtsextremismus, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind ein gesellschaftliches und kein jugendspezifisches Problem. Die Verdoppelung der Zahl von gewaltbereiten Rechtsextremen in den letzten fünf Jahren auf über 9.000 ist auch für die Kinder- und Jugendhilfe ein Alarmsignal: Es bedarf der Anstrengung aller, Kindern und Jugendlichen sowie deren Eltern Hilfe und Unterstützung zu geben, den Anwerbeversuchen der rechtsextremen Vereinfacher zu widerstehen und die Grundlage für die zivile und demokratische Persönlichkeitsentwicklung zu schaffen. Diese Anstrengung ist nicht in den einzelnen Hilfesystemen zu realisieren, sondern nur durch die Mobilisierung des demokratischen Gemeinwesens (wie in den lokalen Aktionsplänen intendiert) zu erreichen.

Die Zivilgesellschaft verteidigen

Wir vertreten ein offensives, kämpferisches Konzept gegen die Feinde von Debatte und Kompromiss, gegen dumme, intolerante Egozentrik missionarisch bewegter Kulturträger, gegen alle Heils- und Gottesgewissheit, die „Ungläubige“ verteufelt und verfolgt. Sie dürfen nicht toleriert werden: nicht in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, nicht in den Schulen, nicht in den Betrieben, nicht in der Öffentlichkeit.

Den Opfern helfen, die Täter bestrafen

Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gilt den Opfern rechter Gewalt. Den Opfern müssen Schutz und Beistand sowie materielle und seelische Hilfen angeboten werden. Wir befürworten, dass die Täter rechtsstaatlich verfolgt und abgeurteilt werden. Wir verlangen von ihnen, dass sie sich zu ihrer Tat und ihrer Schuld bekennen und die Verantwortung für die Folgen ihrer Tat tragen. Nur so ist eine auf Toleranz bauende Gesellschaft möglich. Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Kinder- und Jugendhilfe liegt beim Opferschutz und in der Prävention.

Die besondere Bedeutung des Wohnorts beachten

Wir wissen, dass das soziale Klima von Intoleranz und Gewaltbereitschaft, insbesondere auch in benachteiligten sozialen Milieus, gedeiht. In unseren Städten und Gemeinden haben sich Orte, Quartiere herausgebildet, in denen sich Armut, Marginalisierung und Ausgrenzung konzentrieren. Mit den lokalen Aktionsplänen für Toleranz und Demokratie haben wir dem Bedeutungszuwachs des Nahraums für die Kinder- und Jugendhilfe Rechnung getragen.

Soziale Ausgrenzung in benachteiligten Quartieren bekämpfen

Der Prozess der räumlichen Segregation versinnbildlicht die gesellschaftliche Desintegration. Die sozialen Konflikte einer Gesellschaft, die in erfolgreiche Mitglieder und chancenlose Absteiger differenziert, gefährdet den sozialen Zusammenhalt der städtischen und dörflichen Gemeinschaft. Auch die in der Pisa-Studie beschriebene Bildungskatastrophe hat ihre Orte, es sind die städtischen Quartiere mit ihren sozialen Brennpunkten und die verödeten Standorte im ländlichen Raum. Wo die Einzelnen sich mit der Forderung, dass auf sie Rücksicht genommen wird, dauerhaft nicht beachtet sehen, verliert für diese die Gesellschaft ihre Fähigkeit zur Politik und die staatlichen und kommunalen Institutionen ihre Akzeptanz und Legitimation.

Sich den neuen Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels stellen

Unsere Gesellschaft ist seit Jahren einem beschleunigten Wandel ausgesetzt. Es gibt tiefgehende gesellschaftliche und politische Umbrüche zu verzeichnen. Die Globalisierung der Finanzmärkte, die Veränderungen der Arbeitsgesellschaft, die Gerechtigkeit zwischen den Generationen, die Neugestaltung des Geschlechterverhältnisses, die demographische Entwicklung, die Bezahlbarkeit der Sicherungssysteme haben als zentrale Aspekte dieses Umbruchs die Familien und damit auch die Kinder und Jugendlichen erreicht. Es gibt keine Gewissheit über die zukünftige Lebensführung, es gibt, anders als früher, weniger verlässliche biographische Planungen und Verläufe, die Zukunft ist tendenziell unkalkulierbarer geworden.

Erwerb von Zukunftskompetenzen fördern

Unsere Gesellschaft hängt entscheidend vom Bestand der demokratischen Kultur, der Tragfähigkeit des sozialen Zusammenhalts und der gesellschaftlichen Solidarität, sowie der Akzeptanz der zentralen Werte und Regeln der Zivilgesellschaft ab. Sie verlangt von der älteren wie auch von der heranwachsenden Generation ein hohes Maß an dem Erwerb von Zukunftskompetenzen zur Gestaltung von individueller Lebensführung und Fähigkeiten im sozialen Zusammenleben. Sie setzt den chancengerechten Zugang zu Bildung und Gesundheit als Voraussetzung zur sozialen Integration voraus.

Eigenverantwortung und soziales Engagement fördern

Menschenwürde, Menschenrechte, die freie Entfaltung der Persönlichkeit verlangen im freiheitlichen Miteinander selbstbewusste Verantwortung für sich und die anderen zu übernehmen, sie kann nicht auf andere abgewälzt oder allein auf staatliche Unterstützungssysteme übertragen werden. Diese elementare Form der gesellschaftlichen Teilhabe ist der Kern jeglicher sozialer Integration. Es ist deshalb die gemeinschaftliche Aufgabe der Eltern, der Kinder- und Jugendhilfe, der Schule und der Arbeitswelt, Teilhabe durch Mitwirkungs- und Selbstbestimmungsrechte zu sichern. Kinder und Jugendliche lernen Selbstverantwortung und soziales Engagement durch das Vorbild der Erwachsenen, aber insbesondere auch durch lebensweltbezogene Beteiligungs- und Partizipationsmöglichkeiten. Die Bereitschaft zur Selbsthilfe, zu freiwilligem Engagement und die Übernahme von Ehrenämtern ist der Schlüssel zu einem solidarischen Gemeinwesen und zu funktionierenden Nachbarschaften.

Durch maßgeschneiderte Angebote Chancengerechtigkeit schaffen

Die demokratische Gesellschaft ist ein plurales Konzept, nach dem Menschen unterschiedlicher Weltanschauung und unterschiedlicher individueller Voraussetzungen in Frieden zusammenleben und das Recht auf Anderssein und Andersdenken besitzen, sich gleichzeitig aber auf gemeinsame Regeln, insbesondere die der gegenseitigen Toleranz und des gegenseitigen Respekts verpflichten. Die Konfliktlösung wird in die politische Debatte verlagert. Die Gleichheit vor dem Gesetz und die gleiche Ausstattung mit politischen Rechten unterstellt nicht die Gleichheit der Menschen, sondern ignoriert ihre Ungleichheit. Sie leugnet nicht, dass es Unterschiede des

Geschlechts, der Herkunft, der Hautfarbe, der Religion und der Begabung gibt, sondern sie schafft trotz der Ungleichheit Chancengerechtigkeit. Wir brauchen deshalb auch in der Kinder- und Jugendhilfe keine Einheitsangebote, sondern maßgeschneiderte Modelle der Hilfe, der Mitwirkung und der Beratung.

Erste Ergebnisse:

Lokale Aktionspläne sind ein erfolgreiches kommunales Jugendhilfeinstrument

Mit den lokalen Aktionsplänen haben die Jugendämter ein kommunales Handlungsinstrument geschaffen, vor Ort Bündnisse geschmiedet und ein öffentliches Zeichen gesetzt. So sind z.B. Gemeinschaftsprojekte entwickelt worden, die

- Kooperationen der Kinder- und Jugendhilfe in den Bereichen der Ganztagsförderung und der Konfliktschlichtung entwickeln,
- sich auf die Entwicklung und Einübung von Eigeninitiative und Selbstverantwortung konzentrieren,
- lokale Bündnisse schließen lassen, in denen alle sozialen Akteure gestärkt und gefördert werden,
- mit der Nachbarschaft dieser Gebiete gemeinsame Standards für ein Mindestmaß an sozialer Kontrolle und Verantwortung entwickeln und
- Bürgerbeteiligungsverfahren einrichten, damit unterschiedliche Wohn- und Lebensvorstellungen in einem Quartier und deren Konfliktlösungsmodelle gemeinsam mit den Bewohnern entwickelt und umgesetzt werden können.

Die entwickelten Projekte und Aktionen zeigen ressortübergreifende praktische Beispiele:

- Sie unterstützen die Schulen bei ihrer kognitiven und sozialen Wissensvermittlung.
- Sie beteiligen sich an der Betreuung und Begleitung der Schüler/innen an den Ganztagschulen beziehungsweise der Nachmittagsbetreuung, um engagiert und gemeinsam mit den Schulen Schlüsselqualifikationen einer interkulturellen politischen Bildung und die Techniken der Aggressionskontrolle und der Konfliktschlichtung in die Abläufe von Schule einzubringen.
- Sie unterstützen die Bemühungen der Polizei und der Justiz zur Präsenz vor Ort und zur Kommunikationsbereitschaft im Sinne eines demonstrativ rechtsstaatlichen Verhaltens als Orientierungsmuster im Nahraum.
- Sie entwickeln Modelle zum Schutz der Opfer von Gewalt und Diskriminierung.
- Sie entwickeln Angebote, die ein Zurück in die Gesellschaft ermöglichen, wenn die Jugendlichen straffällig geworden sind. Jeder hat das Recht auf eine zweite Chance.
- Sie entwickeln Strategien und Angebote, um Einwanderer heimisch zu machen und beteiligen sich aktiv an der öffentlichen Debatte um ein Einwanderungsgesetz.
- Sie sind ein pragmatischer Beitrag zum Abbau der sozialen Spannungen zwischen den ethnischen Bevölkerungsgruppen.
- Sie verändern durch ihre gelebten Beispiele sozialer Solidarität das soziale Klima des Zusammenlebens in den Städten und Gemeinden.

Jugendpolitische Konsequenzen

Vom Gesetzgeber der Politik, den Parteien, Verbänden und Vereinen, wird erwartet, dass

- die Arbeit der Jugendämter zur sozialen Integration dauerhaft unterstützt wird. Wir begrüßen, dass für das Jahr 2002 vom Bund weitere Mittel zur Fortsetzung unserer Arbeit bereitgestellt werden;
- sich Parteien, Verbände und Vereine stärker der Beteiligung junger Menschen öffnen und diese aktiv und verantwortungsvoll zur Mitwirkung an ihrer Meinungsfindung und an ihren Entscheidungsprozessen auffordern;

- der Bereich der Bildung stärker mit den Hilfesystemen „Kinder- und Jugendhilfe“, „Soziales“ und „Gesundheit“ verzahnt wird. Familienberatung muss auch Bildungsberatung werden;
- alle Ämter und sozialen Akteure sich insbesondere auf das Erlernen der deutschen Sprache in Wort und Schrift konzentrieren. Hier liegt eine entscheidende Voraussetzung zur sozialen Integration und dem Erwerb von Zukunftskompetenzen;
- das Einbürgerungsrecht entbürokratisiert wird, um die Hürden für die in der 2. und 3. Generation bei uns lebenden Migranten abzubauen;
- wie bereits im Kinder- und Jugendhilferecht vorgeschrieben, die Kooperation der Ämter und Fachbereiche untereinander auch für die Handlungsfelder „Soziales“, „Schule“, „Gesundheit“, „Städtebau“ verbindlicher Standard wird;
- die Kosten der Kinder- und Jugendhilfe wie der Bildung im Sinne des Haushaltsrechts - und bis zu dieser Umsetzung im Bewusstsein der Haushälter - in Bund, Ländern, Städten und Gemeinden als „Investitionskosten“ gesehen und anerkannt werden;
- die Gemeindefinanzierung reformiert wird. Nur mit Spitzenfinanzierungen vom Bund sind die von den Kommunen zu tragenden gewaltigen Integrationsleistungen nicht zu leisten.
(Erklärung von 45 Jugendämtern, Abschlusstagung des BMFSFJ - Programms „Lokale Aktionspläne für Toleranz und Demokratie“, www.eundc.de)

Sanem Kleff

Gewaltprävention: Steigende Erwartungen – sinkende Ressourcen – wie geht es weiter?

Eine Betrachtung in Thesen

Ich wurde gebeten, über Prävention von Gewalt von MigrantInnen und gegen MigrantInnen zu sprechen.

Richtiger wäre vielleicht die Formulierung: Gewalt von und gegen Angehörige der sozialen Unterschicht. Immerhin gehören nach wie vor die meisten Menschen mit Migrationshintergrund den sozial unteren Schichten an.

Diese Phänomene, auf die ich nun zu sprechen komme, liegen quer zu allen Bereichen, die bislang angesprochen wurden: Schule, Jugendarbeit, Sport etc.

MigrantInnen als Opfer von Gewalt

Physische Gewalt gegen MigrantInnen

- Die klassische Form der rassistisch motivierten physischen Gewalt gegen MigrantInnen wird mittlerweile von der Mehrheitsgesellschaft geächtet.
- Dazu beigetragen haben die politischen Entwicklungen der letzten Jahre und nicht zuletzt die deutliche Positionierung der jetzigen Bundesregierung gegen rassistische, antisemitische Gewalt. Ihren symbolischen Höhepunkt fand diese Haltung in dem so genannten Aufstand der Anständigen im Jahr 2000.
- Nun gibt es den lange vermissten Konsens zwischen der politischen Elite und der breiten Mehrheit der Bevölkerung.
- Dem Konsens folgten auch konkrete Taten, wie die Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung von Projekten, die sich für den Ausbau der Zivilgesellschaft einsetzen.
- Das Vorgehen der Justiz gegen rechte Gewalttäter wurde eindeutiger, der Rechtsextremismus wurde als ernstzunehmende Gefahr eingestuft, auch antisemitische Ausfälle, wie im Kontext der Möllemann- und Homann-Affären, wurden sanktioniert.
- Sicherlich bleibt noch vieles einzufordern auf der politischen Ebene, aber die Richtung stimmt.

Strukturelle Gewalt gegen MigrantInnen

- Etwas anders sieht es bei der strukturellen Gewalt gegen MigrantInnen aus. Hier gibt es den ersten Dissens schon bei der Frage „Was ist strukturelle Gewalt?“ Das Spektrum der Definitionen ist breit, so dass es auch keinen gesellschaftlichen Konsens hierzu gibt. Das Phänomen ist weniger konkret zu fassen als die physische Gewalt. Wo endet die Diskriminierung und wo beginnt die strukturelle Gewalt?
- Erschwerend kommt hinzu, dass es hierbei auch immer um die bisherigen Privilegien der Mehrheitsgesellschaft geht und dadurch die Bereitschaft, sich mit diesen Fragen zu befassen, einschränkt ist.
- Nach wie vor wird Menschen mit Migrationshintergrund der soziale Aufstieg erheblich erschwert.

- Mangelnde schulische und berufliche Qualifikationen sind der Hauptgrund. Unzureichende Deutschsprachkenntnisse liegen diesen oft zugrunde.
- Das Interesse der Mehrheitsgesellschaft, dies zu verändern, ist nicht ausreichend. Es wird zwar hier und da und insbesondere im Bereich der schulischen Qualifikation etwas gemacht, dies reicht aber offenkundig noch nicht aus, um die Situation grundlegend zu verändern.
- Im Kern geht es darum, dass hier mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssten und dies in Zeiten leerer Kassen in Bund und Ländern kaum umsetzbar erscheint. Die Folgekosten der ausbleibenden Investitionen in diesem Bereich sind zwar immens und durchaus allen Beteiligten bekannt, werden in der kurzatmigen Finanzpolitik aber nicht beachtet.

Menschen mit Migrationshintergrund als Täter

- Bei diesem Thema haben wir sofort das Bild des männlichen, meist muslimischen Jugendlichen mit Goldkettchen um den Hals vor Augen, der ohne Abschluss die Hauptschule verlassen hat und nun in einem Milieu zwischen Discos, Türsteherszene und Drogenmafia wandelt.
Diesen Prototypen gibt es sicherlich, aber eben auch nicht häufiger als den Prototypen des deutschstämmigen, Jogginghosen tragenden Schäferhundbesitzers mit Bierdose in der Hand.
- Täter mit Migrationshintergrund treten häufiger im Zusammenhang mit körperlichen Gewaltdelikten auf. Die Ursachen hierfür sind vielschichtig:
 - Die für das Leben in der Aufnahmegesellschaft wenig geeigneten traditionellen Familienstrukturen und tradierten Geschlechterrollen spielen dabei eine ebenso wichtige Rolle wie Fragen der innerfamiliären Gewalt.
 - Der repressive Umgang mit Sexualität und die expressive Präsenz von Gewalt im Alltag, beides übrigens Tabuthemen, spielen ebenfalls eine große Rolle.
 - Hinzukommen Gewaltdelikte, die zumindest ansatzweise einen ideologischen Hintergrund haben. Dies ist am deutlichsten bei Tätern aus dem islamistischen Milieu zu beobachten, die durch antisemitische Handlungen auffallen.
 - Den jüngeren, in Deutschland geborenen Kindern, fehlen positive Identifikationsfiguren, insbesondere männliche Vorbilder, an denen sie sich orientieren könnten.
- Bei der Gruppe der MigrantInnen mit Aussiedlerstatus finden gewalttätige Auseinandersetzungen wesentlich stärker innerhalb der Eigengruppe statt. Sie sind noch nicht lange genug etabliert in der Aufnahmegesellschaft. Es ist aber zu erwarten, dass sich dies mit der fortschreitenden Dauer ihres Aufenthaltes in Deutschland verändern wird.

Steigende Erwartungen – sinkende Ressourcen – Mögliche Lösungsansätze

Hier sind neue Konzepte der Gewaltprävention gefragt. Ein bloßes Mehr an bisherigen Maßnahmen bürgt nicht für effektivere Gewaltprävention.

Neue Strategien müssen gemeinsam mit MigrantInnen entwickelt werden.

- Können die steigenden Erwartungen durch konsequentere Qualitätsentwicklung und verstärkte Kooperation unter den an der Präventionsarbeit Beteiligten erfüllt werden?
Ich meine nicht.
- Zwar kann jedes Verfahren durch diese beiden Instrumente verbessert werden, aber wenn das Verfahren vom Grundansatz in die falsche Richtung führt, ist es wenig sinnvoll, es effektiver zu machen. Sinnvoller ist es, die Richtung radikal zu verändern. Dies setzt kom-

- plexe Diskussionsprozesse voraus, in denen die bisherige und mögliche neue Richtung auszuloten ist.
- Zum Beispiel sind die Konsequenzen der interkulturellen Öffnung der Verwaltungen konkreter zu formulieren. Intercultural mainstreaming ist hier das Stichwort. Weiterhin nach diversen Legitimationen für die ausbleibenden Investitionen zu suchen, ist hingegen nicht hilfreich.
 - Danach stellt sich die Frage, welche Maßnahmen von wem ergriffen werden müssten. Immerhin sind alle Entscheidungsträger in ihrem Arbeitsbereich dazu aufgerufen, das Thema Prävention im Blickfeld zu haben.
 - Dies sollte aber nicht auf der Basis einzelner, voneinander losgelöster Entscheidungen geschehen. Vielmehr ist ein Gesamtkonzept zu erstellen, in dessen Rahmen die einzelnen Arbeitsfelder bestimmt werden können. Es bedarf einer Konzeption, durch die institutionelle und strukturelle Gewalt gegen MigrantInnen abgebaut werden kann.
 - Bei alledem sollte die demographische Entwicklung in Berlin und in Deutschland nicht außer Acht gelassen werden. Erst Wissen um die zu erwartende Bevölkerungsstruktur und dem steigenden Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund öffnet den Blick für die Notwendigkeit des rechtzeitigen Handelns.
- Wie auch immer die noch zu erarbeitenden Konzepte aussehen mögen und wie weit es auch gelingen möge, zivilgesellschaftliche Initiativen zu fördern und somit ehrenamtliche Mitwirkende in die Arbeit einzubeziehen, wird die Gesellschaft nicht darum herumkommen, ausreichende finanzielle Ressourcen zur Gewaltprävention bereitzustellen.

Andrea Kuner

Gewaltprävention: Steigende Erwartungen – sinkende Ressourcen – Wie geht es weiter?

Im Bereich der Jugendhilfe, insbesondere den erzieherischen Hilfen gemäß § 27 SGB VIII ff. ist die Situation derzeit durch extreme finanzielle Einschnitte bestimmt. Nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche müssen sich mit mehr oder weniger reduzierten finanziellen Mitteln auseinandersetzen, für die Jugendhilfe stellt sich diese Anforderung in besonderer Schärfe:

Seit Inkrafttreten des KJHG 1991 bis heute ist ein dramatischer Anstieg der Kosten, vor allem in den erzieherischen Hilfen, zu verzeichnen. Diese werden zur Unterstützung elterlicher Erziehungsverantwortung geleistet. Der öffentliche Träger, das Jugendamt, ist verpflichtet ist, Hilfe zur Erziehung zu gewähren, wenn

„eine dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet, und die Hilfe geeignet und notwendig ist.“⁽¹⁾

Eltern haben gewissermaßen einen individuellen Rechtsanspruch auf eine entsprechende Hilfe. In der Folge mussten in den vergangenen Jahren die finanziellen Mittel entsprechend des nachgefragten bzw. festgestellten Bedarfs zur Verfügung gestellt werden, was in vielen Kommunen zu einer regelrechten Kostenexplosion führte.

Dem bereits zu Beginn der 90iger Jahre zu verzeichnenden Kostenanstieg wurde versucht mit zahlreichen Steuerungsversuchen zu begegnen: Vor allem durch eine stärker bedarfsorientierte Differenzierung des Angebots, eine offensive Qualifizierung der in den erzieherischen Hilfen tätigen Fachkräfte, die Erarbeitung von Leistungs- und Entgeltvereinbarungen sowie durch die Entwicklung von Qualitätsstandards und Qualitätsvereinbarungen.

Trotzdem ist es nicht gelungen, die Kosten zu stabilisieren, geschweige denn, diese zu senken. Erstaunlicherweise sind nicht nur die Fallkosten – d.h. die Kosten für die einzelne Hilfe gestiegen, sondern die Zahl der Hilfen und damit der Fälle insgesamt hat ebenfalls erheblich zugenommen.

In Berlin sind allein die Kosten für ambulante erzieherische Hilfen, für die Beratung und Unterstützung von Familien, Kindern und Jugendlichen, in den Jahren von 1995 bis 2000 um 70 % angestiegen, und das, obwohl die Zahl der Kinder und Jugendlichen in der Stadt bereits in diesem Zeitraum tendenziell rückläufig war.

Es gibt nach wie vor keine schlüssige Erklärung für diese Entwicklung im Bereich der Jugendhilfe in den letzten 10 Jahren. Deutlich wird jedoch an diesen Zahlen, dass die Probleme derzeit nicht nur die sinkenden finanziellen Ressourcen sind, sondern darüber hinaus ganz offensichtlich strukturelle Veränderungen unumgänglich sind, wenn die Jugendhilfe ihrem originären Auftrag zukünftig gerecht werden will.

Die Frage nach den Grenzen und Möglichkeiten der Jugendhilfe bzw. den erzieherischen Hilfen im aktuellen gesellschaftlichen Kontext ist in den vergangenen Jahren immer wieder angerissen worden, einen breiten öffentlichen Diskurs darüber hat es jedoch nicht gegeben. Aufgrund der derzeitigen finanziellen Situation ist es m.E. dringend geboten, diese Diskussion wieder aufzunehmen und weiterzuführen.

Konkret geht es darum, sich mit der Frage zu beschäftigen, welche aktuellen dringenden Probleme und Bedarfe es gibt, was die Hilfen zur Erziehung leisten und leisten können, was die Jugendhilfe insgesamt leisten soll und kann, welche Themen im Mittelpunkt stehen.

Es gilt, inhaltliche, politische, fachpolitische Ziele zu bestimmen und Prioritäten zu setzen, denn andernfalls besteht die Gefahr, dass kurz oder lang die Finanzverwaltung über Verordnungen und/oder Arbeitsanweisungen letztendlich darüber bestimmt, wem, wann, welche Hilfe und Unterstützung zukommt.

Schon jetzt lässt sich in der Praxis beobachten, dass die eigentliche Zielgruppe, nämlich die Eltern, die dringend Unterstützung bräuchten, um „eine dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen entsprechende Erziehung“ zu gewährleisten, entsprechende Hilfen nicht nachfragen, weil sie nicht die Kraft und Ausdauer mitbringen, die notwendig wäre, um ihre Ansprüche bzw. Rechte gegen eine restriktive Gewährung von Hilfen durch die Jugendämter durchzusetzen. Ob es gelingt, „umzusteuern statt kaputt zu sparen,“(2) wird in erster Linie von der politischen und fachpolitischen Steuerung des aktuellen Umstrukturierungs- und Einsparprozesses abhängen.

Im Zusammenhang mit der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der Jugendhilfe stellt sich auch die Frage, welche Bedeutung und welchen Stellenwert die Erzieherischen Hilfen im Kontext von Gewaltprävention haben.

In der täglichen Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien stellt Gewalt häufig ein zentrales Thema dar. Die Bearbeitung von Problemen im Bereich häusliche Gewalt, Missbrauch, Gewalt in der Erziehung, aber auch Misshandlung, Verwahrlosung und Vernachlässigung steht in einem ganz erheblichen Umfang im Mittelpunkt der Arbeit. Darüber hinaus sind soziales Verhalten, soziale Kompetenz oder umgekehrt, Auffälligkeiten im Sozialverhalten in nahezu allen Hilfen in irgendeiner Form zentrales Thema.

Nicht zuletzt auch aufgrund ihrer allgemein Aufgabenstellung ist die Jugendhilfe für die Gewaltprävention von Bedeutung. Im 11. Jugendbericht wird das Ziel und die Aufgabe der Jugendhilfe folgendermaßen beschrieben:

„Die Kinder und Jugendhilfe trägt – zusammen mit anderen Institutionen - die öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen.“(3)

Gemeinsam mit der Jugendhilfe tragen in erster Linie Eltern und Schulen Verantwortung für eine gelingende Sozialisation der Kinder und Jugendlichen. Derzeit gibt es allerdings eine verstärkt zu beobachtende Tendenz, zwischen Eltern und Schule die Verantwortung hin- und herschieben. Weder kann es Aufgabe der Schule sein, den Kindern die Grundlagen des Sozialverhaltens beizubringen, noch kann es sein, dass Eltern zusehends als Hilfslehrer fungieren müssen, wenn sie den schulischen Erfolg ihrer Kinder sicher stellen wollen. Die Klärung der jeweiligen Rollen und Verantwortlichkeiten, insbesondere von Elternhaus und Schule, ist jedoch eine wesentliche Voraussetzung für eine konstruktive und erfolgreiche Zusammenarbeit.

Darüber hinaus beinhaltet der Begriff „öffentliche Verantwortung“, „dass alle jungen Menschen und ihrer Familien eine soziale Infrastruktur vorfinden, die ihren Bedürfnissen und Interessen sowie ihrem spezifischen Unterstützungs- und Förderungsbedarf entspricht.“(4)

Damit wird sehr deutlich formuliert, dass neben der individuellen Intervention und Hilfe die Gestaltung der Struktur des sozialen Nahraums zu den Aufgaben der Jugendhilfe gehört.

Derzeit wird dieses Thema unter den verschiedensten Etiketten diskutiert: Sozialraumorientierung, sozialräumliche Umgestaltung, Regionalisierung, Gemeinwesenorientierung oder auch Gestaltung des sozialen Nahraums sind die Schlagwörter, unter denen in den bundesdeutschen Kommunen unterschiedlichste Umstrukturierungskonzepte erarbeitet und erprobt werden. Gemeinsam ist allen diesen Ansätzen die Erkenntnis, dass, neben den individuellen interventionistisch geprägten Hilfen, die präventiven Angebote gestärkt und weiterentwickelt werden müssen.

Diese Umstrukturierungsprozesse erfordern von allen für die Gestaltung der sozialen Infrastruktur verantwortlichen Einrichtungen und Personen die Auseinandersetzung mit neuen Haltungen, Sicht- und Arbeitsweisen. Konkret bedeutet dies:

- für die Fachkräfte im Bereich der Kinder und Jugendhilfe, nicht länger nur die Frage zu stellen, ob die Dinge, die getan werden, richtig getan werden, sondern sich darüber hinaus mit

der Frage zu beschäftigen, ob denn überhaupt die richtigen Dinge getan werden, ob die Hilfen in der Form, wie sie seit vielen Jahren angeboten und durchgeführt werden, dem derzeitigen Bedarf und den aktuellen Problemen entsprechen. Es bedeutet sicherlich auch, sich von der tradierten problemorientierten Sicht zu verabschieden und den Blick verstärkt auf ressourcen-, lösungs- und zielorientierte Konzepte zu fokussieren. Es geht darum, die im sozialen Nahraum vorhandenen Ressourcen zu erkunden, zu nutzen und mit zu entwickeln: D.h. loslassen, abgeben, vertrauen, aktivieren und kooperieren.

- für das Jugendamt und – die Mitarbeiter/innen des Allgemeinen Sozialpädagogischen Dienstes, nicht mehr in erster Linie die interventionistische Fallbearbeitung im Vordergrund ihrer Arbeit zu sehen, sondern vielmehr ein Selbstverständnis als Expert/innen und Organisator/innen des sozialen Nahraums zu entwickeln. Ihre zentralen Aufgaben werden in Zukunft darin bestehen, den sozialen Raum zu erkunden, Kontakte zu knüpfen, Netzwerke aufzubauen und die verschiedenen Aufgabenfelder und Angebote der Jugendhilfe, Jugendförderung, Jugendsozialarbeit und außerschulischen Betreuung von Kindern und Jugendlichen zusammenzuführen.(5)
- für die Kooperation der für Kinder, Jugendlichen und Familien zentralen Institutionen insbesondere für Jugendhilfe und Schule, das Verständnis von Kooperation neu zu bestimmen. Bislang zeichnet sich diese Kooperation im besten Falle durch ein konstruktives Nebeneinander aus: Meist immer noch nach dem Motto. Wo die Schule nicht mehr kann, muss im Einzelfall die Jugendhilfe ran. Für Schule und Jugendhilfe wird es darum gehen, Bildung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen als gemeinsamen Gestaltungsauftrag zu begreifen, gemeinsame Ziele zu erarbeiten, die es gilt, in gemeinsamer und gleichberechtigter Verantwortung zu erreichen.

Letztendlich wird die Frage, inwieweit die Jugendhilfe die von ihr geforderten präventiven Aufgaben erfolgreich gestalten kann, wesentlich davon abhängen, inwieweit es gelingt, ein neues Verständnis der Kooperation im Sinne der Koproduktion nicht nur theoretisch zu entwickeln, sondern auch in der Praxis zu realisieren. Bedarfsgerechte, flexible und präventive Angebote setzen voraus, dass alle für die Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen Verantwortlichen nicht länger nur ihre spezielle Rolle einnehmen, sondern vielmehr mit den am Erziehungs- und Bildungsprozess Beteiligten gemeinsame Ziele entwickeln und diese auch gemeinsam umsetzen.

Anmerkungen

(1)§ 27,1 SGB VIII

(2)Abgeordnetenhaus Berlin Drucksache 15/1685 aus 2002 S.1

(3)11.Kinder- und Jugendbericht, Kurzfassung S.1 2002

(4)11.Kinder- und Jugendbericht, Kurzfassung S.4 2002

(5)Vgl.: Strukturveränderung in der Berlinerjugendhilfe vom 5.3.2002

Michael Kohlstruck

„Hate Crimes“ - Anmerkungen zu einer aktuellen Diskussion

Diskriminierung und Gewalt gegen gesellschaftliche Minderheiten sind leider nichts Neues. Es sind keine geschichtlichen Phasen bekannt, in denen Außenseiter von den etablierten Gruppen nicht in irgendeiner Weise stigmatisiert, diskriminiert oder gewalttätig angegriffen worden wären.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, warum für solche gruppenbezogenen Angriffe vor gut 20 Jahren der Terminus Hate Crimes geprägt wurde. Der Begriff wurde in den USA in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts eingeführt, da er als Skandalbegriff gut geeignet war, um die Diskriminierung und Gewalttätigkeiten gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen (v.a. Juden, Farbige, Homosexuelle) öffentlich anzuklagen (1). Das Wort Hassverbrechen besagt einmal, dass es diese gesellschaftliche Gruppen als eigene kulturelle Gemeinschaften gibt und es impliziert andererseits den Vorwurf, daß aus der Mehrheitsgesellschaft Täter kommen, die aufgrund ihrer prinzipiellen Ablehnung, ja Feindschaft gegenüber diesen Gruppen willkürlich einzelne Personen zu Opfern machen und damit die ganze Minderheit meinen.

Der neue Begriff Hate Crime hat rasch Karriere gemacht - nicht weil die damit bezeichneten Phänomene neu gewesen wären, sondern weil er in doppelter Hinsicht ein taugliches politisches Instrument darstellt: Ähnlich wie einzelne Einwandererethnien waren auch andere gesellschaftliche Gruppen selbstbewusster geworden. Sie wollten sich nicht länger „wegducken“ und verstecken, sondern ihre - wie immer im einzelnen auch definierten - Besonderheiten öffentlich anerkannt wissen. Ihre Identität als eigene Gruppe sollte auch von denen anerkannt werden, die im Namen einer homogenen gesellschaftlichen Normalität sprachen und behaupteten, die Mehrheit zu repräsentieren (2).

Dieses politische Interesse an einer stärkeren öffentlichen Anerkennung von Gruppenkulturen und einer pluralen Gesellschaft verband sich mit dem publizistischen Kampf gegen Diskriminierung und strafbare Attacken auf einzelne Angehörige von Minderheiten. Natürlich erfüllen Beleidigungen und physische Angriffe auf Personen in jedem Rechtsstaat Straftatbestände und können angezeigt werden. Mit der Kategorisierung einer Attacke als Hate Crime und der öffentlichen Aufmerksamkeit auf Gruppenfeindschaften wird nun auch weniger die Tat selbst als vielmehr eine bestimmte Motivation hervorgehoben: Als Hate Crime gelten diejenigen Angriffe, die auf Angehörige - meist äußerlich erkennbar - anderer Gruppen erfolgen und die aus offensiver Ignoranz, aus Ablehnung, aus Feindschaft - kurz: aus „Hass“ auf diese Gruppe begangen werden. Als Hate Crimes werden Straftaten also dann klassifiziert, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: Die Opfer gehören zu bestimmten gesellschaftlichen Gruppen und die Taten werden aus gruppenfeindlichen Motiven begangen.

Mit der Einführung der Bezeichnung Hate Crimes und der Etablierung eines entsprechenden Problemfokus verbinden sich unterschiedliche Forderungen: Manche sehen in der Gruppenfeindschaft ein besonders verwerfliches Motiv einer konventionellen Straftat. Andere sind der Auffassung, es handele sich nicht lediglich um die Frage, wie eine herkömmliche Straftat motiviert sei, sondern Hate Crimes seien als solche ein eigener Kriminalitätstyp (3). Beide Positionen sind sich in ihrer Forderung einig, daß Hate Crimes härter bestraft werden sollten als Delikte ohne Gruppenbezug.

In den USA konnte Hate Crimes erfolgreich skandalisiert werden: 1990 wurde ein Bundesgesetz verabschiedet, das das FBI verpflichtet, Hate Crimes statistisch zu erfassen. Die Dokumentation lief zunächst schleppend an, kam dann aber doch in Gang: 1991 nahmen an der Erhebung

nur 2.271 von 12.805 Polizeibehörden teil, 1998 waren es bereits weit über 10.000 (4). Bis 1999 hatten 41 der 50 Bundesstaaten Strafgesetze zu Hate Crimes verabschiedet (5).

Seit einigen Jahren wird auch in Deutschland in einer breiteren Öffentlichkeit über Hate Crimes diskutiert (6). Dabei dominiert ein positives Vorurteil gegenüber diesem Konzept bzw. den damit verbundenen praktischen Forderungen. An der derzeit geführten Debatte über Hate Crimes möchte ich im Folgenden vier Aspekte näher betrachten und dabei auch auf bislang zu wenig beachtete Probleme eingehen.

Unproblematisch ist die kriminalsoziologische Implikation der Kategorie Hate Crimes. Dies gilt insbesondere für fremdenfeindliche Straftaten: Ein Großteil der Gewalttaten, zu deren Opfern seit der deutschen Vereinigung Ausländer und andere „Fremde“ werden, gehen auf Gruppen junger Männer zurück, die aus ihrer Feindschaft gegen bestimmte Minderheiten keinen Hehl machen. Oft werden Einzelne auf brutalste Weise attackiert, da die Täter sie als Repräsentanten einer abgelehnten Sozialgruppe betrachten oder als Symbole eines bekämpften politischen Systems (7). Es sind typischerweise keine persönlichen Bekanntschaften und daraus erwachsende Konflikte, die zu den Gewalttätigkeiten führen - in aller Regel basieren die scheußlichsten Verbrechen auf Ressentiments, Vorurteilen und feststehenden Feindschaften. Ohne das spezifische Merkmal der Hasskriminalität, ohne die Gruppenfeindschaft also, würde man die Eigenart dieser Gewalttaten verkennen: Einzelne werden geschlagen, gemeint ist ihre ganze Gruppe. In populär-amerikanisierter Sprache kann man Straftaten, bei deren Zustandekommen Vorurteile eine Rolle spielen, als Hate Crimes bezeichnen. Spezifische Bemühungen um eine Verringerung von Kriminalität richten sich speziell auf diesen Typ von „Bias Crimes“ (8).

Von erheblichem politikwissenschaftlichem Interesse ist der Prozeß der Etablierung von „Hate Crime“ oder den deutschen Bezeichnungen „Hassverbrechen“ bzw. „Hasskriminalität“ als neuen „Fahnenwörtern“: Solche sprachlichen Fahnen werden von den entsprechenden Interessenvertretern immer auch mit der Absicht aufgezogen, ihre eigene Problemdefinition gesellschaftlich durchzusetzen. In den USA, wo dieser Prozess in den späten 1970er Jahren und damit sehr viel früher als in Deutschland begonnen hatte, lässt sich diese Entwicklung einer zunächst symbolischen und dann auch materialen Politik gut verfolgen: Kriminalpolitik wurde zu einem Vehikel der Identitätspolitik selbstbewusster Minderheiten.

Dieser politikwissenschaftliche Aspekt wird bei uns derzeit noch kaum beachtet (9). Häufig wird die Geschichte der Problemsicht, die sich mit dem Terminus Hate Crime verbindet, ausgeblendet. Damit aber wird auch vergessen, daß es Hasskriminalität nicht als solche gibt, wie man dies von Dingen in unserer natürlichen Umwelt sagen kann: Sie existieren auch ohne unsere Bezeichnungen. Dies ist bei gesellschaftlichen Problemen aber anders: Sie müssen einen Namen erhalten und von politischen Aktivisten öffentlich thematisiert werden. Erfolgreich sind sie, wenn sich ihre Perspektive durchsetzt und ihre besondere Problemsicht zur Definition eines generellen gesellschaftlichen Problems führt.

Ein dritter Aspekt betrifft die mit der neuen Kategorie Hate Crime verbundene kriminal- und gesellschaftspolitische Weichenstellung. Für die Einordnung eines Delikts als Hate Crime ist nicht die Tat selbst entscheidend, sondern das Motiv. Erst wenn sich aus den Umständen ergibt, daß die Tat auf Vorurteile gegen bestimmte gesellschaftliche Minoritäten zurückgeht, wird die fragliche Tat als Hate Crime eingeordnet und entsprechend in den Statistiken verbucht. Ein Problem hierbei ist die Schwierigkeit einer klaren Identifikation des Tatmotivs: Motive sind der direkten Beobachtung entzogen, und auch die Aussagen der Täter bieten gerade bei intellektuell und sprachlich wenig Trainierten keine unumstößliche Gewißheit. Die Kriminalisten müssen das Motiv also aus Tathergang und -umständen rekonstruieren. Hinzu kommt das prinzipielle Problem, das generell mit dem handlungs-theoretischen Modell verbunden ist, bei dem von einem oder doch wenigstens von einem Hauptmotiv ausgegangen wird. Wie aber wird kategorisiert, wenn sich mehrere Motive überlagern? Bei fremdenfeindlichen Gewalttaten lässt sich

nicht selten beobachten, dass neben der Ablehnung einer bestimmten Fremdgruppe auch das Motiv der eigenen Selbststeigerung der Täter eine große Rolle spielt (10).

An diesem Problem, das hier nur als eine kriminalistische Frage behandelt wurde, lassen sich auch die gesellschaftspolitischen Vorstellungen verdeutlichen, die die Anti - Hate - Crime - Bewegung vertritt: Die gesellschaftliche Grundeinheit ist nicht die einzelne Person, sondern die Gruppe, der sich der Einzelne selbst zugehörig fühlt bzw. der er von außen zugerechnet wird. Die außerordentliche Bedeutung, die einzelnen Gruppen und ihren Kulturen zugemessen wird, ist vielleicht aufgrund der US-amerikanischen Entwicklung historisch verständlich. Zu den Nachteilen dieser Vorstellung gehört es aber, dass sich der Rang der Gruppenzugehörigkeit im Gesellschaftsverständnis erhöht und damit die Bedeutung der Selbständigkeit der einzelnen Person sinkt. Deutlich wird diese gesellschaftspolitische Implikation der Hate-Crime-Kategorie daran, daß sie die öffentliche Aufmerksamkeit auf einen einzigen Aspekt einer Straftat zu konzentrieren versucht: Zum archimedischen Punkt der Beurteilung eines ganzen Falls wird die Haltung des Täters zu der Gruppe, der das Opfer angehört. Um auf den kriminalistischen Aspekt zurückzukommen: Die Gruppenfokussierung sorgt dafür, dass andere vor und während der Tat auftretende Motive zugunsten des Motivs einer Gruppenfeindschaft ausgeblendet werden. Das häufig komplexe Geschehen wird reduziert und auf den einen Gesichtspunkt der Gruppenfeindschaft hin vereinfacht.

Ein letzter Aspekt betrifft schließlich die Forderung, Hate - Crime - Täter schärfer zu bestrafen als andere. Ein Verbrechen, das aus Gruppenfeindschaft begangen wurde, soll damit ein stärkeres Gewicht haben als die gleiche Tat, bei der Vorurteile keine Rolle spielen. Die Argumente zugunsten dieser Forderung besagen, die Taten seien umfassender angelegt, sie zielten über das einzelne Opfer hinaus auf dessen Gruppe und sie seien überdies auch ein Angriff auf die gesellschaftliche Vielfalt als solche. Überdies seien sie für das Opfer schwerer zu verarbeiten (11).

Das letztgenannte, ein empirisches Argument, lässt sich nicht überprüfen, solange nicht mehrere einschlägige Studien vorliegen, die systematisch mit Vergleichsgruppen arbeiten. Eine höhere Plausibilität kann allerdings die Gegenthese beanspruchen: Gerade wenn sich das einzelne Opfer als Repräsentant einer selbstbewußten Eigengruppe angegriffen fühlt, ist es imstande, die Verantwortung für die Tat vollständig den Tätern und ihren Vorurteilen zuzuschreiben (12).

Das erste, grundsätzliche Argument sollte genauer betrachtet werden. Verhält es sich wirklich so, dass die als Hate Crimes klassifizierten Straftaten in einem höheren Maße die Allgemeinheit betreffen als Taten ohne ein Feindgruppenmotiv? Man kann diese Frage bejahen, wenn man der folgenden Überlegung zustimmt: Hassverbrechen verfolgen einen unmittelbaren und einen mittelbaren Zweck. Sie wollen das einzelne Opfer schädigen und darüberhinaus wollen sie die Botschaft vermitteln, dass bestimmte gesellschaftlichen Gruppen abgelehnt werden. Mit diesem Verständnis würde man Hate Crimes als den „Missionstyp“ von Straftat charakterisieren, wie er etwa aus dem terroristischen Zusammenhang bekannt ist. Bekennerschreiben haben hier bekanntlich die Funktion, die Urheber und die Ziele eines Anschlags bekannt zu machen. Dies ist aus Sicht der Terroristen notwendig, weil aus der Tat selbst, ihrem unmittelbaren Opfer und ihrem Hergang nicht zwingend hervorgeht, was die Tat bedeutet: Für einen Anschlag auf den Wagen eines Vorstandsvorsitzenden könnte auch die Mafia oder die Konkurrenz verantwortlich sein. Wenn man „stumme“ Hate Crimes in gleicher Weise bewertet wie „sprechende“ Straftaten, ist es in der Tat richtig, von einer gesellschaftlichen oder politischen Botschaft zu sprechen.

Es ist allerdings die Frage, ob diese Gleichsetzung wirklich gerechtfertigt ist. Die Bewertung von Hate Crimes als „Botschaftsverbrechen“ hängt letztlich davon ab, ob man als Intention und bewusste Zielsetzung einer Tat unterstellt, was genau besehen nur als deren Effekt gelten kann. Straftaten gegen Minderheitenangehörige können so verstanden werden als wenn sie eine Botschaft vermitteln wollten; soweit sie aber eine derartige Mission nicht explizit formulieren, ist die Annahme einer „Botschaft“ problematisch. Zwar können solche Taten gesellschaftliche Ressentiments und Aversionen verstärken und damit eine allgemeinere Wirkung haben. Für sich

genommen aber enthalten sie nicht mehr Botschaften als andere Straftaten auch. Ein Kaufhausdiebstahl etwa ist zwar geeignet, das Recht auf Eigentum, das Grundprinzip der bürgerlichen Gesellschaft also, in Frage zu stellen. Man wird aber im Regelfall nicht davon ausgehen, dass ein Diebstahl per se einen Angriff auf die Eigentumsordnung als solche darstellt.

Doch auch wenn man Überinterpretationen vermeidet, ist die Ausgangsfrage noch nicht beantwortet: Soll die minderheitenfeindliche Gesinnung mit einer höheren Strafe geahndet werden als die gleiche Tat, die aus anderen Beweggründen begangen wurde? Offensichtlich ist dies eine prinzipielle Frage an das deutsche Strafrecht, die weit über den Komplex der Hate Crimes hinausreicht. Die Bestrafung von Motiven, der Tätergesinnung also, steht quer zu unserem Strafrecht, das im Wesentlichen ein Tatstrafrecht und kein Täterstrafrecht ist. Auch bei der Diskussion um Hate Crimes sollte die Bedeutung dieses Aspekts nicht übergangen werden.

Die öffentliche Diskussion über Hate Crimes in Deutschland würde an Profil gewinnen, wenn die kriminalsoziologische und präventionspolitische Dimension von den strafrechtlichen Aspekten stärker abgetrennt werden würde. Fremdenfeindliche Straftaten kommen sehr häufig aufgrund gruppenbezogener Vorurteile und Feindschaften zustande. Doch sind gruppenbezogene Erklärungen von Straftaten schon hinreichende Begründungen für die Schaffung neuer Straftatbestände oder die Erhöhung von Strafandrohungen? Betrachtet man die Diskussion aus einem größeren Abstand, so wird überdies deutlich, daß die Durchsetzung der Kategorie Hate Crimes in den USA - wie aller geltenden gesellschaftlichen Normen - das Ergebnis von machtpolitischen Kämpfen ist. Vergewenwärtigt man sich die Geschichte dieser Auseinandersetzung, ist man davor geschützt, Hate Crimes für eine objektive Kategorie zu halten, in der sich die Realität eines vermeintlich neuen Typs von Kriminalität lediglich spiegelt. Dies wiederum macht es für die zeitversetzt laufende deutsche Diskussion leichter, sich die kriminal- und gesellschaftspolitischen Implikationen dieses Imports zu vergewenwärtigen und reflektiert dazu Stellung zu beziehen.

Anmerkungen

(1)Für die Entwicklung in den USA stütze ich mich auf den Überblick von Volker Baldus: Hate Crime. Gesetze zur effektiven Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland? (Diss. jur. Universität Frankfurt a.M.), Frankfurt a.M. 2003. Vgl. das Themenheft „Hate Crimes“ der Zeitschrift *American Behavioral Scientist* 46 (2002), Nr. 1, hrsg. von Jeanine C. Cogan und Amy Marcus-Newhall. - Aus der engagierten Innensicht: Kevin Berrill: Die Auseinandersetzung mit der Gewalt gegen Lesben und Schwule in den USA, in: Senatsverwaltung für Jugend und Familie [Berlin] (Hrsg.): *Gewalt gegen Schwule - Gewalt gegen Lesben. Ursachenforschung und Handlungsperspektiven im internationalen Vergleich* (Dokumente lesbisch-schwuler Emanzipation des Referats für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Nr. 6, Redaktion Claus Nachtwey), Berlin 1992, S. 11-29.

(2)Zur Geschichte der Anti - Hate - Crime - Bewegung und dem Prozess der Institutionalisierung von Hate Crimes in den USA: Valerie Jenness/Ryken Grattet: Die amerikanische Bewegung gegen Hate - Crimes. Rechtssoziologische Überlegungen zu Entstehungszusammenhängen und Entwicklungsgeschichte, in: Klaus Boehnke/Daniel Fuß/John Hagan (Hrsg.): *Jugendgewalt und Rechtsextremismus. Soziologische und psychologische Analysen in internationaler Perspektive*. Weinheim, München 2002, S. 49-78.

(3)Diese Position vertritt Hans Joachim Schneider: Verhütung von Hassdelikten in den USA. Ein Erfahrungsbericht, in: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform (MschrKrim)* 86 (2003), H. 5, S. 373-383.

(4)Vgl. Baldus, *Hate Crime* (Anm. 1), S. 14. 1997 wurden gut 8.000, 1998 rd. 7.750, 2000 etwas mehr als 8.000, 2001 gut 9.750 und im Jahr 2002 knapp 7.500 Hate - Crime - Fälle er-

fasst (Marc Berthold: U.S. Hate Crime Legislation. An Overview and Introduction to the Debate about the Hate Crime Prevention Act, Washington, DC 2000; FAZ, 14.11.2003).

(5) Jenness/Grattet, Bewegung gegen Hate-Crimes (Anm. 2), S. 61.

(6) Ein Dokument dieser Diskussion ist der Band: Sozialwerk des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) (Hrsg.): Hass-Verbrechen. Neue Forschung und Positionen zu antihomosexueller Gewalt, Köln 2000.

(7) Vgl. Michael Kohlstruck: Strukturen einer Aggression. Gesellschaftlicher Konsens und kollektive Frustration in den neuen Bundesländern, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Auf dem Weg in den Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland, Frankfurt a.M. 2001, S. 13-40.

(8) Vgl. Dieter Rössner/ Marc Coester: Die Prävention von Hasskriminalität, in: Forum Kriminalprävention 2003, H. 1, S. 15-17.

(9) Eine positive Ausnahme ist Michael Kubink: Fremdenfeindliche Straftaten - ein neuer Versuch der polizeilichen Registrierung und kriminalpolitischen Bewältigung, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform (MschKrim) 85 (2002), H. 5, S. 325-340 und die bereits erwähnte Dissertation von Baldus.

(10) Vgl. Ferdinand Sutterlüty: Gewaltkarrieren. Jugendliche im Kreislauf von Gewalt und Missachtung, Frankfurt a.M. 2002.

(11) Vgl. Hans Joachim Schneider: Haß auf das Fremde. Haßverbrechen: Eine neue kriminologische Deliktskategorie, in: Universitas 50 (1995), H. 12, S. 1167-1181.

(12) Die wenigen empirischen Befunde zeigen, dass Opfer von Hate Crimes weniger an Selbstachtung einbüßten als andere Opfer von Straftaten. Vgl. Baldus, Hate Crimes (Anm. 1), S. 19.

Jens Dobler

Antischwule Gewalt

Um deutlich zu machen, worüber wir reden, sollte unterschieden werden, in einerseits real erlebte psychische und physische Gewalt nach den Kriterien des Strafgesetzbuches und andererseits Diskriminierung und Benachteiligung, sei es durch Personen oder Institutionen oder gesellschaftlicher Art. Es geht in diesem Beitrag ausschließlich um die erste Ebene.

Jeder dritte Schwule wird mindestens einmal in seinem Leben Opfer von Gewalt. Rechtsextreme Täter, Neonazis, Skinheads, spielen dabei eine untergeordnete Rolle. Es kam in den letzten 10, 15 Jahren zwar zu einigen spektakulären Übergriffen durch diese Gruppe, aber in der Masse der Fälle (über 95%) treten sie nicht in Erscheinung.

Die auftretenden Täter haben gesellschaftlich verbreitete antischwule Stereotype verinnerlicht und sind von einem diffusen Schwulenhass geleitet. Wir sprechen sinnvoller Weise von Vorurteilsmotivierter Gewalt oder Hassverbrechen. Ein großer Teil der Täter sind Jugendliche oder junge Männer, die in Gruppen oder einzeln gezielt losziehen, um Schwule zu klatschen oder auszunehmen, berauben oder ermorden oder es kommt in der Öffentlichkeit zu Zufallsbegegnungen, d.h. ein Mann wird als Schwuler oder vermeintlich Schwuler in der U-Bahn erkannt, beleidigt, getreten, zusammengeschlagen. Es handelt sich also um eine jugenddominierte, aber keine jugendspezifische Gewalt.

Oft werden auch schwule Einrichtungen, Kneipen usw. gezielt über lange Zeiträume angegriffen und deren Gäste schikaniert. Aktuell ist davon das Cafe Positiv in der Alvenslebenstraße betroffen, das jetzt beschloss umzuziehen, weil die Gäste konkret in Gefahr sind und deswegen vermehrt ausblieben. In diesem Fall - und in Berlin ist es ohnehin ein relevantes Problem - sind türkische Jugendliche die Täter. Schon aus diesem Grund lässt sich das Thema nicht unter „rechtsradikal“ einordnen.

Die Gewalt könnte auf zweierlei Weise eingedämmt werden: Repression und Prävention.

Repression:

Deutliches Eintreten der Polizei für die jeweilige Opfergruppe, unnachgiebige Verfolgung der Täter, erhöhter Fahndungsdruck auf die Täter, zeitnahe Verurteilung. Auf Seiten der Polizei setzt dies eine deutliche Schulung der Beamtinnen und Beamten über den Charakter von Hassverbrechen voraus. (Derzeit ist übrigens die Schulung von Polizeibeamten in der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege durch den Ansprechpartner der Berliner Polizei für gleichgeschlechtliche Lebensweisen ausgesetzt, aus „organisatorischen Gründen“ wie es heißt.)

Auf Bundesebene wäre Voraussetzung, eine hatecrime - Statistik im Bundeskriminalamt als Ergänzung der Polizeilichen Kriminalstatistik einzuführen. Das FBI hat eine solche Statistik. Ich will einige der Kriterien, nach denen dort Hassverbrechen registriert werden, nennen:

- Täter und Opfer waren Angehörige unterschiedlicher „rassischer“ oder religiöser Gruppen bzw. unterschiedlicher ethnischer/nationaler Herkunft oder sexueller Orientierung.
- Der Täter gebrauchte gegenüber dem Opfer verbal oder schriftlich Schimpfworte, die Vorurteile erkennen lassen oder machte entsprechende Gesten.
- Das Opfer besuchte eine Gegend, in der schon früher Verbrechen aus Hass gegen andere Mitglieder seiner Gruppe begangen wurden und wo es immer noch große Spannungen gegenüber seiner Gruppe gibt.
- Der Vorfall fand an einem Feiertag oder Gedenktag statt, der eine besondere Bedeutung für die jeweilige Gruppe hat.
- Es bestehen historisch verwurzelte Feindseligkeiten zwischen der Gruppe des Opfers und der des Täters.

Gesetzgeberisch wäre weiter notwendig, so genannte Antragsdelikte wie Beleidigungen, Drohungen, Pöbeleien und leichte Körperverletzung, wenn sie minderheitenfeindlich, sexistisch oder rassistisch motiviert sind, automatisch als Offizialdelikte zu behandeln. In der Politik stößt dies jedoch auf taube Ohren. Andernfalls müssten Opfer ernst genommen werden, es würde deutlich, dass minderheitenfeindliche Gewalt ein gravierendes Problem darstellt und Täter hätten weitreichende Konsequenzen zu fürchten.

Prävention:

Homosexualität muss in der Schule, in den Kinder- und Jugendeinrichtungen und in den Jugendvereinen, insbesondere den Sportvereinen regelmäßig thematisiert werden, um Vorurteile und Hass frühzeitig abzubauen. Solange die Jugendlichen mit augenzwinkerndem Verständnis bei antischwulen Ressentiments rechnen können, fühlen sie sich bestätigt. In Berlin muss insbesondere die türkische Community endlich mit den Schwulen- und Lesbenorganisationen zusammenarbeiten, um in ihrer Gruppe Gewalt und Hass gegen Schwule und Lesben helfen abzubauen.

Literatur:

Dobler, Jens: Gewalt gegen Lesben und Schwule – ein Modethema oder empirische belegbar? In: Opfer, Täter, Angebote. Gewalt gegen Schwule und Lesben. Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, Berlin, 1996, S. 12-15

Dobler, Jens: Antihomosexuelle Motive bei Tötungsdelikten. In: Hass-Verbrechen. Neue Forschung und Positionen zu antihomosexueller Gewalt. Hg. Sozialwerk des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD), Köln 2000, S. 157-182

Dobler, Jens: Antischwule Gewalt: Hintergründe und Gegenperspektiven. In: Frauke Kohler / Katharina Pühl: Gewalt und Geschlecht. Konstruktionen, Positionen, Praxen, Opladen 2003, S. 67-84

Narcisse Mesmin Dovenon

„Ich hatte nun meine Würde vor diesen Weißen verloren, die mir keine Chance zu überleben lassen wollten“

In Afrika ist es im allgemeinen nach dem Abitur der Wunsch eines jeden jungen Menschen, in Europa sein Studium fortzusetzen. Das Wort „Europa“ ruft vor allem bei Afrikanern eine Menge positiver Klischees hervor. Zumal ein in Europa oder allgemein im Ausland errungenes Diplom im Heimatland einen viel höheren Wert besitzt.

In meinem Fall hatte ein kurzer Besuch meines Bruders in Benin, der auf einer deutschen Schule Informatik studierte, ausgereicht, um in mir das Verlangen zu wecken, mich ebenfalls nach Europa zu begeben. Ich erhielt mein Studentenvisum und flog Richtung Deutschland.

Die erste Zeit in Deutschland war, ehrlich gesagt, sehr schwer für mich. Die alltägliche Realität unterschied sich sehr von dem, was in meinem Heimatland Benin erzählt wurde. Das schwerste war, mich in einer rein weißen Gesellschaft wohlfühlen zu können. Ich fühlte mich durch die bösen Blicke in der U-Bahn oder auf der Straße einfach nicht akzeptiert. Schlimmer noch, ich teilte eine Drei - Zimmerwohnung im Studentenwohnheim Storkower Straße mit zwei Deutschen, die der Meinung waren, es gäbe für mich keinen Platz in diesem Land. Für mich war das die schwierigste Zeit meines Aufenthalts in Deutschland. Ich war die Zielscheibe ihres Geschwätzes und ihrer ständigen Beschimpfungen.

Nach zwei Jahren permanentem Stress musste ich in ein anderes Studentenheim ziehen, um die Ruhe und Entfaltungsmöglichkeiten zurückzugewinnen, nach denen ich mich seit langem sehnte. Ich hatte von nun an eine Wohnung mit eigenem Bad und Küche. Ich war zu der Zeit sehr froh. Und dennoch, das Schlimmste ließ nicht lange auf sich warten.

Ich fand langsam Gefallen an der neuen Gegend. Mein neues Zuhause zeichnete sich durch sehr viel Grün und Blumen aus. Abgesehen von den paar Leuten, die mich auf dem Weg zwischen Studentenheim und U-Bahn provozierten, fand ich diesen Ort im Vergleich zum Heim in der Storkower Straße, wo Angst und Terror herrschten, sehr viel besser.

Es war beinahe Sommer und die letzten Prüfungen an der Universität waren bereits abgeschlossen. Nach meinem zweiten Semester musste ich eine zweimonatige Praktikumsstelle finden. Und da ich nach meinem Studium unbedingt in mein Heimatland zurückkehren wollte, kam ich auf die Idee, dass es für mich *die* Gelegenheit war, in Benin ein Praktikum zu absolvieren, um gleichzeitig einen zukünftigen Arbeitsplatz vorzubereiten. Um diesen Traum zu verwirklichen, musste ich arbeiten und Geld für die Reise verdienen. Ich kontaktierte also eine hiesige Firma und wurde für sechs Monate eingestellt.

Am 25. Juli 2002 sollte ich mit der Arbeit beginnen. An diesem Tag verließ ich gegen 7 Uhr meine Wohnung. Ich begab mich auf den Weg zum S-Bahnhof Nöldnerplatz. Die Sonne war schon am azurblauen Himmel aufgegangen. Die Blätter der Bäume wiegten sich im Wind. Die Vögel zwitscherten. Ich überquerte die Strasse und befand mich nun auf der Seite, die in die Buchbergerstrasse mündete. Ich betrat den Tunnel zur S-Bahn. Als ich hochblickte, entdeckte ich zehn Leute von beachtlicher Größe, die auf mich zukamen. Einer von ihnen trug ein Musikgerät, weshalb ich zuerst annahm, sie kämen von einer Party zurück und wurden vom Tageslicht überrascht. Es wunderte mich dennoch, da es nicht Wochenende war. Als sie mich sahen, fingen sie an mir Worte zuzurufen wie: „Dreckiger Neger, verschwinde, Scheiß-Afrikaner, verschwinde“, und so weiter. Ich war sofort geschockt und fühlte mich durch diese Ausdrücke am frühen Morgen zutiefst verletzt.

Schlagartig überkam mich die Angst. Ich fragte mich, wie ich mich denn wehren sollte, kämen die auf die Idee, mir etwas anzutun. Allein gegen zehn war ich total machtlos. Ich versuchte den Gedanken, sie könnten mich angreifen, zu verdrängen und klammerte mich an die Tatsache, dass ich nichts verbochen hatte. Aber meine Lage verschlimmerte sich sogleich. Als wir auf gleicher Höhe waren, versperrten sie mir den Weg. Ich versuchte, mir einen Weg an ihnen vorbei zu bahnen. Sie ließen mich nicht vorbei. Als ob sie mich kennen würden. Als ob es einen Grund für ihr Handeln gäbe.

Einer aus der Gruppe versuchte, die anderen zu beruhigen, doch sie stießen ihn brutal beiseite. Ich wusste nicht mehr, was ich tun sollte. Ein anderer trat vor und rempelte mich mit der Brust an. „Du bist ein dreckiger Neger, ein Scheiß-Afrikaner! Willst du nicht antworten?“ schrie er mich aggressiv an und seine roten Augen quollen dabei schon fast aus den Augenhöhlen. Ich sagte kein Wort. Was konnte ich denn in diesem Moment tun, außer schweigen? Diesmal fühlte ich mich verloren. Ich dachte an meine Eltern, die 6000 km entfernt glaubten, ihr Kind befände sich wohl behalten und sicher in Europa. Ich dachte an meine Brüder, an meine Schwestern, an meine Freunde, die ich vielleicht nie wieder sehen würde.

Überall auf dem Weg sammelte sich eine verschwommene Menge aus weißen Männern und Frauen, die seelenruhig dabei zuschauten, wie sich das Leben eines Schwarzen dem Ende zuneigte. Ich hatte oft von Angriffen gegen Ausländer, speziell gegen Afrikaner, gehört, doch nie daran geglaubt. Aus dem einfachen Grund, dass es mir noch nie widerfahren war. Vor allem an solch einem schönen Sommermorgen hätte ich es nie für möglich gehalten.

Plötzlich hatten sie mich umzingelt. Ich versuchte mich zu befreien, doch ich schaffte es nicht. Wie ein Spielobjekt saß ich nun in ihrer Mitte fest. Wenn mich einer mit aller Kraft schubste, taumelte ich in die Arme eines anderen, der mich wiederum angewidert und aggressiv weschubste, und es ging immer so weiter. Ich war völlig verzweifelt und wusste nicht mehr, an wen ich mich wenden sollte. Im nächsten Moment riss einer der Bande mir den Hut vom Kopf und schlug mir mit aller Macht in den Nacken. Ich verlor daraufhin das Gleichgewicht. Sie brachen in Gelächter aus. Ich bemerkte, wie Vorbeigehende das Geschehen von Weitem erstaunt beobachteten. Andere, die in unsere Richtung kamen, kehrten sofort um oder nahmen einen Umweg. Immer noch erhielt ich von niemandem Beistand, niemand versuchte, die Polizei anzurufen, um mich aus meiner misslichen Lage zu befreien. Allein inmitten von großen, kräftigen Männern, konnte nur ein grandioser Zufall mir das Leben retten.

Konnte ich denn wirklich in einer solchen Situation auf einen Zufall hoffen? Ich glaube jedenfalls nicht an Zufälle. Wenn der Zufall wirklich existieren würde, wäre ich vielleicht in diesem Moment gerettet worden. Die herumstehende Menge wäre aus ihrer passiven Rolle der Zuschauer geschlüpft und hätte die Polizei gerufen. Doch dem war nicht so. Ich versuchte also, ein großes Risiko einzugehen. Ich zerrte blitzschnell mein Handy aus meinem Rucksack, verlor keine einzige Sekunde und wählte den Notruf. Dem Herrn am Telefon erklärte ich rasch, was vorgefallen war. Ihr könnt euch meine Gefühle in diesem Augenblick unmöglich vorstellen. Ich war übergücklich, dass sie mir die 10 Sekunden gelassen hatten, um zu telefonieren. Ich kann mir bis heute nicht erklären, wie das möglich war. Trotz der Schläge und Ohrfeigen, die ich erdulden musste, als ich telefonierte, hielt ich durch. Das baldige Ankommen der Polizei machte mir Mut. Aber wie lange konnte ich noch den Prügeln dieser Leute standhalten, ohne auch nur einen Augenblick in Ruhe gelassen zu werden.

Konnte die Polizei diesen etwas verborgenen Fußgängerweg leicht finden? Als sie gleich nach meinem Anruf bemerkt hatten, dass ich die Polizei angerufen hatte, spitzte sich die Lage zu. Einer von ihnen spuckte mir sogar ins Gesicht und sagte, er habe keine Angst vor der deutschen Polizei.

Ich erhielt einen unerwarteten Schlag von hinten, der mich zu Boden beförderte. Von diesem Moment an bekam ich überallhin Fußtritte, gegen den Kopf, in die Beine, in den Bauch. Ich

brüllte um Hilfe. Ich stöhnte vor Schmerz, ich spuckte Blut. Ich rollte am Boden wie eine gebissene Schlange, die versucht sich zu retten. Es war unerträglich. Sie verprügelten mich weiter. Manchmal sprang einer aus zwei Metern Entfernung und warf sich mit aller Wucht gegen meinen Bauch. Ich spürte, wie der Schmerz meinen Körper durchströmte. Ich fühlte mich verloren. Ich hätte von Deutschland alles erwartet, aber in meinem ganzen Leben hätte ich mir nie vorstellen können, dass ich dort in einem solchen Ausmaß misshandelt und gedemütigt werden könnte. Ich hatte nun meine Würde vor diesen Weißen verloren, die mir keine Chance zu überleben lassen wollten.

Was hatte ich denn bloß getan, um solch eine körperliche Peinigung zu verdienen? War ich wirklich der Grund für all die Arbeitslosen, die untätig rumsaßen und sich tagelang betranken? Oder war gar meine Hautfarbe schuld an meiner Misere? Tausend Gedanken rasten mir durch den Kopf. Ich blickte hoch und bat einen zwei Meter entfernten Passanten, der Polizei den Weg hierher zu zeigen. Wie groß waren mein Entsetzen und meine Verzweiflung, als er meine Bitte mit einer Hand abwies. Er machte mir deutlich, dass ihn das Ganze nichts angehe und er auf keinen Fall zwischen mir und der Polizei zu vermitteln gedachte.

Nochmals wurde ich in meinem Innersten verletzt. Ich versichere Euch, dass es sehr schwer ist, das zu durchleben, was ich gerade erzähle. Ich wurde ernsthaft geschlagen, getreten, misshandelt. Wäre ich ein Weißer, aus welchem Land auch immer: Ich glaube nicht, dass das Szenario ein solches Ausmaß und eine solche Dauer hätte erreichen können, während Leute vergnügt zuschauten. Der erste Deutsche an Ort und Stelle hätte sofort die Polizei angerufen. Doch da ich das Pech hatte, ein Ausländer, schlimmer noch, ein Schwarzer zu sein, empfanden sie es als normal, dass ich brutal misshandelt wurde. Ich war mir sicher, dass genau in diesem Augenblick die Polizei schon anwesend war, nur nicht genau wusste, wo ich mich befand. Ich hatte keine Gelegenheit, noch mal anzurufen.

Dennoch versuchte ich am Boden mein Handy zu orten. Ich schaute hoch und entdeckte es sechs Meter entfernt im Gras liegend. Einer der Typen schnappte es sich und rannte davon. Ich schöpfte neue Kraft, richtete mich auf und nahm seine Verfolgung auf. Währenddessen liefen ungefähr sieben von ihnen in die entgegengesetzte Richtung und verschwanden. Sie ahnten, dass die Polizei angekommen war und sie Gefahr liefen, verhaftet zu werden. Nur drei von ihnen waren mir hinterher gelaufen. Ich überquerte die Strasse und schaffte es endlich, den mit meinem Handy hinter einem Supermarkt aufzuhalten. Er sagte mir, ich solle ihn gehen lassen. Ich tat nichts dergleichen. Dann schlug er wieder auf mich ein, gemeinsam mit den drei anderen, damit ich ihn loslasse und sie fliehen konnten. Ich bekam erneut einen Tritt in den Bauch und sackte zu Boden. Ich musste wieder Prügel einstecken. Die Polizei fand uns letztendlich und konnte vier meiner Angreifer verhaften. Ich wurde in ein Krankenhaus gefahren, wo ich in die Notaufnahme kam. Das war eine der unvergesslichen und bitteren Erfahrungen meines Aufenthalts in Deutschland.

Der Artikel wurde mit freundlicher Genehmigung des Autors der Broschüre „Einblicke & Perspektiven – ReachOut, Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ entnommen.

Die Broschüre ist im Dezember 2003 erschienen und zu bestellen bei:

ReachOut, Oranienstr. 159, 10969 Berlin, Tel.: 030-69568339, info@reachoutberlin.de

Sabine Hartwig

„Opfer von Rechtsextremismus und vorurteilsmotivierter Gewalt“

Frage:

Wer wird Opfer von rechtsextremistischer und vorurteilsmotivierter Gewalt und sonstigen Übergriffen/Verhaltensweisen? Darstellung des Themas aus Sicht der jeweiligen Opfergruppe: Welche Erklärungen gibt es? Wer sind typischerweise die Täter?

Gewalt gilt es zunächst zu begreifen als Teil des menschlichen Lebens. Wir werden Gewalt nie völlig verhindern können, genauso wenig wie wir Kriminalität völlig eindämmen können. – Trotzdem gilt es Gewalt einzudämmen, denn es gibt keine Alternative dazu.

„Gewalt gebiert Gewalt!“ – Faustrecht für alle? Das kann es nicht sein!

Täter im Bereich der rechtsextremistischen oder vorurteilsmotivierter Gewalt treten häufig zu mehreren oder in Gruppen auf – sie brauchen den Schulterschluss zu Gleichgesinnten. Die Gruppe macht sie stark und häufig auch erst handlungs- beziehungsweise tatfähig. Allerdings zwingt die Gruppe auch zu bestimmten Verhaltensweisen und Handlungen (Gruppenzwang). Im Bereich der rechtsextremistischen Gewalt kann der Gruppenzwang in den Tätergruppen außerordentlich groß werden und sogar einen ähnlichen zwanghaften Charakter haben, wie wir ihn sonst bei religiösen Sekten finden.

Häufig kann man sich gar nicht vorstellen, welche Brutalität die Täter an den Tag legten, wenn man sie einzeln im Gespräch vor sich hat.

Auch wenn das heute nicht mehr in allen Bereich gilt, unterliegen viele Täter häufig einfachen Denk- und Erklärungsstrukturen („Wenn wir in Deutschland nicht so viele Ausländer hätten, hätten wir genug Arbeitsplätze für Deutsche!“), eingefahrenen Verhaltensmustern (Abhängigkeit von der Anerkennung der Gruppe) und haben wenig Auswahlmöglichkeit, eigenes Verhalten zu ändern.

Symptomatisch sind fehlende Akzeptanz und Toleranz Andersartigen gegenüber.

Typisch sind auch einfache Sprachstrukturen (Sprachmuster hat etwas mit Denkmuster zu tun!), die Täter haben keine Übung in sprachlicher Auseinandersetzung.

Die Sprache der Täter wirkt plakativ und stereotyp, argumentative Auseinandersetzungen finden im Allgemeinen nicht statt.

Dies hat nichts damit zu tun, dass die Tätergruppen nicht trotzdem gut organisiert sein können, alle zur Verfügung stehenden Medien nutzen (Internet!), attraktiv für „Interessierte“ sind, weil man dort „dazugehören“ kann und bestimmten Führungspersönlichkeiten folgen.

Als Opfer „eignen“ sich alle Menschen, die durch ihre „Andersartigkeit“ auffallen. Das kann Hautfarbe, Behinderung, Aussehen (z.B. Kopftuch) oder sonstiges sein.

Es muss keine „Begründung“ oder einen „Anlass“ vom Opfer aus geben. Gründe und Anlässe finden die Tätergruppen selbst. Sie liegen im Allgemeinen bereits in der Andersartigkeit des Opfers.

Der WEISSE RING als Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer trägt dem Rechnung, indem sich alle Opfer an uns wenden können, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrem Geschlecht, ihrer Religion oder ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Lebensformen (Homosexuelle, Lesben).

Vor der Tat findet im Allgemeinen eine „Versachlichung“ des Menschen statt, der Opfer wird. Das macht sich häufig in der Sprache deutlich. „Ihr Kanaken!“ – Durch Beschimpfungen wird das Opfer versachlicht, das heißt, der Täter kann dadurch keine Empathie mehr für das Opfer empfinden und so kommt es zu besonders brutalen Handlungen.

(Es ist deutlich schwerer einem MENSCHEN, der bereits wehrlos am Boden liegt, in den Bauch zu treten, als einem Mehlsack.)

Frage:

Vorschläge und Strategien von Opferschutz und Opferhilfe: Welche Ideen, Forderungen gibt es im Hinblick auf eine Prävention gegen rechtsextremistische und vorurteilsmotivierte Gewalt?

Die Idee des gewaltfreien Umgangs miteinander und der gewaltfreien Konfliktlösung sollte schwerpunktmäßig bereits in den Schulen aufgegriffen werden.

Der WEISSE RING hat gemeinsam mit der S - Bahn Berlin GmbH dies schon vor Jahren erkannt und im Rahmen eines Pilotprojektes das „Konfliktlotsenprogramm“ ins Leben gerufen. Dabei sollen Schüler ausgebildet werden, ihre eigenen Konflikte gewaltfrei selbst zu lösen. Bei diesem Projekt ging man von der Überlegung aus, dass „was Hänschen nicht lernt, Hans nimmermehr lernt“, im Rahmen der sprachlichen Konfliktlösung wird die sprachliche Kompetenz erweitert und durch den Umgang mit Konflikten und den vielen verschiedenen Bedürfnissen der Parteien dazu wird Akzeptanz und Toleranz geübt.

Durch die Auseinandersetzung miteinander werden andere Denkweisen und Kulturen kennen gelernt.

Spracherziehung mit Schwerpunkt Deutsch ist eine wichtige Forderung.

Gemeint ist damit auch „Deutsch für Deutsche“, aber natürlich auch Deutsch für Kinder nicht-deutscher Herkunft. Dieses Ziel hat zwischenzeitlich, Gott sei Dank, auch die Politik schon erkannt. Es wird neuerdings in politischen Forderungen immer wieder deutlich.

Wer nicht gelernt hat, Konflikte verbal auszutragen, wird leichter zum Mittel der körperlichen Gewalt greifen.

In diesem Zusammenhang hat der WEISSE RING 12 Thesen für den Opferschutz in Schulen öffentlich kommuniziert, die beispielsweise folgende Forderungen enthalten:

Kleineren Klassen, mehr Sportunterricht, entsprechende Fortbildung für Lehrkräfte, Schulschwänzerprogramme und mehr Förderunterricht in Deutsch für nichtdeutsche Kinder, Einbeziehung der Elternschaft, Ausbau der Schulsozialarbeit und der schulpсихologischen Beratungssysteme u.a.m.

Frage:

Strategien von Opferschutz und Opferhilfe: Welche Maßnahmen / Änderungen sind sinnvoll aus der Perspektive der Opfergruppen? (z.B. Thema: Stellung des Opfers im Strafverfahren etc.)

Der WEISSE RING fordert kürzere Zeiten bis zur Anklageerhebung! Nach Jahren (!) – wie beispielsweise nach den Taten gegen die Bewohner des Asylbewerberheims in Rostock – ist auch die Abschreckung für Sympathisanten/Mitläufer nicht mehr besonders groß, ganz abgesehen davon, dass auch die Beweislage durch das schwindende Erinnerungsvermögen der Beteiligten schlechter wird.

Der WEISSE RING fordert mehr Verantwortung für Heranwachsende (18 - 21jährige). Für diesen Täterkreis sollte künftig auch die Zulassung der Nebenklage im Strafverfahren durch das Opfer möglich sein, selbst wenn die Heranwachsenden unter Umständen noch unter das Jugendstrafrecht fallen.

Wenn wir in der Gesellschaft einen 18jährigen als Erwachsenen betrachten, sollte er nicht nur die Rechte, sondern auch die Pflichten eines Erwachsenen wahrnehmen.

Astrid Höflich

Prävention gegen Gewalt - Eine von mehreren direkten Strategien für die Opfer-Selbsthilfe

Die Gewalterfahrung bewirkt beim Opfer

- Ohnmacht,
- Demütigung und
- Verlust der Zugehörigkeit zum „gesunden und erfolgreichen Mainstream“ der Gesellschaft.

Langfristige Heilungsprozesse führen oftmals zu Enttäuschung über den Mangel an Schutz und Ordnung im Gemeinwesen und forcieren den Rückzug in die soziale Isolation.

Deshalb kann mit dem Wunsch nach friedlichem Zusammenleben und gemeinsam getragener Verantwortung eine Präventionsart von einem Personenkreis durchgeführt werden, der schon Gewalt durchlitten und überlebt hat – den Opfern!

Diese Art Prävention besteht aus vier wesentlichen Schritten:

- Die eigene Scham zu überwinden und anzuerkennen, was genau passiert ist, und sich selbst zu entschulden, dass es überhaupt passieren konnte,
- das gesamte seelische, körperliche und materielle Ausmaß des Schadens sammeln und die eigene Leistung des Überlebenskampfes und der Angst würdigen,
- eigenständige Gespräche beginnen, in denen der Schaden beschrieben und der Wunsch nach Hilfe ausgedrückt wird – in der Familie, dem Bekanntenkreis, der Nachbarschaft, den Selbsthilfegruppen, den politischen Gremien.
- Das Ziel heißt: Verbündete finden!!

Was Täter ermutigt und schützt, ist die Anonymität und das Stillschweigen der Opfer. Das Herstellen von Öffentlichkeit richtet die Verantwortung auf die Täter !

Christian Linde

„Obdachlose“ als Opfer struktureller, direkter und vierter Gewalt

Wie Atomenergie, Aids und Alter gehört auch Gewalt zu den Themen, die sich in den zurückliegenden Jahrzehnten im „Problembewusstsein“ der Menschen verankert haben.

Ob an Schulen, in der Pflege, oder im häuslichen Bereich, durch die Omnipräsenz des quotenträchtigen Themas in den Medien, steht Gewalt auch in der innenpolitischen Debatte dauerhaft auf der Agenda.

Doch während Gewalt gegen Kinder, Frauen und insbesondere gegen Menschen nichtdeutscher Herkunft Politik, Gesellschaft und Medien sensibilisiert hat, wird der Personenkreis der Wohnungslosen, umgangssprachlich „Obdachlose“, als Opfergruppe von Gewalt sowohl in der öffentlichen als auch der veröffentlichten Debatte weitestgehend ausgeblendet.

Umfang und Bedeutung von „Wohnungslosigkeit“

Grundsätzlich gilt als wohnungslos, wer nicht in mietvertraglich gesicherten Wohnverhältnissen lebt. Laut den Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) umfasst dieser Personenkreis derzeit rund 400 000 Menschen. Davon leben rund 20 000 ohne jede Unterkunft auf der Straße.

Den Hauptanteil bilden männliche, alleinstehende „Haushalte“ im Alter zwischen 35 und 48 Jahren. Diese stellen auch die Hauptopfergruppe von Gewaltübergriffen.

Die von Gewalt betroffenen Wohnungslosen begegnen ihren Tätern aufgrund ihrer Lebenssituation fast ausschließlich auf der Straße. Ohne stabile Rückzugsmöglichkeit in einen privaten Schutzraum ist der öffentliche Raum der primäre Aufenthaltsort Wohnungsloser. Begleitet von Mehrfachproblematiken, wie Alkoholkrankheit, psychischen Beeinträchtigungen und allgemeinen gesundheitlichen Problemen, ist diese Personengruppe potentiellen Tätern praktisch wehrlos ausgesetzt.

Wohnungslose als Opfergruppe

Dass Gewalt für Wohnungslose eine Gefahr bedeutet, wird in der Öffentlichkeit dennoch kaum wahrgenommen. Erst nach Morddelikten wandte sich der Blick im Windschatten massiver rechtsradikaler Übergriffe auf Ausländer kurzzeitig auf diese Opfergruppe. Dabei ist Gewalt gegen Obdachlose seit Jahren an der Tagesordnung. In einer Ende 2000 vorgelegten „Bilanz eines Jahrzehnts der direkten und strukturellen Gewalt gegen Wohnungslose“ bezifferte die BAG W mehr als Hundert Menschen als Opfer von Gewalttätern außerhalb der „Wohnungslosenszene“.

Ursachen der strukturellen und direkten Gewalt

Eine der Hauptursachen für die Gewaltentwicklung ist die zunehmende Privatisierung des öffentlichen Raumes und die damit verbundene Verdrängung und Vertreibung aus den Innenstadtbereichen. Instrumente dieser Politik sind von staatlichen Institutionen und privatwirtschaftlicher Seite entwickelte "Sicherheitsstrategien". Den Auftakt dieser Vertreibungspolitik bildete die vom ehemaligen Innenminister Kanther 1987 ins Leben gerufene „Aktion Sicherheitsnetz“, nach der „die Verteidigung der öffentlichen Ordnung gegen Pennertum, Bettelei und Milieus der Unordnung“ oberste Priorität habe. Die Liste für die behördlich verordnete Vertreibung in deutschen Großstädten ist inzwischen lang: Köln, Mannheim, Erfurt, Stuttgart, Mün-

chen, Frankfurt, Hamburg und Berlin. So existieren in Berlin im Rahmen des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG) „gefährliche Orte“, an denen wesentliche Persönlichkeitsrechte außer Kraft gesetzt sind. Bis hin zu „verdachtsunabhängigen“ Personenkontrollen und Leibesvisitationen. Seit der vom früheren Berliner Bausenator Jürgen Klemann (CDU) Ende der neunziger Jahre vorgelegten Neuregelung über die „Sondernutzung von öffentlichem Straßenland“ ist die Polizei angehalten, in den Innenstadtbereichen verstärkt gegen diese Personen vorzugehen. Seit diesem Zeitpunkt werden in der Hauptstadt jährlich mehrere Hunderttausend „Platzverweise“ ausgesprochen.

Adäquat dazu existieren in den bundesdeutschen Kommunen Straßenlandverordnungen, Bettelverbote und Aufenthaltsbeschränkungen.

Ihren Niederschlag findet dieses staatliche Sicherheitskonzept mit dem Drei - S - Programm (Service, Sicherheit, Sauberkeit) seit 1994 durch restriktive Hausordnungen auch im gesamten Hoheitsbereich der Deutschen Bahn AG. „Die fast einzige Ressource, nämlich der Öffentliche Raum, die Wohnungslosen aufgrund ihrer Lebenssituation noch bleibt, wird dadurch Schritt für Schritt verknappt. An dieser Entwicklung wird deutlich, wie der Markt zur Vernichtung sozialer Maßstäbe wie Gleichwertigkeit beiträgt und sich über Konzepte der öffentlichen Sicherheit auch noch mit Legitimation versorgt.(1)

Offensichtlichster Beleg für diese Form struktureller Gewalt sind die in fast jedem Winter zu beklagenden Kältetoten. Seit 1991 sind mindestens 189 Wohnungslose auf den Straßen der Bundesrepublik erfroren.

Täter und ihr Profil

Aus den Gerichtsverfahren seit Mitte der neunziger Jahre lässt sich ableiten, dass sich die Gewalttäter zunehmend aus organisierten, rechtsextremistischen Zusammenhängen rekrutieren. Nicht - wie in den Medien häufig dargestellt - vor allem aus Ostdeutschland, sondern gleichermaßen auch in den alten Bundesländern. Dabei handelt es sich nicht mehr nur um Einzeltäter, sondern um kleine Trupps, überwiegend jugendlicher Täter. Der rechtsextremistische Hintergrund wird jedoch von offiziellen Stellen in den Fällen geleugnet, in denen den Tätern keine entsprechende Organisationsstruktur, wie etwa Parteizugehörigkeit, nachgewiesen werden kann. Aufgrund unterschiedlicher Zählweisen zwischen Bund und Ländern, sind die in den Verfassungsschutzberichten der Bundesregierung dokumentierten Gewaltdelikte mit rechtsextremistischen Hintergrund insgesamt unpräzise. Gegenüber der Frankfurter Rundschau räumte der Vizepräsident des Bundeskriminalamtes, Bernhard Falk, bereits Ende November 2000 ein, das aufgrund der unzureichenden Erfassungskriterien die Zahlen über rechtsextrem motivierte Gewalttaten „tendenziell nach unten verfälscht sind“. Anhaltspunkte über das Ausmaß gibt eine „Chronik des Terrors nach Presseberichten aus den Jahren 1994 bis 2002“. Die Übersicht versammelt rund 350 Fälle, bei denen in der überwiegenden Zahl von einem rechtsextremistischen Hintergrund auszugehen ist.(2)

Der tatsächliche Umfang der Gewaltübergriffe gegenüber Wohnungslosen ist insgesamt nicht zu quantifizieren, weil der überwiegende Teil der Taten von den Betroffenen nicht angezeigt wird.

Stichwortgeber aus der politischen Mitte

Zur Ausgrenzung und Stigmatisierung sozial Schwacher tragen bereits seit Anfang der neunziger Jahre auch die im Zuge der Zuwanderungsproblematik und den Reformen der sozialen Sicherungssysteme forcierten Kampagnen wie die „Sozialschmarotzerdebatte“ bei. Dabei stammen die Stichwortgeber nicht nur vom rechten politischen Rand, sondern aus allen Lagern der „politischen Mitte“. Äußerungen wie die vom ehemaligen Münchner Oberbürgermeister Georg Kronawitter (SPD): „Wir können nicht der Lastesel für die Armen der Welt sein (...)“(3), oder vom bayrischen Innenminister Günther Beckstein (CSU): „Wir brauchen weniger Ausländer, die uns ausnützen, und mehr, die uns nützen“(4), ziehen sich wie eine Linie zu den Diskussio-

nen um die Privatisierung des Öffentlichen Raumes, der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes und den damit verbundenen Sicherheitsstrategien. Äußerungen, wie die des ehemaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden der CDU in Berlin, Klaus-Rüdiger Landowsky: „Es ist nun einmal so, dass dort, wo Müll ist, Ratten sind. Und dass dort, wo Verwahrlosung herrscht, Gesindel ist. Das muss in der Stadt beseitigt werden!“⁽⁵⁾, haben ein Klima geschaffen, dass den Gewalttätern zur Legitimation ihrer Gewalt und als sprachliche Brücke auch zur direkten Gewalt dient. 47 Prozent von 3000 Befragten empfinden laut einer 2003 veröffentlichten Langzeitstudie zur Akzeptanz gegenüber sozial schwachen Randgruppen Obdachlose in den Städten als „unangenehm“.⁽⁶⁾

„Obdachlose“ in den Medien

In den Printmedien gehört Wohnungslosigkeit zu den so genannten journalistischen Weichthemen und rangiert selbst in Korrespondenz zu den Ressorts Gesundheit und Soziales in der Prioritätenliste an nachgeordneter Position - abrufbar als saisonales Phänomen in der Winterperiode. So beschränkte sich die Berichterstattung der Berliner Tagespresse zwischen 1998 und 2002 mit einem Anteil von über sechzig Prozent auf das vierte Quartal des jeweiligen Jahres.⁽⁷⁾

Gewaltübergriffe gegen Wohnungslose werden als Randnotiz auf den hinteren Seiten der lokalen, regionalen und überregionalen Tagespresse plziert. Lediglich Berichte über Morddelikte und Kältetote reichen über den Umfang von Agenturmeldungen hinaus.

Die Alltagswirklichkeit wohnungsloser Menschen symbolisiert in der Berichterstattung vor allem das Hilfesystem selbst. Dabei fungieren Suppenküchen, Beratungsstellen und Notübernachtungen vor allem als Kulisse für karitative Aktivitäten von Prominenten, Spendenaktionen und Jubiläen. In den elektronischen Medien, insbesondere bei den privaten TV-Stationen, prägen „Homestorys“ von der Straße die Berichterstattung. Boulevardesk skandalisieren die Macher nicht die Ursachen und Folgen der „Obdachlosigkeit“, sondern setzen Obdachlosigkeit primär als individuelles Problem in Szene.

In der Darstellung der Betroffenen dominiert nach wie vor das „Trinkermillieu“ und der „tütentragende, bärtige Mann“ als „klassischer Obdachloser“ das Bild. Im Ergebnis transportieren die häufig von Empathie getragenen Bilder und der intendierte Anspruch auf Aufklärung und Skandalisierung gesellschaftlicher Wirklichkeit kaum mehr als althergebrachte Assoziationen vom „Nichtsesshaften“ und bestätigen damit überholte Klischees vom „Tippelbruder“, „Penner“, „Säufer“ und „Landstreicher“ im Umfeld von Orten der Kriminalität (Bahnhöfe, Drogenszene) oder am Rande der Legalität.

Wege aus der Gewaltspirale:

- Eine gesellschaftliche Ächtung der Gewalt auch gegen Wohnungslose
- Eine konsequente Strafverfolgung der Täter
- Opferstatistiken zu politisch motivierter Gewalt im Bereich des Rechtsextremismus
- Einrichtung eines bundesweiten Notruftelefons für Wohnungslose
- Eine von Legislative und Judikative unabhängige Kontrollinstanz zur Wahrung gesetzlich verbrieft Ansprüche von Wohnungslosen (z.B. Recht auf Sozialhilfe)
- Eine differenzierte, der Alltagswirklichkeit wohnungsloser Menschen angemessene Berichterstattung in den Medien

Anmerkungen

(1) Wilhelm Heitmeyer: Anknüpfungspunkt: Heterophobie - Obdachlose In: Deutsche Zustände. Folge 1. Wilhelm Heitmeyer (Hrg). edition suhrkamp, 2002, S.218.

(2)Christian Linde: Toter Dritter Klasse. Chronik der Gewalt gegen Obdachlose. In: Zeitschrift konkret März/2001.

(3)Der Spiegel vom 7. September 1992

(4)Focus vom 10. Juni 2000

(5)Plenarprotokoll 13/24 vom 27.2.1997, AH v. B., Seite 1776 B

(6)Wilhelm Heitmeyer: Empirische Analysen des GMF - Survey 2003.

(7)Christian Linde: Wohnungslosigkeit in der Berichterstattung der überregionalen Tagespresse in Berlin (unveröffentlicht).

Manfred Schmidt

Gewalt gegen Behinderte

Behinderte Menschen gehören zu den Minderheiten, gegen die sich rechtsextremistische und vorurteilsmotivierte Gewalt richtet. Da sich Rechtsextremismus auf die Naziideologie stützt und nach dieser Ideologie behinderte Menschen minderwertig sind, liegt es auf der Hand, dass die Rechte behinderter Menschen, ihre Menschenwürde und ihre persönliche Integrität von Neonazis missachtet werden. Ähnliches gilt für Teile der Bevölkerung, die immer noch Vorurteile gegenüber behinderten Menschen haben. Diese Vorurteile sind unterschiedlicher Art und resultieren oft aus Unkenntnis. Sie reichen von der Annahme, behinderte Menschen würden der Gesellschaft nur auf der Tasche liegen, seien zu nichts nütze und könnten auch keinen eigenen Beitrag zur Entwicklung der Gesellschaft leisten, bis hin zu Ablehnung von Menschen mit bestimmten Behinderungen, wie z. B. geistiger Behinderung. Aus solchen Vorurteilen wird dann das Recht abgeleitet, behinderte Menschen zu missachten oder ihnen Gewalt anzutun.

Uns sind einige Fälle bekannt, in denen behinderte Menschen Opfer von Gewalt wurden. Das Problem ist aber, dass es keine offiziellen Zahlen darüber gibt, weil in amtlichen Strafverfolgungsstatistiken das Merkmal Behinderung nicht erfasst wird. Wir müssen uns also auf Pressemitteilungen und auf Informationen verlassen, die uns von Betroffenen direkt gegeben werden. Dabei ist es oft sehr schwer, den oder die Täter einer bestimmten Gruppe zuzuordnen.

Ich möchte im Folgenden ein paar Einzelfälle nennen, die uns vor allem aus der Presse bekannt geworden sind, ohne sagen zu können, wie viele Fälle es wirklich gegeben hat. Wir gehen aber davon aus, dass nicht jede Gewalttat gegen behinderte Menschen bekannt geworden ist und dass es eine relativ hohe Dunkelziffer gibt.

Seit 1992 tauchen Berichte in Zeitungen über gewalttätige Übergriffe auf behinderte Menschen gehäuft auf. Sie werden beschimpft, bespuckt, geschlagen. Die Opfer sind meist geistig Behinderte, aber auch Körperbehinderte und Blinde. In Halle schlugen Neonazis laut Zeitungsinformation von 1992 fünf Schüler einer Gehörlosenschule zusammen. Regelrecht gefoltert wurde ein geistig behinderter Mann durch einen Neonazi. Wiederholte Übergriffe von Jugendlichen führten in Großburgwedel bei Hannover zum Selbstmord eines körperbehinderten Mannes, der außerdem sprach-behindert war.

Nach den Pressemeldungen, die sich, wie bereits erwähnt, 1992 und Anfang 1993 häufen, sind die Täter meist Jugendliche rechtsextremer Gesinnung. In Siegen haben zwei Skins einen Behinderten zu Tode getreten. Auch in Berlin gab es 1993 einen solchen Vorfall. Das Opfer war ein geistig behinderter Mann.

1998 werden in Königs Wusterhausen zwei Behinderte misshandelt und bestohlen. Die Täter waren der Polizei u. a. wegen der Verwendung von Nazisymbolen bekannt. Im November 1998 muss die Polizei den Schulweg blinder und sehbehinderter Schüler der Blindenschule in Königs Wusterhausen schützen, weil einige Schüler beschimpft, bespuckt und geschlagen wurden.

Im Mai 2002 stirbt in Neubrandenburg ein körperlich und geistig Behinderter durch gezielte Stiefeltritte ins Gesicht. Die Täter waren zwei Skins im Alter von 17 und 20 Jahren. Am 13. April 2003 berichtet die Berliner Morgenpost, dass drei Jugendliche einen Rollstuhlfahrer überfallen haben. Seinen Bruder, der ihn schützen wollte, verletzen sie mit Messerstichen lebensgefährlich.

Die genannten Fälle sind nur eine Auswahl und auch nur die Spitze des Eisberges. Sehr viel häufiger kommt es vor, dass man wegen seiner Behinderung angepöbelt und verhöhnt wird. So gibt es in meinem Wohnumfeld ein paar Jugendliche, die mir auf glattem Weg zurufen: „Vorsicht Stufe“. Wie soll ich als Blinder das anders, als Verhöhnung werten? Es kann natürlich auch einfach Dummheit sein.

In allen bekannt gewordenen Fällen sind die Täter Jugendliche, wobei es sich stets um eine Minderheit handelt. Die Masse der jungen Menschen, die uns begegnen, sind freundlich und auch hilfsbereit. Die wenigen, die verbale oder auch körperliche Gewalt ausüben, verunsichern aber behinderte Menschen erheblich.

Was kann man tun, um Gewalttätigkeiten zu verringern?

- Es sollte in den Schulen mehr Aufklärung über Menschen mit Behinderung erfolgen. Nur wer Bescheid weiß, kann sich auch entsprechend verhalten. Dadurch könnten viele Vorurteile abgebaut werden.
- Wichtig wäre ein ziviles Antidiskriminierungsgesetz, mit dessen Hilfe man Übergriffe auch entsprechend ahnden könnte.
- Auch wir selbst können etwas dazu tun, wie z. B. eine aktive Wahrnehmung der Umgebung; ruhig, selbstbewusst und zielgerichtet auftreten; gut beleuchtete und viel begangene Wege benutzen; sich möglichst nur dort bewegen, wo man sich gut auskennt.

Sabine Seyb

Die Opfer unterstützen und beraten

Seit dem Sommer 2001 berät und unterstützt ReachOut Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe und Bedrohungen in Berlin. Neben der Beratungsarbeit bietet das Team Workshops, Vorträge und Fortbildungen an. In allen Arbeitsbereichen steht die Situation und die Perspektive der Betroffenen im Zentrum.

Das Beratungsangebot ist parteilich für die Opfer, kostenlos, beruht auf Freiwilligkeit und ist auf Wunsch anonym. ReachOut bietet neben der Beratungsarbeit in den eigenen Räumen, aufsuchende Beratung sowohl für Gruppen als auch für (potentielle) Opfer, deren Angehörige, Freunde und Freundinnen an.

Die Betroffenen wenden sich direkt oder vermittelt über Dritte an ReachOut. Das Team recherchiert außerdem entsprechende Zeitungsmeldungen und Pressemeldungen der Polizei, die auf einen Angriff mit rechtem, rassistischem Hintergrund hinweisen. Dabei geht es uns darum, in Erfahrung zu bringen, wer die Opfer sind, um sie über die Angebote von ReachOut informieren zu können.

Die Arbeit basiert auf dem Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“. Die Betroffenen werden von uns in ihren Entscheidungen und der Durchsetzung ihrer Interessen unterstützt und begleitet. Darüber hinaus sollen die Opfer nach einem Angriff in ihrem Selbstwertgefühl gestärkt und dabei unterstützt werden, ihre psychische Stabilität und ihre Handlungsfähigkeit wieder zu erlangen. Die Beratung umfasst sowohl rechtliche und psychosoziale Hilfestellungen als auch Informationen über finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten für die Opfer und deren Angehörige.

Wer wird Opfer rechter/rassistischer Angriffe in Berlin?

Opfer können grundsätzlich all diejenigen werden, die nicht ins rechte Weltbild passen. Sie alle trifft der Zorn und die Gewalt derjenigen, die Deutschland zur „ausländer- und zeckenfreien“, zur „national befreiten Zone“ machen möchten. Gleichzeitig zählen die Opfer zu den Bevölkerungsgruppen, die in ihrem Alltag gesellschaftliche und politische Ausgrenzung erleben und von Diskriminierung betroffen sind.

Die Beratung von ReachOut wird von Menschen in Anspruch genommen, die

- aufgrund ihrer Hautfarbe bzw. aufgrund der Tatsache, dass sie als MigrantInnen identifiziert werden, angegriffen werden,
- aufgrund ihrer Lebensweise, die sich auch in äußeren Erscheinungen ausdrückt, angegriffen werden. Dazu zählen junge Punker und Skater, oder allgemeiner: Jugendliche, die sich als nicht - Rechte zu erkennen geben,
- aufgrund ihrer politischen Einstellung als Linke bzw. als AntifaschistInnen angegriffen werden,
- zur falschen Zeit am falschen Ort sind und bspw. in eine Kneipe geraten, die hauptsächlich von Rechten frequentiert wird, aus einem Club kommen, der von Rechten als „linker“ Treffpunkt gesehen wird etc.,
- aufgrund der Tatsache, dass sie sich einmischen, wenn ein Angriff droht oder bereits geschieht, selbst geschlagen werden,
- an ihrer Sprache als Nichtdeutsche zu erkennen sind.

Außerdem wenden sich Freund/innen, Angehörige und weitere Personen aus dem sozialen Umfeld (wie z.B. Lehrer/innen, Sozialarbeiter/innen) der Betroffenen an ReachOut, um Handlungs- und Unterstützungsmöglichkeiten abzufragen bzw. ihre eigenen Ängste zu bearbeiten.

Bisher kaum erreicht werden konnten sozial Benachteiligte und Menschen mit Behinderungen. Dennoch gehen wir davon aus, dass diese beiden Gruppen mit rechten Angriffen und Bedrohungen konfrontiert sind. Deshalb wird sich unsere Aufmerksamkeit und unser Engagement weiterhin darauf richten, unsere Angebote und Unterstützungsmöglichkeiten bekannter zu machen.

Das heißt, dass diejenigen, die wir bisher mit unserem Beratungsangebot erreichen konnten, nicht das gesamte Spektrum der Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin abdecken.

Obwohl die Beratungszahlen kontinuierlich steigen, kann dies nicht als Anstieg der Angriffe insgesamt gewertet werden. Wir deuten dies vielmehr als Zeichen, dass unser Projekt bekannter wird.

Explizit nicht zu den Zielgruppen von ReachOut gehören homosexuelle Männer. Deren Beratungsbedarf wird in Berlin von „Maneo“, dem Schwulen Überfalltelefon, mit dem wir kooperieren, abgedeckt. Ebenfalls nicht bearbeitet werden Fälle von rassistisch motivierten Diskriminierungen. Hier kann ReachOut die Betroffenen an das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin oder an das Anti - Diskriminierungsbüro Berlin e.V. weitervermitteln.

Wer sind die Täter?

Das Spektrum der Tätergruppen ist groß. Die Mehrzahl der Täter sind männlich. Keinesfalls lassen sich rechte, rassistische Gewalttaten auf ein Jugendproblem reduzieren.

Die Täter sind

- zunächst einmal diejenigen, die aufgrund ihrer Kleidung und ihres Verhaltens eindeutig als Rechte zu erkennen sind,
- die „ganz normalen“ Nachbar/innen, die aufgrund ihres rassistischen Denkens gewalttätig werden, andere bedrohen und schikanieren,
- Jugendliche, die nicht als Rechte zu erkennen sind. Das macht den Opfern häufig besonders viel Angst, weil sie keine Möglichkeit sehen, sich rechtzeitig zu schützen,
- unterschiedlicher Herkunftssprache,
- Polizist/innen, die vor allem im Rahmen von sogenannten verdachtsunabhängigen Kontrollen vermeintliche „Ausländer“ bedrohen und misshandeln.

Ursachen für rechte, rassistische Angriffe

Wie oben bereits ausgeführt, sind diejenigen, die gesellschaftliche Ausgrenzung und Diskriminierung erfahren, bevorzugte Opfer von Angriffen.

Betroffen sind meistens Einzelne, aber gemeint ist – und das ist das Besondere an rassistisch oder rechtsextrem motivierten Angriffen – eine ganze Gruppe, die verängstigt und vertrieben werden soll.

Solange Rassismus als gesamtgesellschaftliches Problem mit all seinen Facetten besteht, wird sich dieser auch gewalttätig äußern. Denn häufig verstehen sich rechte Schläger als diejenigen, die den Willen und die Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft und der politisch Verantwortlichen in die Tat umsetzen. Mit anderen Worten: „Der braune Straßenterror wird immer noch meist als pubertäres Austoben betrunkenener Glatzköpfe verniedlicht. Dass die Schläger, Friedhofsschänder und Schmierer oft als Vollstrecker ‚normaler‘ Ressentiments agieren, bleibt in der Regel ausgeblendet.“ (1) Eine Studie von Wilhelm Heitmeyer, die unter dem Titel „Deutsche Zustände“ erschienen ist, zeigt, von welchen „normalen Ressentiments“ hier die Rede ist: Eini-

ge erschreckende Beispiele: Über 55% der Deutschen gehen davon aus, dass es zu viele Ausländer im Land gibt. Mehr als 16% werfen den Juden vor, sie seien an ihrer Verfolgung mit-schuldig. Ein Drittel der Befragten meint, es sei „ekelhaft, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen“.

Wenig Beachtung findet außerdem der Zusammenhang zwischen staatlichen Maßnahmen, gesetzlichen Rahmenbedingungen, politischen Diskursen und der Gewalt auf der Straße. Allzu häufig agieren Politiker/innen als Stichwortgeber für gewalttätige Angriffe. Aktuelle Beispiele finden wir in den Äußerungen von Hohmann und Nietzsche oder in einer undifferenziert und von rassistischen Ressentiments durchdrungenen Debatte über das Kopftuchverbot.

Solange kein politischer Wille erkennbar ist, um die Lebensbedingungen derjenigen, die angegriffen und bedroht werden, grundlegend zu verbessern, sie zu Bürger/innen mit gleichen Rechten werden zu lassen, werden sich die Schläger auch weiterhin in ihrem Tun bestätigt fühlen können.

Präventiv gegen rechte, rassistische Gewalt? Möglichkeiten und Grenzen

„Der Straßenterror kann nur eingedämmt werden, wenn sich Demokraten aller Couleur gemeinsam über dessen Ursachen klar werden und dann dauerhaften Widerstand gegen den Hass auf alles fremde mobilisieren.“ (2)

Es muss zunächst ein Grundkonsens darüber hergestellt werden, dass Angriffe, Pöbeleien und Bedrohungen gesellschaftlich und von politischen Verantwortungsträger/innen – unabhängig ihrer Parteizugehörigkeit nicht geduldet werden. Dazu ist es notwendig, das Ausmaß des Problems zu erfassen und öffentlich werden zu lassen. Nur so können die Dimensionen der Angriffe und die Folgen für die Betroffenen deutlich werden. Dazu trägt ReachOut mit Bildungsangeboten und der Berliner Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe bei.

Erreicht werden muss perspektivisch eine mehrheitliche klare Positionierung gegen die Angriffe und Diskriminierungen und für die Opfer. Das heißt nicht, dass wir glauben schon bald auf diese Weise Angriffe zu verhindern, aber: Wenn ein Angriff droht, wenn Menschen beispielsweise in öffentlichen Verkehrsmitteln beleidigt oder geschlagen werden, wäre es ein enormer Fortschritt, wenn Unbeteiligte konsequent eingreifen oder Hilfe holen würden. Darum geht es in unserer Arbeit: Wege aufzuzeigen, wie die Opfer unterstützt und gegebenenfalls geschützt werden können. Deshalb hat ReachOut im September 2003 eine Plakataktion durchgeführt. Unter dem Motto „Handeln? ...bei rechten, rassistischen und antisemitischen Angriffen“ werden auf dem Plakat Handlungsmöglichkeiten genannt. Plakatiert wurde in Bahnhöfen und in S - Bahnen. Da nach wie vor mehr Angriffe in den Ostberliner Bezirken zu verzeichnen sind, war dort auch der Schwerpunkt der Plakataktion. Die Reaktionen der Medien, aber auch von einer Vielzahl von Einzelpersonen, die uns anriefen und um die Zusendung der Plakate baten, waren so positiv, dass sie nun auch für die Bildungsarbeit eingesetzt werden sollen, um so weitere Diskussionen in Gang zu setzen, welche Unterstützungsmöglichkeiten es im Falle von rechten/rassistischen Angriffen geben kann.

Darüber darf jedoch nicht vergessen werden, dass es sich um ein gesellschaftspolitisches Problem handelt und es demzufolge politische Lösungen geben muss. Nur dann kann von Einzelnen ein dauerhaftes, engagiertes und mutiges Handeln eingefordert werden.

Eine klare Positionierung politischer Verantwortungsträger/innen für die Opfer könnte entscheidend zu einer Stimmungs- und Einstellungsveränderung in der Mehrheitsgesellschaft beitragen. Wenn ein Bürgermeister z.B. konsequent nach einem Angriff öffentlich Stellung nimmt und die Tat verurteilt, hat dies eine Vorbildfunktion und kann den Tätern die Möglichkeiten unbehelligt zu agieren nehmen. Wenn er außerdem die Opfer nach einem Angriff aufsucht, zeigt er, dass er die Situation der Betroffenen wahr- und ernst nimmt. Leider ist die Situation bisher häufig eine andere: Um den guten Ruf einer Stadt/eines Bezirkes besorgt, werden rechte, rassistische Vorfälle ignoriert und verschwiegen.

Darüber hinaus müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen für potentielle Opfer rassistischer Gewalt verändert werden. Die von der EU - Kommission geforderte Umsetzung eines Antidiskriminierungsgesetzes wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Auch die Einführung eines

Bleiberechts für die Opfer ist dringend geboten. Also: Wenn diejenigen, die von rechten/rassistischen Angriffen betroffen sind, auch noch mit der Angst abgeschoben zu werden, rechnen müssen, werden die Täter mit ihrer Strategie der Vertreibung und Demütigung bestätigt.

Diejenigen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren, müssen gestärkt und finanziell gefördert werden. Das sind häufig die kleinen Initiativen vor Ort, die nicht immer bequem sind, dafür aber engagiert und willens langfristig die Situation in ihrem Umfeld zu verändern.

Einige polizeiliche und juristische Maßnahmen im Sinne der Opferhilfe

Wenn die Opfer Anzeige erstatten und ein juristisches Verfahren gegen die Täter anstreben, berichten sie uns immer wieder von negativen Erfahrungen mit den ermittelnden Behörden. In der Vernehmungssituation entsteht oft der Eindruck, den Opfern werde nicht geglaubt oder ein rechter, rassistischer Hintergrund für die Tat lasse sich nicht nachweisen. Jugendlichen wird vorgehalten, dass sie aufgrund ihres Äußeren (beispielsweise Punks) den Angriff selbst provoziert hätten. Hier muss sich in der Praxis und der Wahrnehmung bei den ermittelnden Behörden einiges verändern:

Die Opferzeug/innen müssen darauf vertrauen können, dass sie während der polizeilichen Ermittlungen korrekt und einfühlsam behandelt werden. Nur so lässt sich die Gefahr einer Retraumatisierung nach einem Angriff vermeiden:

„Es sollte daher ein Vernehmungsklima geschaffen werden, das es ermöglicht, über Gefühle und Krisen zu sprechen. (...) Bei kompetenter Vernehmungspraxis, die zwischen subjektivem Erleben und objektivierbaren Tatsachen zu unterscheiden weiß, wird dieses humane und bürgernahe Vorgehen kaum anderen Verfahrensgrundsätzen im Wege stehen.“ (3)

Von der Möglichkeit, die Namen der Opfer-Zeugen nicht in die Akte aufzunehmen, sollte in begründeten Fällen Gebrauch gemacht werden. Leider sind die ermittelnden Beamten für die mögliche Gefährdung von Opfern und Zeug/innen nicht ausreichend sensibilisiert.

Außerdem müssen die Rechte der Nebenkläger/innen gestärkt werden. So sollte beispielsweise die Nebenklage auch in Jugendverfahren ermöglicht werden. Bisher kann die Nebenklage abgelehnt werden, wenn der Tathergang nach Auffassung der Staatsanwaltschaft eindeutig ist. Da dies eine Frage der Interpretation ist, sollte die Entscheidung dem/der Nebenkläger/in überlassen sein. Darüber hinaus müssen die Kostenrisiken für die Nebenkläger/innen minimiert werden. Das könnte u.a. bedeuten, dass eine Kostenübernahme für die Nebenklage nicht abhängig sein sollte von der Gewährung der Prozesskostenhilfe, die nur Menschen mit geringem Einkommen erhalten können.

Grundsätzlich gilt, dass die Erfahrungen von Opfern viel stärker in die präventive Arbeit der Polizei und der vielfältigen Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus einbezogen werden müssen.

ReachOut ist ein Projekt des Vereins ARIBA e.V. und wird finanziert über das Bundesprogramm CIVITAS und das Berliner Programm „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“.

Mit Ihrer Spenden können Sie die Arbeit von ReachOut und somit die Opfer unterstützen: ARIBA e.V./ReachOut, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 10020500, Konto - Nr.: 3244801
Spenden sind steuerabzugsfähig.

Anmerkungen

(1)Frank Jansen: Gibt es eine Braune Armee Fraktion ? Sprengstoff in der Hand von Neonazis – Hintergründe zum Terror von rechts. Tagesspiegel vom 21.09.03.

(2)aus: Frank Jansen, a.a.O.

(3) zitiert aus: Haupt/Weber: Handbuch Opferschutz und Opferhilfe – für Straftatopfer und ihre Angehörigen, Mitarbeiter von Polizei und Justiz, angehörige der Sozialberufe und ehrenamtliche Helfer, S. 36f, bes. auch S. 38

Heidemarie Jehne

Streit im Stadtteil? Verschiedene Möglichkeiten der Konfliktbewältigung - Diskussion im FishBowl Protokoll - Forum 5

Welche spezifischen Handlungsoptionen und Strategien stehen zur Verfügung, um entstandene Konflikte zu lösen

Die Polizei kann bei Streitigkeiten, obwohl als erster am Ort, oft nicht helfen die Probleme zu bewältigen, bzw. bei der Lösung nicht helfen. Meistens liegt bereits eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit vor und es geht bereits den geordneten Geschäftsgang – Strafanzeige.

Im „Kiez“ gibt es viele Bewohner, die sich untereinander nicht kennen, also von ihren Nachbarn nichts wissen, es gäbe hier zwei Strategien:

- Bei bereits entstandenen Konflikten einen Konfliktvermittler aufsuchen, dem von allen streitenden Parteien auch Vertrauen entgegengebracht wird.
- Mit weniger Intellekt und mehr Herz eine Beziehungsebene schaffen, z.B. beim Einzug eines neuen Nachbarn zur Begrüßung „Brot und Salz“ überreichen.

In getrennten Gesprächen mit den Konfliktparteien reden, mit dem Ziel, dann die Streitparteien gemeinsam mit zwei ehrenamtlichen Mediator/innen an einen Tisch zu setzen. Dabei ist es wichtig, alle Gruppierungen, Kulturen und Behörden zu vernetzen und ins Gespräch zu bringen.

Ein Sozialarbeiter einer Wohnungsbaugesellschaft versucht bei Mietstreitigkeiten unter Berücksichtigung der abgeschlossenen Mietverträge unter den Konfliktpartnern zu vermitteln. Bei Konflikten in den Stadtteilen werden Kooperationspartner gesucht. Zusätzlich kann im Jugendbereich in Arbeitsgemeinschaften in Zusammenarbeit mit den Wohnungsbaugesellschaften, Behörden und vielen anderen Fachgremien, z.B. auch die Gestaltung des Umfeldes, Spielplätze und Jugendflächen, auch unter Einbeziehung der Senioren, geplant und verwirklicht werden. Die Zusammenarbeit mit allen Einrichtungen wie z.B. KITAS, Schulen, Kirchengemeinden bis hin zur Volkshochschule können zur Stärkung der sprachlichen Bildung und Senkung des Gewaltbereiches beitragen. Somit können auftretenden Probleme in allen Jugendbereichen beobachtet, geklärt oder wenn nötig das Jugendamt oder die Jugendgerichtshilfe eingeschaltet werden.

Beim Projekt „Neue Streitkultur im Kiez“ wurden mit einem Training interessierte Bewohner/innen und Bewohner zum Thema kulturelle Kommunikation, Konfliktbewältigung geschult. Ziel war es nicht unbedingt Stadtteilmediatoren auszubilden, sondern die Teilnehmer zu befähigen, eigene Konflikte besser zu bewältigen und in die Lage zu versetzen, Konflikte anders zu lösen. Es wurden die eigenen Kompetenzen geschult und gestärkt. Möglichkeiten der Lösung gibt es nur bei Nachbarschaftskonflikten, die Grenzen liegen bei Kriminalität.

Welche Möglichkeiten und Grenzen gibt es bei der Lösung, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede bestehen bei den Projekten – gleiche Probleme mit unterschiedlichen Lösungen

Untereinander kennen und miteinander in Verbindung treten.

Da es unterschiedliche personelle Möglichkeiten gibt, ist eine Vernetzung mit vielen verschiedenen Partner nötig um Konflikte gemeinsam zu lösen oder eventuell weiterzuleiten. Auch bei

starker Vernetzung zwischen den einzelnen Projekten und Einrichtungen, sollte ständig versucht werden neue Vernetzungspunkte zu finden und zu verbinden.
Das gemeinsame Ziel ist die konstruktive Konfliktkultur im Stadtteil.

Wie kostenintensiv sind die Methoden, also rechnet sich das Engagement

Ein früh erkannter Konflikt, der in einem gemeinsamen Gespräch gelöst werden kann, wird viel Geld und Arbeit sparen.

Die Stadtteilmediationsprojekte benötigen Geld und viel Arbeit, um auf den Weg gebracht zu werden. Es wird zwar mit ehrenamtlichen Helfern gearbeitet, meistens gibt es aber einen hauptamtlichen Koordinationsmittelpunkt.

Konfliktvermittlung und Prävention rechnet sich volkswirtschaftlich, Schulungen zum Erlernen der Streitkultur sollten bereits in den Schulen angeboten werden.

Vernetzungen werden meist durch negative Ereignisse und von den betroffenen Personen in Gang gebracht.

Wichtig ist es unter allen Betroffenen Vertrauen schaffen, Foren errichten um Konflikte zu besprechen und prüfen wer in der Vernetzung mehr oder weniger belastbar ist.

Kerngedanken aus dem Forum

Wichtigkeit - bewertet durch die Forumsteilnehmer

- Pionierarbeit ist mühsam – aber auch aufregend
- Angst vor Konflikten abbauen, Vertrauen in Konfliktlösungen aufbauen
- mehr Herz, weniger Intellekt
- in der Auseinandersetzung um Konflikte liegt Potential für Vernetzung
- die Konfliktparteien müssen ihre Verantwortung erkennen
- Erkennen, dass es unser aller Kinder sind
- Zusammenarbeit mit der Bevölkerung.

Sachverständige Diskutanten im Forum:

Sabine Behn, Geschäftsführende Gesellschafterin von Camino gGmbH

Dirk Büscher, Sozialarbeiter beim GEWO BAG - Verbund

Christoph Lischke, Soldiner Kiez

Henry Maiwald, Polizeihauptkommissar, Polizeiabschnitt 41

Susanne Sander, Quartiersmanagement Moabit - West

Miriam Schroer, Camino

Jamie Walker, Mediationsbüro Mitte

Uwe Weise, Leiter des Jugendclubs Heckerdamm Charlottenburg Nord

Frau Dr. Elisabeth Ziemer, BA Tempelhof / Schöneberg

Bezirksstadträtin für Gesundheit, Stadtentwicklung und Quartiersmanagement

Moderation: Szabine Adamek, Bündnis „Demokratie jetzt!“ Charlottenburg - Wilmersdorf

Inka Bruhn

PIT – ein Erfolgsprojekt in der Präventionsarbeit

Das Projekt „PIT“ ist ein schulisches Programm zur Prävention von Diebstahl, Gewalt und Sucht und bedeutet unabgekürzt ganz einfach „Prävention im Team“.

Das Besondere daran: Lehrer/innen und Polizeibeamt/innen aber auch externe Suchtberater/innen werden gemeinsam als Team in einer ein- bzw. zweitägigen Informationsveranstaltung für das Projekt ausgebildet und gestalten es dann mit den 6. bis 8. Klassen gemeinsam (mit entsprechendem Arbeitsordner – einschließlich Video, CD und Materialien zur Unterrichtsgestaltung aus dem ProPK - Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes) zur Unterstützung).

Somit treten Erwachsene als Team vor den Schüler/innen auf und leben gemeinsames Arbeiten an gesellschaftlichen Fragen faktisch vor. Durch die abgestimmte Einbindung von Lehrer/innen, Psycholog/innen, Polizist/innen, Suchtberater/innen oder auch Richter/innen in das Konzept lernen die Jugendlichen Erwachsene aus unterschiedlichen Berufsfeldern kennen und können dabei erleben,

- wie Erwachsene erfolgreich im Team arbeiten,
- dass Erwachsene an einem friedlichen Zusammenleben in ihrer Gemeinde interessiert sind,
- wie Erwachsene konstruktiv an der Lösung gesellschaftlicher Fragen arbeiten, und zwar Erwachsene aus unterschiedlichen Berufen, mit unterschiedlichen Motivationen und Meinungen.

Konfliktbeladene Themen des Erwachsenwerdens, also aus dem unmittelbaren Umfeld der Jugendlichen, stehen dabei im engen Zusammenhang mit den Themen der Prävention.

Methodisch steht neben der Wissensvermittlung eine Reihe von Interaktionsübungen im Mittelpunkt, sodass Kinder und Jugendliche auch mit viel Spaß an den „Fällen“ bestimmte Verhaltensweisen trainieren und deren Auswirkungen auf ihre Mitmenschen kennen lernen können. Dadurch kann sich gleichzeitig das soziale Klima in den Klassen entscheidend verbessern.

Inzwischen ist „PIT“ fester Bestandteil der Präventionsarbeit in vielen Schulen Schleswig-Holsteins. Das Projekt wurde von einigen anderen Bundesländern, u. a. Rheinland - Pfalz, Niedersachsen und Bayern, übernommen. Konkrete Anfragen bestehen aus der Schweiz, Dänemark und Kanada.

In der Testphase wurde das Projekt 1996 vom Institut für Therapie und Gesundheitsforschung (IFT - Nord) Kiel wissenschaftlich begleitet. Die Auswertung bestätigte, dass PIT - Elemente enthält, deren Präventionswirksamkeit in anderen Programmen eindeutig belegt werden konnte. Inzwischen wurde PIT 2 erarbeitet – die Version für Grundschulen. Wir hoffen auf einen ähnlichen Erfolg wie bei PIT 1.

Ansprechpartner für PIT 1 + 2:

Günter Rickers, IQSH, Schreiberweg 5, 24119 Kronshagen, Tel.: 0431/540-3132,
Fax: 0431/540-3101, e-mail: guenter.rickers@iqsh.de

Sylvia Frahm, Juliangardeweg 9, 25524 Itzehoe, Tel.: 04821/6830, Fax: 04821/68355,
e-mail: s.frahm@sh-home.de



Gunter Kase

PIT - Prävention im Team : Persönlichkeitsentwicklung und Samfund PIT - Das Original aus Schleswig-Holstein

Zusammenfassung(1)

PIT ist ein schulisches Präventionsprogramm, das über ein modulares Konzept von Primär- und Sekundärprävention den Aufbau prosozialen Verhaltens und positiver Gestaltung des Klassenklimas fördert und damit dazu beiträgt, das Auftreten delinquenten Verhaltens bei Schülern zu vermindern. Schwerpunkte sind dabei die Persönlichkeitsförderung (Miteinander) der Schüler und die Verbesserung des Klassenlebens (Samfund). Diese Teile werden hier vorgestellt als Ergänzung zu den Vorträgen der anderen Mitglieder der PIT - Arbeitsgruppe im Forum sechs. Das Programm wird seit 1996 in Schulen in Schleswig-Holstein eingesetzt und wurde seitdem mehrfach evaluiert. Die Ergebnisse der Studien legen die Wirksamkeit im Sinne des Konzepts nahe.

Geschichte und Entwicklung des Projekts

1992 setzte sich auf Initiative des damaligen Leiters der Kriminalpolizei Rendsburg, Herrn Jürgen Sievers, ein interdisziplinäres Arbeitsteam, bestehend aus Pädagogen, Polizisten und einem Schulpsychologen (dem Autor) zusammen, um ein Konzept und Material für 'kriminalpräventiven Unterricht' zu entwickeln. Von 1993 bis 1995 arbeitete das Team als Arbeitsgruppe 7.1 des Landesrats für Kriminalitätsverhütung zusammen. Das Team entschied sich, PIT als ein vierstufiges Programm zu entwickeln. Die Materialien wurden neu erstellt (Teile eins und zwei) oder in adaptierter Form dem Programm ‚Samfund und Miteinander‘(2) (Teile drei und vier)(3) entnommen. 1996 wurde das PIT - Programm von 25 Klassen (18 Schulen) im Kreis Rendsburg-Eckernförde erprobt. Dieser Lauf wurde vom IFT - Nord(4) evaluiert und aufgrund der Rückmeldungen der Schüler, Lehrkräfte und Polizisten text- und durchführungsoptimiert, bevor das Programm landesweit eingesetzt wurde. Seit 1996 haben mehr als 250 Schulen aller Schularten an dem Projekt teilgenommen und das Programm wurde, zum Teil in modifizierter Form, von anderen Bundesländern übernommen.

Samfund und Persönlichkeit im PIT - Konzept

Die Zeit der Pubertät ist für Jugendliche eine sensible und zugleich schwierige Entwicklungsphase. Selbstfindung, Ablösung von den Eltern und die stärkere Orientierung an der Gruppe (Peers) oder charismatischen Führern gehören zu den Entwicklungsaufgaben der 10 - 15-jährigen. Das Hinausschieben der eigenen Grenzen, das Austesten und Übertreten von Regeln tritt in dieser Zeit verstärkt auf. Medien mit ihren (Gewalt-)Helden fördern problematische Orientierungen. Die Grenzen zwischen Ausprobieren, ‚normalem‘ und delinquentem Verhalten sind fließend, die Bewertungen von Erwachsenen und Jugendlichen gehen in dieser Zeit am weitesten auseinander. Zugleich findet eine starke emotionale Verunsicherung statt. In diesen „letzten Tagen der Kindheit“, schulisch den Klassenstufen 6-8 wird versucht, eine Auseinandersetzung mit Gewalt als Ausgangsproblem zu erreichen, Berührungspunkte zur Polizei abzubauen und eine Unterstützung bei der Selbstfindung, Werteentwicklung und Verbesserung von Klassenklima und Miteinander (Samfund) zu leisten.

Lehrkräfte und Polizisten, später gegebenenfalls auch Schulpsychologen und Suchtberater als externe Berater sind Modelle für Zusammenarbeit und ethische Haltungen. PIT versteht sich als Präventions-, nicht als Interventions-Programm, der modulare Charakter erlaubt und wünscht

die Einbettung in schulische Gesamtkonzepte und Verzahnung mit anderen schulischen und außerschulischen Projekten.

Die Materialien

Die Materialien, die den Lehrkräften und Polizisten zur Verfügung stehen, orientieren sich an den Zielen des Projekts.

Die Ziele sind für

- Teil eins: Pädagogische Themen ‚Gewalt‘, ‚Diebstahl‘, ‚Sucht‘: Sensibilisierung für die Auswirkungen und Folgen delinquenten Verhaltens, Bearbeitung konkreter Anlässe
- Teil zwei: Polizei: Abbau von Tabuisierungen und Berührungsängsten gegenüber der Polizei
- Teil drei: Persönlichkeit und Miteinanderleben: Selbstentwicklung, Aufbau prosozialen Verhaltens
- Teil vier: Samfund: Verbesserung des sozialen Klimas in der Klasse

Heute werden die PIT - Materialien als Loseblattsammlung herausgegeben, sodass die Integration zusätzlicher Materialien und die Aktualisierung erleichtert wird.

Das Training, die Ausbildung der Lehrkräfte und Polizisten

Obwohl das Programm so ausgelegt ist, dass erfahrene Leiter die Materialien sofort einsetzen könnten, wurde es zunächst nur Lehrkräften zur Verfügung gestellt, die zusammen mit den Kooperationspartnern der Polizei an einem zweitägigen Einführungstraining teilnahmen.

Die Fortbildungen wurden von den beteiligten Institutionen (Schleswig - Holsteinisches Lehrerfortbildungsinstitut (IPTS), dem Landeskriminalamt, der KOSS (Koordinationsstelle Schulische Suchtvorbeugung) und dem Schulpsychologischen Dienst des Kreises Rendsburg-Eckernförde) gemeinsam zentral durchgeführt. Ein Expertenteam (Pädagogen, Polizisten, Schulpsychologe, Suchtberater) leitete die Teilnehmer an. Lehrkräfte und Polizisten wurden mit dem Konzept und den Materialien vertraut gemacht, erlebten die Wirkung interaktionspsychologischer Übungen und Rollenspiele.

Die allgemeine Finanznot und geänderte Fortbildungskonzepte hatten eine Reduzierung auf eintägige Einführungsveranstaltungen zur Folge. Eine Änderung, die ich als Schulpsychologe und Gruppendynamik - Trainer durchaus kritisch sehe, denn ein Tag ist für Ausprobieren und die Arbeit an „Klappen“ zu kurz. Das Selbsterleben ist jedoch eine wichtige Voraussetzung für die kompetente Arbeit gerade mit den persönlichkeits- und klassenbezogenen Übungen und Spielen. Als zusätzliches Unterstützungsangebot können die Teilnehmer deshalb bei Durchführungsproblemen vertiefende Supervision in Anspruch nehmen.

Da Samfund (Teil vier) in stärkerem Maß als die anderen Teile Einfluss auf das Klassen- und Schulleben nimmt, sind hier auch die größeren Widerstände im Individuum oder im Kollegium zu berücksichtigen. Dem wird durch zusätzliche Trainingsangebote zur Gruppendynamik und Prozesssteuerung in der schulpsychologischen Beratungsstelle Rendsburg - Eckernförde Rechnung getragen, die für Lehrkräfte aus ganz Schleswig - Holstein offen stehen.

Die Durchführung eines PIT - Projektes

Da es wünschenswert ist, dass das Projekt möglichst von der ganzen Schule mitgetragen wird, ist vorab die Zustimmung der Schulkonferenz, zumindest aber der Lehrerkonferenz einzuholen. Die Eltern der beteiligten Klassen werden informiert, die Themen möglichst auf Elternabenden vorab oder begleitend behandelt.

Die Durchführung orientiert sich an den a. a. O. beschriebenen Bausteinen / Zielen / Arbeitsschritten der vier PIT - Teile. Nachdem die Lehrkräfte über die pädagogischen Schritte des Teils eins eine Sensibilisierung für das Thema (Gewalt, Diebstahl oder Sucht) erarbeiten lassen, werden im zweiten Schritt die kooperierenden Polizisten aktiv und vertiefen die polizeispezifischen Aspekte der Themen.

In diese Teile werden zunehmend die erlebnisaktivierenden und erfahrungsorientierten Interaktionsübungen und Rollenspiele der folgenden Teile eingebettet:

- Teil drei: Persönlichkeit und Miteinanderleben: Selbstentwicklung, Aufbau prosozialen Verhaltens, Sensibilisierung für Täter-, Opfer- und Mitläufer-Erleben, Wertentwicklung (Durchführungszeit: mindestens sechs Schulstunden mit dem Ziel, die interaktionspsychologischen und -pädagogischen Übungen als Lernweg zu implementieren)
- Teil vier: Samfund: Verbesserung des sozialen Klimas in der Klasse, Einführung von Ritualen, Regelentwicklung, Stabilisierung struktureller Maßnahmen des Gemeinschaftslebens in Klasse und Schule (Durchführungszeit: unbegrenzt, sollte zum Teil des Klassenlebens werden).

Die Übungen zur Persönlichkeitsentwicklung orientieren sich an den folgenden Hauptzielen, (die sich ihrerseits in weitere Unterziele bis hin zu operationalen Verhaltensweisen aufgliedern):

- Selbststärkung
- (positive) Eigenzeitgestaltung
- Kontakt- und Kommunikationsfähigkeit
- Konflikt- und Kooperationsfähigkeit
- Mitverantwortung tragen können.

Dabei wurden für den Teil Persönlichkeitsentwicklung solche Übungen entwickelt und zusammengestellt, die Erfahrungen mit genau diesen Zielen (oder den Auswirkungen des Nichtvorhandenseins) ermöglichen, die ergebnisoffen sind und durch Thematik und Ablauf von Jugendlichen der Altersgruppe 12 bis 16 Jahre überwiegend akzeptiert werden.

Bewusst wurde nur eine beschränkte Zahl von Übungen aufgenommen. Diese sind jedoch mit Zielen, Anweisungen zur Durchführung und zur Auswertung sowie dem Transfer in das tägliche Leben ausführlich nach dem folgendem Schema beschrieben:

Name des Spiels

- Kurzbeschreibung (für erfahrene Leiter als Kurzanweisung)
- Angestrebte Ziele (mit operationalisierten Teilzielen)
- Zeitbedarf und erforderliche Materialien
- Spielanleitung („Vorlese“ - Text zur Durchführung und Auswertung)
- Hinweise und Fragen zur Auswertung und zum Transfer in das alltägliche Leben
- Erfahrungen, die andere Leiter / Lehrkräfte damit gemacht haben
- Besondere Hinweise (Restkategorie für alles Wichtige, das nicht unter die anderen Punkte passt).

Während der Zeitaufwand und der Ablauf für die Bausteine eins (z.B. Gewalt) und zwei (Polizei) eher feststehen, erfordern die Teile drei (Persönlichkeitsentwicklung, Interaktion) und vier (Samfund / Miteinandern) eine passgenaue Einbettung in den Gruppenprozess und die Beziehungsmuster der Klasse und der Schule.

Die Übungen zur Persönlichkeitsentwicklung (Teil drei) fördern das Erfahrungslernen, das Erleben der unterschiedlichen Facetten des gleichen Themas und eine Erweiterung der eigenen Weltsicht, da die gleichen Situationen von mehreren Personen sehr unterschiedlich erlebt, gedeutet und bewertet werden können.

Erfahrungen und Erlebnisse (positive und negative) verblassen und verlieren ihre verhaltensändernde Wirksamkeit, wenn sie nicht verstetigt werden.

Die erlebnisaktiven, positiven Interaktionserfahrungen müssen in Regeln, Ritualen und Umgangsformen abgesichert und eingeübt werden. Lehrkräfte sind dabei Vorbilder, Partner und „Hüter der gelebten Regeln“, die auf die Einhaltung und gegebenenfalls Sanktionierung achten. Das ist notwendigerweise keine zeitlich begrenzte Unterrichtsphase, sondern ist Samfund, das Leben und Arbeiten nach verbindlichen, gemeinsam aufgestellten Regeln und Umgangsformen, die, wenn es erfolgreich läuft, dem Klassenleben und Miteinandern eine neue Qualität geben. Genau dieses unterstützen die Arbeitsmaterialien des Teils vier (Samfund), mit denen aufbauend auf den Erlebnissen und Erfahrungen „das Überleben positiver Erfahrungen“ abgesprochen, vereinbart und auf seine Wirksamkeit hin überprüft wird mit dem Ziel, vereinbarte und (häufig abweichende) gelebte Regeln mehr zur Deckung zu bringen.

Alle Bausteine, besonders aber die Teile Persönlichkeit und Samfund enthalten hierfür Ablaufschemata, Checklisten und Arbeitshilfen, die es auch weniger geübten Personen erlauben, die Materialien effizient einzusetzen und das Miteinandern in der Klasse zu verbessern.

Evaluation (und ein paar robuste Thesen)

Das PIT - Projekt ist seit 1996 mehrfach unter unterschiedlichen Fragestellungen evaluiert worden(5):

„Holzschnittartig“ lassen sich die Ergebnisse wie folgt verdichten:

- Lehrkräfte und Polizisten erleben PIT als überwiegend praktikabel und geeignet, die formulierten Ziele zumindest in Teilen zu erreichen.
- Samfund wird von den Lehrkräften als wichtiger Teil, jedoch z.T. schwierig in der Umsetzung und Implementierung erlebt. Moderatorvariablen sind das Schulklima, die Kooperation im Kollegium oder im Klassenteam.
- Interaktionsübungen sind in der Altersgruppe niedrighschwelliger als Rollenspiele, letztere erleichtern jedoch das Ausprobieren neuen Verhaltens.
- Lehrkräfte und Polizisten erleben durch das Projekt eine Stärkung ihrer Handlungsmacht beim Umgang mit Gewaltphänomenen in der Klasse.
- Lehrkräfte und Schüler erleben eine Veränderung des Miteinanders und des Klimas in der Klasse nach Durchführung des Projekts: die Klassengemeinschaft wird gestärkt, Außenseiter werden besser integriert, die Lehrer-Schülerbeziehung verbessert.
- Das Programm ermöglicht Schülern, offen über eigene Probleme zu sprechen, das Selbstbewusstsein zu stärken und besser mit Konfliktsituationen umzugehen.
- Berührungängste gegenüber der Polizei werden durch die gemeinsame Arbeit abgebaut.

Neueste Entwicklungen / Ausblick

Die PIT - Materialien wurden 2001 und 2002 überarbeitet, erweitert und aktualisiert. Dabei wurden die Durchführungserfahrungen der letzten Jahre berücksichtigt. Adressen, statistische Daten und Literatur wurden auf den neuesten Stand gebracht, die Teile Persönlichkeitsentwicklung und Samfund wurden durch zusätzliche Übungen und Auswertungshilfen noch benutzerfreundlicher. Jetzt wird PIT als Loseblattsammlung angeboten, die durch Nachträge oder eigene Materialien besser an die Benutzerbedürfnisse angepasst werden kann.

Eine aktuelle Adressenliste der Ansprechpartner für die unterschiedlichen Themenbereiche kann beim IQSH (guenter.rickers@iqsh.de) angefordert werden.

Der Verfasser ist Ansprechpartner für die Teile drei (Persönlichkeitsentwicklung) und vier (Samfund).

Anmerkungen

(1) Dieser Text ist die abgeänderte und verkürzte Fassung meines Vortrags „PIT – Prävention in Team – The Original from Schleswig-Holstein“, Kongressbericht des European Crime Prevention Network Quartet & National Representatives Meeting vom 7.-8. Oktober 2002 in Aalborg, Dänemark, 2002

Der englischsprachige Text kann bei mir angefordert werden.

(2) Samfund: dänisch: Gemeinschaft, in Gruppen positiv aufeinander bezogenes Verhalten. In der deutschen Schulpsychologie als Synonym für prosoziales, verantwortungsbewusstes Handeln in Gruppen. Als Eindeutschung kreierte ich das Verb ‚Miteinandernn‘, um auf Anglizismen oder Umschreibungen verzichten zu können.

(3) Hrsg.: Verband Schleswig-Holsteinischer Schulpsychologen (VSHS), Lübeck, 1993-2002.

(4) IFT - Nord: Evaluationsbericht des Projekts „Prävention im Team“ (PIT), Kiel, August 1996.

(5) Die genauen Quellenangaben finden sich, soweit bekannt, bei den Literaturangaben.

Literatur

Veröffentlichungen zu PIT und Samfund

Bundeskriminalamt – Infopool Prävention – Themengebiet Jugendkriminalität / Jugendschutz: PIT – Schulische Prävention im Team, 2002 Wiesbaden.

Hanewinkel, R. & Knaack, R.: MOBBING: Gewaltprävention in Schulen in Schleswig - Holstein.

1997, Landesinstitut Schleswig-Holstein für Praxis und Theorie der Schule und Gemeindeunfallversicherungsverband Schleswig - Holstein. Kiel / Kronshagen.

IPTS, Landesinstitut Schleswig-Holstein für Praxis und Theorie der Schule, Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig - Holstein im Innenministerium Schleswig - Holstein, Weißer Ring e.V. Kiel / Kronshagen. (Hrsg.)

PIT (1) – Prävention im Team , Kronshagen 1996, überarbeitete Neuauflage 2002.

IPTS, Landesinstitut Schleswig-Holstein für Praxis und Theorie der Schule, Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein im Innenministerium Schleswig - Holstein, Weißer Ring e.V. Kiel/Kronshagen. (Hrsg.)

PIT (2) – Prävention im Team in der Grundschule, Kronshagen 2001.

Kase, Gunter, PGT: Psychodramatisch – gruppenspezifisches Lehrertraining
in: Horst Költze u. a., Lehrertraining: Theorie und Praxis verschiedener Modelle, Julius Klinkhardt Verlag, 1995.

Kase, Gunter: „PIT – Prävention in Team – The Original from Schleswig-Holstein“, in: Kongressbericht des European Crime Prevention Network Quartet & National Representatives Meeting vom 7.-8. Oktober 2002 in Aalborg, Dänemark, 2002 (englisch), dt. Text zur Veröffentlichung eingereicht.

Kase, Gunter, Reisefreuden und -ängste von Kindern
in: Grundschule Heft 4/April 2002, S.14-16.

Kase, Gunter, SAMFUND - ARBEIT: Förderung der Kollegiums - Zusammenarbeit, im Umgang mit Aggressionen in der Schule,

in: Greuer - Werner, M. (Hrsg.) Psychologie - ein Beitrag zur Schulkultur, 1995, ISBN:, Verlag: Dt. Psychologen – Verlag, Bonn.

Kase, Gunter, SAMFUND und MITEINANDERN:

Bausteine zum psycho - sozialen Lernen in der Schule

Teil 1: Innovation in der Schule:

Förderliche und hinderliche Bedingungen für Veränderungen

Teil 2: Samfund - Materialien für das Kollegiumstraining

Plan- und Rollenspiele zur Förderung der Kollegiums-Zusammenarbeit

Teil 3: Miteinandern:

Gruppendynamische Übungen und Interaktionsspiele für das psycho - soziale Lernen in der Klasse

Teil 4: Samfund in der (Schul-)Klasse

Das Zusammenleben in der Schulklasse gestalten.

Das Organisations - Entwicklungspaket für positive Erfahrungen.

Lübeck 1995, Bezug des Programms / der einzelnen Teile über: Verband Schleswig - Holsteiner Schulpsychologen (VSHS), Geschäftsstelle: 23552 Lübeck, Hinter der Burg 2-4.

Kase, Gunter: Samfund und Miteinandern

Bausteine zum psychosozialen Lernen in der Schule

Oder: Was macht der Schulpsychologe, wenn die Polizei in die Schule kommt?

in: L. Dunkel, Chr. Enders, Chr. Hanckel (Hrsg.), Schule – Entwicklung – Psychologie = Schulentwicklungspsychologie, Bonn 1997, ISBN: 3-931589-11-0, Dt. Psychologen - Verlag, Bonn.

Kase, Gunter: Samfund und Miteinandern

Bausteine zum psychosozialen Lernen in der Schule

Oder: Von einer besseren Schule träumen und sie verwirklichen!

in: Chr. Enders, Chr. Hanckel, S. Möley (Hrsg.), Lebensraum – Lebenstraum – Lebenstrauma Schule, Bonn 1999, ISBN: 3-931589-30-7, Dt. Psychologen - Verlag, Bonn.

Kase, Gunter: Samfund und Miteinandern als Konflikt - Präventionsprojekt an Schulen

in: H. Meidinger (Hrsg.): Schulverwaltung spezial (2004 / 4): Konflikte neu sehen und anders damit umgehen – Schulpsychologen stärken Schüler, Eltern, Lehrer und Schulleiter (Erscheinungstermin: November 2004).

Kase, Gunter (Hrsg.), Verein für Friedenspädagogik e.V., Augen auf beim Spielzeugkauf, Was Sie über Gewaltspielzeug und Gewalt in Medien wissen sollten, 1992, Verlag: Schulpsychologische Beratungsstelle Rd - Eck, Rendsb., Seiten: 14.

Kleiter, E.F., Film und Aggression – Aggressionspsychologie, Weinheim 1997, Dt. Studien Verlag.

Olweus, D., Gewalt in der Schule. Was Lehrer und Eltern wissen sollten – und tun können. 1995 Huber, Bern.

Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein: Abschlußbericht der AG 7.1 (PIT), Kiel.

Singer, Kurt, AHS - Feindbilder in der Lehrer - Schüler - Beziehung überwinden, Die Unterbrechung der Abschreckungsspirale Angst - Feindbild - Gewalt - Angst, Verlag: Aktion Humane Schule, Beim Ratsberg 43, Pinneberg, Seiten: 24.

Singer, Kurt, AHS - Kinder und Jugendliche mit ihren Gefühlen annehmen, Gefühlsäußerungen der Schüler zu begreifen versuchen,

Verlag: Aktion Humane Schule, Beim Ratsberg 43, Pinneberg, Seiten: 19.

Singer, Kurt, AHS - Konflikt-Bearbeitung im Gespräch, Kinder u. Jugendliche brauchen in Konfliktsituationen ein „gutes Wort“ -, und die Chance, sich persönlich äußern zu können, Verlag: Aktion Humane Schule, Beim Ratsberg 43, Pinneberg, Seiten: 16.

Singer, Kurt, AHS - Konflikte durch aggressive Kinder und Jugendliche, Lehrer - Schüler - Beziehung und Aggression, Verlag: Aktion Humane Schule, Beim Ratsberg 43, Pinneberg, Seiten: 24.

Singer, Kurt, Heft, AHS - Lehrer-Schüler-Konflikte gewaltfrei lösen, Gewalt durch gewaltfreies Handeln überwinden - Praktizierte Friedenserziehung, Verlag: Aktion Humane Schule, Beim Ratsberg 43, Pinneberg, Seiten: 16.

Singer, Kurt, AHS – Sich - begreifen - lassen in schulischen Konfliktsituationen, Mit sich selbst in der Beziehung zum anderen bleiben, Verlag: Aktion Humane Schule, Beim Ratsberg 43, Pinneberg, Seiten: 20.

Singer, Kurt, AHS - Unbewußte Konflikte von Lehrerinnen und Lehrern, als Ursache gestörter pädagogischer Beziehung, „Schwierige“ Lehrer müssen es den Schülern schwer machen, Verlag: Aktion Humane Schule, Beim Ratsberg 43, Pinneberg, Seiten: 20.

Singer, Kurt, Wenn Schule krank macht (Wie macht man sie gesund und lernbereit?) Weinheim 2000, ISBN 3-407-22817-1 Beltz - Verlag Weinheim.

Weiß, R.H.: Mediengewalt bei Kindern und Jugendlichen. 1999. Schulverwaltungs ND 4, 77-85.

Weiß, R.H.: Gewalt, Medien und Aggressivität bei Schülern, Göttingen 2000, Hogrefe – Verlag.

Evaluationsstudien:

Aßhauer, M & Hanewinkel, R.: Evaluationsbericht des Projektes „Prävention im Team“ (PIT), 1966
IFT - Nord Institut für Therapie- und Gesundheitsforschung, 1996 Kiel.

Marxen, R & Sudek, R: Schulische Gewalt- und Suchtprävention im Team (PIT) – Ein Evaluationsbericht, Pädagogik zeitgemäß, Heft 39, 2000 Bad Kreuznach.

Study of General Themes/Research Participation in the PIT project as part of the final semester of study of the Police Division, Lower Saxony Academy of Administration. 2000, the Studie can be ordered at the LKA (Landeskriminalamt).

Udo Koslowski

Durchführung des Konzeptes „Prävention im Team“ durch die Polizeistation Heikendorf und Bearbeitung von Jugendsachen

Es kann allgemein festgestellt werden, dass die Straftäter immer jünger werden. Bereits Kinder im Alter von acht bis zehn Jahren werden auffällig. Auch die jährlichen Kriminalstatistiken zeigen, dass die Zahlen im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität steigen.

Bei Kindern und Jugendlichen sind noch große Unsicherheiten und Unkenntnisse über Straftatbestände und deren rechtliche Folgen vorhanden, weil auch ihren Eltern vielfach diese Informationen fehlen.

Für die Polizei gilt (sollte gelten) besonders im Jugendbereich der Grundsatz „Prävention geht vor Repression“.

Deshalb arbeitet die Polizei auch im Rahmen jugendspezifischer Präventionskonzeptionen und -programme mit anderen Stellen eng zusammen (PDV 382 Bearbeitung von Jugendsachen).

Das Projekt „Schulische Prävention im Team“ wurde im Rat für Kriminalitätsverhütung des Landes Schleswig - Holstein gemeinsam mit Pädagog/innen, Psycholog/innen und Polizeibeamt/innen für Schüler und Schülerinnen erarbeitet. Schulklassen wählen das Einstiegsthema „Gewalt“ oder „Diebstahl“ oder „Sucht“.

Lehrer/innen und externe Fachleute (Polizeibeamt/innen, Suchtberater/innen) führen, nach Unterweisung in die Umsetzung des Konzeptes, gemeinsam ein abgestimmtes Unterrichtsprogramm mit den Klassen durch.

Die Eltern werden informiert und über die Ergebnisse schriftlich in Kenntnis gesetzt. Die Schüler lernen etwas über das Einstiegsthema, bekommen mögliche Folgen der Kriminalität aufgezeigt und werden anschließend in Übungen an soziales Verhalten und Persönlichkeitsbildung herangeführt.

Soweit die Theorie!

Das Konzept muss jedoch praxisnah und mit Leben ausgefüllt und auf die einzelne Klasse individuell angepasst werden.

Der Polizeibeamte führt die Schüler an die negativen Konsequenzen für Opfer und Täter heran. Es werden ca. drei Unterrichtsstunden mit der Schulklasse durchgeführt. Weiterhin findet ein ca. zwei- bis dreistündiger Dienststellenbesuch statt.

Zum Abschluss haben wir mit einigen Klassen an einem Gerichtstermin in Kiel teilgenommen. Dort haben sich der Staatsanwalt, die Richter und die Mitarbeiter der Jugendgerichtshilfe immer Zeit genommen, Fragen der Schüler zu beantworten. Der Besuch des Gerichtes stellte für die Schüler immer einen Höhepunkt dar.

Diese Bemühungen können nur dann erfolgreich sein, wenn die Eltern wenigstens ansatzweise in die Thematik einbezogen werden.

Aus diesem Grund wird vor der Durchführung des Konzeptes an einem Elternabend der jeweiligen Klassen teilgenommen, wo das Projekt und die Zielsetzung bekannt gegeben wird. Weiterhin wird jährlich ein Infoabend zum Thema Prävention an der Schule für die Eltern durchgeführt. An diesen Abenden erschienen bisher ca. 100 Eltern.

Folgende Personen berichten aus ihrem Arbeitsfeld:

- Leiterin der Präventionsgruppe der Schule zum Thema Prävention allgemein an der Schule
- Suchtberater der Beratungsstelle Kreis Plön
- Mitarbeiter der Erziehungsberatung Kreis Plön, Zweigstelle Heikendorf
- Mitarbeiterin des Kreises Plön zum Thema Ernährungsberatung
- Lehrer der Schule zum Thema Verkehrssicherheit
- Polizeibeamter der hiesigen Dienststelle zum Thema Prävention
- Mitarbeiterin des Jugendamtes.

Die genannten Personen berichten aus ihrem Arbeitsfeld, beantworten Fragen und bieten sich den Eltern als feste Ansprechpartner an.

Danach findet in der Aula eine lockere Gesprächsrunde statt.

Zwischen diesen Fachleuten gibt es bereits eine gute Zusammenarbeit. Etwaige Problemfälle werden an die zuständigen Personen verwiesen. Eine Zusammenarbeit findet in vertrauensvoller Art und Weise statt. An der Schule hat sich eine Präventionsgruppe gebildet. Zwischen den drei Heikendorfer Schulen findet ein stetiger Austausch statt.

In diesem Monat wird z.B. eine Informationsveranstaltung zum Thema Drogenproblematik nach dem Motto „Aus der Praxis für die Praxis“ für die Lehrer durchgeführt.

Das PIT - Konzept wird in Heikendorf seit 1997 an dem Gymnasium und der Hauptschule jeweils in den 7. Klassen zum Thema Gewalt durchgeführt.

In diesen 5 Jahren wurden insgesamt 35 Schulklassen (ca. 750 Schüler/innen) beschult.

Aufgrund der jahrelangen Zusammenarbeit und Erfahrungen findet in diesem Jahr eine noch engere Vernetzung zwischen Schule/Schülern/Eltern/ Polizei statt.

Im Gymnasium hat sich eine Präventionsgruppe gefunden, die für jeden Jahrgang ein Präventionsthema (z.B. Lions Quest, PIT, Busengel, Suchtberatung, Alkohol und Aggression im Straßenverkehr) fest installiert hat.

Nach einer Fragebogenaktion bescheinigten die Eltern und Schüler der Prävention einen hohen Stellenwert.

80% der Eltern sowie der Schulelternbeirat wünschen die Fortsetzung der präventiven Maßnahmen in Zusammenarbeit mit der Polizei.

Damit ist das Konzept „Prävention im Team“ an der Schule fest installiert (seit Anfang des Jahres auch an der Haupt- und Realschule).

An der Grund- und Hauptschule und dem Gymnasium werden bei Straftaten von jugendlichen Schülern oder strafbaren Handlungen von Kindern Elterngespräche unter Federführung der Klassenlehrer mit den beteiligten Personen und den Jugendsachbearbeitern der Polizei durchgeführt. Teilweise nimmt der Jugendsachbearbeiter der Dienststelle auch an Lehrerkonferenzen teil.

Beispiel:

Ein 14 - jähriger Schüler sprühte aus einem Feuerzeug Gas und entzündete kurz danach die Bekleidung mehrerer Mitschüler. Zuvor gab es auch schon mehrere Probleme mit dem Schüler. Die Lehrerkonferenz beschloss einen vierwöchigen Verweis auf eine andere Schule.

Der Vorschlag der Polizei, den Jugendlichen wöchentlich einmal zu einem Gespräch einzuladen, wurde aufgenommen. Der Kontakt zu dem Schüler sollte nicht verloren gehen. Jeden Montag in den ersten beiden Schulstunden wurde mit dem Schüler im Beisein der Klassenlehrerin und der Polizei ein Gespräch geführt.

Beispiel:

Der Konsum von Haschisch und der Ladendiebstahl stellen einen polizeilichen Schwerpunkt dar. Dies wurde den Schulen mitgeteilt, damit man gemeinsam Lösungen finden kann. Mit dem

Rektor des Gymnasiums wurden die Klassen des achten Jahrganges aufgesucht. Aus Schul- und Polizeisicht wurden die Probleme angesprochen. Sollten die Schüler Probleme haben, wurden Ansprechpartner angeboten (Erziehungsberatung). Auch die Polizei stellte sich als Ansprechpartner zur Verfügung. Die Schüler wurden nochmals auf ihre Verantwortung als Teil des Teams (PIT - Konzept) hingewiesen. Die Rückmeldungen der Schüler waren positiv, in einer Klasse wurden wir mit lautem Beifall verabschiedet.

Beispiel:

Ein 14 - jähriger Schüler bedrohte Mitschüler mit einem Messer. Der Sachverhalt wurde zur Anzeige gebracht. Während der schriftlichen Vernehmung mit dem Jugendlichen und der Mutter wurde klar, dass die Probleme auch im privaten Bereich liegen. Gespräche mit der Erziehungsberatung hatten schon stattgefunden. Es fehlte eine Betreuung nach der Schule. Von hier aus wurde mit dem Vorsitzenden des Seniorenbeirates gesprochen. Dieser erklärte sich sofort bereit, pensionierte Lehrer aus seinen Reihen zu motivieren, nach der Schule eine Hausaufgabenbetreuung zu übernehmen. Eine Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und der Schule findet selbstverständlich weiterhin statt.

Strafbare Handlungen von Kindern werden jetzt grundsätzlich der Polizei mitgeteilt. Von hier aus werden dann die Eltern informiert und Hilfsangebote mitgeteilt.

Aus unserer Sicht ist das Konzept „Prävention im Team“ geeignet, den Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen und den Eltern herzustellen, um Hemmschwellen abzubauen.

Die jahrelangen Bemühungen in diesem Bereich haben eine Verknüpfung / Vernetzung im Ortsgebiet hervorgerufen, die eine verantwortungsvolle und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Personen ermöglicht und landesweit einmalig sein dürfte.

Entscheidend war die Einbindung der Eltern und viel wichtiger die der Schüler in das Konzept. Beiden Personengruppen wurde deutlich gemacht, dass sie zum Team (Prävention im Team) gehören und Verantwortung zum Gelingen tragen.

Es reicht heute nicht mehr, Lesen, Schreiben und Rechnen zu lernen, wir brauchen wohl auch ein Übungsprogramm, um uns in bestimmten Situationen so gut wie möglich zu verhalten.

Parallel dazu spielt natürlich die Jugendsachbearbeitung eine weitere große Rolle.

In vielen Fällen schließt sich hier der Kreis. Die Beschuldigten und deren Eltern kennen die Beamten und eine vertrauensvollere Zusammenarbeit ist möglich.

Der Schlüssel zum Erfolg ist eine höfliche, gerechte und faire Behandlung der Jugendlichen auf den Ebenen

- PIT - Konzept in der Schule
- Jugendsachbearbeitung auf der Dienststelle
- Antreffen und Gespräche auf der Straße

In diesem Arbeitsfeld liegt ein hohes Maß an Potential, das überhaupt nicht ausgeschöpft wird und kostengünstig effektivere Jugendarbeit leisten könnte.

Der Begriff des Jugendsachbearbeiters sollte nach meiner Meinung erweitert definiert werden. Der Jugendsachbearbeiter der heutigen Zeit sollte problemorientiert arbeiten, er sollte neben rechtlichen Bestimmungen auch das Wissen über die Ursachen der Kriminalität und deren Möglichkeiten der Verhinderung haben. Der Arbeitsschwerpunkt Jugendsachbearbeitung erfordert ein hohes Maß an Wissen und Engagement der Beamten.

Deshalb sollte darüber nachgedacht werden, ob nicht hauptamtliche Jugendsachbearbeiter eingesetzt werden sollten, um die Aufgaben wie z.B. tatzeitnahe Vorgangsbearbeitung, Diversionsmaßnahmen, Prävention, Elterngespräch, fester Ansprechpartner für die Schulen usw. durchzuführen.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass gerade die Verknüpfung Jugendsachbearbeitung und Prävention z.B. im Rahmen des Konzeptes „PIT“ ideal ist. Um eine effektive Jugendarbeit zu leisten, benö-

tigt man mehr Zeit, um das vielfältige Aufgabengebiet erfolgreich zu bearbeiten. Deshalb wäre auch eine regelmäßige Fortbildung notwendig.

Jugendarbeit und Prävention werden vielfach in den Reihen der Kollegen belächelt, da durch viele Dienstvorgesetzte die Wichtigkeit dieser Aufgaben noch nicht ausreichend bewertet und unterstützt wird. Erfahrungen auf der hiesigen Dienststelle zeigen, dass bei entsprechender Unterstützung des Dienststellenleiters große Erfolge möglich sind.

Ruth Negendank

Prävention im Team - PIT in der Grundschule (PIT 2)

Wie es zu dem PIT 2-Projekt kam

Aufgrund steigender krimineller Vorfälle bei Kindern und Jugendlichen im Jahr 1997 überlegte der Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig - Holstein präventive Maßnahmen zur Verringerung von Straftaten. Grundlage für Überlegungen bildeten zum einen die guten Erfahrungen mit PIT - Prävention im Team für die Sekundarstufe (PIT 1), nämlich dass sich kompetente Vertreter aus unterschiedlichen Bereichen zusammenfinden und sich mit den gegebenen Problemen auseinandersetzen und zum anderen die Erkenntnis, dass Prävention so früh wie möglich geschehen sollte.

PIT in der Grundschule - ein Buch aus der Praxis für die Praxis

In Zusammenarbeit von Polizei und Schule wurde in den Jahren 1998 bis 2000 PIT in der Grundschule (PIT 2) entwickelt, ein Konzept zur Prävention destruktiven Sozialverhaltens bezogen auf die Bereiche Gewalt, Diebstahl und Fernsehsucht. Die Arbeitsgruppe bestand aus Lehrern und Lehrerinnen, tätig in Grundschule, Förderschule, Schulentwicklung, Ausbildung und Fortbildung sowie Beamten und Beamtinnen der Polizei aus den Bereichen der Gewaltprävention und Verkehrserziehung. Allen gemeinsam waren Interesse an der Problematik und Erfahrung in Projekten der Gewaltprävention, insbesondere in PIT 1. Die Arbeitsgruppenmitglieder erstellten und erprobten Unterrichtsbausteine, die ihnen geeignet schienen, prosoziales Verhalten in Grundschulklassen zur Norm werden zu lassen. Alle Bausteine wurden während der Entwicklung von den einzelnen Lehrerinnen und Lehrern in den Klassenstufen eins bis vier (dabei auch in Integrationsklassen und Förderschulklassen) auf ihre Praxistauglichkeit hin geprüft, ehe sie endgültig in die Sammlung aufgenommen wurden.

Das PIT 2 - Arbeitsbuch ist gedacht als Loseblattsammlung und Angebot

Die Arbeitsgruppenmitglieder teilten die Vorstellung, dass die Arbeit mit Kindern nicht immer glatt und stimmig läuft. Alltägliche Schularbeit kann aufreibend, ärgerlich, manchmal natürlich auch befriedigend oder einfach nur schön sein. Bei auftauchenden Problemen mit Kindern sind gegenseitige Schuldzuweisungen zwischen Eltern, Kindern und Schule statt gemeinsamer Problembearbeitung an der Tagesordnung, dabei weiß jeder genau, was der andere zu tun hätte. Einfache Lösungen gibt es jedoch nur von außen. Deshalb geht PIT 2 davon aus, dass es ein geschlossenes, allgemeingültiges Handlungskonzept zum Aufbau eines sozialen Klimas in der Klasse nicht geben kann. PIT 2 bietet daher eine Sammlung von Arbeitsvorschlägen zu alltäglichen Themen des Schullebens wie Streit, Gewalt, Mobbing, Diebstahl und Fernsehen. Die Vorschläge sind als Bausteine zu verstehen, die je nach Situation in der Klasse zusammengestellt werden können. Welche Bausteine als sinnvoll und brauchbar anzusehen sind, entscheiden allein die Kollegen und Kolleginnen, denn nur sie überblicken die Situation in ihrer Klasse. Wer also einen vorgedachten Seite um Seite abzuhakenden Lehrgang in dem Handbuch sucht, wird enttäuscht sein. Die Arbeitsvorschläge können ohne Stundenplanänderungen in den normalen Schulalltag integriert werden.

Offenheit und Dialog - Schlüsselwörter des PIT 2 - Konzepts

Das PIT 2 - Konzept entstand in lebendiger Zusammenarbeit der einzelnen Mitglieder der Arbeitsgruppe. Unterschiedliche Auffassungen auf der Ebene der Theorien, auf der Ebene der methodischen Vorgehensweise bei aggressivem und unakzeptablem Verhalten der Kinder wurden keineswegs harmonisiert, sondern eröffneten den Dialog, der Raum für eine produktive Auseinandersetzung hinsichtlich der gewählten Themen zuließ. Polizei und Lehrkräfte lernten ihre unterschiedlichen Arbeitsfelder und ihre berufsspezifischen Zugänge zur Gewaltproblematik kennen. Genau diese Offenheit und die Kultur des Dialogs möchte PIT 2 transportieren, um das Blickfeld für Möglichkeiten des sozialen Lernens auf Klassenebene zu erweitern. Die Klasse wird gesehen als der zentrale Ort des sozialen Lernens, an dem die Kinder ihre Alltagserfahrungen, ihre Freundschaften, ihre Konflikte und Ängste unzensiert artikulieren dürfen und reflektieren können. Beim Durcharbeiten der im Handbuch vorgestellten Sozialisationstheorie wird anschaulich, wie wichtig auch ein Dialog zwischen Eltern und Lehrkräften ist, denn eine gestörte Beziehung zwischen Eltern und Lehrkraft erschwert die Lage der Kinder erheblich.

PIT 2 betrachtet die Gewaltprävention aus der ökologischen Perspektive

Wie andere Projekte des sozialen Lernens auch, versteht sich PIT 2 als ein Beitrag, Kinder in einer wichtigen Phase ihrer sozialen Entwicklung zu begleiten. Ungewohnt mag sein: PIT 2 betrachtet die Situation in der Klasse aus der ökologischen Perspektive. Die Entwicklung der Kinder wird gesehen als eine dynamische Wechselwirkung von Mensch und Umwelt. Das Kind ist demnach nicht passiv einer Umwelt ausgeliefert, sondern gestaltet von Anfang an seine Entwicklung aktiv mit. Das Kind lernt, was es als bedeutungsvoll, wirkungsvoll und wichtig für die Bewältigung und Gestaltung seines Lebens erkennt und agiert entsprechend. Die Erwachsenen müssen begreifen, dass das Kind in der Umwelt lernt, die die Erwachsenen ihm bereitstellen. Sie müssen auch darüber nachdenken, welche Vorbilder sie den Kindern liefern.

Das Verständnis von Erziehung ist eine dialogische Erziehung. Kind, Eltern, Schule und im Konzept von PIT auch die Polizei und andere Institutionen treten in einen Dialog. Eltern werden über die Arbeit mit PIT nicht nur informiert, sondern werden als bedeutender Team - Partner aktiv eingebunden. Auf Elternabenden, pädagogischen Konferenzen oder in installierten Arbeitsgruppen machen sich Lehrkräfte und Eltern zum Beispiel klar, was Kinder leisten müssen, sich in ihrer Umwelt zurechtzufinden. Wie geht ein Kind damit um, wenn es zu Hause Ratschläge wie „Lass dir nichts gefallen!“, „Hau als erster zu!“ hört und in der Klasse das faire Streiten lernen soll? Die Erwachsenen klären ihre Verantwortung, ihren Anteil und auch ihren Einfluss an dem sozialen Miteinander und geben dem Kind Orientierungshilfe in einer Welt voller Brüche, Widersprüche und Herausforderungen. Aus „schwierigen Kindern“ wird ein Kind mit Schwierigkeiten, das es gemeinsam zu unterstützen gilt, wobei auch die dem Alter angemessene Eigenverantwortung des Kindes eingefordert oder anders gesagt zugelassen wird. PIT 2 regt alle Beteiligten an, eigene Einstellungen und Haltungen zu hinterfragen.

Zuhören - eine Fähigkeit, die wir alle üben sollten

Erwachsene denken immer, Kinder sollten ihnen besser zuhören, dann sei ja alles in Ordnung. PIT 2 erweitert diesen Blick. In einem Klima von Akzeptanz und Vertrauen hören die Erwachsenen den Kindern zu und erfahren, wie Kinder ihren Alltag erleben. Was ebenfalls erlernt werden muss: Die Kinder in der Klasse hören einander zu. So besteht auch das erste Kapitel des Übungsteils im Handbuch aus einer Fülle von Arbeitsvorschlägen zum gegenseitigen Zuhören. Die Erwachsenen, in diesem Falle die Lehrkräfte, nehmen zur Kenntnis, dass Kinder die Verhaltensweisen zeigen, die sie aus ihrem Blickwinkel und Erleben heraus als angemessen beurteilen und mit denen sie Erfolg hatten. Bei unakzeptablen Verhaltensweisen begreifen die Erwachsenen ihre Aufgabe darin, den Kindern die Konsequenzen ihres Tuns erfahrbar zu machen und

eröffnen Raum zum Erlernen von Alternativen: Zuschlagen kannst du, macht dich letztlich nicht zufrieden und bringt dir Ärger. Du kannst lernen, wie man sich fair auseinandersetzt. Daneben sind Erwachsene offen genug, die Verhaltensweisen der Kinder auch im Zusammenhang mit ihrem eigenen Tun zu sehen. Sie erkennen die Gefahr, Kinder frühzeitig zu etikettieren als Täter, Opfer, verhaltensauffällig oder auch wahrnehmungsgestört. Erwachsene trauen den Kindern zu, das soziale Miteinander verantwortungsbewusst und ihren Fähigkeiten angemessen mitzugestalten.

Umgang mit Konflikten - das Entdecken der eigenen Verantwortung

Das Hauptthema des Arbeitsbuches ist das Leben mit Konflikten, die sich im alltäglichen Zusammenleben der Kinder ergeben. Die Übungsbausteine zur Konfliktbewältigung trainieren auf spielerische Weise, das eigene Erleben zu artikulieren und fremde Sicht- und Erlebensweisen als subjektiv gültig zu akzeptieren. Kinder kommen so in Kontakt zu sich und den anderen. Die Kinder erfahren, dass sie als Experten ihrer Situation gefragt werden und sie eigenständige Lösungen für ihre Konflikte und Probleme finden können. Bei ihren Streitereien steigen die Lehrkräfte nicht wie gewohnt in die Richterrolle, sondern moderieren Streitrituale, die deutlich werden lassen: In einer Streitsituation gibt es viele Möglichkeiten, sich zu verhalten. Du kannst dich entscheiden. Du bist verantwortlich für deine Entscheidung. Auseinandersetzungen können so verlaufen, dass beide Streitparteien gewinnen können.

In der Rolle des Moderators, der Moderatorin können Lehrkräfte Hintergründe von Kinderstreit erfahren, die sie nie vermutet hätten. Kinder überraschen mit ihrer eigenen Streitlogik. Beim Einsatz von Streitritualen während der Erprobung stellten Lehrkräfte immer wieder verblüfft fest, wie ihre spontane Beurteilung eines Streits von außen abweichen kann von den Sicht- und Erlebnisweisen der am Streit beteiligten Kinder. Wäre zu vermuten, dass hinter einer dauerhaften, verbissenen Rangelie zwischen zwei Jungen, die regelmäßig in Treten und Spucken endete, der Wunsch des einen stand: Ich will dein Freund sein?

PIT und seine Methoden

Die Lehrer, Lehrerinnen besinnen sich während der präventiven Arbeit auf das, für das nur sie verantwortlich sind, und dazu gehört in erster Linie die Wahl der Methoden. Während der Erprobung stellten die Mitglieder der Arbeitsgruppe fest, dass beherrschende Worte die Kinder mit Schwierigkeiten offensichtlich nicht wie erwünscht erreichen. Dem Prinzip „Offenheit“ folgend wählt PIT 2 bei den Übungselementen Methoden, die eine von vornherein gesetzte moralische Einengung bewusst vermeiden. Bei der Übung „Im Land der wilden Kerle“ wird Wildheit erst einmal zugelassen. Das Problemfeld Diebstahl wird eröffnet mit einem paradoxen Zugang, der Klauen erlaubt. „Bei den paradoxen Techniken wird die ökosystemische Auffassung, in jeder Situation könnten viele Dinge gleichzeitig wahr sein, sehr wirkungsvoll dargestellt, wobei aber nicht verlangt wird, frühere Überzeugungen als falsch einzustufen.“ (1)

Spaß und Ärger sind zwei Seiten einer Medaille. Übungen vor dem Hintergrund dieser Technik sind so angelegt, dass Kinder auf lustvolle Weise selber Grenzen bei Regellosigkeit definieren. Die Erfahrung während der Erprobungszeit zeigte, wie produktiv Kinder mit Problemen umgehen und zu sozialen Regeln kommen, wenn ihre Entscheidung nicht durch vorher festgelegte Maßstäbe bestimmt wird. Sie finden spielerisch eigene Begründungen für das Gebot „Du sollst nicht stehlen“ und kommen zu prosozialen Regeln auch ohne moralischen Zeigefinger. Soziales Lernen kann Freude machen, weil niemand von vornherein ausgegrenzt wird und ins soziale Abseits gerät. Dazu zu gehören ist die wichtigste Voraussetzung, sich an Regeln und Normen zu halten. Deshalb sind Formen des kooperativen und lebendigen Lernens weitere Kriterien bei der Wahl der Methoden.

Eine gewöhnungsbedürftige Besonderheit sind die im Handbuch aufgeschriebenen zehn „GEWALTigen“ Geschichten ohne Schluss, die unterschiedliche Konfliktbereiche in metaphorischer Weise bearbeiten. In einer verfremdeten aber kindlich fassbaren Erlebniswelt erfährt das Kind Gewalt in der Rolle des Täters, Opfers oder Zuschauers. Nach dem Hören der Geschichte und der zunächst ratlosen Frage „Was soll das?“ können sich völlig ungewohnte Lösungen ergeben. Die Geschichten sind bewusst eine Alternative zu den in Schule so oft verwendeten Texten, aus denen eine vorgedachte Moral gelernt werden soll.

Bei PIT 2 wird das Fernsehen nicht pauschal verurteilt oder gar ursächlich für Verrohung und Werteverlust angesehen. Kinder werden angeleitet, das Medium Fernsehen und ihr eigenes Fernsehverhalten zu reflektieren. Zu hoher Fernsehkonsum wird zu einem spannenden Thema in der Klasse, das mit einschließt, alternative Freizeitangebote zu sammeln. In aller Offenheit wird geprüft was geschieht, zum Beispiel das unreflektierte Konsumieren von Fernsehsendungen, aber auch was nicht geschieht, nämlich das Suchen und auch Anbieten von anderen Beschäftigungen. „Was man in unserem Stadtteil alles unternehmen kann?“ könnte eine Plakataktion für die Klasse, die ganze Schule werden.

Lehrer, Lehrerinnen und Beamte, Beamtinnen der Polizei als Team

Aus den für die Kinder bedeutungsvollen Situationen in Schule und Freizeit erwachsen auf ganz natürliche Weise Fragen an die Polizei bei Vorkommnissen, die einen im Alltag als normal empfundenen Rahmen überschreiten wie das Herumspielen mit Waffen, Bilden einer Bande, Körperverletzung oder Diebstahl. Die Kinder schreiben einen Brief an die Polizei und wünschen einen Kontakt. Lehrkräfte und Beamte und Beamtinnen der Polizei gestalten gemeinsam Begegnungen in der Klasse, auf dem Polizeirevier oder an außerschulischen Lernorten, um die Fragen der Kinder zu beantworten oder auch Umwelt transparent werden zu lassen. Hinzu kommen Themen wie Sicherheit auf dem Schulweg, dem Spielplatz, dem Schulhof, im Schulbus oder überhaupt im ganzen Stadtteil.

PIT 2 bietet Bausteine der Zusammenarbeit von Schule und Polizei, aufbereitet in 13 Fällen, die im Schulalltag vorkommen können; wie etwa: Eine Clique großer Jungen droht einen Viertklässler, ihm nach der Schule aufzulauern; Dirk hat Boris den Tuschkasten weggenommen; Boris droht mit einer Anzeige. Ausgangspunkt sind vorgefallene oder auch erdachte konkrete Situationen wie zum Beispiel „Karl hat ein Messer“. Auch hier gilt wieder das Prinzip der Offenheit. Der lustvolle oder reizvolle Aspekt beim Spiel mit echten oder auch nur imaginären Waffen wird nicht unterschlagen. Räuberspiele mit gedachten Messern und Pistolen machen vielen Kindern Spaß. Doch haben Kinder bei diesem Spaßspiel die schädigenden Aspekte oft nicht im Blick. Wenn der Verlierer sich am Boden wälzt, werden die Schmerzen nur gespielt. Den Unterschied zwischen Spiel und wirklichem Alltag zu thematisieren, ist eines der Ziele aus dem Polizeiteil von PIT 2. Kinder erfahren unter anderem von Polizeibeamten, wie Gesetze vor dem Missbrauch von Waffen schützen sollen und dass auch Polizisten ihre Waffen nur im Notfall gebrauchen.

In allen Übungen geht es um vorstellbare Ereignisse, die die Grenze zwischen Vorfällen verdeutlichen, die allein in der Klasse geregelt werden können oder die Einmischung von Erwachsenen, so auch Polizei erfordern. Neben Diebstahl werden Themen wie Graffiti, Körperverletzung oder Spiel mit dem Feuer aufgegriffen und gemeinsam mit den Erwachsenen bearbeitet, keineswegs nur akademisch. Kinder lernen die Dienststelle der Polizei kennen, etwa den Schießstand oder die Hundestaffel. Bei gelungener Zusammenarbeit von Polizei, Schule, Eltern und Geschäftsleuten im Stadtviertel ist es möglich, einen „echten Ladensdiebstahl“ zu inszenieren. Spaß, Nervenkitzel beim Klauen und bittere Konsequenz bei der Festnahme werden erlebbar.

Zusammengefasst: Was genau kann und will PIT 2 leisten?

PIT 2 macht mit seinen im Schulalltag erprobten Arbeitsvorschlägen Angebote an Lehrer und Lehrerinnen, die gegenwartsbezogene Lebenswelt der Kinder zu einem sozialen Lernfeld werden zu lassen. Dabei folgen sie der Grundannahme, dass Kinder an einem sozialen Klassenklima interessiert sind und es produktiv mitgestalten wollen und können. Kinder entdecken auf spielerische Weise gemeinsam Normen und Werte für ein soziales Miteinander und erleben: *Schwierigkeiten und Streit gehören zum Leben. Wir können uns zuhören und uns verständigen, auch ohne uns weh zu tun.* Die Erwachsenen in ihren unterschiedlichen Berufen und sozialen Rollen begleiten sie.

Anmerkungen

(1) Molnar, Alex / Lindquist, Barbara (1991), Verhaltensprobleme in der Schule, Lösungsstrategien für die Praxis, S. 58, Dortmund: borgmann publishing

Ansprechpartner

für interessierte Lehrer, Lehrerinnen, Polizeibeamte, Polizeibeamtinnen und Eltern

Institut für Qualitätsentwicklung
Schleswig-Holstein (IQSH)
Schreberweg 5
24119 Kronshagen

Gesamtkoordination für PIT: Günter Rickers, IQSH in Kronshagen
Email: guenter.rickers@iqsh.de

Inka Bruhn, Landeskriminalamt Schleswig-Holstein - HSG 130 -
Mühlenweg 166, 24116 Kiel
Email: Inka.Bruhn@polizei.landsh.de

Material

Das Gesamtkonzept von PIT 2 liegt seit dem Frühjahr 2001 als Unterrichtsmaterial (244 Seiten, DIN A 4) vor. Das Handbuch kann beim IQSH in Kronshagen bestellt und erworben werden. Es kostet für Schulen in Schleswig - Holstein 5 € für Schulen in anderen Bundesländern 10 €

Der WEISSE RING (Gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsoptionen und zur Verhütung von Straftaten) hat den Druck durch finanzielle Unterstützung möglich gemacht.

Sigrun v. Hasseln

Rollenspiele statt Gerichtsshow Jugendrechtshäuser und Rechtspädagogik

Einführende Beispiele

- **„Ruhe“** brüllt der vorsitzende Richter. „Wer quatscht, fliegt raus.“ Seine gleichaltrigen, 14 Jahre alte Klassenkameraden brechen in Gelächter aus. So haben sie ihren größten Klassenclown Jonas noch nie erlebt. Doch dann wird es ruhig im Gerichtssaal. Der 14-jährige Staatsanwalt Tobias, sonst eher dem stillen Flügel der Klasse zugehörig, verliest die Anklage. Sachbeschädigung. Graffiti am Schulgebäude. Angeklagt sind Jens und Olli, an die sich sonst keiner in der Klasse rantraut. Jens und Olli sollen sich zum Vorwurf äußern, bestimmt der Vorsitzende. Das arrogante Grinsen auf ihren Gesichtern verschwindet. Sie beteuern, ihre Schule nicht mit Farbe besprüht zu haben. Hilfe suchend wenden sie ihre Blick an ihre Verteidiger Melanie und Kai. Dann werden die Zeugen gehört, die sich teils widersprechen, teils übereinstimmend lügen. Plädoyers von Staatsanwaltschaft und Verteidigung folgen. Bevor die Richterbank entscheidet, werden diejenigen Schüler, die bis dahin nur eine Zuhörerrolle hatten, durch Fragen des Moderators in eine lebhaft Diskussions eingebunden, in der auch überlegt wird, wer denn den Schaden zu ersetzen hat. Schließlich sind 54 % für schuldig, 46% für Freispruch mangels Beweisen. Solche Gerichtsspiele werden in den Unterricht von Schulen eingebaut. Sie sind Teil des Projektes: „Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte gehen in die Schulen“, das von den Jugendrechtshäusern – meist in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Richterbund und dem Deutschen Anwaltverein angeboten wird. Schulen fordern Juristen manchmal auch zur Gestaltung einer Unterrichtsstunde zu einem bestimmten Thema oder zu einer Fülle von Rechtsfragen ihrer Schüler an.
- Im Projekt „Gewalt – mit mir nicht“, das einige Jugendrechtshäuser in Zusammenarbeit mit der örtlichen Polizei durchführen, werden in Rollenspielen, die von Pädagogen und Polizeibeamten mit Schülern von sechsten Klassen drei Stunden lang gespielt werden, physische und psychische Auswirkungen von Gewalt und Mobbing erfahrbar gemacht. So muss der größte Schläger das Opfer spielen.
- Ebenso gehören das Erarbeiten, Einüben und das Aufführen von Theaterstücken mit rechtspädagogischen Inhalten zu den Projekten der Jugendrechtshäuser, die diese in Zusammenarbeit mit Schulen und Jugendhilfeorganisationen durchführen. So wurden die entscheidenden Szenen aus meinem Kinderbuch „Tilly Timber auf Megaland“ von Schulklassen in ein Theaterstück umgeschrieben und inzwischen in Berlin, Bad Boll, Cottbus, Hamburg, Oldenburg, Schwerin und Torgau aufgeführt. In Lübbenau soll es demnächst aufgeführt werden. (Dazu unten mehr).
- Haben Kinder oder Jugendliche persönliche Probleme, wie Zoff mit den Eltern, Handyschulden, Ärger in der Schule, oder sind gar straffällig geworden, dann erhalten sie im Jugendrechtshaus menschlichen Rat und/oder kostenlose Rechtsberatung durch dem Jugendrechtshaus angeschlossenen Rechtsanwälte, solange es sich um einfache Rechtsfragen handelt. Wollen sie aus der rechten Szene oder aus einer kriminellen Clique aussteigen, kann ihnen das Jugendrechtshaus sogar Aussteigerhilfe geben, ohne dass ihr Name aktenkundig wird.

Beispiel für einen Fall von Erpressung im Schulhof und die Lösung des Falles durch das Jugendrechtshaus: Zwei Schüler wurden wegen kleinerer Dealereien von einer kriminellen Gang auf schlimme Art und Weise erpresst. Im Rahmen des Jugendrechtshauses wurde den Erpressten nahegelegt, sich bei den Strafverfolgungsbehörden zu stellen, um nicht mehr er-

pressbar zu sein. Sie wurden zum zuständigen Jugendstaatsanwalt vermittelt, der das - strafmildernd zu bewertende - Geständnis aufnahm. Die Einstellung in einem Fall schon beim Staatsanwalt (Arbeitsauflage) und das Urteil im anderen Fall (Arbeitsauflage) waren entsprechend milde. Beiden Jugendlichen geht es wieder gut. Sie sind - vermutlich dauerhaft - „geheilt“. Die Mitglieder der Gang wurden hingegen (endlich) angezeigt und hart verurteilt. Seitdem herrscht in der Schule von dieser Seite Ruhe. Ohne Jugendrechtshaus nicht denkbar.

- Immer häufiger wenden sich Eltern, Lehrer, Ausbilder und Mitarbeiter von Jugendämtern an das Jugendrechtshaus, wo ihnen geschulte Mitarbeiter Rat erteilen. Besondere Probleme bereiten Schulschwänzer, lernunwillige und verhaltensgestörte Kinder, die sowohl die Schule als auch die Familie tyrannisieren als auch die Fragen, ob sich Schulen und Kommunen die vielen Zerstörungen bieten lassen müssen. Hier arbeitet das Jugendrechtshaus gerade an Abhilfeprogrammen.
- Die Jugendrechtshäuser sind auch Partner im Jugendstrafverfahren. Ein Beispiel dafür ist der freiwillige „Crash - Kurs vor der Hauptverhandlung im Jugendstrafverfahren“, bei dem unter dem Motto: „Auf der Suche nach Identität“ eine schnelle persönlichkeitsorientierte Reaktion bei jugendlicher Delinquenz möglich ist. Ergänzend zur Arbeit der am Strafprozess Beteiligten, also des Gerichts, der Staatsanwaltschaft, der Verteidigung sowie der Jugendgerichts- und der Bewährungshilfe, wird in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Lausitz, Fachbereich Sozialpädagogik, unter Leitung der Hochschullehrerin Erika Kraszon - Gasiorek versucht, jungen Menschen neue Perspektiven beim Zusammenleben auch in wirtschaftlich schweren Zeiten so überzeugend zu vermitteln, dass eine Umorientierung zu gemeinschaftsverträglichen Lebenszielen und ihre Einhaltung möglich werden.

Doch nun noch einmal systematisch: Was sind Jugendrechtshäuser eigentlich auf einen Nenner gebracht??

Jugendrechtshäuser sind Demokratieschulen und Orientierungsstätten in der interkulturellen, demokratischen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts.

Ziel der Jugendrechtshäuser ist

- die Demokratie- und Werteschulung für ein friedliches und tolerantes Miteinander in einer offenen, demokratischen, interkulturellen, europäischen High - Tech - Zivilgesellschaft.
- Prävention auf ganzheitlicher Basis, insbesondere Verhinderung von Jugendkriminalität.

Wie können diese Ziele generell erreicht werden?

Diese Ziele könne erreicht werden durch

- Erziehung zur Achtung des Anderen, zur Verantwortung, zur Mündigkeit und zur Toleranz,
- Vermittlung und Aktivierung eines wirklichkeitsnahen und moralisch hinterfragenden Rechts- und Demokratiebewusstseins

von frühester Kindheit an mit Hilfe der dazu entwickelten Rechtspädagogik.

Wie beteiligen sich die Jugendrechtshäuser an der Erreichung dieser Ziele?

Die Jugendrechtshäuser unterstützen als freie Träger den Staat und seine Einrichtungen bei der Erfüllung von basisdemokratischen Aufgaben durch haupt- und ehrenamtliche Fachkräfte durch

- Vermittlung von Rechtsbewusstsein und Rechtskenntnissen von frühester Kindheit an in Kindergarten, Schule, Ausbildungsbetrieb und Jugendclub,
- Beratung von Kindern und Jugendlichen in Not mit kostenloser Rechtsberatung durch Rechtsanwälte (Rechtspädagogische Anlauf-, Beratungs- und Vermittlungsstelle),
- Beteiligung am Präventionsnetzwerk Elternhaus - Kindergarten - Schule - Ausbildungsbetrieb und Jugendclub,
- Lebensvorbereitung auf ganzheitlicher Basis (School of human law),
- Partnerschaft im Jugendstrafverfahren
 - Aussteigerhilfe durch Rechtsanwälte
 - Crash-Kurs vor der Hauptverhandlung
 - interkultureller Täter - Opfer - Ausgleich,
- Fortbildungsveranstaltungen Rechtspädagogik für Fortbildungsreferenten, Lehrer, haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter von Jugendrechtshäusern, sonstige Multiplikatoren und Eltern.

In Deutschland gibt es bislang rund 30 Jugendrechtshäuser und Jugendrechtshausinitiativen. Es gibt zwei grundsätzliche Strukturen:

- Das eine ist die Struktur als eingetragener Verein.
- Das andere als weiteres Projekt oder als weitere Abteilung in einer bereits bestehenden Jugendhilfeeinrichtung.

Die Finanzierung und entsprechend die Ausstattung sowie der Umfang der Aktivitäten der einzelnen Jugendrechtshäuser ist entsprechend ihrer Struktur, ihrer Akzeptanz in der Region und bei regionalen Behörden, dem Umfang ihrer wissenschaftlichen Arbeiten und ihrer Förderung und letztendlich der Zahl ihrer aktiven Mitglieder noch sehr unterschiedlich. Während sich manche Initiativen noch mit einem privaten Beratungstelefon behelfen, gibt es voll ausgestattete Jugendrechtshäuser mit mehreren Stellen und einem großen Programmangebot, wie etwa Cottbus, Senftenberg, Rostock, Bernau und Strausberg.

Bei allen Planungen berücksichtigt das Jugendrechtshaus, dass der Gesellschaft immer weniger Geld zur Verfügung steht. Zu den Tugenden des Jugendrechtshauses gehört deshalb – schon lange vor dem Slogan „Geiz ist geil“ – die alte Tugend der Sparsamkeit, also die Fähigkeit, aus möglichst Nichts noch Etwas zu machen. Natürlich ist die Arbeit im Jugendrechtshaus nicht zum Nulltarif möglich. Wir meinen aber, dass Wertevermittlung, Demokratieschulung, Europäisches Rechtsbewusstsein, Prävention und überhaupt die Zukunft unserer Kinder nicht eingespart werden müssen, wenn wir nur die hervorragenden Bildungs-, Wissens-, Zeit- und Pädagogikressourcen unserer Zivilgesellschaft für unsere Kinder nutzen. So arbeiten im Rahmen des Bundesverbandes zahlreiche anerkannte Wissenschaftler und Praktiker mit, die ihre Kenntnisse ehrenamtlich zur Verfügung stellen; sei es bei Fortbildungen, Informationstagen oder in den Jugendrechtshäusern selber. Sie können auf S. 28 der Broschüre „Wegweiser Jugendrechtshaus 2003“ nachlesen, dass wir – inzwischen über 50 – Beiratsmitglieder aus den verschiedensten Fachrichtungen haben.

Unser Motto lautet deshalb: Mit einem Minimum an hauptamtlicher Arbeitskraft wird ein Maximum an ehrenamtlicher Arbeitskraft aktiviert!

So hat im Cottbuser Jugendrechtshaus eine hauptamtliche Arbeitskraft allein im Jahr 2001 etwa 3.500 Stunden hochqualifizierter ehrenamtlicher Facharbeitskraftstunden von Rechtsanwälten, Richtern, Staatsanwälten, Polizeibeamten, Psychologen, Pädagogen, Theologen und Vertretern weiterer Berufsgruppen aktiviert, die nicht bezahlbar gewesen wären. Selbst wenn für eine Beratungs- und Vortragsstunde eines Rechtsanwalts oder Psychologen nur 100 € berechnet werden, steht fest, dass im Jahr geldwerte Leistungen in Höhe von 350.000 € erwirtschaftet worden

sind, und damit ein Vielfaches der für die hauptamtliche Kraft investierten Personalkosten. Das Jugendrechtshaus ist also ein Sparmodell.

Genauso wichtig ist es auch, bereits vorhandene Aktivitäten sinnvoll zu koordinieren, arbeitsteilig auch in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen zu arbeiten. Stichwort. Netzwerkarbeit. So ist das Jugendrechtshaus stets nur ein Lückenfüller, wenn es bereits Spezialeinrichtungen gibt, wie etwa eine SOS - Station für Kinder, die wegen unerträglicher Zustände nicht mehr nach Hause wollen oder sollen. Insoweit vermittelt das Jugendrechtshaus Kinder an entsprechende Einrichtungen. Die Rechtsberatung wiederum wird in solchen Fällen oft vom Jugendrechtshaus geleistet.

Der Bundesverband der Jugendrechtshäuser Deutschland e.V.

Um die Arbeit in den Jugendrechtshäusern zu optimieren wurde am 28. Mai 2002 der Bundesverband der Jugendrechtshäuser Deutschland e.V. gegründet. Der Bundesverband, in welchem durch eine große Anzahl namhafter Juristen, Pädagogen, insbesondere auch Hochschullehrer, sozial Engagierten im Vorstand und im Beirat ausschließlich ehrenamtliche Arbeit geleistet wird, will nach seiner Satzung die Arbeit der bislang frei nebeneinander arbeitenden einzelnen Jugendrechtshäuser und entsprechenden Initiativen überparteilich und überkonfessionell koordinieren, ihre Interessen gegenüber Behörden und sonstigen Institutionen einheitlich vertreten, Synergieeffekte nutzen und die Idee des Jugendrechtshauses und ihre Arbeit in der Öffentlichkeit bekannt machen.

Der Verband ist ein

- unabhängiger,
- überparteilicher und
- überkonfessioneller

Zusammenschluss von

- Jugendrechtshäusern und Jugendrechtshausinitiativen in der Bundesrepublik Deutschland sowie
- einzelner Personen und
- Körperschaften des öffentlichen Rechts,

dessen Zweck darauf gerichtet ist,

- das Konzept des Jugendrechtshauses i.S.d. Buches „Das Jugendrechtshaus 2000“ (1) weiter umzusetzen und dazu
- die Gründung weiterer Jugendrechtshäuser anzuregen und zu unterstützen sowie
- die Interessen der Jugendrechtshäuser und Jugendrechtshausinitiativen in der Öffentlichkeit, gegenüber Behörden und sonstigen Institutionen zu vertreten.
- Dazu gehören u.a. die Durchführung von Seminaren, Tagungen, Herausgabe von Veröffentlichungen, Initiierung von jugendbezogenen Forschungsvorhaben und deren Trägerschaft. Beispiele:

Potsdamer Konferenz. Ein Bündnis zwischen Bildung und Justiz gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vom 9.-12.0.2003 in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg, dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg und dem Archiv der Jugendkulturen, Berlin.

Rechtspädagogik. Demokratieschulung und Erziehung zur Verantwortung in der demokratischen, europäischen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts vom 6. - 10.10.2003 in Althüttendorf in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg; Verein Jugendrechtshaus Brandenburg e.V.; in Konsultation mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (MBJS) und dem Landeskriminalamt des Landes Brandenburg (LKA).

Durch die flächendeckende Einrichtung von Jugendrechtshäusern im Rahmen des kommunalen Präventionsnetzwerkes könnten jungen Menschen Orientierungshilfen in einer schwierigen Welt gegeben werden. Das ist auch dringend erforderlich. Denn repressive und punktuelle präventive Maßnahmen reichen zur Verhütung von Jugenddelinquenz nicht aus. Vielmehr bedarf es eines Gesamtpaketes von äußeren und inneren Maßnahmen gegen gesellschaftliche Zerfallsprozesse. Dazu gehört, dass der junge Mensch im Rahmen eines Präventionsnetzwerks Elternhaus, Kindergarten, Schule, Ausbildungsbetrieb und Jugendclub Demokratie üben, seine Maßstäbe bilden und sie laufend kritisch hinterfragen kann. Gibt es Probleme, sollten sich Jugendamt, Polizei und Jugendgericht beteiligen. Optimal wäre es, wenn alle Präventionspartner einschließlich der Eltern dabei nach der rechtspädagogischen Methode vorgehen.

Grundzüge der Rechtspädagogik

Was ist Rechtspädagogik?

Rechtspädagogik bedeutet „Rechtserziehungswissenschaft“ oder „Wissenschaft darüber, wie dem Menschen die Prinzipien und die davon abzuleitenden Regelungen des Zusammenlebens am effektivsten vermittelt und er motiviert werden kann, diese freiwillig einzuhalten.“

Ziele der Rechtspädagogik

Ziel der sich als Friedenspädagogik verstehenden Rechtspädagogik ist die Erziehung zum Recht i.S. der Vermittlung eines ethisch - moralisch hinterfragenden Rechtsbewusstseins (2) im Gesamtrahmen einer anzustrebenden ganzheitlichen, kongruenten Wert-, Gesellschafts-, (Menschen-)Rechts-, Bildungs- und Erziehungsordnung für unsere auf Freiwilligkeit angewiesene offene, demokratische und interkulturelle High - Tech - Zivil - Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Dazu gehören insbesondere die Erziehung zur Achtung des Anderen, zur Mündigkeit, zur Verantwortung und zur Toleranz.

Zur Erreichung dieses Ziels versucht die Rechtspädagogik auf ganzheitlicher Basis und im Geist der Rechtsphilosophie Arthur Kaufmanns (3) jungen Menschen von frühester Kindheit an ein wirklichkeitsnahes und moralisch hinterfragendes Rechtsbewusstsein, grundlegende Prinzipien des Zusammenlebens einer Zivilgesellschaft im demokratischen, europäischen Rechtsstaat und grundlegende Rechtskenntnisse möglichst früh als Bestandteil ihres Alltags erfahrbar und begreifbar zu machen.

Die auf den Prinzipien der Vernunft, der Empathie und der Dynamik aufbauende Erziehung lässt den jungen Menschen erfahren, dass in erster Linie er selbst für die Situation verantwortlich ist, in der er sich befindet, und dafür selbst die Konsequenzen tragen muss. Eine so verstandene Erziehung zur Mündigkeit hilft Kindern und Jugendlichen, selbstbewusste, eigenständige und moralisch sowie sozial gefestigte Persönlichkeiten mit dem notwendigen Einfühlungsvermögen und der notwendigen Mitleidsfähigkeit zu werden. Nur eine derart gefestigte Persönlichkeit aber ist in der Lage, den auf sie heute einwirkenden unterschiedlichsten Gefährdungen zu widerstehen: seien es Verführungen zu Straftaten, zum Drogenkonsum oder zum Kaufrausch; seien es psychologisch ausgefeilte Werbestrategien von Sekten, von rechts- oder linksradikalen Polit-Terrorgruppen, oder sei es „nur“ der Gruppennutzen, „mal eben eine Oma abzuziehen“ oder einen Gullydeckel auf die befahrene Autobahn zu werfen.

Methoden der Rechtspädagogik.

Einfachheit und Einleuchtbarkeit

Die Rechtspädagogik ist vor allem eine Pädagogik des „gesunden Menschenverstandes“, deren Regeln und Methoden so einfach und einleuchtbar sind, dass sie von Erwachsenen und Kindern allein durch Nachdenken selbst erarbeitet werden können. Dies ist ein entscheidender Faktor, denn je einfacher eine Methode ist, die von möglichst allen Erziehenden – sozusagen Hand in Hand – rund um die Uhr angewendet werden soll, um so eher besteht die Wahrscheinlichkeit, dass dies in der Praxis auch tatsächlich geschieht.

Dies schaffen sogar die sieben Kinder in der Kerngeschichte des rechtspädagogischen Kinderbuches „Tilly Timber auf Megaland“ (4). Nachdem es ihnen auf der Insel Megaland, einem Utopia des Überflusses und der totalen Regellosigkeit (niemand hat Pflichten, nur Rechte) nicht gelungen war, in Frieden zusammen zu leben (Chaos, Krieg, Barbarei) bestand Handlungsbedarf. Das erkannten sie nicht nur, sondern handelten auch, indem sie eine Generalversammlung aller sieben Bewohner mit der Maßgabe einberiefen, Lösungen zu erarbeiten und umzusetzen (Prinzip der Mündigkeit und der Verantwortung). Ihre Analyse ergab, dass die Freiheit des Einen bei der Freiheit des Anderen enden muss, wenn ihr Zusammenleben nicht ständig von Streit und Gewalt geprägt sein soll (Grundrechtsschranken). Sie erkannten, dass man sich, bevor man etwas unternimmt oder unterlässt, was die Sphäre des Anderen stören kann, z.B. rauchen, laute Musik hören oder sich nicht waschen, mit diesem einigen muss (Prinzip der Achtung des Anderen; Vertragsschluss und Vertragsfreiheit unter mündigen Bürgern; Zivilrecht). Da sie zugleich erkannten, dass es zu lästig ist, sich z.B. vor dem Anzünden einer Zigarette jedes Mal bei allen Mitbewohnern zu vergewissern, ob diese gestört werden, entschlossen sie sich, für wichtige, ihr konkretes Zusammenleben auf Megaland betreffende Bereiche, allgemein gültige Regeln aufzustellen und gelobten, diese einzuhalten (Gesellschaftsvertrag, der von gleichberechtigten, mündigen und verantwortungsbewussten Bürgern freiwillig abgeschlossen wird, als Grundlage der Gesetzgebung in der Demokratie, die von der Freiwilligkeit ihrer Bürger lebt). Das „Megalandgesetz“ stellt jedoch nicht nur einfache Ordnungsregeln auf. Vielmehr manifestierten sie die von den Kindern erkannten ethisch-moralischen Prämissen und Maßstäbe des Zusammenlebens in kurzen Grundwerte-Aussagen (i.S. eines ethisch-moralisch hinterfragenden Werte- und Rechtsbewusstseins). Art. 1: „Jedes Wesen ist frei. Die Freiheit des einen Menschen endet dort, wo die Freiheit des anderen Menschen beginnt.“, Art. 2: „Tiere und Pflanzen sind besonders zu schützen. Sachen dürfen nicht beschädigt werden.“ Die Kinder hinterfragen zugleich, was geschieht, wenn sich einer nicht an diese Regeln hält. Für diesen Fall vereinbarten sie sozusagen eine „Vertragsstrafe“, also die Bestrafung (Verstoß gegen den Gesellschaftsvertrag, Verstoß gegen Regeln der Gemeinschaft. Strafrecht).

Sokratische Methode

Man wird auch in der Praxis feststellen, dass Kinder immer wieder zu den gleichen Lösungen finden wie die Megalandbewohner. Schwärmt man ihnen von dem modernen Schlaraffenland vor, in dem auch niemand zur Schule gehen muss und jeden sonst verbotenen Film ansehen kann, kommen sie schnell darauf, dass die grenzenlose Freiheit wohl bald an der des anderen scheitert, und deshalb nur zwei Möglichkeiten bestehen: Krieg oder Einigung. Mittels sokratischer Befragung (5) finden sie jeweils schnell zur Notwendigkeit von Einigung, Vertragsschluss, Gesetzgebung und Sanktion bei Missachtung des vereinbarten Gesetzes.

Kinder sind also in der Lage, die Grundstrukturen des Rechtssystems unserer demokratischen Gesellschaft selbständig zu entwickeln. Sie sind besonders stolz, wenn sie erfahren, dass das, was sie sich selbst erarbeitet haben, in internationalen Konventionen und nationalen Gesetzen schriftlich fixiert ist und Gültigkeit für Jedermann hat. Dadurch fassen sie Vertrauen zum Recht und wollen meist mehr darüber wissen. In diesen Fällen ist es angebracht, den weiteren Unterricht auf dieser Themenbasis auszugestalten. Ist das aus finanziellen Gründen oder weil es der

Lehrplan nicht vorsieht, nicht möglich, sollte Kindern wenigstens weiterführende Literatur an die Hand gegeben werden, wie etwa das Grundgesetz, die Kinderrechtskonvention oder ein Jugendrechtsberater (6). Ein einmal erwachtes Interesse von Kindern an rechtlichen Zusammenhängen darf jedenfalls nicht wieder einschlafen, geht es doch nicht nur um das Recht, sondern auch um Grundlagen der Wertevermittlung. Denn haben sich Kinder die Grundstrukturen unserer Rechtsordnung erarbeitet, haben sie zugleich auch die Grundstrukturen der Werte- und Gesellschaftsordnung erarbeitet, die im Rahmen des Ganzheitlichkeitsgrundsatzes mit denen der Rechtsordnung kongruent sein sollten (s.o.). Auf diese Weise kann es auch in der heutigen Zeit gelingen, Kindern nach und nach eine Orientierung aufzuzeigen. Damit diese zum festen Wertmaßstab werden kann, müssen jedoch ihre einzelnen Elemente ständig von Erwachsenen vorgelebt und mit ihnen im Alltag geübt werden.

Angesichts der Tatsache, dass junge Menschen zunehmend Straftaten zulasten der Schwachen in der Gesellschaft begehen, z.B. kindliche Jugendliche, ältere Frauen und Behinderte überfallen, müssen wir unsere Kinder vor allem empathiefähig für die Belange des Anderen machen. Liebe ist die beste Prävention. Ob im Elternhaus, im Kindergarten, in der Schule oder gar im Gerichtssaal. Wenn wir es schaffen, Kinder so zu (re)sensibilisieren, dass sie mitleidsfähig sind, haben wir meist die größte Hürde geschafft.

So sollte selbst in der Hauptverhandlung des Jugendstrafverfahrens noch mit rechtspädagogischen Ansätze gearbeitet werden. Das Hauptmotto könnte lauten: „Hinter dem Horizont kann es weiter gehen, wenn du dich für deine Vergangenheit verantwortlich zeichnest, sie mit Anstand abwickelst und dich in Zukunft anstrengst. Nimmst du diese ‘zweite Chance’ nicht wahr, dann trägst du auch die Konsequenzen“.

Jugendrechtshäuser beteiligen sich zunehmend auch an verschiedenen Aktionen, die der Verständigung und dem Ausgleich dienen. So beteiligen sich fast alle, nämlich mindestens 10 Brandenburgische Jugendrechtshäuser und Jugendrechtshausinitiativen am Mittwoch, den 10. Dezember, mit einer Aktion am Tag der Menschenrechte, und zwar im Rahmen der Aktion des Deutschen Richterbundes in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft der Polizei, der Bundesärztekammer und amnesty international.

Dazu passt das Gedicht von Martin Luther King, das eigentlich die Grundaussage des Jugendrechtshauses beinhaltet, und mit dem ich meine kleine Einführung beenden möchte:

Alle Bewohner der Erde sind Nachbarn

Das ist das große Problem der Menschheit:

Wir haben
ein großes Haus geerbt,
ein großes Haus der Welt,
in dem wir zusammen
leben müssen.

Schwarze, Weiße,
Morgenländer
und Abendländer,
Juden und Nichtjuden,
Katholiken und Protestanten,
Moslems und Hindus.

Eine Familie, die in Ideen,
Kultur und Interessen

zu unrecht getrennt ist.

Weil wir niemals wieder
getrennt leben können,
werden wir lernen müssen,
in Frieden miteinander
auszukommen.

Anmerkungen

- (1)Sigrun v. Hasseln, Das Jugendrechtshaus 2000, Berlin 2000, ISBN 3-8311-0402-6
- (2)Sigrun v. Hasseln. Tilly Timber auf Megaland. Leipzig 1998; dies. Jugendrechtsberater. ARD Ratgeber Recht. Baden-Baden 2002
- (3)Arthur Kaufmann, Rechtsphilosophie, München, 2. Aufl. 1997
- (4)Sigrun v. Hasseln, Tilly Timber auf Megaland, Leipzig 1998, S. 27 ff.
- (5)Maieutik (=“Hebammenkunst“), die Kunst des Sokrates durch geschicktes Fragen und Antworten die in einem Menschen liegende richtige Erkenntnis herauszuholen. (vgl. Schmidt / Schischkoff, Philosophisches Wörterbuch, Stuttgart 1969, Stichwort „Maieutik“ mit Hinweis auf M. Landmann, Elenktik und Maieutik, 1950)
- (6)Sigrun v. Hasseln. Jugendrechtsberater. ARD Ratgeber Recht. Baden-Baden 2002

Dr. Detlef Horn - Wagner

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich habe die Aufgabe den Tag zusammenzufassen, einige zentrale Begriffe herauszukristallisieren und auf den Punkt zu bringen und ich würde Ihnen gerne zu Anfang dazu einen kurzen Satz oder mehrere kurze Sätze von Ernst Bloch zitieren:

„Eine Abordnung der Messener war vor dem Rat der Alten in Sparta erschienen. Ihr Sprecher sprach und sprach breit, verschwommen, endete nur mühsam. Der Älteste des Rates entgegnete: ‚Eure Rede war zu lang. Als Ihr in der Mitte wart, haben wir den Anfang, als ihr fertig wart, haben wir den Anfang und die Mitte vergessen, wissen nicht, was ihr wollt. Schickt neue Gesandtschaft.‘ Diese – nur zwei Mann hoch – erschien wirklich wenige Tage später. Ihr Sprecher: ‚Hatten Missernte, leiden Hunger, brauchen Getreide‘ Und setzte sich. Der Älteste des Rates: ‚Haben verstanden, Rede war kurz, Bitte gewährt. Hätte aber genügt, einen leeren Sack vorzuzeigen.‘“

Nun habe ich überlegt, ob ich Ihnen einen leeren Sack vorzeige. Am Forum eins draußen steht am Eingangsschild ein hübscher kleiner Verschreiber. Da steht Ressourc-chen.

Also wir lernen daraus – insofern ist es kein Zufall – Präventionsarbeit braucht mindestens ab und an ein paar kleine Ressourc-chen und ohne einen halbwegs gefüllten Sack sollte niemand nach Hause gehen, sondern Sie alle sind aufgerufen, auch die Politik natürlich – den leeren Sack mit kleinen Ressourc-chen mindestens ansatzweise zu füllen.

Dies ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt:

Ich habe viele Begriffe gehört, die sich sozusagen konzentriert haben auf Begrifflichkeiten wie Klima und Kultur in Schulen, aber auch woanders, als Voraussetzung für vernünftiges zielorientiertes Arbeiten. Ich habe gehört Begriffe wie Zutrauen zu sich selbst aber auch zu Anderen, dann wäre das sogar vielleicht Vertrauen, und ich habe den Begriff der Wertschätzung gehört. Das finde ich einen interessanten Begriff. Er hat eigentlich dreierlei Bedeutung. Ich sage mit dem Begriff der Wertschätzung, dass ich Dich, Person, Individuum wertschätze, ich sage damit auch und gebe insofern ein feed – back, dass ich den Wert des Menschen gewissermaßen als Beitrag zu etwas wertschätze und ich sage damit möglicherweise auch, dass ich die Werte dieses Menschen einschätze, damit es gewissermaßen zu Wertekompatibilitäten kommt.

Es gibt die Theorie, dass diese Werte im Menschen sehr schnell sozusagen „abgescannt“ werden, und wir sehr schnell intuitiv wissen, wer uns gegenüber sitzt und dass dies etwas mit unseren Wertespektren zu tun hat. Also der Begriff der Wertschätzung heißt auch natürlich, die Werte des Anderen zu respektieren und auch darüber ist in den Foren - en passant zumindest - gesprochen worden.

Ich habe Begriffe gehört wie Selbstbewusstsein, ich habe Begriffe gehört wie Selbstverantwortung, Einstellung – darauf komme ich noch mal zurück – und Konkretes tun.

Es wurde auch gesagt, predigen reicht nicht aus, und mich hat dies erinnert an einen Satz von Alice Miller, die gesagt hat: Wer predigt lehrt Predigen.

Aber es geht nicht um Predigen, sondern um das Lehren von etwas Anderem, nämlich Anleitung für konkretes Tun, gerade in der Präventionsarbeit wird es mit Reden nicht getan sein, sondern es geht um konkrete Projekte, um konkretes Tun, und davon haben wir ja heute einige herausragende Beispiele gehört. Und ich habe auch gehört – und auch in den Reden wurde dieses deutlich –, dass wir in Deutschland immer nur darüber reden, was etwas kostet, wenn wir es tun. Viele Dinge kosten ja nichts. Wir sollten diese Dinge möglicherweise verstärken, auch dafür gab es viele gute Beispiele, die nichts kosten.

Wir reden aber relativ wenig darüber, was es kosten würde, wenn wir etwas *nicht* tun. Wir reden nicht darüber, was der mittelfristige und kurzfristige Erfolg wäre, wenn wir etwas beibehalten würden, obwohl es etwas kostet. Wir reden immer nur linear kausal über Kosten - Nutzen - Verhältnisse, aber wir reden nicht zirkulär – systemisch betrachtet ganzheitlich – vernetzt darüber, was wären möglicherweise die mittel- und langfristigen Schädigungen, wenn wir etwas sein lassen würden. Auch dieses wäre möglicherweise ein Aspekt, der es wert wäre aufgegriffen zu werden.

Es ist an der ein oder anderen Stelle, wenngleich auch in wohlwollender Form (hier sitzen ja Menschen, die sich in einer besonderen Art und Weise mit der Problematik auseinandergesetzt haben) auch über diese Jugend gesprochen worden. Ganz offensichtlich ist diese Jugend ja in einem zum Teil beklagenswerten Zustand. Nun kann ich Ihnen als Erziehungswissenschaftler sagen, diese Diskussion ist im Grunde so alt, wie Jugend selbst, auch Cicero hat sich schon entsprechend geäußert. Und wenn Sie die ältere Literatur aus der Jugendhilfe durchgehen, z.B. zu den Halbstarcken in den 50igern, werden Sie ganz ähnliche Versatzstücke finden wie heute.

Doch da gibt es eine Frage. Die Frage ist nämlich, wer hat diese Jugend eigentlich erzogen, wie sind die eigentlich zu dem geworden, was sie sind. Und hier erinnere ich mich gerne an einen Satz von Gustav Heinemann, der gesagt hat: Wer mit dem Finger auf andere Leute zeigt, sollte sich immer vergegenwärtigen, dass mindestens drei Finger der Hand auf ihn selbst zeigen.

Das halte ich für einen sehr schönen Perspektivenwechsel. Die Jugend von heute ist natürlich – das wissen Sie auch – nur der Spiegel der von ihr erlebten Realität und insofern müssen wir uns in der Tat, wenn wir über Jugend reden, uns auch an die ganz eigene Nase fassen. Unabhängig von dem, was wir sagen, ist offenbar entscheidend das, was wir tun und was die Jugend an den unterschiedlichsten Stellen, insbesondere auch in den Medien – das macht uns in der Tat auch zurecht besorgt – erlebt und was es dort sozusagen an Haltung dazu gibt.

Damit sind wir bei einem weiteren wesentlichen Punkt, nämlich dem Punkt der Haltung, der Einstellung. Diese ist leider nicht so einfach zu verändern. Einfache Lösungen von außen gibt es nicht. Es ist harte Kärnerarbeit, etwas zu verändern und es ist offenbar besonders harte Kärnerarbeit, auch das ist angedeutet worden, an den Einstellungen etwas zu verändern. Und für mich wäre das sozusagen im Sinne des Ihnen eingangs vorgelesenen kurzen Berichtes von dem Rat vor Sparta einer der Punkte, die ich auch vertiefen will, nämlich die Frage der Haltung.

Haltung, die wir Pädagogen ja versuchen, zu vermitteln. Auch noch nach Abschluss der sog. „formativen Phase“ (um das 21. Lebensjahr herum), in der die Entwicklung der Persönlichkeit so gut wie abgeschlossen ist. Aber eben nur so gut wie. Deswegen sind wir tätig! In guter Hoffnung!

Doch da gibt es zwei Pole zu bedenken, Qualifikation und Eignung.

Ich will daher etwas ganz Ungewöhnliches tun, was eigentlich nicht meine Art ist, nämlich jemand anderen (und dies aus guten Gründen, wie Sie hören werden) zitieren, in diesem Fall *Sabine Hering*, Professorin für Sozialpädagogik, die gestern anlässlich der vom Sozialpädagogischen Institut in wohlwollender Weise ausgerichteten Geburtstagsfeier für *C. Wolfgang Müller* von der TU (Technische Universität Berlin), der 75 geworden ist, eine interessante Rede gehalten hat. Sie sagt: „Wir alle oder vermutlich fast alle hier, die wir uns im Raum befinden, sind seit Jahren damit beschäftigt, die Wissenschaft und die Praxis der Sozialen Arbeit im weitesten Sinne zu verbessern. Wir diskutieren Theorien, entwickeln Konzepte, erproben Methoden, wir qualifizieren die Lehre und evaluieren den Erfolg dessen. Wir betreiben Fortbildung, Beratung, supervidieren, coachen, wir dokumentieren und archivieren, wir bilanzieren und revidieren, wir mühen uns von früh bis spät, um letzten Endes ein bestimmtes Produkt zu erzeugen, nämlich gute und sinnvolle Konzepte“ – hier könnte man sagen der Präventionsarbeit – „bzw. deren wirksame Ausübung. Das wäre alles in Ordnung, wenn da nicht ein kleiner Vorbehalt wäre. Ein Einspruch der gegebenenfalls geeignet ist, allen unseren Bemühungen, wenn auch nicht gänzlich den Boden zu entziehen, so doch die Erfolgchancen dessen erheblich einzuschränken. Der Einspruch stammt von niemand anderem als von Alice Salomon, von einer Frau also, die wir

verehren und deren Wort wir achten, und der lautet schlicht und einfach: Sozialarbeit und übertragen viele andere Aspekte der sozialen Arbeit, also auch Präventionsarbeit, Bildungsarbeit ist ein Eignungsberuf.

Wenn wir dem salomonischen Urteil glauben schenken – und ich persönlich halte ihre Einschätzung für vollkommen zutreffend, stellt sich die Frage, ob das alles wirklich Sinn hat, was wir da tun. Wenn wir uns ins Gedächtnis rufen, wie viele Studierende wir ausgebildet haben und wie viele Kolleginnen und Kollegen wir fortgebildet haben, denen wir bestimmt nicht gegenüberstehen möchten, wenn es uns einmal ernsthaft schlecht geht und wenn wir dringend Hilfe brauchen, wenn wir uns ferner ins Gedächtnis rufen, wie gut manche Menschen, die niemals einen Hörsaal betreten haben, geduldig zuhören, einfühlsam nachfragen, angemessen Unterstützung anbieten und wirksam Trost spenden können, ohne dies jemals gelernt zu haben, stellt sich doch in der Tat die Frage, ob das Lösungswort für eine gute und sinnvolle Arbeit in diesem Feld wirklich Qualifizierung heißt.“ Ich stünde nicht hier, sagt sie, und es ist dies eine Verbeugung anlässlich des Jubiläums von *C. Wolfgang Müller*, über dieses Thema zu sprechen, wenn das Lösungswort nicht – wie so vieles Andere – bei *Müller* auch zu finden wäre. Das gesuchte Lösungswort heißt: Kunstfertigkeit. „In dem Begriff der Kunstfertigkeit finden wir die Voraussetzungen, welche die vermeintlichen Widersprüche zwischen der Eignung und der Qualifikation aufzuheben vermögen. Denn obwohl es sonnenklar ist, dass es keinen Sinn hat eine ungeeignete Person qualifizieren zu wollen, und obwohl wir wissen, dass besonders geeignete Personen auf Grund ihrer Kompetenzen schon viel von dem beherrschen, was die Qualifizierung ihnen bringen könnte, geht eben das Eine nicht ohne das Andere. Es ist eben wie in der Kunst: Ohne Begabung nützt das beste Studium, die beste Ausbildung nichts und der genialste Lehrmeister nicht, nur aber mit Genie und ganz ohne Technik wird es auch nicht gehen.“

Ich denke, dass hier einer der wesentlichen Punkte ist, die wir hier auch benennen können. Wir haben spannend erlebt, wie über Eignung, persönliche Eignung, offenbar mit der richtigen Einstellung tolle Sachen organisiert werden. Damit es aber hält, bedarf es möglicherweise zusätzlich auch einer Anleitung, einer Qualifizierung und vielleicht könnte dieses Forum auch dazu dienen, dieses weiter zu bewegen und mit Ressourcen auch entsprechend finanziell zu unterstützen.

Ich will abschließend in einigen kurzen Worten deutlich machen, was könnte eine Quelle sein, die Menschen dazu bringt, ohne immer auf den Gegenwert und auf den Nutzen zu schielen, sich persönlich geeignet zu fühlen, Präventionsarbeit sozusagen aus innerer Bewegung heraus zu organisieren, die nicht nach dem fragt, was es dafür gibt.

Da sind einige Dinge zu nennen. Das erste ist: Liebe zu sich selbst. Es ist wahrscheinlich für alle diese Aufgaben nicht günstig, wenn Sie morgens aufstehen, in den Spiegel gucken und sagen „ach du lieber Gott“. Das heißt, die Liebe zu den Anderen und zu dieser Arbeit, die Sie tun, zu dem Engagement, das Sie verrichten, hat möglicherweise etwas damit zu tun, dass Sie sich selbst mindestens in Ansätzen lieben, in Ansätzen. Es ist wahrscheinlich günstig, dass Sie in irgendeiner Form auch Ihre Mitmenschen lieben, dass Sie das Produkt lieben, was Sie da machen, wie man so schön neudeutsch sagt, dass da dieses Augenzwinkern in den Augen ist, wo die Betroffenen dann sagen, da ist jemand authentisch und will wirklich etwas Positives tun.

Vielleicht gehört dazu auch Stolz und Identifikation und wir haben erlebt, dass das eine unglaublich identitätsstiftende Wirkung hat, dass diese wichtige ehrenamtlich engagierte mit einer Haltung unersetzte Arbeit eben gewissermaßen auch gewürdigt wird, wertgeschätzt wird, indem hier Preise verliehen werden. Ich glaube in der Tat, das ist eine dieser Quellen, wo es sozusagen darum geht, dass man vorankommt. Diese Menschen brauchen intrinsische Motivation, die das machen, also Motivation, die von innen heraus kommt. Die Theorie sagt, dass intrinsisch motiviert wir alle sind. Im Berufsleben ist nur die Frage, ob diese intrinsische Motivation auch mit dem Motiv Arbeit verbunden wird.

Ein nicht kleiner Teil der deutschen Bevölkerung, behaupte ich, ist alleine durch die Tatsache gekränkt, dass sie überhaupt arbeiten gehen müssen und ein größerer Teil der deutschen Bevöl-

kerung arbeitender Art ist möglicherweise gekränkt durch die Tatsache, dass sie dort arbeiten müssen, wo sie arbeiten.

Der Volksmund sagt dazu: „Als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet“. Das heißt, das Maß der Frustration, dort an einer Stelle tätig zu sein, die es möglicherweise nicht lohnt, macht die Menschen unzufrieden und frustriert.

Wir hier haben das Gegenteil gesehen: Durch die Beiträge, durch das Engagement, auch durch die Referenten, die sich zur Verfügung gestellt haben und von ihrer Arbeit engagiert berichtet haben, wurde uns allen deutlich, dass hier offensichtlich in idealer Weise intrinsische Motivation mit der Arbeit, mit der Tätigkeit, mit der Aufgabe zusammenkommt und das ist offensichtlich förderlich.

Es bedarf, um so Etwas zu tun auch der ideellen Anerkennung durch die versammelte Gemeinschaft der Zuhörer, die sich anschauen und deswegen extra herkommen und wertschätzen, was passiert ist in diesen Projekten, aber es bedarf auch der kulturellen Wertschätzung, die deutlich wird möglicherweise dadurch, dass in der Gesellschaft darüber diskutiert wird, dass die Presse darüber berichtet, was hier an Positivem entstanden ist. Und nur so, glaube ich, kann entstehen, dass etwas wie Bindung eintritt, Bindung an die Aufgabe, Bindung an das Projekt, Bindung an den Zweck, Bindung an das Weitermachen.

Im Kern, meine Damen und Herren (und damit gebe ich ein wichtiges Stichwort und leite über), geht es bei dem, was wir heute gehört, gesehen haben um Leidenschaft.

Meine Damen und Herren, der 4. Berliner Präventionstag neigt sich dem Ende zu. Der Worte sind aus meiner Sicht wirklich genug gesprochen und Sie merken sicherlich auch, dass es hinter der Bühne so langsam unruhig wird. Deswegen, meine Damen und Herren, möchte ich die Bühne freigeben für eine junge leidenschaftlich intrinsisch motivierte und gebundene Gruppe mit Engagement, die uns mit ihrem Rhythmus und ihrer Fröhlichkeit beschwingt in den Feierabend entlassen wird. Begrüßen Sie mit mir mit einem nun wirklich fröhlichen, intrinsisch motivierten donnernden Applaus die Mitglieder der Gruppe „Samba – Kids“.

Berliner Präventionspreis 2003 Die Preisträger

Im Rahmen der Verleihung des Berliner Präventionspreises 2003 wurde sowohl das Projekt **No Limit „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo – Das Schicksal der Christiane F.“** als auch das Projekt **„Patenschaft mit dem Abenteuerspielplatz Waslala“** mit dem **1. Preis (je 5.000 €)** ausgezeichnet.

Mit einem **3. Preis (2.500 €)** wurde das Projekt **„Der Kiez in Deiner Hand“** ausgezeichnet.

Das Projekt **„Gewaltarme Schule, gewaltarme Reinhardswald – Grundschule“** wurde mit dem von der **Initiative Schutz vor Kriminalität e.V.** gestifteten **Sonderpreis (1.000 €)** ausgezeichnet.

Das Projekt **„Mädchenballspielplatz auf öffentlichem Raum“** erhielt den von der **SECURITAS Sicherheitsdienste GmbH** gestifteten **Sonderpreis (1.000 €)**.

Dem Projekt **„Internationale Schulzirkustheaterprojekt Zirkus Internationale“** wurde der von der **Unfallkasse Berlin** gestiftete **Sonderpreis (1.000 €)** verliehen.

Autorinnen und Autoren:

Siegfried Arnz

ist Leiter des Modellvorhabens Eigenverantwortliche Schule, bisher: Schulleiter der Werner Stephan Oberschule

Kontakt: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Beuthstr. 6 - 8, 10117 Berlin, Tel: (030) 9026 5848, e-Mail: Siegfried.Arnz@SenBJS.Verwalt-Berlin.de

Ekkehard Band

Ekkehard Band ist Bezirksbürgermeister von Tempelhof - Schöneberg und Leiter der Abteilung Personal, Finanzen, Wirtschaft und Bürgerdienste.

Kontakt: Bezirksamt Tempelhof - Schöneberg von Berlin, Rathaus Schöneberg, John - F. - Kennedy - Platz, 10820 Berlin, Tel.: 030 / 7560 2301, Fax: 030 / 7560 239, e-mail: zbzm@ba-temp.verwalt-berlin.de

Heiner Brandi

Kontakt: Sportjugend Berlin, Jesse - Owens - Allee 2, 14053 Berlin, Tel.: 030 / 30 002 - 165, e-mail: H.Brandi@lsb-berlin.org

Internet: www.sportjugend.org

Hartmut Brocke

ist Direktor/Vorstandsvorsitzender der Stiftung SPI.

Kontakt: Sozialpädagogisches Institut Berlin, Müllerstr. 74, 13349 Berlin, Tel.: 030 / 459 793 0, Fax: 030 / 459793 66, e-mail: info@stiftung-spi.de

Internet: www.stiftung-spi.de

Inka Bruhn

ist Polizeioberkommissarin (POK'in), PIT - Koordinatorin und Hauptsachbearbeiterin für verhaltensorientierte Prävention.

Kontakt: Landeskriminalamt, Mühlenweg 166, 24116 Kiel, Tel.: 0431 / 160 - 4580, Fax: 0431 / 160 - 4589, e-mail: Inka.Bruhn@polizei.landsh.de

Jens Dobler

M.A. Berlin, ist Wissenschaftsjournalist mit den Schwerpunkten Antischwule Gewalt, Geschichte der Homosexuellenbewegung.

Kontakt: Jens.Dobler@gmx.de

Narcisse Mesmin Dovenon

ist in Benin geboren und lebt in Berlin. Er studiert Informationswissenschaften. Seine Erfahrungen in Deutschland hat er in einem bisher nicht veröffentlichten Buch mit dem Arbeitstitel: „Die größte Demütigung meines Lebens“ niedergeschrieben. Der Autor ist auf der Suche nach möglichen Verlagen, die sein Buch veröffentlichen würden. Über Hinweise würde er sich sehr freuen.

Kontakt: ReachOut. Oranienstr. 159, 10969 Berlin, Tel.: 030 / 551 51696, mobil: 0178 / 799 3144, e-mail: info@reachoutberlin.de

Internet: www.reachoutberlin.de

Christoph Flüge

ist Staatssekretär für Justiz in Berlin und Mitglied der Landeskommision Berlin gegen Gewalt.

Kontakt: Senatsverwaltung für Justiz, Salzburgerstr. 21 - 25, Tel.: 030 / 9013 - 0, Fax: 030 / 9013 2000, e-mail: poststelle@senjust.verwalt-berlin.de

Internet: www.berlin.de/SenJust/index.html

Christel Riemann - Hanewinkel

ist Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Kontakt: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Postadresse: 11018 Berlin, Tel.: 030 / 20655 - 0, Fax: 030 / 20655 - 1145, e-mail: poststelle@bmfsfj.bund.de
Internet: www.bmfsfj.de

Sabine Hartwig

ist als Landesbeauftragte beim Weißen Ring für Berlin tätig.

Kontakt: Augustaplatz 7 - 8, Haus 14, 12203 Berlin
Tel.: 030 / 833 70 60, Fax: 030 / 833 90 53, E-Mail: Lbberlin@weisser-ring.de

Thomas Härtel

Thomas Härtel ist Diplom - Pädagoge und seit 2001 Staatssekretär für Bildung, Jugend und Sport in Berlin. 1981 - 1985 Bezirksverordneter, 1985 Bezirksstadtrat für Volksbildung, 1995 Bezirksstadtrat für Bildung, Kultur, Jugend und Sport und stellvertretender Bezirksbürgermeister. Thomas Härtel ist Vorsitzender der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt*.

Kontakt: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Beuthstr. 6 - 8, 10117 Berlin. Tel: 030 / 9026-7 (zentrale Vermittlung)

Dr. Detlef Horn - Wagner

Dr. Detlef Horn - Wagner ist freiberuflich seit über 20 Jahren als Fortbildner, Trainer, Moderator und Berater für Teams, Gruppen, Organisationen und Verbände tätig.

Kontakt: Dr. Detlef Horn - Wagner, Philippistraße 14, 14059 Berlin, Tel.: 030 / 322 74 51 (Büro), 030 / 322 24 57 (privat), 0172 / 391 66 82 (mobil), Fax: 030 / 326 53 39,
e-mail: hornwagner@hotmail.com

Astrid Maria Höflich

arbeitet mit den Schwerpunkten Familientherapie, Supervision / Coaching in freier Praxis. Seit 1988 ist sie ehrenamtlich für den „Weissen Ring“ tätig, übernimmt Akutbetreuung von Opfern, Prozessvorbereitung und soziale Gruppenarbeit.

Kontakt: Birkbuschstr. 17, 12167 Berlin. Tel.: 030 / 834 75 66

Hans Jablonski

arbeitet seit über 7 Jahren bei der Ford - Werke AG in Köln; seit Januar 2003 ist er Diversity Manager für Deutschland und bearbeitet seitdem die Schwerpunkte Diversity Strategy & „Business Case“, Betriebsvereinbarung „Partnerschaftliches Verhalten“, Gender Mainstream, Mitarbeiternetzwerke, Diversity Training, Worklife - Aktivitäten inklusive Gesundheit und Stressmanagement, Integration von Behinderten sowie interne und externe Kommunikation.

Kontakt: FordDiversity, Ford - Werke AG, Köln, Tel.: 0221 / 90 19008, Fax: 0221 / 90 21288,
e-mail: h.jablon1@ford.com

Internet: <http://www.ford.de/ie/ueber-ford/-/uford12/>

Heidemarie Jehne

ist Steuerfachgehilfin. Z.Z. arbeitet sie als ABM - Kraft im Jugendclub Heckerdamm

Kontakt: Jugendclub Heckerdamm, Heckerdamm 210, 13627 Berlin, Tel.: 030 / 887 29 969

Gunter Kase

ist Diplom-Psychologe und Schulpsychologe.

Kontakt: Schulpsychologischer Dienst für den Kreis Rendsburg-Eckernförde
Königinstr. 1, 24768 Rendsburg, Deutschland, Tel.: 04331 / 55541, Fax 04331 / 56464
e-mail: kase.gunter@schleswig-holstein.de

Sanem Kleff

ist Lehrerin und leitet zur Zeit das bundesweite Projekt „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“.

Kontakt: über GEW Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin, Tel.: 030 / 2145860,

e-mail : Kleff@gew-berlin.de

Dr. Michael Kohlstruck

TU Berlin, Zentrum für Antisemitismusforschung, Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsex-
tremismus

Kontakt: e-mail: kohlstruck@zfa.kgw.tu-berlin.de

Udo Koslowski

ist Polizeihauptmeister.

Kontakt: Polizeiinspektion Plön, Polizeistation Heikendorf,

24226 Heikendorf, Grasweg 2, Tel: 0431 / 24 9 26

Andrea Kuner

ist Diplom - Politologin und Geschäftsführerin bei dem Jugendhilfeträger familie e.V.

Kontakt: familie e.V., Paul - Lincke - Ufer 34, 10999 Berlin, Tel.: 030 / 6110106, Fax: 030 /

61281650, e-mail: info@familie-ev.de

Internet: www.familie-ev.de

Christian Linde

ist Chefredakteur der Straßenzeitung „motz“ in Berlin und freier Autor u.a. für Tageszeitungen
und Fachzeitschriften.

Internet: www.wohnungslos-in-berlin.de

Gertrud Möller - Frommann

ist Dipl. Sozialpädagogin (FH), Koordinatorin „Starke Eltern - Starke Kinder®“ im DKSB, LV
Berlin, Trainerin von Elternkursleitern.

Kontakt: Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Berlin e.V., Malplaquetstr. 38, 13347
Berlin, Tel.: 030 / 4580 2931, Fax: 030 / 4580 2932, e-mail: info@kinderschutzbund-berlin.de

Internet: www.kinderschutzbund.de

Ruth Negendank

ist Lehrerin und Fortbildnerin.

Kontakt: Institut für Qualitätsentwicklung Schleswig-Holstein (IQSH)

Schreiberweg 5, 24119 Kronshagen

Dr. Manfred Schmidt

ist Vorsitzender der LAGH und des Allgemeinen Blinden- und Sehbehindertenvereins Berlin e.
V.

Kontakt: Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für behinderte Menschen Berlin e.V.(LAGH Berlin)

Neue Bahnhofstr. 11 - 17, 10245 Berlin, Telefon: 030 / 2759 2525, Telefax: 030 / 27592526,

E-Mail: LAGH.Berlin@t-online.de

Karin Schubert

ist Senatorin für Justiz in Berlin

Kontakt: Senatsverwaltung für Justiz, Salzburgerstr. 21 - 25, Tel.: 030 / 9013 - 0, Fax: 030 /
9013 2000, e-mail: poststelle@senjust.verwalt-berlin.de,

Internet: www.berlin.de/SenJust/index.html

Sabine Seyb

ReachOut

Kontakt: ReachOut, Oranienstr. 159, 10969 Berlin, Tel.: 030 / 69568 - 339 / -344,

Fax: 030 / 695 68 - 346, e-mail: info@reachoutberlin.de

Internet: www.reachoutberlin.de

Sigrun v. Hasseln

ist Vorsitzende Richterin am Landgericht Cottbus, Initiatorin von Jugendrechtshäusern in Deutschland, Vorstandsvorsitzende des Bundesvorstandes der Jugendrechtshäuser Deutschland, Begründerin der Rechtspädagogik, Schriftstellerin und Buchautorin.

Kontakt: Landgericht Cottbus, Gerichtsstraße 3 - 4, 03046 Cottbus, Tel.: 0355 / 637 318, Fax: 0355 / 381 8315, e-mail: mailto:hasseln@hasseln.de

Harald Wolf

ist Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen in Berlin und Bürgermeister von Berlin.

Kontakt: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Martin - Lutherstr. 105, 10820 Berlin, Tel.: 030 / 9013 - 0, Fax: 030 / 9013 8455, e-mail: poststelle@senwiarbfrau.verwaltung.berlin.de

Internet: www.berlin.de/SenWiArbFrau/index.html

Landeskommission Berlin gegen Gewalt
Beuthstraße 6-8, 10117 Berlin
Telefon 90 26-52 53 Fax 90 26-50 03

Bestellcoupon

Veröffentlichungen der Landeskommission Berlin gegen Gewalt

(Bestellung nur schriftlich unter Beifügung der Briefmarken.

Bei gleichzeitiger Bestellung mehrerer mit Briefmarken zu entgeltenden Veröffentlichungen sind nur einmalig 1,44 EUR in Briefmarken beizufügen.)

- Adressen gegen Gewalt, 2002 (1,44 EUR in Briefmarken)
- „Trainingsangebote zur Gewaltprävention - ein Wegweiser“, 2002
- Berliner Modell: Kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention, 1996 (1,44 EUR in Briefmarken)
- Der Berliner "Aktionsplan Graffiti" (1,44 EUR in Briefmarken)
Ein zuständigkeitübergreifendes Präventionsmodell, 1995
- Aktionsplan Graffiti - Fortschreibung, 1997 (1,44 EUR in Briefmarken)
- Graffiti - wo liegen die Möglichkeiten und Risiken der Prävention? (1,44 EUR in Briefmarken)
Dokumentation einer Fachtagung vom 8. Dezember 1995
- Aktionsplan Hilfen für wohnungslose Frauen, 1998 (1,44 EUR in Briefmarken)
- Psychische Krankheit bei wohnungslosen Frauen, 1998 - Ein ergänzender Beitrag zum Aktionsplan Hilfen für wohnungslose Frauen (1,44 EUR in Briefmarken)
- Schüler - und Elternbrief Graffiti, 1997 (0,55 EUR in Briefmarken)
- Antidiskriminierungsregelungen in den Bundesländern, 1998 (1,44 EUR in Briefmarken)
- Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Berlin, 1999 (1,44 EUR in Briefmarken)
- Handreichung für Schule und Jugendhilfe zum Umgang mit Schuldistanz, 2003 (1,44 EUR in Briefmarken)
- Flyer: Elterinformation zum Thema Schuldistanz, Deutsch, (0,55 EUR in Briefmarken)
 Russisch, Türkisch, Arabisch, 2003
- Empfehlungen der von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt eingesetzten Arbeitsgruppe „Schuldistanz“ zum Umgang mit Schuldistanz, 2004 (1,44 EUR in Briefmarken)
- Häusliche Gewalt: Präventive Ansätze auf bezirklicher Ebene - (1,44 EUR in Briefmarken)
Projekte, Maßnahmen, Aktivitäten, Initiativen, Strukturen, 2003

Berliner Forum Gewaltprävention

- Nachdruck (Kopie) Berliner Forum Gewaltprävention Nr.1, 1999 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkt: Kommunale Prävention in Berlin
- Nachdruck (Kopie) Berliner Forum Gewaltprävention Nr.2, 2000 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkt: Gewaltprävention in der Schule Teil I
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 3, 2001 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkt: Gewaltprävention in der Schule Teil 2
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 4, 2001 - „Kriminalität, Gewalt und Gewalterfahrungen von Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft in Berlin“ - Dokumentation eines Erfahrungsaustausches 2000 (1,44 EUR in Briefmarken)
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 5, 2001 - Dokumentation des 1. Berliner Präventionstages am 8.11.2000 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkte: Kommunale Prävention in Berlin, Schule - Jugend - Gewalt, Beteiligung von Gewerbe und Einzelhandel an der Präventionsarbeit, Beteiligung von Wohnungsbaugesellschaften an der Präventionsarbeit, Beteiligung ethnischer, kultureller und religiöser Minderheiten, Prävention und Polizei, Gewalt gegen Frauen und Mädchen
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 6, 2001 - Dokumentation der Tagung "Wer ist fremd?" am 6. Juli 2000 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkt: Binationalität

- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 7, 2001 - Dokumentation der Tagung "Kooperation von Jugendhilfe, Polizei und Justiz - Projekte und Standpunkte" am 23. und 24. 11.2000 (1,44 EUR in Briefmarken)
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 8, 2001 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkt: Rechtsextremismus
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 9, 2002 - Dokumentation des 2. Berliner Präventionstages am 10.10.2001 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkte: Männliche Sozialisation und Gewalt, Rechtsextremismus, Beteiligung - Vernetzung und Prävention, Justiz als Partner in der Prävention, Sport und Gewaltprävention, Kooperation von Polizei und Schule
- Nachdruck (Kopie) Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 10, 2002 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkt: Häusliche Gewalt
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 11, 2003 Dokumentation des 3. Berliner Präventionstages am 14.11.2002 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkte: Gewalt in der Erziehung, Kommunale Gewalt- und Kriminalitätsprävention, Männliche Sozialisation und Gewalt, Soziales Lernen in der Schule, Häusliche Gewalt, Rechtsextremismus, Antiaggressionstrainings
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 12, 2003 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkt: Kriminalitätsoffer
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 13, 2003 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkt: Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter – Eine Elterninformation
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 14, 2004 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkt: Schuldistanz
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 15, 2004 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkt: 10 Jahre Landeskommision Berlin gegen Gewalt
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 16, 2004 Dokumentation des 4. Berliner Präventionstages am 13.11.03 (1,44 EUR in Briefmarken)
Schwerpunkte: Prävention und Wirtschaft, Gewalt in der Erziehung, Ressourcen für die Gewaltprävention, Opfer von Rechtsextremismus, Streitschlichtung im Stadtteil, PiT – Prävention im Team, Jugendrechtshäuser und Rechtspädagogik

Gutachten der Unabhängigen Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin (veröffentlicht 1994)

Die Gutachten zu verschiedenen Themen der Gewalt- und Kriminalitätsprävention sind bei der Geschäftsstelle der Landeskommision Berlin gegen Gewalt auf Anfrage erhältlich.

Alle Veröffentlichungen der Landeskommision Berlin gegen Gewalt können unter www.berlin-gegen-gewalt.de heruntergeladen werden.

Ich/wir bitte(n), bestellte Veröffentlichung(en) an folgende Anschrift zu senden:

Name: _____

Anschrift _____

Unterschrift: _____

